

Kirsten Gerhold

Widerstand und Opposition in der ehemaligen DDR,  
dargestellt am Beispiel der Oberschüler in Güstrow  
und der Studenten in Rostock 1949 - 1953



kassel  
university



press

Kirsten Gerhold

Widerstand und Opposition in der ehemaligen DDR,  
dargestellt am Beispiel der Oberschüler in Güstrow  
und der Studenten in Rostock 1949-1953

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. phil.) angenommen.

Erster Gutachter: Prof. Dr. Jens Flemming

Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Dietmar Hüser

Tag der mündlichen Prüfung

15. Juli 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Zugl.: Kassel, Univ., Diss. 2010

ISBN print: 978-3-89958-972-6

ISBN online: 978-3-89958-973-3

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-9731>

© 2010, kassel university press GmbH, Kassel

[www.upress.uni-kassel.de](http://www.upress.uni-kassel.de)

Printed in Germany

# Inhaltsverzeichnis

O. Vorwort: .....	5
1. Einleitung: .....	7
1.1 Gegenstand der Untersuchung .....	7
1.2 Zielsetzung der Arbeit .....	10
1.3 Beziehung von Methoden und Teilfragestellungen .....	13
1.4 Zur Quellenlage .....	18
1.5 Zum Aufbau der Arbeit .....	20
1.6 Forschungsdiskussion .....	20
2. Mecklenburg, die Stadt Rostock und ihre Universität .....	22
2.1 Grundlagen der Neustrukturierung des Bildungswesens im Rahmen der “antifaschistisch-demokratischen Umwälzung” .....	25
2.2 Die Bedeutung der Universität Rostock als Zentrum der “antifaschistisch- demokratischen Erneuerung” .....	28
3. Zum Werdegang Arno Eschs .....	29
3.1 Die Voraussetzungen Liberal-Demokratischen Denkens bei Friedrich A. von Hayek .....	30
3.1.1 Die Idee der Freiheit in Liberalismus und Kommunismus .....	31
3.1.2 Friedrich August von Hayeks Demokratiebegriff .....	32
4. Der Begriff der Freiheit bei Jean-Jacques Rousseau .....	34
4.1 Der Begriff der Freiheit bei Arno Esch .....	36
4.2 Die politische Theorie Arno Eschs .....	38
4.2.1 Der Tod von Wilhelm Külz als Zäsur in der politischen Entwicklung der LDP .....	41
4.2.2 Zur wissenschaftlichen Kritik an der Politik von Wilhelm Külz .....	42
4.3 Die antiradikale politische Haltung Arno Eschs .....	43
4.3.1 Arno Eschs kritische Analyse der Stellung und Bedeutung der Demokratie unter einer Diktatur .....	44
5. Der DDR-Unrechtsstaat im Spiegel der aktuellen Diskussion .....	47
5.1 Die wissenschaftliche Diskussion um die Einordnung und Bewertung von politischer Gegnerschaft in der frühen DDR .....	49
5.2 Die Kritische Analyse der Diskussion um das Problem, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht .....	52
5.2.1 Ein Vergleich der 68er Bewegung mit der politischen Liberal-Demokratischen Opposition in der SBZ und in der frühen DDR .....	54
5.3 Der Begriff “Widerstand “ in der Forschungsdiskussion .....	57
5.3.1 Der widersprüchliche Mechanismus totalitärer Machtausübung .....	59
5.4 Der 17. Juni und die innere Staatsgründung der DDR .....	64
5.5 Der Begriff des Faschismus .....	65
5.5.1 Der Zusammenhang von Revolution, Faschismus und Totalitarismus .....	67
5.5.2 Der Begriff des stalinistischen “Antifaschismus” .....	68
5.6 Die Bedeutung der politischen Aufbauphase 1945 bis 1947 .....	71
5.6.1 Der politische Organisationsaufbau an den Universitäten .....	73
5.6.2 Der Faschismus in Stalins Dogma des <Antifaschismus > .....	75
5.6.3 Der Begriff “Gruppe” .....	76

5.7 Zusammenhänge zwischen dem 17. Juni 1953 und der politischen Opposition der Jahre 1945 bis 1952.....	77
5.8 Stalinismus und Gesellschaft in der SBZ und in der frühen DDR.....	79
5.8.1 Der Begriff “Einheit” .....	83
5.9 Die Widersprüchlichkeit der Politik der SED im Vergleich zur LDP .....	85
5.9.1 Die Bedeutung des Eisenacher Parteitages der LDP 1949.....	86
5.9.2 Die Funktion der SED im kommunistischen Machtgefüge .....	88
5.9.3 Das innenpolitische Verhältnis zwischen der SED und der liberalen politischen Gegnerschaft.....	89
6. Die politischen Voraussetzungen für die Umstrukturierung der Universität Rostock.....	91
6.1 Der Begriff der “Machtergreifung” .....	92
6.2 Die Prämissen Stalinistischer Machtausübung in der SBZ.....	94
6.3 Der Begriff des “Systems” .....	96
6.4 Der Begriff der “Entnazifizierung” in der SBZ .....	97
6.5 Gewalt als wesentliches Element der Stalinistischen Machtausübung .....	99
6.6 Die instabile Gesellschaftsstruktur in der frühen DDR als Grundproblem der SED	101
7. Grundlagen des stalinistischen Sicherheits-und Kontrollapparats .....	101
7.1 Der historische Hintergrund der Gewalt Stalins gegen Deutsche .....	103
7.2 Der gesellschaftliche Mechanismus des Repressionsapparates .....	103
8. Der Oppositionsbegriff.....	105
8.1 Die Instrumentalisierung des bürgerlichen Widerstands durch die Stalinisten.....	106
8.2 Rechts-und Justizsystem in der SBZ/DDR 1945 .....	110
8.3. Die Zielsetzung der Sowjets und der SED an den Hochschulen.....	111
8.4 Die Bedeutung der Freien Deutschen Jugend an der Universität und Arno Eschs Ziel.....	113
9. Die Bedeutung des Begriffs des “Klassenkampfes” .....	116
9.1 Faschismus und Stalinistischer “Antifaschismus”: Gleiche oder ungleiche “Brüder” ? .....	120
9.2 Die Widerlegung des Begriffs der Transformation.....	122
9.3 Der innere Widerspruch des radikalen Kommunismus unter Stalin .....	123
9.3.1 Der Begriff “Totalitarismus” .....	126
9.4 Stalins neue Form der politischen Kriegsführung in der SBZ .....	128
9.4.1 Wie ein “dritter Weg” der Liberal-Demokraten hätte aussehen sollen.....	130
9.4.2 Ursachen und Entwicklung des Terrors in der SBZ.....	132
9.5 Die SED am Scheideweg zwischen Demokratie und Diktatur .....	136
9.5.1 Der Widerstand der an der juristischen Fakultät:.....	137
9.5.2 Das Problem der liberalen politischen Gegnerschaft unter der Pseudodemokratie der SED .....	141
9.6 Der Begriff der “induktiven politischen Gegnerschaft”.....	142
9.6.1 Die Bedeutung des “Antifaschismus” für die Schizophrenie der liberalen Gegner .....	144
9.6.2 Der “Fall” Esch im Spiegel der Gewaltpolitik Stalins .....	145
10. Schlussbetrachtung.....	147
Anhang .....	150

## O. Vorwort:

In der vorliegenden Arbeit habe ich mich mit dem Thema des Widerstandes, der von Schülern, Studenten und Akademikern während der Zeit der stalinistischen Umwälzungen in der DDR 1949 bis 1953 geleistet wurde, auseinandergesetzt.

Exemplarisch gemacht habe ich diese Analyse am Beispiel der Studenten der Universität in Rostock und der Oberschüler der John-Brinckmann-Schule in Güstrow.

Ich habe diese beiden Orte als Analyseschwerpunkte ausgewählt, weil die Dokumente über die dortige Opposition und den Widerstand im Zeitraum von 1949 bis 1953 sofort nach der Wende 1989 gesichert und fortlaufend ergänzt wurden.

Besonderes Verdienst kommt hier dem Freundeskreis um Arno Esch zu, dem Kopf der Opposition der Rostocker Studenten und führendem liberalen Politiker in Mecklenburg, der am 26. 05. 1951 von einem Moskauer Militärgericht wegen angeblicher <Verschwörung gegen die Staatsgewalt> der DDR zum Tode verurteilt und am 24.07.51 hingerichtet wurde. Friedrich-Franz Wiese hat als Mitglied des Landeshauptausschusses der damaligen LDP zusammen mit einem weiteren Freund Arno Eschs, Horst Köpke, eine Biographie verfasst, die auch Details über die politischen Strukturbedingungen der LDP in Mecklenburg seit 1945 nennt.<sup>1</sup> Zu nennen ist auch Hartwig Bernitt, der als ehemaliger Student und Mitbegründer des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten in Gümse/Dannenberg ein Archiv mit Dokumenten über den Widerstand an der Universität Rostock aufgebaut hat.<sup>2</sup>

Beide Lehreinrichtungen waren über die damalige LDP (Liberal-Demokratische-Partei) und besonders über den im Landesverband der Partei in Mecklenburg stark engagierten Studenten Arno Esch verbunden. Arno Esch trat der LDP etwa Mitte März 1946 bei und gründete im selben Jahr eine LDP-Betriebsgruppe an der Universität in Rostock.<sup>3</sup>

Auch zu den Oberschulen im Kreis Rostock unterhielt die LDP in Mecklenburg Kontakte mit Hilfe dieser politischen Diskussionsseminare und insbesondere durch Arno Esch, der selbst in Grevesmühlen die Oberschule besucht hat.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: "Mein Vaterland ist die Freiheit". Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990.

<sup>2</sup> Vgl. Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Rostock 1994.

<sup>3</sup> Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln 1969 (Reprint 1994), 48ff.

<sup>4</sup> Zimmer, Siegfried: Die LDP an der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung Rostock, in: Kausch, Dietmar: ... sie wollten sich nicht verbiegen lassen. Repressalien Widerstand - Verfolgung an den Oberschulen in Bad Doberan, Bützow, Grevesmühlen, Ludwigslust und Rostock 1945 -1989 (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Rostock 2006, 54ff.

Mein Dank gilt an dieser Stelle meinem Doktorvater, Professor Dr. Jens Flemming, für die Unterstützung meiner Arbeit, Dr. Friedrich Franz Wiese, dem ich wichtige Zeitzeugeninformationen zu verdanken habe und dem Verein Ehemaliger Rostocker Studenten, der mich bei meiner Arbeit sowohl mit Informationen als auch mit wichtigem Material versorgt hat.

Ich widme diese Arbeit meinem lieben Bruder Torsten und danke meiner Familie, besonders meiner Mutter, für die geduldige Unterstützung bei meiner Arbeit.

# 1. Einleitung:

*Es stimmt zudem, daß wir der Geschichte nicht entkommen können, da wir ja bis zum Hals darin stecken. Aber man kann danach streben, in der Geschichte zu kämpfen, um jene Seite des Menschen zu bewahren, die ihr nicht angehört.*  
Albert Camus<sup>5</sup>

## 1.1 Gegenstand der Untersuchung

“Es hat jede Politik der Kompromisse eine Grenze. [...] Es kann dort keine Kompromisse geben, wo es darum geht, eine Stellungnahme zu Fragen von lebenswichtiger Bedeutung für unser Volk festzulegen.”<sup>6</sup> Es war der Liberaldemokrat Arno Esch, der im April des Jahres 1949 diesen dringenden Appell an die eigene Partei in der Norddeutschen Zeitung, dem “Organ” der Mecklenburgischen Liberalen in der Ostzone, aussandte. Arno Esch wurde am 20. Juli 1951 in der Sowjetunion aufgrund eines Todesurteils durch das Sowjetische Militärtribunal Moskau unter anderem als “Vaterlandsverräter” zum Tode verurteilt und am 24. Juli 1951 hingerichtet.<sup>7</sup> Der Begriff <Staat> wird allgemein definiert als “eine <historische>, das heißt eine unter bestimmten gesellschaftlichen und geistig-mentalenen Bedingungen entstandene”<sup>8</sup> Art von politischer Herrschaft.

Die gesellschaftlichen und geistigen Bedingungen, in deren Rahmen die Grundlagen für die Errichtung des sozialistischen Staates DDR durch die Sowjetische Militäradministration geschaffen wurden, waren gekennzeichnet durch die Konsequenzen des Vernichtungskrieges, den Hitler gegen die Sowjetunion geführt hatte.

Insgesamt hatte die sowjetische Bevölkerung im Zeitraum von 1941 bis 1945 rund 27 Millionen Opfer dieses Krieges zu beklagen.<sup>9</sup> Allein von den 5,7 Millionen russischen Kriegsgefangenen starben drei Millionen Soldaten.<sup>10</sup>

---

<sup>5</sup> Camus, Albert: Weder Opfer noch Henker (Schriften des Libertären Forums Berlin 1), Berlin 1991, 31.

<sup>6</sup> Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, Universitätsbibliothek Rostock.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu die MfS-Übersetzung der Urteilsschrift vom 20j.07.1950, BStU, RHE 44-89, Bd. 14, Bl. 13.

<sup>8</sup> Asendorf, Manfred/ Flemming, Jens/ Müller, Achatz von, Ulrich, Volker (Hrsg.): Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Grundbegriffe, Hamburg 1994, 584.

<sup>9</sup> Vgl. Jahn, Peter: 27. Millionen, in: Die Zeit, Nr. 25, 14. Juni 2007, 90.

<sup>10</sup> Vgl. ebd.

Die äußeren Lebensbedingungen im Osten Deutschlands [und nicht nur dort] waren deshalb geprägt von der Angst der deutschen Bevölkerung vor dem Revanchismus der russischen Siegermacht. So berichtet etwa der Zeitzeuge Peter Moeller von den gewaltsamen Übergriffen russischer Armeeinghöriger auf die Bevölkerung in Güstrow beim Einmarsch in die Stadt 1945:

“In den späten Abendstunden des 2. Mai 1945 rückte die Rote Armee kampflos in die Stadt ein. Die folgende Nacht war grausam. [...] Die Sieger nahmen sich, was sie wollten, und wer sich ihnen in der Weg stellte, wurde Opfer der stets schußbereiten Maschinenpistolen.”<sup>11</sup>

Diese Spirale der Gewalt, die der Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion ausgelöst hatte, war 1945 Ausgangspunkt für eine politische Entwicklung im Osten Deutschlands, deren Ziel, anders als im Westen, nicht die völlige demokratische Abkehr von ideologischen Strukturen, sondern deren staatlicher Neuaufbau, diesmal im Sinne der marxistischen Ideologie, war.<sup>12</sup>

Als Konsequenz existierten in den darauffolgenden vierundvierzig Jahren nicht nur zwei deutsche Staaten, sondern auch zwei unterschiedliche politische Systeme nebeneinander, welche, stellvertretend für die Westmächte und Russland, den politischen Kampf um die beste Gesellschaftsform ausfochten.

Die Mauer, die 1961 vom SED-Regime in Berlin errichtet und später durch einen Zaun, der beide deutsche Staaten voneinander trennte, ergänzt wurde, sicherte faktisch diese innerdeutsche Konkurrenzbeziehung.

Ihr gewaltloser Fall am neunten November 1989 ist als Ergebnis der ersten gelungenen “friedlichen” Revolution für ein wiedervereinigtes Deutschland in die europäische Geschichte eingegangen.

Der 15. März 1991, der Tag der Ratifizierung des “Zwei-plus-Vier” Vertrages, der zwischen den ehemaligen westlichen Alliierten und der Union der Sowjetrepubliken die politischen Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands festlegte, markiert nicht nur die Rückkehr eines demokratischen und souveränen deutschen Staates in die europäische Staatengemeinschaft. Er beschließt, so scheint es, auch eine historische Entwicklung, “deren lange Schatten über die nationalsozialistische Periode hinaus auf die Bestrebungen zur politischen Neuordnung nach 1945 fielen.”<sup>13</sup> Der Zwei -plus-Vier-Vertrag steht historisch ein wenig im Schatten des 9.

---

<sup>11</sup> Moeller, Peter: ...sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945 -1955 (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Rostock 1999, 11.

<sup>12</sup> Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1998, 11.

<sup>13</sup> Mommsen, Hans: Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche, Stuttgart 1999, 327.

November 1989, da er kein öffentliches “historisches Symbol” ist oder als Zäsur dargestellt werden kann wie der Bau<sup>14</sup> und der Fall der Mauer. Dennoch ist der 15. März 1991 ein Datum in der deutschen Geschichte, dessen Bedeutung sich vor allem durch die Kenntnis der Fakten der Ungerechtigkeit und Härte, mit der SMAD und SED in der Zeit von 1949 bis 1951 gerade die junge liberale demokratische Opposition in der SBZ und in der frühen DDR niedergeschlagen haben, ermessen lässt.

Im Herbst 2009 jährt sich am 9. November für die Deutschen zum zwanzigsten Mal der gewaltlose Untergang des autoritären DDR-Staates. Für das *Selbstbewusstsein* der Deutschen ist dieses historische Geschehen von herausragender Bedeutung, wurde doch 1989, vierundvierzig Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus, in Deutschland erstmals in seiner jüngeren Geschichte ein politischer Umbruch eingeläutet, bei dem die Bevölkerung völlig gewaltlos Einheit, Freiheit, und Frieden durchsetzen und dabei auch seine autoritären Beherrscher in die Knie zwingen konnte. Die deutsche Politik zehrte von der “Wende” insofern, als das vereinte Deutschland sich jetzt als Vorreiter für eine friedliche *Einheit* ganz Europas begreifen konnte.<sup>15</sup>

Ein von Politik und Forschung weitgehend unbeachtetes Paradoxon ist hingegen, dass im Hinblick auf die kaum noch für möglich gehaltene Einheit Deutschlands von deutschen Historikern zu allererst nach den Voraussetzungen und Konsequenzen des politischen und sozialgesellschaftlichen *Untergangs* der DDR 1989 gefragt worden ist und nicht etwa nach den innergesellschaftlichen Bedingungen der Entstehung und des Kampfes gegen die “Geburt” der zweiten deutschen Diktatur 1949.

Die Untersuchung der politischen Strukturen, unter denen eine Gesellschaft in autoritären oder totalitären Systemen lebt und die Frage, ob sich überhaupt Wandel in solchen Gesellschaften vollziehen kann und wenn ja, in welchen Grenzen, wirkt aber besonders im Hinblick auf den Vergleich der liberalen Opposition der vierziger Jahre mit den Oppositionellen der “Wendezeit” in der DDR viele subalterne, aber wesentliche Fragen auf, die nur im gesamthistorischen Kontext zu klären sind.

---

<sup>14</sup> Vgl. zur Problematik der These Gesine Schwans, erst mit dem Bau der Mauer habe die DDR-Diktatur begonnen: Dieselbe: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen “Unrechtsstaat” nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

<sup>15</sup> Vgl. Weizsäcker, Richard von: Drei Mal Stunde Null? 1949. 1969. 1989. Deutschlands europäische Zukunft, Berlin 2001, 96.

## **1.2 Zielsetzung der Arbeit**

In Folge einer vollendeten Revolution verschiebt sich häufig die Sichtweise des Historikers. Das Interesse an der Analyse der Strukturen der Macht eines undemokratischen Staates rückt gegenüber dem Interesse an der Analyse der Strukturen, der Ziele, der Reichweite und dem sozialen Gefüge der Widerstands- und Oppositionsgruppen in den Hintergrund.

Die sogenannte "sanfte Revolution" in der DDR 1989 steht exemplarisch für eine solche Verschiebung des historischen Blickwinkels aus dem Bereich der politischen Machtzentren auf den Bereich der Bürgerbewegungen und deren Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen Umbruch in der DDR.<sup>16</sup>

Der Widerstand der Studenten, Schüler und Akademiker in der DDR 1949 -1953 ist der breiteren Öffentlichkeit heute im Gegensatz zu den politischen Ereignissen, die die Wende 1989 herbeiführten, kaum geläufig. Für die jüngere Geschichte der Deutschen stellt bisher nur die Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus eines der wichtigsten Kapitel dar und wird bei politischen Gedenkreden entsprechend in den Mittelpunkt gerückt.<sup>17</sup>

Der Widerstand gegen die Sowjetisierung der Bildungseinrichtungen in der frühen DDR fand dagegen bisher kaum eine öffentliche politische Erwähnung oder Würdigung. Dabei kommt der Aufarbeitung dieser ersten Phase oppositionellen und widerständigen Verhaltens in der DDR eine wesentliche Funktion als Wegbereiter der deutschen Einheit zu.

Die vorliegende Arbeit will daher nicht nur die politischen Rahmenbedingungen aufzeigen, unter denen eine politische Gegenwehr unabdingbar wurde und die aktive Opposition der Schüler, Studenten und Akademiker vorstellen und würdigen. Sie muss vor allem einen Zeitabschnitt *innerhalb* der Entwicklung einer Diktatur wissenschaftlich untersuchen, in dem die politischen Grundlagen für den demokratischen Ausbruch der DDR-Gesellschaft aus der SED-Diktatur 1989 gelegt worden sind. Insofern möchte ich eine Forschungslücke bearbeiten, auf die Ehrhart Neubert 2001 mit seiner These, die politischen und sozialen Zukunftsvorstellungen der kirchlichen und intellektuellen Oppositionellen in der frühen DDR würden aufgrund politischer Vorurteile westlicher Wissenschaftler und ehemaliger ostdeutscher <Kadernvertreter> nicht anerkannt, hingewiesen hat:

---

<sup>16</sup> Vgl. zum Beispiel das Begleitbuch zur Ausstellung "Zum Herbst` 89. Demokratische Bewegung in der DDR" welches von Bernd Lindner 1994 in Leipzig herausgegeben wurde.

<sup>17</sup> Weizsäcker, Richard von: Das Gewissen steht auf -Zum 20. Juli 1944, in: Derselbe: Von Deutschland nach Europa. Die bewegende Kraft der Geschichte, Berlin 1991, 45.

“Ist es gleichgültig, was Oppositionelle dachten und dokumentierten? Oder sollte dahinter eine Befremdlichkeit stehen, weil in der Opposition in riskanter Arbeit die Entdeckung der Freiheit statt fand, was für einen Teil der westlichen Intellektuellen, die die Freiheit ererbt hatten, und für manche ostdeutschen Intelligenzler, die durch die Kaderselektion gegangen sind, kaum nachvollziehbar ist.”<sup>18</sup>

Die Besonderheit der politischen Gegnerschaft der Schüler, Lehrer, Studenten und Professoren im Kreis Rostock liegt darin begründet, dass sie ihr Ziel, eine freiheitlichere Gesellschaftsform zu etablieren, im Kontext der Entwicklung der LDP zur antifaschistischen Blockpartei verwirklichen wollten. Man orientierte sich am Vorbild des demokratischen Parlamentarismus und des freiheitlichen Rechtsstaates. Die Chancen für eine Umsetzung waren also denkbar gering. Ein Schwerpunkt der Arbeit soll daher auf der Analyse der Entwicklung der LDP bis 1951 liegen. Insbesondere sollen entwicklungspolitische Zäsuren herausgearbeitet und darauf untersucht werden, *warum* sie Bedeutung für die Herausbildung der liberalen Opposition beziehungsweise des Widerstandes im Kreis Rostock hatten.

*Wie* wollten die liberalen Oppositionellen um Arno Esch ihre politischen Ziele unter dem repressiven Herrschaftssystem der Sowjets beziehungsweise der SED in die Tat umsetzen? Um Antworten darauf zu finden, bleibt nur die eingehende Analyse und Auseinandersetzung mit noch vorhandenen politischen Dokumenten, die vor allem Arno Esch hinterlassen hat und die zu einem großen Teil in der Norddeutschen Zeitung, dem “Organ der mecklenburgischen Liberaldemokraten”<sup>19</sup> veröffentlicht worden sind. Ein Problem ist aber das Verständnis für politische Gedankensprünge, Projekte und Meinungsänderungen, die sich aus der Verschärfung der außenpolitischen, aber vor allem der innenpolitischen Situation ergeben haben<sup>20</sup>, weil Arno Esch nicht mehr befragt werden kann. Hier können nur Zeitzeugeninterviews mit Weggefährten des Arno Esch weiteren Aufschluss bringen, deren Ergebnisse mit den Quellenaussagen verglichen werden müssen.

Opposition oder Widerstand bildete in der Gesellschaft der DDR einen konstanten Faktor, der sich aber in sehr vielen verschiedenen Formen und durch ganz unterschiedliche<sup>21</sup>, mitunter scheinbar in politischem Gegensatz stehenden Men-

---

<sup>18</sup> Neubert, Ehrhart: Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt, in: Derselbe/Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der BSTU, Bd. 21), Bremen 2001, 367ff.

<sup>19</sup> Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990, 69ff.

<sup>20</sup> Vgl. ebd, 90.

<sup>21</sup> Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: “Mit Hilfe reformistischer Kräfte...”? Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR 1945 -1960 zwischen Aufbegehren und Massenflucht, in: Lindner, Bernd (Hrsg.): Zum Herbst ` 89. Demokratische Bewegung in der DDR, Leipzig 1994, 11.

schen<sup>22</sup>, artikulieren konnte. Die Auseinandersetzung der evangelischen Jungen Gemeinde<sup>23</sup> mit der SED bis 1952 soll einen dritten Schwerpunkt der geplanten Arbeit bilden, weil die Kirche die einzige Institution bereits in der frühen DDR war, die aufgrund ihrer Neutralitätsverpflichtung in der Lage war, einerseits zwischen der Staatsmacht und den Oppositionellen zu vermitteln und andererseits den oppositionellen Schülern, Studenten und Akademikern einen Schutz- und Freiraum zu bieten.

Die sich hier für die Analyse anbietende Parallele zur Rolle des Widerstands der Kirchen gegen den Nationalsozialismus, die für ihr Zögern aufgrund ihrer angeblich unpolitischen Haltung oft, zu Unrecht, wie man heute weiß, kritisiert worden sind, kann in der Arbeit aus Zeitgründen nicht näher eingegangen werden. Hier sollte aber eine andere Forschungsarbeit ansetzen, weil die Haltung der Kirchen für die weitere Entwicklung von Opposition und Widerstand in der DDR eine besondere Rolle gespielt hat.

Die geplante Analyse soll als ein Baustein in der Kette der wissenschaftlichen Oppositions- und Widerstandsforschung verstanden werden. Dennoch plädiert die Verfasserin für eine Perspektive auf den wissenschaftlichen Widerstand 1949 -1953, die sich von den gängigen politischen Mustern des Demokratiebegriffes löst, um so zu einer möglichst unabhängigen Bewertung der Fakten und Ereignisse zu gelangen. Die Ereignisse und Konsequenzen des 17. Juni 1953 wurden bisher nicht thematisiert, da die Beteiligung der Studenten zu diesem Zeitpunkt nur noch gering war. Auch für die Universität Rostock und die John-Brinckmann-Schule in Güstrow lassen sich bisher keine Hinweise auf eine starke Beteiligung finden.

Gleichwohl bildet dieses Datum einen wichtigen Bezugspunkt, da an diesem Tag die Hoffnung der widerständischen Studenten, Schüler und Akademiker auf eine Wiedervereinigung zunichte gemacht wurde.

Die These Roger Engelmanns, die politische Gegnerschaft der frühen fünfziger Jahre habe auf die "Schwächung der Sowjetunion und der DDR"<sup>24</sup> gezielt, trifft auf das politische Engagement der liberalen Widerstandsgruppe um Arno Esch nicht zu, die vielmehr eine demokratische Veränderung der politischen Verhältnisse anstrebten.

---

<sup>22</sup> Vgl. ebd.

<sup>23</sup> Vgl. Jönsson, Per: Der organisierte Kampf gegen die Junge Gemeinde, in: Kausch, Dietmar: ... sie wollten sich nicht verbiegen lassen. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an den Oberschulen in Bad Doberan, Bützow, Grevesmühlen, Ludwigslust und Rostock 1945 -1989 (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten VERS), Rostock 2006, 92.

<sup>24</sup> Engelmann, Roger: Ost-West-Bezüge von Widerstand und Opposition in der DDR der fünfziger Jahre, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht -Ohnmacht -Gegenmacht, Bremen 2001, 172.

Ein Vergleich mit den Zielen der Bürgerrechtsbewegung 1989 bietet sich hier an, soll aber in der vorliegenden Arbeit nur im Ausblick thematisiert werden.

### **1.3 Beziehung von Methoden und Teilfragestellungen**

Die Geschichtswissenschaft ist “eine in Gegenstand, Theorie und Methodik autonome Disziplin.”<sup>25</sup> Ihre Aufgabenstellung ist jedoch eng verknüpft mit dem Ziel, durch die Erforschung der Hintergründe historischer Politik- und Alltagsgeschichte Anstöße für aktuelle gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen zu liefern, deren Ergebnisse in die Zukunft weisen sollen.<sup>26</sup> Wissenschaftliche Erkenntnis ist in diesem Sinne die Grundvoraussetzung eines aktiven gesellschaftspolitischen Handelns für künftige Generationen.

Politische Kritikfähigkeit und in letzter Konsequenz politische Gegenwehr gegen Diktaturen und Ideologien wurzeln in einem solchen vermittelten politischen Geschichtsbewusstsein.

Die Hypothese Hermann Wentkers, die wissenschaftliche Forschung könne zwar Gegenwartsfragen aufgreifen, müsse aber ihre “... Ziele und Methoden autonom bestimmen...,”<sup>27</sup> greift meines Erachtens zu kurz. Historische Wissenschaft muß sich vielmehr einem geschichtlichen Entwicklungsablauf stellen, in dem nicht alle Ereignisse systematisch aufeinander zu beziehen beziehungsweise nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten zu erfassen sind. Die historischen Fakten und Ereignisse müssen vielmehr immer wieder *neu* aufgegriffen und analytisch eingeordnet werden, um als historische Teilerfahrungen für die Gegenwart nützlich sein zu können.<sup>28</sup>

Das Thema der geplanten Arbeit und die Frage der anzuwendenden Methodik *kreuzen* sich in der These Wentkers, nur eine sich methodisch völlig von den aktuellen gesellschaftlichen Fragen lösende Geschichtswissenschaft könne wirklich objektiv gegenüber den geschichtlichen Dogmen und Ideologien sein und sie entsprechend unvoreingenommen beurteilen.<sup>29</sup> Wenn Wissenschaft ihre Ziele und Methoden aber *autonom*, ohne Rücksicht auf gesellschaftsrelevante oder humane

---

<sup>25</sup> Mayer, Ulrich, Pandel, Hans-Jürgen u.a. (Hrsg.): Wörterbuch Geschichtsdidaktik, Schwalbach/Ts. 2006, 76.

<sup>26</sup> Borries, Bodo von: Lebendiges Geschichtslernen. Bausteine zu Theorie und Pragmatik, Empirie und Normfrage (Reihe Forum historisches Lernen), Schwalbach/Ts. 2004, 5.

<sup>27</sup> Wentker, Hermann: Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: APuZ, 1-2/2005, 11ff.

<sup>28</sup> In diesem Sinne ist auch der These Wentkers nicht zuzustimmen, dass die Geschichte der DDR mit der Wiedervereinigung, im Gegensatz zur Geschichte der Bundesrepublik ihr Ende gefunden habe.

<sup>29</sup> Wentker, Hermann: Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: APuZ, 1-2/2005, 11ff.

Probleme, definiert, so führt diese Freiheit häufig nicht zu Unvoreingenommenheit und Toleranz, sondern begünstigt den Missbrauch von Macht. Umgekehrt zeigt das Beispiel des Aufbegehrens der Schüler, Studenten und Akademiker gegen die sowjetische Indoktrinierung durch das Dogma des Antifaschismus, dass Unterdrückung nicht automatisch das Ende der Freiheit des Denkens und Handelns bedeutet.

Die Geschichtswissenschaft fragt häufig nach den Faktoren, die den Umschwung von einer freiheitlichen Gesellschaft zu einer Diktatur bedingen.<sup>30</sup> Die Analyse des geplanten Themas bietet mir die Möglichkeit, zu untersuchen, wie die ideologischen Strukturen einer Diktatur politisch *überdacht* wurden, um ein Konzept für eine freiere Gesellschaftsform zu entwickeln.

Die erste Teilfragestellung der geplanten Arbeit soll sich daher mit der Frage auseinandersetzen, aus welchen Überlegungen sich das politische Zukunftsbild vor allem der Schüler und Studenten entwickelt und geformt hat. Erkenntnisse hierüber hoffe ich aus der Einsicht in Schulakten, in Beiträge zu politischen Veranstaltungen und vor allem in Dokumente zu gewinnen, die die Auseinandersetzung der evangelischen Jungen Gemeinde<sup>31</sup> mit der SED 1952 widerspiegeln. Ein zeitgeschichtliches Interview mit Dr. Hartwig Bernitt, der selbst Student an der Universität Rostock war und zum Widerstandskreis um Arno Esch zählte, soll zu einem realitätsnahen Bild beitragen.<sup>32</sup>

Objektivität ist in der Geschichtswissenschaft der Begriff, der den Historiker am stärksten mit dem Rezipienten, dem Geschichte vermittelt werden soll, verbindet. Beide sind als Teile der Gesellschaft durch ihr soziales Umfeld vorgeprägt und somit generell nicht ohne Vorurteile. Für eine Thematik, in deren Zentrum der politisch geführte Kampf um die demokratische Ablösung einer dogmatischen Herrschaft steht, stellt dies ein besonderes Problem dar.

Der Begriff des Widerstandes ist bisher interpretiert worden als die moralische Basis für den demokratischen *Neuanfang* der Deutschen nach der nationalsozialistischen Diktatur.<sup>33</sup> Der politische Widerstand der Schüler, Studenten und Akademiker gegen die sowjetische Indoktrinierung der Hochschulen symbolisiert keinen Neuanfang,

---

<sup>30</sup> Beispiel hierfür ist Hans Mommsens Studie über die politische Entwicklung zum Nationalsozialismus seit der Weimarer Republik "Von Weimar nach Auschwitz".

<sup>31</sup> Die evangelische Junge Gemeinde verstand sich nicht als politische Jugendorganisation, sondern wollte Schülern und Studenten einen Versammlungsort bieten, an dem sie sich zum Christentum bekennen und sich austauschen konnten.

<sup>32</sup> Der VERS hat mich jedoch an Dr. Friedrich-Franz Wiese als Gesprächspartner verwiesen. Im Nachhinein bin ich dafür sehr dankbar, da er mir sehr wesentliche Informationen gegeben hat.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu Weizsäcker, Richard von: Das Gewissen steht auf - Zum 20. Juli 1944, in: Derselbe: Von Deutschland nach Europa. Die bewegende Kraft der Geschichte, Berlin 1991, 45.

sondern ist ein Spiegelbild sowohl des menschlichen Mutes als auch menschlicher Zwiespältigkeit, die das Leben unter repressivem politischem Druck hervorruft.

Eine nächste Teilfragestellung soll daher darin bestehen, zu klären, wie die Studenten, Schüler und Akademiker sich persönlich mit den politischen Bedingungen der sowjetischen Herrschaft auseinandergesetzt beziehungsweise wie sie für oder gegen die Entscheidung zur politischen Gegenwehr gelangt sind.

Das Zeitzeugeninterview gilt einerseits als Methode, deren Anwendung die Gefahr in sich birgt, durch die Erinnerung des Befragten, die zwangsläufig immer subjektiv gefärbt ist<sup>34</sup>, voreingenommen zu werden. Andererseits bietet es die Möglichkeit, Sachverhalte, über die Quellen nur unzureichend Auskunft geben, aufzuklären.

Daher möchte ich durch ein mehrfaches Interview mit einer Persönlichkeit, die am Widerstand beteiligt war, (mehr kann aufgrund der vereinbarten Bearbeitungszeit von 2 ½ Jahren nicht bewältigt und präzise ausgewertet werden), die tatsächlichen Lebensumstände rekonstruieren, um die oben genannte Fragestellung so objektiv wie möglich beantworten zu können. Inwieweit ein Abgleich mit schriftlichen Quellen, die ich als innere Quellen bezeichnen möchte (wie etwa privaten Briefen, Notizen und Tagebucheintragungen), möglich ist, muss die Archivarbeit (insbesondere im Archiv der Universität Rostock) zeigen. Das Spezifische der Opposition der Studenten Schüler und Akademiker liegt darin begründet, das man ein heterogenes politisches Phänomen vor Augen hat. Einerseits kann man die Begriffe "Widerstand" und "Opposition" meines Erachtens nicht gleichsetzen, wie Karl Wilhelm Fricke vorgeschlagen hat.<sup>35</sup> Das nach 1949 zu-nehmend repressiver werdende Vorgehen gegen politische Gegner mit dem Ziel der Ausschaltung jeglichen politischen Aufbegehrens markiert nach *außen* hin den Übergang von der legalen politischen Opposition zum illegalen Widerstand.<sup>36</sup> Andererseits weist die *innere* Struktur der politischen Auseinandersetzung an den Universitäten und Schulen nach 1949 eine spezifische Dynamik hinsichtlich der Duldung und Bestrafung politisch Andersdenkender auf, die mit dem Begriff "totalitär" nur zum Teil zu beschreiben ist.<sup>37</sup> Es liegt damit hier ein politisches Modell vor, das sich nur schwer in das häufig

---

<sup>34</sup> Mayer, Ulrich, Pandel, Hans-Jürgen u.a. (Hrsg.): Wörterbuch Geschichtsdidaktik, Schwalbach/Ts. 2006, 187.

<sup>35</sup> Fricke, Karl Wilhelm: Opposition, Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR, in: Kaff, Brigitte (Hrsg.): "Gefährliche politische Gegner". Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/ DDR, Düsseldorf 1995, 10f.

<sup>36</sup> Vgl. Henke/Steinbach/Tuchel (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, 95.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu die Darstellung Thomas Ammers zur "Problematik von Opposition und Widerstand" an der Universität Rostock nach 1945, die zwischen Duldung und starken Repressionsmaßnahmen schwankte. (Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur, 64ff.)

angewendete Schema jenes moralisch-christlichen Widerstandes eines Helmuth James Graf von Moltke oder eines Dietrich Bonhoeffer integrieren lässt, der, so Friedrich von Weizsäcker's These in seiner Rede am 20. Juli 1980, zur Aufklärung der Deutschen beigetragen habe.<sup>38</sup> Erschwerend kommt noch hinzu, dass der Begriff der politischen "Resistenz", den Karl Wilhelm Fricke 1999 in Anlehnung an Martin Broszats grundlegende Definition von politischer Gegnerschaft<sup>39</sup> auch auf die politische Gegnerschaft von Studenten und Schülern in der SBZ angewandt hat,<sup>40</sup> sich bei heutiger tiefergehender Analyse als viel zu unbestimmt erweist. Resistenz beinhaltet "[...] ein nicht der Norm entsprechendes Verhalten im Alltag, passiven Widerstand, Selbstbehauptung einzelner Personen und die Abweichung von der offiziellen Ideologie."<sup>41</sup>

Insbesondere für die liberale politische Gegnerschaft an den Universitäten und Schulen in Mecklenburg bildete jedoch seit 1945 der *zielgerichtete* politische Einsatz für tatsächlich freie und demokratisch-gerechte Lebensbedingungen unter Beachtung der von der Sowjetischen Besatzungsmacht und der SED errichteten rechtlichen, politischen und sozialen Strukturen die Basis ihres Handelns. Gerade in diesem zurückhaltenden, um Verständigung bemühten, aber zielstrebigem politisch-legalen Handeln sahen SED und Besatzungsmacht aber 1949 zum Beispiel im Falle Arno Eschs den Straftatbestand der gefährlichen Agitation<sup>42</sup> gegen ihre politische Führung erfüllt.

Zur Klärung dieser Problematik, die zur spezifischen Einordnung des politischen Widerstandes in der Zeit von 1949 bis 1953 gegenüber dem Widerstand gegen die gegen die Nationalsozialisten eine entscheidende Rolle spielt, möchte ich sowohl das bereits angesprochene Zeitzeugeninterview mit Dr. Friedrich-Franz Wiese als auch den Vergleich der hier erzielten Ergebnisse mit den wesentlichen schriftlichen Quellen in den Archiven [zum Beispiel Prozessakten, sofern noch möglich Akten der

---

<sup>38</sup> Weizsäcker, Richard von: Das Gewissen steht auf - Zum 20. Juli 1944, in: Derselbe: Von Deutschland nach Europa. Die bewegende Kraft der Geschichte, Berlin 1991, 45.

<sup>39</sup> Vgl. zum Begriff der "Resistenz": Broszat, Martin, Fröhlich, Elke: Alltag und Widerstand - Bayern im Nationalsozialismus, München 1987, 64.

<sup>40</sup> Fricke, Karl Wilhelm: Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: Henke/Steinbach/Tuchel (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, 22.

<sup>41</sup> Vgl. zum Begriff der Resistenz hier die Definition von Rainer Eckert, der sich damit der Definition von Martin Broszat und Karl Wilhelm Fricke anschließt: Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht. Bremen 2001, 35f.

<sup>42</sup> Vgl. dazu die Abschrift eines vertraulichen Berichtes über die Studentenratssitzung an der Universität Rostock vom 21.06.49, LHAS, 10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 503, Bl.326.

Staatssicherheit, Protokolle der Vernehmungen, Gerichtsbeschlüsse) nutzen. Ich möchte diese schriftlichen Quellen als *äußere* Quellen bezeichnen.

Seit der Wiedervereinigung 1989/90 diskutiert die Geschichtswissenschaft die Frage, ob die Geschichte der beiden deutschen Staaten unter dem Aspekt einer “stärkeren Verklammerung beider Teilgeschichten”<sup>43</sup> zu betrachten sei oder ob die geschichtliche Fortentwicklung der DDR seit 1945 eine “anormale Abweichung”<sup>44</sup> vom demokratischen Standard der Bundesrepublik sei, in deren Konsequenz nur eine “teilweise Aufeinanderbezogenheit”<sup>45</sup> angenommen werden könne. Für die zuletzt angesprochene Fragestellung, wie der Widerstand in der DDR in den Jahren 1949 bis 1953 vor dem Hintergrund der Debatte über die Unterscheidung der Begriffe “Totalitarismus” und “Faschismus”, für die zumeist die Diktatur Hitlers und die Diktatur Stalins als kontroverse Beispiele herangezogen werden<sup>46</sup>, einzuordnen ist, spielt diese Diskussion eine wichtige Rolle. Sie wirft die Frage danach auf, ob die zweite deutsche Diktatur nur eine notwendige Konsequenz eines “deutschen Sonderweges” gewesen ist. Der Widerstand der Studenten, Schüler und Akademiker in den Jahren 1949 bis 1953 wäre dann aus der gleichen moralisch-politischen Perspektive zu beurteilen wie der Widerstand der Studenten unter dem Nationalsozialismus. Für diese These spricht, dass insbesondere viele Studenten die Konsequenzen des Nazi-Regimes durch die Kriegsgefangenschaft und Vertreibung am eigenen Leib gespürt haben und aus diesem Grund eine zweite deutsche Diktatur verhindern wollten. Befürwortet man aber diese These uneingeschränkt, umgeht man die Frage nach den historischen Entwicklungslinien der Begriffe “Faschismus”<sup>47</sup> und “Antifaschismus” ebenso, wie man sich der Auseinandersetzung mit der Problematik entzieht, ob die nach 1945 im Westen etablierte Form der Demokratie ein unanzweifelbares Instrument gegen die Herausbildung von totalitären Diktaturen sein kann. In der Schlussbetrachtung der geplanten Arbeit soll dieser Frage eine wesentliche Position eingeräumt werden, auch im Hinblick auf die Reaktion des Westens auf die Geschehnisse des 17. Juni 1953.

---

<sup>43</sup> Kleßmann, Christoph: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte in: APuZ, B 29-30/1993, 30.

<sup>44</sup> Mirow, Jürgen: Deutsche Geschichte. (K)eine Nationalgeschichte. Staatliche Einheit und Mehrstaatlichkeit, Volkszugehörigkeit und Nation in der deutschen Geschichte, Gernsbach 2002, 376.

<sup>45</sup> Wentker, Hermann: Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: APuZ, 1-2/2005, 11ff.

<sup>46</sup> Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1999, 39ff.

<sup>47</sup> Asendorf/Flemming, u. a. (Hrsg.): Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Grundbegriffe. Faschismus, Hamburg 1994, 172ff.

## 1.4 Zur Quellenlage

Der akademische Widerstand, der sich gegen die Sowjetisierung der Bildungseinrichtungen in der SBZ und in der frühen DDR bis zum Jahr 1953 erhoben hat, war in der DDR bis zur Wende 1989 ein Tabu und nimmt deshalb auch im seit 1990 wiedervereinigten Deutschland nur einen kleinen speziellen Raum in der historischen Forschung ein. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt sicherlich in der außenpolitischen Dimension des Themas.

Meine vorliegende Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf die Auswertung schriftlicher Quellen, die mir sowohl in gedruckter als auch in ungedruckter Form zur Verfügung stehen. Des Weiteren stütze ich mich vor allem auf die wichtigen Zeitzeugeninformationen, die ich von Friedrich-Franz Wiese, als einem der letzten Überlebenden der gewaltsamen Zerschlagung des liberalen Rostocker Oppositionskreises um Arno Esch, durch mündlichem und schriftlichen Gedankenaustausch in vielfältiger Weise erhalten habe. Als gedruckte Quellen lagen mir zum einen vor allem Presseberichte, Kommentare und Artikel aus regimetreuen Presseorganen der SED wie der "National-Zeitung" und dem "Telegraf" und aus den damaligen politischen Hauptsprachrohren der Liberal-Demokraten, dem "Morgen", dem "Sächsischen Tagblatt" und "Die Welt" vor, die sich im Schlüsseljahr 1949, dem Gründungsjahr der DDR, einen heftigen politischen Schlagabtausch geliefert haben. Einen breiten Raum nahm aber vor allem die Analyse der Leitartikel ein, die Arno Esch im Zeitraum von Januar 1949 bis Mitte Oktober 1949 vor allem für die "Norddeutsche Zeitung" verfasst hat.<sup>48</sup> Darin spiegelt sich systematisch nicht nur die gesamte jahrzehntelange ideologisch-politische Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Liberalismus wider.<sup>49</sup> Es werden vor allem auch grundlegende Probleme und Schwachstellen der Demokratie vor dem Hintergrund der seit 1946 immer mehr zunehmenden gewaltsamen Brechung der, wenn auch geringen, politischen Eigenständigkeit der bürgerlichen Parteien durch die sowjetischen Sicherheitsorgane aufgezeigt und kritisiert. Exemplarisch hat Arno Esch dies Verfahren in seinem im April 1949 in der Norddeutschen Zeitung erschienen Leitartikel "Politik der Kompromisse?" durchgeführt.<sup>50</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. hierzu die von ihm selbst angefertigte Aufstellung seiner publizistischen Tätigkeit, siehe Studentenakte Arno Esch, Universitätsarchiv Rostock, Bl. 2.

<sup>49</sup> Vgl. vor allem den Artikel "Freiheit und Eigentum" von Arno Esch in der NDZ, Nr. 117, vom 07. 07. 1949, abgedruckt in: Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Dannenberg 1994, 128ff.

<sup>50</sup> Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80.

Um die engeren Rahmenbedingungen des Prozess der Entwicklung und Zuspitzung des Kampfes an der Universität Rostock als ideologisch-politischem Knotenpunkt und an den Oberschulen im Umkreis der Stadt nachzuvollziehen, hat die Verfasserin insbesondere die Akten des Bestandes Landesleitung der SED, die im Landeshauptarchiv Schwerin zur Verfügung stehen, ausgewertet. Hierbei konnte herausgearbeitet werden, dass die SED 1949 zwar mit Hilfe der Militäradministration der Sowjets ein äußeres strukturell-politisches Gewaltmonopol an der Universität erlangen konnte. Eine ideologische interne “Monopolstellung im Hochschulwesen”<sup>51</sup> erreichte die SED an der Universität in Rostock jedoch aufgrund einer kontinuierlichen Gegenwehr von bürgerlichen Studenten und Professoren an der juristischen Fakultät,<sup>52</sup> vor allem aber auch wegen der äußerst mangelhaften politischen und ideologischen Zuverlässigkeit und Zusammenarbeit in den *eigenen* Parteiunterorganisationen so gut wie nicht. Ein Beleg hierfür findet sich in einem Schreiben des Zentralsekretariats der SED, Abteilung Justiz, vom 31.08.1949, in dem auf diesen aus Sicht der Justiz gefährlichen Missstand sehr eindringlich hingewiesen worden ist:

“Wir halten es für erforderlich, noch einmal eindringlich darauf hinzuweisen, dass die Arbeit der leitenden Genossen in der Untergruppe Jura der Universitätsbetriebsgruppe einer weit stärkeren Unterstützung durch die Kreisvorstände und dem Landesvorstand bedarf. Es kam überall zum Ausdruck, dass die aktiven Genossen in der Minderheit sind, die sich dauernd gegen ihre gesamte Umwelt, Dozenten, Studenten anderer politischer Richtungen, ja sogar gegen ihre eigenen indifferenten Genossen behaupten müssen.”<sup>53</sup>

Eine genaue Analyse der Umstände der Verurteilung und Hinrichtung Arno Eschs und seiner politischen Mitgefangenen ließ sich in dieser Arbeit nicht durchführen, da die notwendigen Akten hierzu noch heute vom Sowjetischen Geheimdienst nicht zugänglich gemacht werden. Mein besonderer Dank gilt daher Herrn Dr. Frank Drauschke, der mir die Kopien einer Prozessakte hat zukommen lassen, in die er im Rahmen seines Forschungsprojektes zur Aufarbeitung des Schicksals der deutschen Opfer des Stalinismus, die 1950 bis 1953 in der Sowjetunion hingerichtet wurden<sup>54</sup>, Einsicht nehmen konnte, da er mit der Menschenrechtsorganisation Memorial-International Moskau zusammenarbeiten konnte. Von der BStU wurden mir

---

<sup>51</sup> Vgl. Kowalczyk, Ilko, Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945 -1961, Berlin 2003, 78.

<sup>52</sup> Vgl. hierzu das Schreiben des Zentralsekretariats der SED, Abt. Justiz, an die Landesleitung der SED Mecklenburg, Referat Justiz, Schwerin, vom 31.08.49, LHAS, LL SED, 10.34-1, 529, Bl. 164.

<sup>53</sup> Vgl. ebd.

<sup>54</sup> Vgl. hierzu: Roginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky (Hrsg.): “Erschossen in Moskau.....”. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950 -1953, Berlin 2006.

freundlicherweise die Akten des Archivs der Zentralstelle MfS-ZAIG 21792 und 21791 zur Verfügung gestellt, aus denen ich einen guten Überblick über die zunehmende Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen der SED und der SMAD mit den Oppositionellen in den nichtkommunistischen bürgerlichen Blockparteien gewinnen konnte.

### **1.5 Zum Aufbau der Arbeit**

Mit der Untersuchung des Forschungsproblems des politischen Widerstandes in der SBZ und in der frühen DDR gegen den Stalinismus ist vor allem ein gesellschaftlich-historisches Problem verknüpft. Während der Widerstand gegen den Nationalsozialismus weitestgehend hinsichtlich der Motivlage erforscht ist und ein bestimmter Konsens herrscht über die Einordnung, führt die Untersuchung des politischen Widerstandes gegen den Stalinismus in Ostdeutschland in der Zeit von 1945 bis 1952 immer noch mehr als ein historisches Dasein im Schatten der deutschen Geschichte.

Besonders der Liberal-Demokratische Widerstand in der SBZ und in der frühen DDR wird von der Forschung, so zeigen die wenigen allgemein gehaltenen Untersuchungen zum Thema "Widerstand in der DDR", vor allem unter der Hauptthese untersucht, dass die Zielsetzung der Liberal-Demokraten 1945 sich kaum unterschieden hätte von der Zielsetzungen der National-Liberalen, die dem Nationalsozialismus 1933 an die Macht verholfen hätten. Der Vorwurf des machtpolitischen, kontinuierlichen Opportunismus der Liberal-Demokraten zieht sich ebenso wie ein roter Faden durch die Forschungsanalysen wie das Denkmodell des "Deutschen Sonderweges." Der Anspruch der vorliegenden Arbeit ist es, dieses undifferenzierte und vorurteilsbeladene Forschungsbild so gut wie möglich zu korrigieren. Dabei ergeben sich einige spezifische historische Probleme, die in der von Stalin bewusst herbeigeführten ideologisch-politischen Dogmatisierung und Radikalisierung durch den doppeldeutigen kommunistischen "Antifaschismus" begründet liegen.

### **1.6 Forschungsdiskussion**

Die Auseinandersetzung über den Widerstand gegen die Sowjetisierung der Schulen und Hochschulen ist in der DDR verschwiegen worden.<sup>55</sup> Erst die Wende 1989 hat die Möglichkeit eröffnet, dieses Thema aufzuarbeiten. Der Forschungsstand zum

---

<sup>55</sup> Fricke, Karl Wilhelm: Widerstand und Opposition in den vierziger und fünfziger Jahren, in: Eppelmann/Faulenbach/ Mählert (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, 153.

Widerstand der Schüler, Studenten und Akademiker gegen die Stalinisierung der Bildungseinrichtungen in der DDR 1949 bis 1953 soll im folgenden dargestellt werden, um die Relevanz des Themas zu begründen. Die außenpolitische Entwicklung der Beziehungen zwischen den Alliierten und Russland bis zum Jahr 1948 kann in die geplante Arbeit aus Zeitgründen nicht einbezogen werden.

Die Geschichte des Widerstandes der Schüler, Studenten und Akademiker gegen die Sowjetisierung der Schulen und Hochschulen 1949 -1953 in Mecklenburg-Vorpommern lässt sich chronologisch einteilen in drei Phasen: Erstens in eine Vorphase (1945 -1948). Ihre nähere Betrachtung wirft die Frage nach den politischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Entstehung der Widerstandsgruppen und das Handeln einzelner Oppositioneller auf.

Zweitens lässt sich eine Hauptphase (1949 -1950/51) erkennen, die Fragen nach der Reichweite und Tiefe von Opposition und Widerstand ebenso in den Raum stellt wie die Frage nach den aktiven Handlungsformen von Widerstand.

Die dritte und letzte Phase bezieht sich auf den Zeitraum von 1952 bis 1953. Diese Endphase ist zu befragen auf die Faktoren des Scheiterns des Widerstands und auf seine Bedeutung für die weitere Entwicklung von widerständigem Verhalten in der DDR bis zur Wende 1989. Natürlich kann diese Phaseneinteilung nur als ein äußerer, jederzeit aufbrechbarer Orientierungsrahmen dienen, weil sich in der SBZ von Beginn an ein politisch-soziales Spannungsfeld entwickelte. Es wurde zu einem erheblichen Teil dadurch hervorgerufen, dass die Sowjetische Führung aufgrund ihrer ideologischen Erwägungen nicht so handeln ließ, dass die Gesellschaft ihre militärischen und politischen Vertreter als eine tatsächlich freiheitlichen Gegenentwurf zum alten Regime der Nationalsozialisten hätte betrachten können.<sup>56</sup>

Seit 1990 sind mehrere wissenschaftliche Publikationen erschienen, die sich mit den genannten Teilfragen zum Thema Widerstand und Opposition in der sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise in der SBZ und in der DDR im Zeitraum von 1945 bis 1989 auseinandersetzen.<sup>57</sup> Hervorzuheben ist hier der 2001 erschienene Sammel-

---

<sup>56</sup> Moeller, Peter: ...sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckmann-Schule in Güstrow 1945 -1955 (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Rostock 1999, 12.

<sup>57</sup> Vgl. hier vor allem: Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 9), Köln 1999; Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 -1989 (Schriftenreihe Band 346 der Bundeszentrale für politische Bildung), 2. erweiterte und korrigierte Auflage, Berlin 2000.

band, den Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld herausgegeben haben.<sup>58</sup> Hier werden die Begriffe Opposition und Widerstand unter mehreren Perspektiven und zu verschiedenen Zeitpunkten am Beispiel der DDR seit 1949 beleuchtet, so dass sich ein breit gefächertes, aber differenzierter Überblick ergibt. So plädiert Ehrhart Neubert für eine Sicht auf den Widerstand in der DDR, die nicht vom Ende, sondern vom Beginn 1949 ausgeht und stellt so erstmals eine Beziehung zum Umbruch 1989 her.<sup>59</sup> Diesem Ansatz soll in der Arbeit nachgegangen werden.

## **2. Mecklenburg, die Stadt Rostock und ihre Universität**

Um die Forschungsproblematik besser verständlich zu machen, ist es sinnvoll, zunächst auf die Geschichte und auf die sozial-gesellschaftliche Situation im Land Mecklenburg und in der damaligen Bezirksstadt Rostock 1945 einzugehen, um in einem zweiten Schritt die Bedeutung und Funktion der Universität Rostock besser einordnen zu können.

Die historischen Wurzeln der Stadt Rostock liegen im Slawischen. Als erstes gesichertes schriftliches Zeugnis bezüglich der historischen Ersterwähnung des Namens "Rostock" wird die Slawenchronik des Priesters Helmold von Bosau angesehen.<sup>60</sup> Um das Jahr 1189 findet sich der erste urkundliche Beleg über den Ort Rostock im Zusammenhang mit dem Zugeständnis von geistlichen Freiheiten durch den Obotritenfürst Nikolaus an Mönche aus Doberan, die sie in ihrem Kloster auf seinem Marktflecken Rostock ausüben durften.<sup>61</sup>

1218 erhielt Rostock das Stadtrecht. Im Jahre 1259 wurde die Stadt Mitglied der Hanse und entwickelte sich dank ihrer äußerst verkehrsgünstigen Lage zur bedeutendsten Hafen- und Kaufmannsstadt an der Ostseeküste. Parallel dazu konnte die Stadt Rostock ihre kommunale Macht und Freiheit im Mecklenburgischen Herrschaftsgebiet festigen und sie im Jahr 1358 zur stärksten Entfaltung bringen.<sup>62</sup>

---

<sup>58</sup> Neubert, Ehrhart /Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht-Ohnmacht-Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der BStU, Bd. 21), Bremen 2001.

<sup>59</sup> Neubert, Ehrhart: Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt, in: Derselbe/Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht- Ohnmacht- Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der BStU, Bd. 21), Bremen 2001, 367.

<sup>60</sup> Münch, Ernst: Rostocks Aufstieg zur Stadtkommune. Von den Anfängen bis 1265, in: Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, 13f.

<sup>61</sup> Ebd., 14.

<sup>62</sup> Ebd., 38.

Die politische Entwicklung in Rostock nach der Novemberrevolution 1918 wurde in hohem Maße vorangetrieben durch linksliberaldemokratische Politiker wie etwa dem Rechtsanwalt Dr. Hugo Sawitz, der wesentlich für die Er- und Ausarbeitung der inhaltlich-politischen Grundlagen der Stadtverfassung, die 1919 in Kraft trat, verantwortlich zeichnete. Dabei weist der Prozess, der zur Verfassungssetzung führte, insofern eine Besonderheit auf, als die Einwohner Rostocks dem durch eine verfassungsgebende Versammlung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf in einer Volksabstimmung zugestimmt haben.<sup>63</sup> Rostock bildete hier also eine freiheitlich-demokratische Ausnahme unter den mecklenburgischen Städten.<sup>64</sup>

Ein Jahr später, im Dezember 1919, erfolgte die Inkraftsetzung der neuen demokratischen Bürgervertretung, die dazu führte, dass die Kommunisten ihre revolutionären Ziele in Rostock aufgeben mussten<sup>65</sup>.

Der politische und gesellschaftliche Neubeginn durch die Sowjets nach dem zweiten Weltkrieg war in Mecklenburg geprägt vom starken Primat der Wirtschaft. Insbesondere in der Hafenstadt Rostock, deren Sozialstruktur sowohl durch Ansiedlung von Industrie als auch von Agrarbetrieben stark geprägt war<sup>66</sup>, trat die zentrale Bedeutung, welche die *Wirtschaft* für die Grundlegung der kommunistischen Ideologie in *allen* Bereichen der Gesellschaft in der SBZ hatte, zutage.

Der Universität sollte in diesem Kontext eine ideologisch integrierende Kernfunktion zukommen. So heißt es zum Beispiel in einer EntschlieÙung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen:

“Die Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung, Hochschulreferat wird beauftragt, mit dem Forschungsinstitut für wissenschaftlichen Sozialismus sowie mit den Abteilungen Wirtschaft, Justiz, Arbeit und Sozialfürsorge und dem Jugendsekretariat in Hochschulfragen in engster Weise zusammenzuarbeiten.”<sup>67</sup>

Die Durchführung dieses Plans erwies sich an der Universität Rostock jedoch als problematisch. Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung vermochte einerseits nicht, den Ansturm von Studienbewerbern auf die Hochschulen im Ostteil

---

<sup>63</sup> Münch, Ernst: Rostocks Aufstieg zur Stadtkommune. Von den Anfängen bis 1265, in: Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihres Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, 171f.

<sup>64</sup> Ebd.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Keipke, Bodo: Die Stadt in der Nachkriegszeit. 1945 bis 1949 in: Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihres Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, 264.

<sup>67</sup> Vgl. die vertrauliche EntschlieÙung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen undatiert, vermutlich aber Anfang 1948 erstellt], LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 32.

organisatorisch zu bewältigen obwohl eine quantitative Beschränkung zur Zulassung von Bewerbern eigentlich längst hätte umgesetzt werden müssen.<sup>68</sup>

Schwerer wog jedoch die Tatsache, dass die Sozialstruktur an der Universität in erster Linie von *bürgerlichen* Studenten dominiert wurde. So wies der von der SED gelenkte Studentenausschuss Anfang Januar 1947 auf die starke Diskrepanz zwischen der sozialen Schichtung im Land Mecklenburg und an der Universität hin:

“Die soziale Zusammensetzung an der Universität entspricht bei weitem nicht der Zusammensetzung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.”<sup>69</sup>

Es ist ein kontinuierliches Kennzeichen, dass an der Hochschule in Rostock immer ein konservativ-bürgerliches Umfeld etabliert war<sup>70</sup>, obgleich das wirtschaftliche Leben außerhalb der Universität im Wesentlichen geprägt war von einer agrarisch-industriell geprägten Gesellschaft<sup>71</sup>. Die Herausbildung der politischen liberalen Opposition an der Universität seit 1945 ist im Spiegel der gesellschaftlichen Verschiebungen, die sich 1945 durch die kriegsbedingte Flüchtlingszuwanderung ergab, zu sehen.<sup>72</sup>

Das soziale und gesellschaftliche Leben im damaligen Land Mecklenburg war in erster Linie bestimmt durch einen hohen Anteil von mittleren und großbäuerlichen Betrieben, deren zumeist alteingesessene Landwirte aufgrund ihrer tradierten Lebenseinstellungen und Arbeitsgewohnheiten schwer in ein anders ausgerichtetes politisches System, zumal in das autoritäre kommunistische System, zu integrieren waren.<sup>73</sup> Der konsequente Widerstand einzelner mecklenburgischer Bauern gegen die absoluten rechtlichen und praktischen Eingriffe in ihre Eigentums- und Lebensverhältnisse durch die sogenannte demokratische Bodenreform belegt dies.<sup>74</sup>

---

<sup>68</sup> Vgl. ebd., Bl. 21.

<sup>69</sup> Vgl. ebd.

<sup>70</sup> Urbschat, Kerstin: NS-Zeit und Zweiter Weltkrieg in Rostock. 1933 bis 1945, in: Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, 231.

<sup>71</sup> Moeller, Kathrin: Industrialisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Entstehung der ostdeutschen Werftenindustrie von 1945 bis 1953, in: van Melis, Damian: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945-1952, Schwerin 1999, 343.

<sup>72</sup> Grottendiek, Michael: <Der Umsiedler soll nicht neben uns herlaufen.> Gesellschaftspolitische Konflikte im Kontext der Vertriebeneneingliederung in Mecklenburg-Vorpommern, in: van Melis, Damian: Sozialismus auf dem platten Land, Schwerin 1999.

<sup>73</sup> Bartusels, Rolf: Das Rechtswesen in Mecklenburg-Vorpommern nach 1945, in: van Melis, Damian: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945 -1952, Schwerin 1999, 286.

<sup>74</sup> Vgl. hierzu Hilger/Schmeitzner/Schmidt: Widerstand und Willkür. Studien zur sowjetischen Strafverfolgung parteiloser Zivilisten in der SBZ/DDR 1945 -1954, in: Dieselben (Hrsg): Sowjetische Militärtribunale. Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945 -1955 [Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd.17/2], Köln 2003, 243ff.

Das Ziel der Kommunisten, ihre ideologische Herrschaft um- und durchzusetzen mit Hilfe autoritärer Maßnahmen scheiterte also an dem fehlenden Willen der Bauern, durch Bildung sozial aufzusteigen beziehungsweise wegen diesem sozialen Aufstieg ihre traditionell gewachsene bäuerliche Existenz zu vernachlässigen.

Dies wird auch in einem Bericht der Hochschulgruppe Universität Rostock mit Blick auf die fehlende Resonanz der nichtbürgerlichen Studenten auf die Öffnung der Arbeiter- und Bauernfakultäten im Sommersemester 1948 angedeutet:

“In dem Agrarland Mecklenburg liegt der Hauptakzent bei der Werbung für das Arbeiter- und Bauernstudium auf “Bauern”, und der Bauer ist bekanntlich viel schwerer von der Notwendigkeit des Studiums zu überzeugen als der Industriearbeiter. [...]”<sup>75</sup>

## **2.1 Grundlagen der Neustrukturierung des Bildungswesens im Rahmen der “antifaschistisch-demokratischen Umwälzung”**

Der Zeitraum von 1945 bis 1952, in dem von den Sowjets in ihrer östlichen Besatzungszone die ideologischen und politischen Grundlagen für die Errichtung eines deutschen Staates sowjetischer Prägung gelegt wurden, wurde im ideologischen Sprachduktus der Stalinisten als “antifaschistisch-demokratische Umwälzung” bezeichnet. Damit gemeint war ein einschneidender revolutionärer gesellschaftlicher Umbruch nach marxistisch-leninistischem Vorbild, durch den die ostdeutsche Gesellschaft in allen Bereichen von der Herrschaft des Imperialismus entbunden werden sollte<sup>76</sup>. Dabei wurde das Vorbild des Marxismus-Leninismus nur theoretisch nach außen hin propagiert. In der politischen und gesellschaftlichen Realität wurde nach dem Willen des Diktators Stalin gehandelt, der das Leninsche Prinzip eines “demokratischen Zentralismus”<sup>77</sup> radikal ersetzte durch die gewaltsame politische und gesellschaftliche Durchsetzung seiner völlig egozentrierten ideologisch-utopischen Machtansprüche.

Bei der Aufrichtung dieses neuen “antifaschistisch-demokratischen” deutschen Staates lag der Fokus der Sowjetischen Besatzungsmacht 1945 notwendig auf der Neustrukturierung des Bildungswesens für Schulen und Hochschulen in der SBZ. In der Forschung wird dies im allgemeinen damit begründet, dass die Sowjets in den sogenannten “Eliten” jene gesellschaftlichen Verantwortungsträger gesehen hätten,

---

<sup>75</sup> LHAS, LL SED, 10.34-1, 501, Bl. 54.

<sup>76</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 43f.

<sup>77</sup> Vgl. zum Prinzip des Leninschen “Demokratischen Zentralismus”: Lieber, Hans-Joachim: Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: Derselbe (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 920.

“[...] die den geplanten Umwandlungsprozess entscheidend beeinflussen und tragen sollten.”<sup>78</sup> Nahrung erhält diese These, sicherlich nicht zu Unrecht, dadurch, dass das Bild von einer deutschen Professoren- und Studentenschaft vorherrschte, die, außer einem egozentrierten, elitär-nationalistischen Klassenbewusstsein<sup>79</sup>, angeblich über keinerlei positive Beziehung zum Aufbau einer freiheitlichen Demokratie verfügte. Das Selbstverständnis vieler deutscher Jugendlicher und Studenten war aber wegen der negativen Erfahrungen, die sie unter dem Nationalsozialismus, im Krieg und nach dem Krieg mit den sowjetischen Besatzern gemacht hatten, zwangsläufig geschärft worden. Viele sahen die Notwendigkeit, sich auseinanderzusetzen mit der eigenen Verantwortung für die Vergangenheit und für eine freiheitliche politische Zukunft im Lichte der neuen Ideologie, die ihr Leben weiterhin bestimmen sollte.<sup>80</sup> Die Kritik, Opposition und letztlich der Widerstand, mit dem sich vor allem die SED bei der Manifestierung ihrer ideologisierten Politik an den Hochschulen immer stärker konfrontiert sah<sup>81</sup>, rühren aus diesem Grunde vor allem daher, dass keine tiefergehende, neutrale und differenzierte Untersuchung der komplexen gesellschaftlich-politischen Situation, die an den Hochschulen existierte, durchgeführt werden dürfte. Denn damit wäre die SED dem vom radikalen Kommunisten Stalin lange geplanten Ziel, “[...] die letzten Überreste der absterbenden Klassen zu zerschlagen [...]”<sup>82</sup>, massiv entgegengetreten. So aber musste für die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zwangsläufig die Gesellschaft an den ostdeutschen höheren Bildungsinstituten, nicht nur in politischer Hinsicht<sup>83</sup>, fremd bleiben.

---

<sup>78</sup> Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 -1955, Bremen 2003, 15.

<sup>79</sup> Vgl. zur Problematik des Verhältnisses vieler deutscher Hochschulangehöriger zum Nationalsozialismus: Stern, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg [Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte Universität Tel Aviv, Bd. 14], 182.

<sup>80</sup> Müller, Marianne/Müller, Egon: “...stürmt die Festung Wissenschaft!” Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945 (Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften und “colloquium” Zeitschrift der freien Studenten Berlins), Berlin, Reprint 1994, 108.

<sup>81</sup> Vgl. hierzu die Abschrift einer Entschließung der Delegiertenkonferenz der SED-Betriebs-Gruppe Universität Rostock vom 20.10.49, in der angemahnt wird, dass die Universitäten zum großen Teil noch Stützpunkte der Reaktion wären, die vernichtet werden müssten [LHAS, 10.34 - 1, SED-Landesleitung Mecklenburg, Nr. 501, Bl. 226].

<sup>82</sup> Pravda vom 10. 01. 19153, in: I. V. Stalin, Socinenija, Band 13, Moskau 1951, 211, zit. nach: Petrov, Nikita: Die Todesstrafe in der UdSSR Ideologie, Methoden. Praxis. 1917 -1953, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953(Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 43.

<sup>83</sup> Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945-1955, Bremen 2003, 15.

Fügte sich damit aber die SED wirklich genau in das von Hermann Weber dargestellte Bild der kommunistischen Parteien ein, die, so seine These, als starre Organe alle gänzlich abhängig vom Stalinistischen System und auf dieses System widerspruchslos fokussiert waren?<sup>84</sup>

Die Auswertung derjenigen Quellen, welche die politische Entwicklung an der Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1950 widerspiegeln, zeigt jedenfalls, dass die Dynamik der politischen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der SED und denjenigen Studenten, die der Hochschulpolitik der Partei kritisch gegenüber standen, immer mehr zunahm. Insbesondere der Studentenrat entwickelte sich 1948, obgleich SED-dominiert, zum Austragungsort eines Konfliktes, der seine Nahrung nicht, wie von der SED-Betriebsgruppe immer wieder propagiert, aus einem einseitig-klassenkämpferischen Streit zwischen <demokratischen Antifaschisten> und bürgerlichen Reaktionären<sup>85</sup> bezog. Martin Handschuck hat in diesem Zusammenhang auf die Resolution des Studentenrates vom 01.06. 1948 hingewiesen, in der auch von den Studenten der SED eine bevorzugte Zulassung von Arbeiter- und Bauernkindern ohne Leistungsvergleich abgelehnt wurde:

“Grundsätzlich soll die bessere Leistung entscheiden. Den Bauern- und Arbeiterkindern und den OdF ist nur dann der Vorzug zu geben, wenn ihre Leistung die gleiche ist, wie die der übrigen Bewerber.”<sup>86</sup>

Die ideologische Umstrukturierung der Universität Rostock gestaltete sich also für die SED offenbar vor allem auch deshalb so schwierig, weil die Diskrepanz zwischen dem ideologischen Machtanspruch der SED-Führenden und den *tatsächlichen* Gegebenheiten innerhalb der Universitätsgesellschaft zumindest in den ersten sieben Jahren zu hoch war. Der von Hermann Weber postulierten “Ambivalenz zwischen Theorie und Praxis”<sup>87</sup>, die sich für ihn aus der radikal-gewaltsamen Hypertrophierung des Stalinistischen Strebens nach absoluter Macht ergibt<sup>88</sup>, stand also der Zwiespalt der SED, ideologischen Machtanspruch und gesellschaftliche Realität vereinen zu müssen, gegenüber.

---

<sup>84</sup> Vgl. Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 18.

<sup>85</sup> Vgl. hierzu den Bericht über das Sommersemester 1948 an der Universität Rostock, LHAS, 10.34 -1, SED-Landesleitung Mecklenburg, Nr. 501, Bl.45, in dem die Schuld an den Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der privilegierten Zulassung der Arbeiter- und Bauernkinder den bürgerlichen Studenten, der “Reaktion des Bürgertums” angelastet wird.

<sup>86</sup> Vgl. die Resolution des Studentenrats vom 01.06.1948, UAR,SR, 1, o. Bl., zit. nach: Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 -1955, Bremen 2003, 159.

<sup>87</sup> Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 26f.

<sup>88</sup> Ebd., 27.

Mit Blick auf den Zusammenbruch der DDR 1989 spiegelte sich also 1948 bereits im kleinen Rahmen an der Rostocker Hochschule das Dilemma der SED wider, was laut Egon Krenz, dem letzten SED-Generalsekretärs, zum Zusammenbruch des DDR-Staates führte:

“[...] , daß die alte Führung den Widerspruch zwischen dem Willen des Volkes und ihrer eigenen realitätsfernen Politik beständig vertiefte und unser Land in eine schwere Krise führte.”<sup>89</sup>

## **2.2 Die Bedeutung der Universität Rostock als Zentrum der “antifaschistisch-demokratischen Erneuerung”**

Dass bei dieser Arbeit auch die Untersuchung der politischen Vorgänge an der Universität Rostock mit im Zentrum steht, ist im Rahmen einer Untersuchung des politischen Widerstands, der insbesondere von Liberal-Demokratischen Akademikern, Studenten und Schülern im damaligen Mecklenburg gegen die SED geleistet wurde, nur folgerichtig. Bei der Errichtung der “Volksdemokratie” auf ostdeutschem Boden kam der Universität Rostock in den Augen der Kommunisten offensichtlich eine wesentliche Funktion. Zum einen war die Universität Mittelpunkt einer Hafenstadt und einer Region, in der gute wirtschaftliche und politische Gemeindefstrukturen vorhanden waren<sup>90</sup>, die zum Aufbau der stalinistischen “Volkswirtschaft” genutzt werden konnten. Zum anderen lässt sich aus den Berichten der, in denen über die Situation an der Universität regelmäßig Auskunft gegeben wurde, schließen, dass die sowjetische Besatzungsmacht früh darüber informiert war, dass hauptsächlich bürgerliche Studenten und Akademiker den gesellschaftlichen Kern der Universität, im Gegensatz zur Stadt und zum Umland, prägten<sup>91</sup>.

Die Universität verkörperte also ein besonderes Beispiel für eine “imperialistische” elitäre deutsche Bildungseinrichtung, an welcher der “Klassenkampf”<sup>92</sup>, die “entscheidende unmittelbare Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung”<sup>93</sup>, wirkungsmächtig vorangetrieben werden konnte und sollte. Als etwas Besonderes

---

<sup>89</sup> Vgl. Krenz, Egon: Wenn Mauern fallen, Wien 1990, 7.

<sup>90</sup> Vgl. hierzu: Keipke, Bodo: Die Stadt in der Nachkriegszeit, in: Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihres Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, 269.

<sup>91</sup> Vgl. hierzu den Vorschlag für eine Immatrikulationsordnung der Universität Rostock zum Sommersemester 1947, LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 21. 1990, Rostock 2003, 269.

<sup>92</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 486.

<sup>93</sup> Ebd.

gilt aber auch der politische Widerstand der Liberal-Demokratischen Studenten gegen diesen erzwungenen Klassenkampf. Die von Arno Esch in der Liberal-Demokratischen Norddeutschen Zeitung 1949 veröffentlichten Leitartikel sind wichtige Zeugnisse für das schwierige Unterfangen, gegenüber einem totalitären Regime gewaltlos für freiheitlich-demokratische Strukturen argumentativ zu streiten.<sup>94</sup>

Ihre Auswertung muss daher einen wichtigen Analyseschwerpunkt dieser Arbeit bilden.

### **3. Zum Werdegang Arno Eschs**

Arno Esch wurde am 06.02.1928 in Memel /Ostpreußen als Sohn des Ehepaares Edwin und Emma Esch, geborene Seidler, geboren. Sein kurzes Leben und seine politische Einstellung sind bestimmt worden durch zwei Grunderfahrungen: einerseits von der Erfahrung der Gewalt des Krieges, die er als Soldat der Marinefeuerschutzkompanie 1944 machen musste<sup>95</sup>, von der Erfahrung der Vertreibung und Flucht aus Ostpreußen andererseits.<sup>96</sup>

Seine zutiefst pazifistische Einstellung<sup>97</sup> und sein konsequentes Eintreten für eine freiheitliche, aber verbindliche Rechtsordnung als Grundlage für den Aufbau eines neuen deutschen Staatswesens ist sicher auf diesen historischen Erfahrungshorizont zurückzuführen.<sup>98</sup> Aus einem Lebenslauf Arno Eschs, verfasst am 21. Juni 1949, geht hervor, dass er ihn aus Anlass seines baldigen juristischen Examens mit dem anschließenden Ziel der Promotion und Habilitation verfasst hat:

“Ich beabsichtige, im Herbst 1949 die erste juristische Staatsprüfung abzulegen und nach Abschluß des achten Studiensemesters bei Herrn Staatsminister a.D. Dr. Strasser mit einer bereits fertiggestellten Dissertation über das Thema “Die Staatsgeschichte in der deutschen Verfassungsentwicklung nach 1945 -ein Beitrag zur Lehre vom Schutz der Verfassung” zum Dr. jur. zu promovieren. [...] Ich habe den Wunsch, mich für die Fächer Staatsrecht und Völkerrecht zu habilitieren.”<sup>99</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in der nicht das demokratische System der Gewaltenteilung, das Arno Esch immer

---

<sup>94</sup> Vgl. hierzu die von Arno Esch selbst angefertigte Aufstellung seiner publizistischen Tätigkeit in seiner Studentenakte, Studentenakte Arno Esch, Blatt 8, Universitätsarchiv Rostock.

<sup>95</sup> Vgl. hierzu die Studentenakte Arno Esch, Blatt 26, Universitätsarchiv Rostock.

<sup>96</sup> Ebd.

<sup>97</sup> Vgl. Wiese, Friedrich-Franz: Arno Esch 1928 -1951, in: Liberal, Heft 1, 1990, 90.

<sup>98</sup> Vgl. hierzu das unveröffentlichte Manuskript des FDP-Politikers Christian Münter, Archiv des Liberalismus [ADL] 11901, 6.

<sup>99</sup> Ebd.

wieder öffentlich eingefordert hatte<sup>100</sup>, sondern der <demokratische Zentralismus> als Staatsform beschlossen worden war, bereits seit drei Monaten in Kraft getreten. Arno Esch kämpfte politisch für eine Idee, zu deren Verwirklichung er neben einer radikalen Sozialpolitik die Entpolitisierung der Kultur, konsequenten Pazifismus<sup>101</sup> und letztlich die Aufrichtung eines wirklich *freien* Weltstaates einforderte.<sup>102</sup> Mit dieser politischen Einstellung schaffte er sich sowohl bei den nationalliberalen Vertretern seiner eigenen Partei<sup>103</sup> als auch bei den Sowjets und der SED Gegner und Feinde, hätte die Verwirklichung seiner Politik doch bedeutet, dass das von nationalliberalen Konservativen wie Kommunisten gleichermaßen seit Jahrzehnten ideologisch ausgenutzte Prinzip eines mehr oder weniger politisch “von oben”aufgezwungenen ideologisch-gesellschaftlichen Leitkonsenses nicht mehr gegriffen hätte.

### **3.1 Die Voraussetzungen Liberal-Demokratischen Denkens bei Friedrich A. von Hayek**

Das politische Denken Arno Eschs wird verständlich, wenn man die Diskussionen, die Liberale wie Friedrich von Hayek und John Maynard Keynes schon vor Ende des zweiten Weltkrieges über das Problem der Erneuerung liberaler Politik im Lichte der politischen Krise, in die der Liberalismus 1918 geraten war, geführt haben, in den Blick nimmt. Die hatte sich bereits vor dem ersten Weltkrieg abgezeichnet im Lichte des sozialpolitischen Ungleichgewicht, das einerseits durch die Maximierung des Gewinnstrebens der Industrie, die von den meisten Liberalen politisch massiv unterstützt wurde, und andererseits durch den damit verbundenen sozialen Raubbau an der mittleren Schicht der Arbeitnehmerschaft immer stärker hervorgetreten war.<sup>104</sup> Das die Liberalen dem Wunsch nach einer sozialen Umwälzung dieser ungerechten Lebens- und Arbeitsbedingungen so gut wie nichts entgegenzusetzen hatten, löste den Wettstreit mit der kommunistischen Ideologie aus, der letztlich im Angesicht der Russischen Revolution zur Lagerenspaltung innerhalb der Liberalen in Befürworter eines liberalen Rechts- und Wirtschaftssystems oder eines stark

---

<sup>100</sup> Esch, Arno: Verfassungsgerichte und Volkssouveränität, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997, 216.

<sup>101</sup> Wiese, Friedrich-Franz: Arno Esch 1928 -1951, in: liberal, Heft 1/1990, 91.

<sup>102</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 166.

<sup>103</sup> Wiese, Friedrich-Franz: Arno Esch 1928 -1951, in: liberal, heft 1/1990, 91.

<sup>104</sup> Köhler, Wolfgang: Die Mission des Liberalismus, in: Die Zeit, Nr. 33, vom 7. August 2008, 74.

lenkenden Obrigkeitsstaates führte.<sup>105</sup> Vor dem Hintergrund dieses sozialpolitischen Versagens seiner Partei hat der liberale Ökonom und Philosoph Friedrich von Hayek die neue schwierige Aufgabe des Nachkriegsliberalismus, ein tatsächlich ausgewogenes freiheitliches Verhältnis der Macht zwischen den staatlichen Regierungen und dem Volk als eigentlichem politischem Souverän herbeizuführen, am Beispiel des Vergleichs des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit dem kollektivistischen Wirtschaftssystem des Sozialismus 1944 definiert:

“Wenn “Kapitalismus” hier ein auf Wettbewerb und Privateigentum beruhendes Wirtschaftssystem bedeuten soll, so ist es weit wichtiger, sich darüber klar zu sein, das nur im Rahmen eines solchen Systems die Demokratie möglich ist.”<sup>106</sup>

### **3.1.1 Die Idee der Freiheit in Liberalismus und Kommunismus**

Ideologisch betrachtet war der wesentliche Gegenentwurf des Kommunismus zum Freiheitsgedanken des Liberalismus nicht die totale Abkehr von der politischen Freiheit des Volkes - die Vorstellung, dass die Demokratie versagt habe - sondern die Idee der individuellen Verantwortung eines jeden freien Menschen für den Prozess der Autonomisierung der Gesamtgesellschaft:

“Der Kommunismus ist die Gesellschaft, <worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist> (MEW, 4, S. 482).”<sup>107</sup>

Nach dieser Gesellschaftstheorie vollzieht sich der Prozess der Demokratisierung einer Gesellschaft spiralförmig von innen nach außen und umgekehrt. Träfe diese These zu, wäre uneingeschränkte individuelle und politische Freiheit scheinbar gar nicht mehr notwendig. Es ist jedoch damit noch nicht gesagt, wie der aus den dialektisch wirkenden Bedingungen der Freiheit und der Unfreiheit definierte Freiheitsbegriff<sup>108</sup> so in der gesellschaftlichen und politischen Realität umgesetzt werden kann, dass jeder gewalttätige Missbrauch von Freiheit [Anarchisierung], sei es durch Regierungen oder Bürger, vermieden wird. Im Kommunismus, aber auch in Demokratien, gibt es keine Gewähr dafür, dass sich die Grenzen menschlichen Strebens nach politischer Macht nicht ins Extreme verschieben und letztlich auflösen

---

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Hayek, Friedrich von: Der Weg zur Knechtschaft [Friedrich Naumann Stiftung. Für die Freiheit], München 2007, 98f.

<sup>107</sup> Vgl. Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 501 f.

<sup>108</sup> Vgl. hierzu: Schwan, Alexander: Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung, in: Lieber, Hans-Joachim(Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 217.

im Extremismus. Der legale<sup>109</sup> Aufstieg Hitlers und den Nationalsozialismus aus den Trümmern der demokratisch verfassten Weimarer Republik ist hierfür das meist genannte, aber vor allem wegen der ungeheuren Ausuferung menschlicher Brutalitäten meist hinterfragte und kontrovers diskutierte historische Beispiel. Eng mit der Problematik des dialektischen Freiheitsbegriffs verbunden ist konsequenterweise die Frage, wo die Grenzen zwischen politischer Anarchie und politischem Widerstand gezogen werden können und gezogen werden müssen und wann politische Gegnerschaft als tatsächlich "demokratische politische Gegnerschaft" gelten kann.

### 3.1.2 Friedrich August von Hayeks Demokratiebegriff

In seinem bekanntesten Buch "Der Weg zur Knechtschaft" hat Friedrich A. Hayek 1944 den Begriff der Demokratie definiert als [...] ein von der Nützlichkeit diktiertes Instrument für die Wahrung des inneren Friedens und der individuellen Freiheit.<sup>110</sup> Dennoch sei die demokratische Regierungsform "[...] keineswegs unfehlbar oder von absolut sicherer Wirkung."<sup>111</sup> Indem Hayek also die Demokratie kennzeichnet als ein, zwar schwer berechenbares, jedoch notwendiges politisches Instrument zur Verteidigung des Menschenrechtes auf die Bewahrung der persönlichen Freiheit, betont der Liberale somit gleichzeitig auch, dass tatsächliche demokratische Freiheit grundsätzlich nur gewonnen werden kann, wenn alle Beteiligten [politisch Regierende und Volk] bereit sind, ihre Interessen mit- und füreinander abzuwägen. Im Gegensatz zum ordnungsprinzipiellen Demokratiebegriff, dessen Hauptprämisse die politische Gleichheit, das heißt, das Recht aller Bürger auf die freie Teilnahme an der politischen Willensbildung, ist<sup>112</sup>, gründet das Demokratieverständnis des Liberalismus, so kann man Friedrich A. Hayeks Definition weiter entnehmen<sup>113</sup>, vor allem darauf, dass jeder Mensch von Geburt an frei und sein Leib und Person bedingungslos zu respektieren und zu schützen sind. Arno Esch hat fünf Jahre nach Friedrich A. Hayeks Veröffentlichung diese Grundvoraussetzung Liberal-demokratischen Denkens in zwei klaren kurzen Sätzen zusammengefasst:

---

<sup>109</sup> Vgl. zum Begriff der "legalen Revolution": Bracher, Karl Dietrich: Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1993, 211.

<sup>110</sup> Hayek, Friedrich A. von: Der Weg zur Knechtschaft [Friedrich Naumann Stiftung. Für die Freiheit], München 2007, 99.

<sup>111</sup> Ebd.

<sup>112</sup> Vgl. hierzu: Lenk, Kurt: Probleme der Demokratie, in: Lieber, Hans-Joachim(Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 938ff.

<sup>113</sup> Hayek, Friedrich von: Der Weg zur Knechtschaft [Friedrich Naumann Stiftung. Für die Freiheit], München 2007, 99.

“Freiheit der Persönlichkeit und Wahrung der Menschenwürde sind die beiden Grundbestandteile der Idee des Liberalismus. Auf sie lassen sich letzten Endes alle seine ethischen und politischen Grundsätze zurückführen.”<sup>114</sup>

Der von Stalin politisch und ideologisch ausgenutzte Begriff des “Antifaschismus” spiegelt jene Problematik der Ab- und Eingrenzung politischer Gegnerschaft, die gegenüber politischer Staatsmacht ausgeübt werden kann, auf zwei für die Stalinistische Macht- und Gewaltausübung spezifischen Ebenen wider. Zum einen drückt sich in diesem “multifunktionalen Kampfbegriff”<sup>115</sup> das unausgegrenzte Verhältnis Stalins zum demokratischen Staats- und Gemeinwesen im Allgemeinen aus. Der Zeitzeuge Arno Esch hat hinsichtlich einer Einordnung der marxistischen Staatsauffassung gegenüber dem liberalen Staatsverständnis 1948 die These vertreten, der Marxismus fasse “[...] den Staat als Machtinstrument der herrschenden Klasse zur Unterjochung der unterdrückten Klasse und als Mittel zur vorläufigen Verdeckung an sich offenkundiger Gegensätze und Spannungen innerhalb der Gesellschaft auf.”<sup>116</sup>

Zum anderen deckt der Begriff das schizophren-taktische Verhältnis Stalins und zur “radikalen sozialen Bewegung”<sup>117</sup> des Kommunismus und zur SED im Speziellen auf. Da die politische und soziale Entwicklung einzelner Gesellschaften nicht isoliert und unabhängig von *inneren* sozialen Problemen und *äußeren* Einflüssen anderer ideologischer und politischer Konzeptionen von Gesellschaft erfolgen kann<sup>118</sup>, müssen autoritär geführte Regierungen immer wieder darauf achten, “[...] durch bewusste ökonomische, politische und ideologische Tätigkeit Bedingungen zu schaffen, die im wesentlichen eine konfliktfreie Entwicklung gewährleisten.”<sup>119</sup>

---

<sup>114</sup> Esch, Arno: Freiheit und Eigentum (Artikel in der NDZ Nr. 117 vom 07.07.1949, dokumentiert in: Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten VERS), Dannenberg 1994, 129.

<sup>115</sup> Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1997, 220.

<sup>116</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 186.

<sup>117</sup> Weber, Herrman: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 12.

<sup>118</sup> Verwiesen sei an dieser Stelle auf den aktuellen Konflikt, den die kommunistische Volksrepublik Nordkorea vordergründig wegen der Herstellung einer eigenen Atom bombe führt, bei dem es aber tatsächlich wahrscheinlich darum geht, die übrige Welt zur Unterstützung der völlig maroden Volkswirtschaft zu zwingen, um Hungerrevolten zu unterdrücken.

<sup>119</sup> Vgl. Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 217.

Eine solcher Maßen vorbestimmte Freiheit kann aber nur für einen gewissen Zeitraum eine Art politischer und sozialer Einheit innerhalb einer Gesellschaft katalysieren.

Arno Esch war bestrebt, ein politisches Konzept in die Tat umzusetzen, in dessen Mittelpunkt vor allem die Forderung stand, die individuelle Freiheit des Menschen als Wurzel eines sozial gerechten und Gesellschaftssystems zu fördern und zu hüten:

“Das bedeutet, daß mit der Geburt der Freiheit auch das Urbild des Eigentums geboren ist. Freiheit und Eigentum gehören seit Urbeginn zusammen.”<sup>120</sup>

#### **4. Der Begriff der Freiheit bei Jean-Jacques Rousseau**

Für die Geschichtswissenschaft spielt der Begriff der Freiheit mit seinen drei politischen Dimensionen Revolution, Demokratie und Diktatur eine elementare Rolle. So ist Geschichte aus der der Sicht neuzeitlicher Historiker eine durch die intellektuelle Kraft des handelnden Menschen vorangetriebene “[...] rastlose, fortschreitende, in sich steigernde Kontinuität.”<sup>121</sup>

Diese Definition des Begriffes <Geschichte> ist das Ergebnis der durch die Philosophie der französischen Aufklärung in Bewegung geratene Auseinandersetzung mit der Frage, welchen Stellenwert die Freiheit jedes Einzelnen im sozialen und politischen Gesellschaftssystem eines Staates hat.

So stellt Jean-Jacques Rousseau in seinem staatsphilosophischen Werk “Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts” von 1754 gleich zu Beginn folgende Hypothese zur Diskussion:

“Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten. Einer hält sich für den Herrn der anderen und bleibt doch mehr Sklave als sie.”<sup>122</sup>

Behandelt Rousseau in seinem “Gesellschaftsvertrag” vordergründig die Frage, “[...] ob es in der bürgerlichen Ordnung irgendeine rechtmäßige und sichere Regel für das Regieren geben kann, [...]”<sup>123</sup> so rückt er tatsächlich, in der Zeit des herrschenden Absolutismus ein unvorstellbarer Angriff auf die Herrschenden, das Grundproblem eines absolut gerechten politischen Zusammenlebens aller Mitglieder eines Staatswesens in den Mittelpunkt: Wie wende ich meine eigene Freiheit so an, dass

---

<sup>120</sup> Vgl. den Artikel “Freiheit und Eigentum” von Arno Esch in der NDZ, Nr.117, vom 07. 07. 1949, abgedruckt in: Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Dannenberg 1994, 129.

<sup>121</sup> Baumgartner, Hans Michael: Kontinuität und Geschichte. Zur Kritik und Metakritik der historischen Vernunft, Frankfurt 1997, 58.

<sup>122</sup> Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart 1986, 5.

<sup>123</sup> Ebd.

ich auch anderen die größtmögliche Freiheit ermöglichen kann? Die politische Mahnung Rousseaus an die absolutistischen Herrscher, die politische Rückkehr zu einem gerechten Staatswesen von *selbst* einzuleiten und sich und das Volk zu freien und vernunftbewussten Gliedern eines solchen Staatswesens zu erziehen<sup>124</sup>, fanden bei den Herrschenden<sup>125</sup> kein Gehör:

“Wir nähern uns einer Krise und dem Jahrhundert der Revolutionen. Wer kann sich für das, was aus euch wird, verbürgen? Alles, was der Mensch aufgebaut hat, kann er wieder zerstören. Unvergänglich ist nur die Natur, und sie bringt weder Fürsten noch Richter oder große Herren hervor.”<sup>126</sup>

Die Betrachtung der Ursachen, die schließlich 1789 zu der von Rousseau vorhergesagten französischen Revolution führten, zeigt, dass dem Begriff der Freiheit zwei unterschiedliche Phänomene zugrunde liegen, deren politische und soziale Grenzen in einem freien Staats und Gemeinwesen ständig neu überdacht werden müssen: Es sind dies Recht und Gewalt. Die politisch unterdrückte und langsam verarmende Mehrheit des französischen Volkes erkannte nicht nur, dass sie ein natürliches Recht auf individuelle Freiheit hatte. Sie setzte diese Freiheit auch in ungezügelter körperlicher Gewalt durch, um die Macht des feudal herrschenden Adels und Klerus zu brechen, die ihre sozialen Privilegien und außenpolitischen Ziele mit Hilfe des Militärs und durch die soziale Ausbeutung ihrer Untertanen finanzierten.<sup>127</sup> Die Aufrichtung einer freien staatlichen Herrschaft des Volkes in Frankreich scheiterte letztlich also sowohl am Unvermögen der Herrschenden, selbst tiefgreifende politische und soziale Reformen zu ermöglichen, um so gerechte und freie Lebensbedingungen für alle Menschen im Staat zu ermöglichen, als auch an der Unfähigkeit der Bevölkerung, ihr Staatswesen zu begreifen “[...] als eine einzige Körperschaft [...]”<sup>128</sup>, deren Wirken nur “[...] auf die gemeinsame Erhaltung und auf das allgemeine Wohlergehen [...]”<sup>129</sup> zielt.

---

<sup>124</sup> Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart 1986, 112.

<sup>125</sup> Sowohl der “Gesellschaftsvertrag” als auch die gleichzeitig veröffentlichte Abhandlung “Emile oder über die Erziehung” wurden noch im selben Jahr auf Anordnung der katholischen Kirche in Frankreich wegen angeblicher Gotteslästerung öffentlich verbrannt.

<sup>126</sup> Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart 1986, 112.

<sup>127</sup> Kuhn, Axel: Die Französische Revolution, Stuttgart 1999, 41.

<sup>128</sup> Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart 1986, 112.

<sup>129</sup> Ebd.

#### **4.1 Der Begriff der Freiheit bei Arno Esch**

Jahrhunderte später, im Dezember 1948, wirft der liberale junge Politiker und Student der Rechtswissenschaften Arno Esch, diesmal unter den schwierigen politischen Bedingungen einer heraufziehenden neuen deutschen Diktatur, mit Blick auf die zwiespältige politisch-ideologische Situation der Deutschen nach der Niederlage des nationalsozialistischen deutschen Staates 1945, die Frage auf, in welchem Verhältnis, unter Voraussetzung der menschlichen Ratio, die individuelle Freiheit des Denkens zur Nationenzugehörigkeit zu gewichten ist:

“Ist die Weltanschauung, zu der ich mich bekenne, das Primäre oder die Zugehörigkeit zu meinem Volk? Was von beidem steht für mich als geistiger Wert im geistigen Zusammenhang höher?“<sup>130</sup>

Arno Esch überträgt an dieser Stelle offensichtlich bewusst die theologische Grundthese der Aufklärung, der Mensch stehe zu Gott nicht mehr im Verhältnis des Kindes zu seinem Schöpfer, sondern sei nur noch für sich selbst aufgrund seiner naturrechtlich gegebenen Freiheit verantwortlich,<sup>131</sup> auf das grundlegende historische Problem des übersteigerten Nationalismus, der aus seiner Sicht dazu führt, dass “[...] Einigkeit und Recht und Freiheit [...]”<sup>132</sup> nur noch den Interessen der politischen Machteliten dienen und so die Völker der europäischen Staaten von einander isoliert werden:

“1848 konnte die Forderung lauten: <Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland>! Ein Jahrhundert später kann es nur heißen: <Einigkeit und Recht und Freiheit für die ganze Welt!>”<sup>133</sup>

Arno Eschs Grundthese lautete also erstens, das die Mitglieder jedes einzelnen Staatswesens zum Gebrauch ihrer natürlichen Freiheit von der Politik angeregt werden müssen<sup>134</sup>, um, so seine zweite These, das Ziel föderal aufgebauter Staatsgemeinschaften zu erreichen, die sich schließlich zu einem durch das Recht legitimierten<sup>135</sup> “Weltstaat” vereinigen. Durch die Rechtsordnung werden die Verpflich-

---

<sup>130</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 166.

<sup>131</sup> Schwan, Alexander: Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung, in: Lieber, Hans-J. (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 159.

<sup>132</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung, in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997, 185.

<sup>133</sup> Ebd.

<sup>134</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung, in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997, 179 f.

<sup>135</sup> Vgl. ebd., 185f und 195ff.

tungen festgeschrieben, “ [...] die das Zusammenleben der Menschen in den menschlichen Gemeinschaften bindend ordnen.”<sup>136</sup>

Jean-Jacques Rousseaus Denkmodell einem vor allem von der Vernunft bestimmten wahrhaft gerechten Staatskörperschaft<sup>137</sup> wird also ergänzt durch die Forderung nach einer politischen Erziehung zur Akzeptanz einer freiheitlichen Rechtsordnung des Staates, denn, dass, “[...] wir uns die Ordnung erhalten müssen, ist das wichtigste.”<sup>138</sup> Sein sich scheinbar widersprechendes Freiheits- und Staatsverständnis wirft somit im historischen Kontext der politischen “Stunde Null” des 8. Mai 1945 Fragen auf, die für die Definition demokratischer Gegnerschaft in Systemen im Allgemeinen und für die Einordnung des politischen Staates der SED<sup>139</sup> im besonderen, von grundlegender Bedeutung sind:

1. Sind autoritäre und geschlossene politische Systeme als Rechtsstaaten” anzuerkennen, weil sie zumindest eine Art von Rechtsordnung aufweisen?
2. Ist politische Gegnerschaft demnach im wahrsten Sinne des Wortes überhaupt jemals zu rechtfertigen?

Es stellt sich an dieser Stelle auch die Frage, ob Arno Esch die Ordnung Rechts der Freiheit des Einzelnen übergeordnet hat. Freiheit wird von ihm als das grundlegende unabdingbare existenzielle Recht des Menschen aufgefasst.<sup>140</sup> Der Mensch kann aber als Einzelgänger nicht wirklich frei leben und handeln:

“Um existieren zu können, steht er als Person in der Gemeinschaft.”<sup>141</sup>

Gleichzeitig wendet sich Arno Esch aber explizit gegen die politische Gesellschafts- und Staatstheorie des Rationalismus, deren Vertreter Gesellschaft und Staat als einen politischen Organismus angesehen haben, bei dem die einzelnen Bürger ihre Existenz einzig der Kraft der Gemeinschaft des Staatsorganismus verdanken:

---

<sup>136</sup> Ebd., 185.

<sup>137</sup> Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts Stuttgart 1986, 112.

<sup>138</sup> Vgl. hierzu die eigene Information Christian Münters zum Primat der politischen Jugendarbeit Arno Eschs, entnommen einem unveröffentlichten Manuskript des FDP-Politikers, das sich im Nachlass Ingrid Schachts befindet, ADL 11901, Seite 6.

<sup>139</sup> Vgl. hierzu: Evans, Richard J.: Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2005, 3. Januar, 3-9.

<sup>140</sup> Esch, Arno: Freiheit und Eigentum (Artikel in der NDZ Nr. 117 vom 07.07.1949, dokumentiert in: Wiese: Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten VERS), Dannenberg 1994, 129f.

<sup>141</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 192.

“Aus ihrer Natur heraus ist zwar Gemeinschaft mit ihrer Existenz gegeben, sie, die Person, leitet sich aber nicht aus der Gemeinschaft her. Vielmehr ist umgekehrt die Existenz des personalen Seins Voraussetzung des Daseins der Gemeinschaft.”<sup>142</sup>

Der Einzelne als Teil des Gesellschaftssystems erschafft vielmehr erst dessen politische, rechtliche und gesellschaftliche Grundlagen und daher bildet der Schutz der individuellen Freiheit jedes einzelnen Menschen die unverrückbare Voraussetzung jedes politischen Wirkens in einem Staatswesen:

“ Das unbedingte seinsmäßige Primat der Person vor der Gemeinschaft, des Einzelnen vor Staat und Nation ist eine Feststellung, die für unser Gedankengebäude eine weiteren wichtigen Bestandteil bildet.”<sup>143</sup>

Arno Esch grenzt sich damit eindeutig sowohl gegen den politisch-formalen Freiheitsbegriff liberaler Aufklärer wie Montesquieu als auch gegen jedwede autoritären oder totalitären Konzeptionen von Machterhalt und Machtgewinn in seiner Zeit ab.

## **4.2 Die politische Theorie Arno Eschs**

Arno Esch hat in seinem Aufsatz über die Bedeutung von Nationalität und Weltanschauung die politische Grundauffassung vertreten, dass die Übersteigerung des preußischen Nationalgedankens durch die Nationalsozialisten sowie sein praktischer politischer Missbrauch verantwortlich für die deutsche Katastrophe 1945 seien.<sup>144</sup>

Die These von einem “Deutschen Sonderweg” hat sich nach seiner Meinung auf geistiger Ebene bei der deutschen Bevölkerung trotz des totalen Zusammenbruchs 1945 fortgeschrieben:

“Nationalismus und Nationalbewußtsein vermochten in gemäßigter Form auch weiterhin als wirksame und tragende Elemente des Geistigen zu erscheinen.”<sup>145</sup>

Aus Sicht des politischen Zeitzeugen Arno Esch war der 8. Mai 1945 also kein staatlicher Neubeginn. Dieser, so seine These, sei erst möglich, wenn die Frage beantwortet sei, in welchem Verhältnis individuelle Freiheit und nationale Zugehörigkeit in einem neuen deutschen Staatswesen stehen sollten.<sup>146</sup>

Im Verständnis der Sowjets gingen die Begriffe “Identität” und “Nation” im ideologischen Primat des <demokratischen Antifaschismus> ineinander auf, der von

---

<sup>142</sup> Ebd., 193.

<sup>143</sup> Ebd., 194.

<sup>144</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 166.

<sup>145</sup> Ebd.

<sup>146</sup> Ebd., 170.

seinen Bürgern einforderte, “[...] das Vaterland der deutschen Werktätigen gegen alle frechen Ansprüche der westdeutschen Imperialisten zu verteidigen[...].<sup>147</sup>

Die Identität des Staates DDR basierte 1946 folglich lediglich auf einem ideologischen Konstrukt, dessen Grundprämissen von außen durch die sowjetischen Machthabern bestimmt worden waren.<sup>148</sup> Der Beitrag der bürgerlichen Eliten, insbesondere der Studenten mit bürgerlicher Herkunft, zum Aufbau dieser neuen marxistisch-leninistischen Identität sollte im unbedingten wissenschaftlich wissenschaftlichen Einsatz für “die Sache des Sozialismus und seine Vollendung in der DDR”<sup>149</sup> liegen. Dies bedeutete, dass die Bildungselite an den Universitäten den ökonomischen Fortschritt insbesondere zugunsten der Stärkung der sozialen Existenz der Arbeiterklasse voranzutreiben hatten, um den Kampf gegen den westlichen faschistischen Imperialismus zu unterstützen.<sup>150</sup>

Arno Esch entsprach mit seinen politischen Ansichten nicht dem von den Sowjets propagierten, Agitator, dem die Sowjets “[...]Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen [...] Bekundung von Völkerhass [...]” oder “Kriegshetze”<sup>151</sup> tatsächlich hätten nachweisen können. Rainer Ortleb hat in seinem Beitrag “Arno Esch, Liberaldemokrat und Weltbürger”<sup>152</sup> die These vertreten, dass Arno Esch von den Sowjets deshalb eliminiert worden sei, weil er den Versuch unternommen habe, “[...] eine Alternative zu entwickeln und theoretisch zu begründen.”<sup>153</sup>

Arno Esch ist in seinen “Neun Axiomen des Neoliberalismus” jedoch noch darüber hinausgegangen, lediglich eine theoretische politische Alternative zur Politik der SED entwerfen zu wollen:

---

<sup>147</sup> Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse (Forschungen zur DDR-Geschichte), 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1998, 513.

<sup>148</sup> Judt, Matthias: Deutschland-und Außenpolitik, in: Derselbe (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnissen, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1998, 494.

<sup>149</sup> Mehlig, Johannes: Das “Parteilehrjahr” an den Universitäten der DDR, in: Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte.

<sup>150</sup> Ebd., 135.

<sup>151</sup> Moeller, Peter: ... sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945 -1955 [Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)], 3. erweiterte Auflage, Rostock 2004, 73.

<sup>152</sup> Ortleb, Rainer: Arno Esch, Liberaldemokrat und Weltbürger, in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990, 146ff.

<sup>153</sup> Ebd.

“Eine Partei ohne klare ideologische und programmatische Grundlage wird zur bloßen Interessengruppe. Ein verhängnisvoller Fehler des Liberalismus war die Furcht vor klaren Entscheidungen; sie müssen wir überwinden.”<sup>154</sup>

Es liegt deshalb die Vermutung nahe, dass die SED nicht nur den politischen äußeren Einfluss der LDP in Mecklenburg 1949 gefürchtet hat, sondern vor allem die Argumentationsklarheit der politischen Vorstellungen, die Liberal-Demokratien wie Arno Esch der Ideologie des Stalinismus entgegensetzen<sup>155</sup>.

Arno Esch vertrat ebenso wie Friedrich von Hayek diesen entgegengesetzten ideologisch-politischen Standpunkt zum autoritär-ideologischen Denken und Handeln der Kommunisten und der SED und stellte öffentlich das von den Kommunisten propagierte System der Volksdemokratie zur Diskussion<sup>156</sup>.

Das marxistische System spräche den Menschen die Freiheit ab, selbst die Vertreter zu bestimmen, die im Interesse des Volkes, dem tatsächlichen politischen Souverän, eigentlich stellvertretend handeln sollten:

„Nach marxistischer Auffassung ist die Gewaltenteilung mit diesem Prinzip [der Volkssouveränität]unvereinbar [...]. Diese Ansicht beruht darauf, daß die Souveränität der Volksvertretung mit der Souveränität des Volkes verwechselt wird.“<sup>157</sup>

Folglich setzte er sich auch unumwunden für die Ablösung der von den Kommunisten gelenkten SED-Regierung durch ein parlamentarisches System ein, wie eine Notiz aus einem Protokoll des LDP-Vorstandes in Mecklenburg vom Juli 1948 belegt:

“Herr Esch wirft die Frage der Bildung eines Ostzonenparlaments auf und meint, dass es keine andere Möglichkeit als eine parlamentarische Körperschaft mit der Gesetzgebung in der gesamten Zone gibt. Er bittet dringend ernsthaft zu erwägen, ein solches zu bilden.“<sup>158</sup>

---

<sup>154</sup> Esch, Arno: Die neun Axiome des Neoliberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 214.

<sup>155</sup> Vgl. die Gedenkrede Friedrich-Franz Wieses zum 55. Jahrestag der Hinrichtung Arno Eschs vom 24.07. 2006.

<sup>156</sup> Esch, Arno: Verfassungsgerichte und Volkssouveränität, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997, 216.

<sup>157</sup> Ebd.

<sup>158</sup> Vgl.: Protokoll über die Sitzung des erweiterten Vorstandes am 17/18.7.48 in Schwerin, 5, ADL, L 5 -168.

#### 4.2.1 Der Tod von Wilhelm Külz als Zäsur in der politischen Entwicklung der LDP

Der Zeitpunkt, zu dem Arno Esch diesen politisch brisanten Diskussionspunkt aufgebracht hat, fällt in eine politische Zwischenphase, die gekennzeichnet war durch den Zwang zur Richtungsentscheidung, ob die LDP ihren politischen Fortbestand im Block nach dem Tod des Parteivorsitzenden Wilhelm Külz<sup>159</sup> weiterhin gründen sollte auf die von ihm praktizierte politische Kooperation mit einer SED, die zum einen innerparteilich ideologisch noch nicht gefestigt war und die andererseits auch nicht in der Lage war, ein einheitliches politisches Konzept zur praktischen Errichtung der antifaschistisch-demokratischen "Volksdemokratie" in den wichtigen gesellschaftlichen Institutionen durchzusetzen, ohne dabei auf erhebliche Probleme auch in den eigenen Reihen zu stoßen.

So stellte sich Anfang des Jahres 1948 sich zum Beispiel immer mehr heraus, dass an der Universität in Rostock die politisch-ideologische Schulung der Hochschulgruppen seit Wiedereröffnung der Universität von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und vom Ministerium für Volksbildung offenbar gänzlich vernachlässigt worden war.<sup>160</sup>

Daher musste das Resümee, dass das Zentralsekretariat der SED im Lichte der Studentenratswahlen 1947/48, bei denen die Vertreter des bürgerlichen Studentenlagers fast überall mehr Stimmen als die Vertreter des SED-Lagers erringen konnten<sup>161</sup>, hinsichtlich der ideologischen Fortentwicklung an der Universität in Rostock entsprechend unbefriedigend ausfallen:

"Der größte Mangel bestand darin, dass keine systematische Anleitung der Hochschulgruppen durch die Kreis- und Landesleitungen der Parteien erfolgte."<sup>162</sup>

Arno Esch wusste offenbar um die Unstimmigkeiten zwischen der Besatzungsmacht, die das äußere strukturelle Konzept für die Entwicklung der Universitäten zu sowjetisch ideologisierten politischen Bildungsanstalten vorgab und machtbewusst durchsetzte<sup>163</sup>, und der SED, welche bei der Führung des Ministerrates ganz offensichtlich Schwächen zeigte, was ihre Weisungskompetenz hinsichtlich einer praktischen Durchsetzung der volksdemokratisch-antifaschistischen Ziele in der

---

<sup>159</sup> Wilhelm Külz (1912 National-Liberale Partei; ab 1919 DDP;) 1945 Mitbegründer der LDP in Berlin und von Ende 1945 bis zum Tod im April 1948 Vorsitzender der LDP.

<sup>160</sup> Entschliessung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen, LHAS, SED-LL, 10.34-1, 501, Bl. 29.

<sup>161</sup> Vgl. hierzu die Aufstellung über die Wahlbeteiligung an den einzelnen Fakultäten der Hochschulen in Ostdeutschland bei Marianne und Egon Erwin Müller, 105.

<sup>162</sup> Vgl. LHAS, SED-LL, 10. 34-1, Bl. 30.

<sup>163</sup> Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 -1955, Bremen 2003, 72.

Hochschulpolitik anbetraf. Nur so wird erklärbar, wieso Arno Esch bei seinen politischen Reden immer die Devise ausgab, nur die SED politisch anzugreifen und unter keinen Umständen die die sowjetische Besatzungsmacht zu attackieren:

“<Nichts gegen die Besatzungsmacht>, war seine Parole, <alles gegen die die SED.>”<sup>164</sup>

#### **4.2.2 Zur wissenschaftlichen Kritik an der Politik von Wilhelm Külz**

Wilhelm Külz' politische Taktik, wird von der Forschung fast einhellig negativer Kritik unterzogen. Als Hauptargument wird angeführt, er habe den Kampf um “die Bewahrung”<sup>165</sup> eines freien demokratischen Rechtsstaates aufgegeben zugunsten eines einseitigen politischen Kurses der Kompromissfindung und der politischen Verständigung mit der sowjetischen Besatzungsmacht und gegenüber der SED, um damit die politischen Einflussmöglichkeiten der LDP aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die Existenz seiner Partei abzusichern.<sup>166</sup> Hinter dieser These verbirgt sich einerseits das Problem der historischen Forschung, sich nicht über den Schatten des Stereotyps hinwegsetzen zu können, das besagt, politische Gegnerschaft könne nur dann als legitimer politischer “Widerstand” akzeptiert werden, wenn sie “illegal” und unter völliger politischer Verweigerung gegenüber dem beherrschenden autoritären System ausgeübt wird.<sup>167</sup> Ein wesentlicher Grund für die Kontinuität dieser These ist sicherlich darin zu sehen, dass hinsichtlich der ehemaligen DDR die Frage noch immer ungeklärt ist, ob die DDR trotz zahlreicher nachgewiesener Menschenrechtsverletzungen als eine Diktatur mit “unvollkommenen”<sup>168</sup> Rechtssystem einzuordnen ist oder als totalitärer Unrechtsstaat. Somit bleibt auch die Frage offen, wie die politischen Rahmenbedingungen genau einzuordnen sind, unter denen sich Politiker wie Wilhelm Külz 1945 an der Regierung beteiligten.

Dass das politische System in der SBZ ab 1945 in keiner Weise auf den freiheitlichen und rechtsstaatlichen Strukturen einer parlamentarischen Demokratie gründete, darüber herrscht zumindest Konsens. Auch wenn die von den Sowjets 1945 eingesetzte Militärverwaltung im Sommer 1945 aufgrund des Befehls Nr.2 die

---

<sup>164</sup> Vgl. Menke-Glückert, Peter: Abenteuer Freiheit. Das Vermächtnis von Arno Esch, in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Auflage, Rostock 1997, 47.

<sup>165</sup> Bode, Bernard: Liberal-Demokraten und die “deutsche Frage” (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften), Frankfurt/M.1997, 103.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> So spricht sich Ehrhart Neubert dafür aus, politische Gegnerschaft, gleich in welcher Form sie ausgeübt wird, grundsätzlich durch das Ziel der aktiven Beseitigung von undemokratischen politischen Strukturen zu definieren.[Vgl. Neubert/Eisenfeld (2001), 35f.]

<sup>168</sup> Vgl. Nawrocki, Joachim: Von Rachezug kann keine Rede sein, in: Zeit-Punkte: Vereint, doch nicht eins. Deutschland fünf Jahre nach der Wiedervereinigung. Nr. 5/1995, 52 und zur aktuellen Diskussion: Schwan, Gesine: In der Falle des Totalitarismus, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

“... Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien...”<sup>169</sup> erlaubte und den nichtkommunistischen Parteien vor ihrer Zustimmung zur Beteiligung an der 1949 von der Sozialistischen Einheitspartei neugebildeten Ostregierung noch zu verstehen gegeben worden war, dass die SED die urdemokratischen Prinzipien des Rechtes auf freie politische Meinungsäußerung und gemeinsame Diskussion und Beschlussfassung generell einhalten werde.<sup>170</sup>

Ziel nichtkommunistischer Politik im Blocksystem der SED konnte es unter diesen Verhältnissen nur sein, auf die Wiederherstellung von Demokratie und Freiheit durch so strikte Orientierung wie möglich an demokratischen Grundsätzen ihre politische Funktion zu bewahren. Mit Blick auf diese spezifische politische Situation, in die sich sowohl Wilhelm Külz als auch Arno Esch in den späten vierziger Jahren in der SBZ aufgrund des doppeldeutigen antifaschistischen Handelns der Stalinisten gestellt sahen, stellte sich also als wesentliches Problem die Frage, ob der Weg der politischen Konsenspolitik gegenüber der SED oder aber der Weg des demokratischen Widerstandes zu beschreiten war.

### **4.3 Die antiradikale politische Haltung Arno Eschs**

Arno Esch war kein radikaler Liberaler<sup>171</sup>, auch wenn die Gründung der Radikal-Sozialen-Freiheitspartei (RSF) im November 1948 in der Forschung als “illegal”<sup>172</sup> eingeordnet wird.

Er gründete die RSF, weil nach seiner Auffassung die Liberal-Demokratische Partei Ende 1948 einerseits gespalten war in rechte Opportunisten,<sup>173</sup> die an die Macht selbst um den Preis der ideologischen Verleugnung gelangen und politische Dominanz über der Mehrheit der Parteimitglieder ausüben wollten. Demgegenüber, so konstatierte Arno Esch in seinen “Kritischen Bemerkungen” weiter, stand “[...] die kleine Schar (sie ist zur Zeit noch klein) auf dem gemäßigten linken Flügel (zu dem sich auch der Verfasser zählt).<sup>174</sup>

---

<sup>169</sup> Vgl. hierzu: Protokoll der Gründungssitzung der Deutschen Demokratischen Partei am 16. Juni 1945, ADL, Bestand LDPD, Nr. 268.

<sup>170</sup> Vgl. hierzu den Bericht des parteilosen Paries über eine öffentliche Mitgliederversammlung der CDU Zarrendorf am 23. 10. 1949 [undatiert], LHAS, 10. 34-1, 583, Bl. 168.

<sup>171</sup> Vgl. Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Rostock 1994.

<sup>172</sup> Vgl. zum Beispiel Kowalczyk, Ilko, Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945 1961, Berlin 2003, 460.

<sup>173</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 174.

<sup>174</sup> Ebd.

Mit seiner politischen Beurteilung weist Arno Esch 1948 gleichzeitig auch auf ein schwerwiegendes Problem der Demokratie hin, das sich beständig bis heute zeigt in der *innerparteilichen Auseinandersetzung* um die Verteilung der politischen Macht. Hintergründig geht es dabei zunächst um den politischen Urkonflikt, dem der Streit um die Frage zugrunde liegt, welches Gewicht die Freiheit des Menschen in einem Staat haben kann beziehungsweise haben muss, dessen Kernaufgabe es ist, mit Hilfe des Rechts eine Ausgewogenheit des politischen Einflusses jedes einzelnen Bürgers herbeizuführen.<sup>175</sup> Letztendlich führt die Diskussion um dieses Problem auch zu der Frage, welches Gewicht das *Volk* in einem politischen Staatsgefüge hat, dessen *freier Souverän* es eigentlich sein sollte.

#### **4.3.1 Arno Eschs kritische Analyse kritische Analyse der Stellung und Bedeutung der Demokratie unter einer Diktatur**

In seinem ein Jahr später, am 12. April 1949, für die Norddeutsche Zeitung verfassten Artikel mit dem Titel “Politik der Kompromisse?” reflektiert Arno Esch *vordergründig* über die Bedeutung politischer Zugeständnisse in einer politisch verfassten Demokratie.<sup>176</sup> Tatsächlich handelt es sich aber um eine sorgfältig aufgebaute kritische Analyse der Stellung und Bedeutung der *Demokratie* unter einer *autoritär* geführten Regierung.

Arno Eschs Kernthese in diesem Leitartikel kreist ohne Zweifel um die unter anderem auch vom Generalsekretär der LDP, Günter Stempel vertretene Ansicht, dass die LDP sich programmatisch und unmissverständlich für die Zusammenarbeit mit der Führungspartei SED im Block entscheiden müsse, um, so der Generalsekretär in der “Täglichen Rundschau” vom 18. Februar 1949, “[...] ein mitbestimmender Faktor auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens [...]” zu werden.<sup>177</sup> Für Günter Stempel war die *sowjetische Besatzungsmacht* zudem die einzige militärisch-politische Kraft, die bereit war, “[...]eine Lösung der deutschen Frage entsprechend den deutschen Lebensinteressen herbeizuführen.”<sup>178</sup>

In dieser Kernfrage einer zukünftigen Existenzform Deutschlands erwies sich Arno Esch als politischer Antipode zu Günter Stempel und vor allem auch zu seinem

---

<sup>175</sup> Vgl. hierzu: Lenk, Kurt: Probleme der Demokratie, in: Lieber, Hans-Joachim(Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 975.

<sup>176</sup> Vgl. Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, 1f.

<sup>177</sup> Vgl. den Artikel “ Die LDP am Scheideweg” vom 18.02.49 in der “Täglichen Rundschau” von Günter Stempel, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 35.

<sup>178</sup> Ebd.

Parteivorsitzenden Hermann Kastner.<sup>179</sup> Jener hatte auf dem Eisenacher Parteitag im Februar des selben Jahres betont, dass es die Pflicht und das Recht der LDP sei, dem Willen des deutschen Volkes nach Einheit und Freiheit Genüge zu tun durch die Anpassung der politischen Arbeit der LDP an die sowjetischen Vorgaben der Blockpolitik:

“Wir haben Vertrauen zur Ehrlichkeit des Willens der anderen Seite. Es gibt eine Menge Dinge, die wir zusammen erledigen könnten, um des Volkes willen. Ich habe darum ein Recht, vom Block zu reden und zu fordern, daß man dem Block und seiner Arbeit sich anpaßt.”<sup>180</sup>

Arno Eschs politische Haltung gegenüber der “Konsenspolitik” der Führungspartei SED lässt sich nicht in das häufig zugrunde gelegte Model der Differenzierung zwischen fundamentaler Gegnerschaft der vierziger Jahren und reformistischer Gegnerschaft der siebziger und achtziger Jahre, das Ulrike Poppe, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczyk entwickelt haben<sup>181</sup>, einordnen. Er scheint mit seiner politischen Position auf den ersten Blick sogar in die Nähe eines freiheitlichen politischen “Absolutismus” zu rücken. Seine Schlussfolgerung bezüglich der Frage, ob “[...] der Kompromiß als Wesensmerkmal jeder vernünftigen und konstruktiven Politik [...]”<sup>182</sup> grundsätzlich eingegangen werden müsse, legt diese These nahe:

“Man wird die Frage überall dort verneinen müssen, wo die Beteiligung an einer politischen Maßnahme einen vollständigen Verzicht auf die Vertretung bestimmter politischer Grundsätze auch für die Zukunft bedeuten würde.”<sup>183</sup>

Hier ist auch ein grundlegender Unterschied zur Politik von Wilhelm Külz zu beobachten, der sich in der Hoffnung auf eine mögliche Realisierung eines neuen, tatsächlich demokratischen gesamtdeutschen Staates bis zu seinem Tod 1948 hinter die Politik der SED stellte.<sup>184</sup> Bei näherer Betrachtung des Verhältnisses der sowjetischen Führung in Deutschland beziehungsweise der SED insbesondere zur politischen Gegnerschaft in der LDP fällt auf, dass die Führung augenscheinlich

---

<sup>179</sup> Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, Universitätsbibliothek Rostock.

<sup>180</sup> Vgl. hierzu. Der Zweite Tag -27. Februar 1949. Aus Prof. Dr. Kastners richtungsweisender großen Rede zur Deutschland- und zur künftigen Parteipolitik, in: LDP-Informationen, 3 (1949) 3 / 4 , ADL, N 95-9 [Bestand: Horst Köpke].

<sup>181</sup> Poppe/Eckert/Kowalczyk: Opposition, Widerstand und widerständiges Verhalten in der DDR. Forschungsstand -Grundlinien -Probleme, in: Dieselben. (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Berlin 1995, 340.

<sup>182</sup> Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, Universitätsbibliothek Rostock.

<sup>183</sup> Ebd.

<sup>184</sup> Vgl. hierzu die Aufzeichnung von Wilhelm Külz vom 19.09. 47, in: Robel, Hergard (Hrsg.): Wilhelm Külz: Ein Liberaler zwischen Ost und West. Aufzeichnungen 1947 -1948 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 7.), München 1989, 106.

unsicher darüber war, wie man die Gegner und ihre politische Zielsetzung einzuschätzen hatte. Beispielhaft für diese Unsicherheit ist die Mitteilung, die der Studentenratsvorsitzende Carl Lucko am 25.06.49 über das Auftreten Arno Eschs im Studentenrat der Universität Rostock abgab:

“E s c h ist bemüht, auf politischem Gebiet Zugeständnisse zu machen, um dann umso schärfer formal-juristische Angriffe gegen den Studentenrat zu unternehmen. [...]”<sup>185</sup>

Die freiheitliche demokratische Haltung Arno Eschs wird an diesem Beispiel sehr deutlich, da es seine Intention zeigt, als politischer Vermittler gegenüber der SED aufzutreten.

Im Frühjahr 1949 stellte sich die Frage einer möglichen Einheit der beiden deutschen Staaten deutlich als politisches “Feigenblatt” dar, mit dem die sowjetische Führung zu bemänteln suchte, dass es ihr in der SBZ, mit Hilfe der SED, in Wirklichkeit darum ging, einen einheitlichen deutschen Staat unter der ideologisch-autoritären Führung der Kommunisten vor allem auf dem Wege des Kampfes gegen den politischen Klassenfeind zu errichten. Dass im Arbeitsplan für den SED-Kreisvorstand Mecklenburg vom Juni 1949 in diesem Sinne gefordert wurde, die “offene politische Auseinandersetzung”<sup>186</sup> mit den Politikern zu suchen, die sich gegen eine Mitarbeit in der “Kampffront” der Volkskongressbewegung<sup>187</sup> aussprachen, zeigt aber auch, dass für die politischen deutschen Führung in der SBZ das Problem der fehlenden politischen und ideologischen Legitimität knapp vier Monate vor der Gründung der DDR so dringlich war, dass es nur noch durch einen radikalen Gegenschlag gegen die Liberal-Demokratischen “Feinde” zu beseitigen schien<sup>188</sup>.

Arno Esch wurde am 18. Oktober desselben Jahres von der K5, der deutschen politischen Polizei, verhaftet.<sup>189</sup> Aus den Akten der SED -Landesleitung

---

<sup>185</sup> Bericht über die Ereignisse im politischen Leben der Studentenschaft der Universität Rostock vom 25.06.49, LHAS, 10.34-1, Nr. 503, Bl. 326.

<sup>186</sup> Vgl. dazu den Arbeitsplan für Monat Juni und Juli 1949 für den SED-Kreisvorstand Mecklenburg, LHAS, 10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 39, Bl. 104f.

<sup>187</sup> Vgl. zum Begriff der “Kampffront” den Begriff “Volkskongressbewegung für Einheit und ... Frieden” in: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 217.

<sup>188</sup> Vgl. hierzu den Artikel aus dem nichtkommunistischen “Kurier” vom 21.12.49: “Das anstößige Kastner-Zitat. Verstärkte Angriffe der SED -LDP wehrt sich”, in dem über die Forderung der Ost-LDP nach einer sofortigen Freilassung Arno Eschs und seiner Mitgefangenen berichtet wird. Die Rolle Hermann Kastners, der hier sehr positiv als Gegner der SED dargestellt wird, muss ob seiner schillernden Haltung gegenüber der SED allerdings sehr kritisch hinterfragt werden, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS -ZAIG 21791, Bl. 90.

<sup>189</sup> Köpke, Horst: Die Prozesse, ” in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1997, 113f.

Mecklenburg ist ersichtlich, dass seine spätere Verurteilung wegen angeblicher Spionage und Antisowjethetze bereits im August 1949 absehbar wurde.<sup>190</sup>

## 5. Der DDR-Unrechtsstaat im Spiegel der aktuellen Diskussion

Das Wirken und das Schicksal des Studenten und Politikers Arno Esch in der SBZ, unter den Bedingungen Stalinistischer Machtausübung, verweist einerseits auf mehrere Grundprobleme, mit denen sich der Historiker heute mehr den je auseinandersetzen muss.

Es geht dabei zum einen um die Notwendigkeit, historische Strukturen zu untersuchen unter Beachtung der Prämisse, dass Kontinuität niemals im Sinne von absoluter Beständigkeit angesehen werden kann. Es erscheint aus dieser Perspektive logisch, geschichtliche Entwicklungen mit <Persönlichkeiten> gleichzusetzen, welche nur dann verstanden werden können, wenn sie analysiert werden im Kontext der gesellschaftlichen und politischen Alternität. Gleichzeitig nahm und nimmt die Gesellschaft es als unumkehrbar hin, dass “Abhängigkeit, Ungerechtigkeit und Lüge [...]”<sup>191</sup> die Basis für eine vernünftige Auseinandersetzung zwischen den Menschen verdrängt haben. Die kritische Betrachtung, die Albert Camus in seinem Essay “Weder Opfer noch Henker”, verfasst 1946 für die französische Widerstands-Zeitung “Combat”, über die menschliche Entwicklung, die sich infolge des gewonnenen Krieges in Frankreich anbahnte, anstellte, hat auch im 21. Jahrhundert ihre Gültigkeit nicht verloren:

“Aber diese Geißeln [Abhängigkeit, Ungerechtigkeit und Lüge] bilden heute den eigentlichen Gegenstand der Geschichte, und mithin betrachten viele Menschen sie als notwendiges Übel.”<sup>192</sup>

Da Politikwissenschaftler und Historiker stets auch Kinder ihrer Zeit sind und als solche den Einfluss des jeweiligen politischen Zeitgeistes zwangsläufig mitreflektieren, kann es nicht ausbleiben, dass auch in wissenschaftlichen Analysen ideologische und somit politische Stereotypen aufzufinden sind. Werden jedoch als belegt geltende Fakten aus ihrem historischen Kontext gerissen [oder Fakten einfach ausgeklammert] und statt dessen neue “Geschichtsgegenstände” konstruiert, entstehen historische Zerrbilder.

---

<sup>190</sup> Vgl.: Ergebnis der Überprüfung der Examenskandidaten der juristischen Fakultäten der Zone vom 05.08. 1949, LHAS, SED-LL, 10.43-1, 529, Bl. 152ff.

<sup>191</sup> Camus, Albert: Weder Opfer noch Henker (Schriften des Libertären Forums Berlin 1), Berlin 1991, 31.

<sup>192</sup> Ebd.

Obleich deren Sachverhalt einer methodisch sachgemäßen historisch-wissenschaftlichen Überprüfung keineswegs standhält, wird der gesellschaftlichen Wahrnehmung damit eine neue Sichtweise suggeriert, bei der historische und politische Grundtatsachen umgedeutet und damit ihre Faktizität in Frage gestellt wird.

Die von der Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan in der “Zeit”<sup>193</sup> angestoßene Diskussion über die Frage, ob die ehemalige DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht, ist ein Beispiel für eine solche fragwürdige methodische Auseinandersetzung mit einem schwierigen und vor allem komplexen Teil deutscher Geschichte.

Um hinsichtlich des Begriffs des “Rechts” in der DDR möglichst schlüssig argumentieren zu können, muss man sich vor Augen halten, dass erstens der gesamte Bereich der Justiz seit 1945 dominiert war von dem ideologischen Theorem der “Volkssouveränität”<sup>194</sup>. Unter “Volkssouveränität” verstand man die “staatliche Macht, deren Träger das Volk ist und die die Beherrschung der Gesellschaft und ihrer Entwicklung durch das Volk und im Interesse des Volkes organisiert.”<sup>195</sup> Hinter dieser Definition politischen “Rechts” verbarg sich der Zwang, das eigene natürliche Selbstverständnis zugunsten der von der kommunistischen Ideologie bestimmten politischen und geschichtlichen “Selbstbewusstseins” ablegen zu müssen, um ein Teil der DDR-Gesellschaft zu sein<sup>196</sup>.

Dieser ideologische Zwang zur Aufgabe der eigenen Freiheit führte in der Erziehungsdiktatur<sup>197</sup> der DDR dazu, dass viele Menschen entweder in die gesellschaftliche “Schizophrenie”<sup>198</sup> flohen oder zu “Gefangenen des Staates”<sup>199</sup> wurden. Die DDR als eine diktatorische Staatsform zu bezeichnen, deren

---

<sup>193</sup> Vgl. Schwan, Gesine: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen “Unrechtsstaat” nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

<sup>194</sup> Vgl. hierzu den Eintrag zur “Volkssouveränität”, in: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 1053.

<sup>195</sup> Ebd.

<sup>196</sup> Vgl. hierzu den Begriff der “Ideologie”, in: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 396.

<sup>197</sup> Ich wende mich an dieser Stelle aber auch ausdrücklich gegen die von Henryk M. Broder benutzte Bezeichnung der DDR-Bürger als “Simulanten”, weil damit suggeriert wird, der kommunistische Machtapparat habe nicht auf alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens seit 1945 umfassenden Einfluss genommen. [Vgl. Broder, Henryk M.: Die Republik der Simulanten, in: Bittermann, Klaus (Hrsg.): Der rasende Mob -Die Osis zwischen Selbstmitleid und Barbarei, Berlin 1993.

<sup>198</sup> Vgl. hierzu Novack-Oster, Gabi: Zeitenwende. Erstveröffentlichung: Rhein-Zeitung, Nr. 4 vom 05.09.1999, dokumentiert in: Eppelmann/Meckel/Grünbaum (Hrsg.): Das ganze Deutschland. Reportagen zur Einheit, Berlin 2005, 124.

<sup>199</sup> Ebd., 125.

spezifisches Charakteristikum zwar ihr innerer Mangel an Rechtsstaatlichkeit<sup>200</sup> und die Unterdrückung demokratischer Freiheiten gewesen sei, in der aber trotz allem “[...] die Möglichkeit freien rechtlichen Handelns [...]”<sup>201</sup> bestanden habe, ist angesichts des belegten langfristigen und allumfassenden Prozesses der gewaltsamen gesellschaftlichen Machtmanifestation, angeschoben durch die Stalinisten in der SBZ, nicht vertretbar.<sup>202</sup> Der Unterdrückungs- und Unrechtsstaat DDR war nie ein gesellschaftlicher Nebenschauplatz. Widerstand gegen das SMAD bzw. gegen das SED-Regime war somit auch nie eine Demokratisch-freiheitliche Selbstverständlichkeit unter einer gewaltsam “verteidigten” politischen Diktatur.

### **5.1 Die wissenschaftliche Diskussion um die Einordnung und Bewertung von politischer Gegnerschaft in der frühen DDR**

Bisher wurde die Frage nach der Einordnung und Bewertung von politischer Gegnerschaft in der Forschung immer unter der Voraussetzung diskutiert, der DDR-Staat habe seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein System entwickeln können, dass den Staat auf gesellschaftlicher und institutioneller Ebene wenigstens nach außen als völlig homogenen Organismus habe erscheinen lassen.<sup>203</sup>

Von diesem zeitlichen und gesellschaftlichen point of view aus wird politische Gegnerschaft verstanden als basisgesellschaftlicher Widerspruch, der offen gezeigt wurde, die gesetzlichen Grenzen nicht verletzte und hauptsächlich eine Reform der erstarrten Innen- und Sozialpolitik der Staatspartei einklagte.<sup>204</sup> Demgegenüber sieht man meist in den bürgerlich-politischen Gegner der SED der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre wenige bürgerliche Freidenker, die ohne einen konkreten politischen Plan handelten und mit oft gewaltsamen und ungesetzlichen Mitteln vor allem die Reunion mit dem anderen Teil Deutschlands unter den Bedingungen des westlichen Demokratiesystems durchsetzen wollten.<sup>205</sup> Diese bipolare methodische

---

<sup>200</sup> Schwan, Gesine: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen “Unrechtsstaat” nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

<sup>201</sup> Ebd.

<sup>202</sup> Vgl. Murken, Jens: “Ein Genosse muß sauber, blitzsauber dastehen!” Zum Legitimationspotential des Kommunistischen Regimes innerhalb der ländlichen Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1945, in: van Melis, Damian: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945 -1952, Schwerin 1999, 279.

<sup>203</sup> Neubert, Ehrhart: Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt, in: Derselbe/Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht-Ohnmacht-Gegenmacht. Bremen 2001, 372.

<sup>204</sup> Vgl. Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht-Ohnmacht-Gegenmacht, Bremen 2001, 27ff.

<sup>205</sup> Vgl. hierzu die vor allem die Beiträge von Martin Jander, Ilko-Sascha Kowalczyk und Ehrhart Neubert im vorgenannten Band.

Einordnung verweist darauf, dass in der Forschung nach wie vor die Klärung der Frage vernachlässigt wird, mit welcher politischen und sozialen Zielsetzung die bürgerliche politische Gegnerschaft in Ostdeutschland tatsächlich in den ersten acht Nachkriegsjahren dem kommunistischen Regime als eine politische "Konkurrenz" gegenüber getreten ist.

Daher liegt gerade in der Aufarbeitung dieser Forschungsfrage der Schlüssel zur Beantwortung der Frage nach dem tatsächlichen rechtlich-politischen Status der DDR. Auf diesem Hintergrund würde es wiederum leichter werden, die Begriffe Widerstand und Opposition, wie unter anderem von Ilko-Sascha Kowalczuk eingefordert, klar inhaltlich von einander zu trennen und gegebenenfalls völlig neu zu definieren.<sup>206</sup>

Der erste Wissenschaftler, der sich seit 1954 kontinuierlich mit den politischen Bedingungen von Widerstand und Opposition auseinandergesetzt hat, ist Karl Wilhelm Fricke.

Seine Hauptthese, mit den Begriffen Opposition und Widerstand könne die Vielfalt der Formen politischer Gegnerschaft in der SBZ/ DDR nicht umfassend beschrieben werden,<sup>207</sup> ist Grundlage für die weitere Forschung, die seit 1990 auf diesem Gebiet erfolgt ist, geblieben:

"Gesellschaftliche Verweigerung, Dissidenz, Opposition, Resistenz, Auflehnung, passiver und aktiver Widerstand -alle diese Protesthaltungen sind konkret belegbar, aber es ist schwierig, sie theoretisch zu definieren."<sup>208</sup>

Aufgrund dieser Problemstellung beobachtete Karl Wilhelm Fricke die beiden Phänomene von außen und suchte nach äußeren Kriterien, die eine Unterscheidung beider Phänomene zulassen.<sup>209</sup> Widerstand definiert sich schließlich für ihn als Form politischer Gegnerschaft, die "jede Möglichkeit zu offener und legaler Entfaltung"<sup>210</sup> ausschließt.

Opposition als politische Gegnerschaft dagegen vollzieht sich nach seiner Meinung bewusst und gewollt in offener und legaler Form.<sup>211</sup> Ilko-Sascha Kowalczuk forderte

---

<sup>206</sup> Derselbe: Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: Henke/ Steinbach/Tuchel (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, 24.

<sup>207</sup> Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: "Mit Hilfe reformistischer Kräfte..."? Opposition und Widerstand in der SBZ/ DDR 1945 -1960 zwischen Aufbegehren und Massenflucht, in: Lindner, Bernd (Hrsg.): Zum Herbst ` 89. Demokratische Bewegung in der DDR, Leipzig 1994, 11.

<sup>208</sup> Ebd.

<sup>209</sup> Derselbe: Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: Henke/ Steinbach/Tuchel (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, 24. Vgl. hierzu besonders auch seinen 1995 erschienen Aufsatz "Opposition, Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR", indem er seinen methodischen Ansatz begründet.

<sup>210</sup> Ebd.

<sup>211</sup> Ebd.

trotzdem eine klare getrennte inhaltliche Definition der Begriffe Widerstand und Opposition, um zu vermeiden, dass rückblickend die Repressionen und Strafmaßnahmen von SED und Staatssicherheit plausibel erscheinen, beziehungsweise dass der SED und der Stasi eine “Deutungshoheit”<sup>212</sup> unterstellt wird.

Der Verfasser umgeht mit diesem Begriff “Deutungshoheit” den Begriff “Recht” und vermeidet so die Diskussion über die Frage, ob die DDR ein totalitärer Unrechtsstaat oder ein erstarrtes Staategebilde gewesen ist, dem “die Dynamik, die zum Totalitarismus gehört”,<sup>213</sup> gefehlt hat, wie Richard J. Evans 2005 meinte.

Grundlegend für die Forschungsdiskussion über das Problem der Bedeutung und Funktion der sogenannten Blockparteien und die Gesellschaft in der SBZ und in der frühen DDR ist vor allem die Hypothese Hermann Webers, der für die Etablierung der politischen Herrschaft der Sowjets und der SED bis 1953 den Begriff des “Transformationsprozesses”<sup>214</sup> benutzt hat. Hermann Weber definiert diese Transformation als einen schrittweise vollzogenen politischen Entwicklungsvorgang, an dessen Ende die wenigen freien Handlungsmöglichkeiten der nicht-kommunistischen Parteien von der SED völlig aufgegeben und die bürgerlichen Parteien zu ideologischen “Transmissionsriemen”<sup>215</sup> geworden seien. Dieser von Hermann Weber angenommene Hypothese einer geradlinigen Entwicklung, die sich, nicht nur nach Meinung, vom politisch-ideologischen Umbau bis zur totalitären Vereinnahmung der DDR-Gesellschaft vollzogen haben soll, verliert bei einer tiefergehenden Analyse der von den Sowjets zu verantwortenden politischen Vorgänge in der SBZ an Schlüssigkeit. Ausgerechnet Hermann Weber selbst hat, im Hinblick auf die Bedeutung des Begriffes “Terror” im Stalinismus, den wissenschaftlichen Ansatz geliefert, auf dessen Grundlage die kritische Überprüfung seiner “Transformationsthese” möglich wird:

“Terror war kommunistischen Diktaturen, insbesondere dem Stalinismus, immanent. Allerdings ist Kommunismus nicht auf Terror zu reduzieren. Er war sowohl eine radikale Bewegung als auch ein gewaltsames Herrschaftssystem.”<sup>216</sup>

Am Beispiel des Verhältnisses der SED zum Stalinistischen Machtapparat und zur Ostdeutschen Gesellschaft wird allerdings deutlich, dass die Partei in keiner Weise eine gesellschaftliche Grundlage für eine “Transformation” des sowjetischen

---

<sup>212</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) “Materialien der Enquete-Kommission “Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit”, Bd. VII, 114f.

<sup>213</sup> Evans, Richard J.: Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1 -2/2005, 3. Januar, 3-9.

<sup>214</sup> Vgl. Weber, Hermann: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie.

<sup>215</sup> Ebd.

<sup>216</sup> Weber, Ulrich/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 1938, Berlin 2007, 12.

Gesellschaftssystem in Ostdeutschland hatte. An dieser Tatsache sollte sich auch bis 1989, als das Volk sich endgültig auf sich selbst besann sich gegen die SED entschied, nichts ändern.

Die Forschungsdiskussion um die Definition der Begriffe Widerstand und Opposition kreist indes weiter um die Suche nach einer geeigneten Definition für das Streben nach einer dritten politischen Form von Demokratie, der sowohl von widerständischen Schülern, Studenten und Akademikern 1949<sup>217</sup> als auch von den Bürgerrechtlern 1989<sup>218</sup> in die politische Diskussion gebracht wurde. In der vorliegenden Arbeit soll daher der Versuch eines wissenschaftstheoretischen Brückenschlages zwischen 1949 und 1989 unternommen werden.

## **5.2 Die Kritische Analyse der Diskussion um das Problem, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht**

Die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan hat 2009 hingegen diese Diskussion über einen Rechts- oder Unrechtsstaat DDR in die breite Öffentlichkeit hineingetragen. In einem Artikel für die Wochenzeitung "Die Zeit" hat sie die These vertreten, die DDR-Regierung habe die von ihr gesteuerte Justiz jeweils ausgerichtet an dem Aktionsraum, der ihr von den Oppositionellen in der DDR-Gesellschaft eingeräumt worden sei:

“Es geht mithin überhaupt nicht darum, das Unrecht, das von der SED in der DDR praktiziert wurde, zu bagatellisieren. Die Rechtsbereiche im Staat der DDR hat sie nicht freiwillig oder aus rechtsstaatlichem Bewußtsein geschaffen, sondern infolge der Widerständigkeit der Gesellschaft gegen einen totalen politisierenden Willkür- und Unrechtsanspruch konzedieren müssen.”<sup>219</sup>

Es handelte sich hierbei um den Versuch, eine stichhaltige Erklärung dafür zu geben, warum das totalitäre *Unrechts*-“System”, das die DDR-Führung skrupellos anwandte, nicht mit der Gesellschaft identifiziert werden könne. Dabei folgte die Verfasserin grundsätzlich der Auffassung, die DDR sei erst 1961, nach dem Bau der Mauer, zum totalitären “Gefängnis” für die ostdeutsche Bevölkerung geworden<sup>220</sup>. Man läuft Gefahr, diese kurze These, versteckt in einem Halbsatz in der Mitte des

---

<sup>217</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz Arno Eschs “Phantom Paneuropa” in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990, 224f.

<sup>218</sup> Vgl. hierzu: Quester, Roland: Von Freiräumen und grünen Netzwerken, in: Lindner, Bernd (Hrsg.): Zum Herbst `89. Demokratische Bewegung in der DDR, Leipzig 1994, 187ff.

<sup>219</sup> Vgl. Schwan, Gesine: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen “Unrechtsstaat” nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

<sup>220</sup> Ebd.

Artikels, entweder nur zur Kenntnis zu nehmen oder gleich darüber hinwegzulesen, weil das Bild der Mauer so einfach und doch plakativ als “Falle des Totalitarismus” auf die die kurzfristige Wahrnehmung des Lesers wirkt. Gleichwohl ist gerade an dieser Stelle des Artikels mit der Analyse unbedingt zu beginnen, will man die Argumentation Gesine Schwans historisch korrekt einordnen. Im Folgenden sollen nach dieser Maßgabe die Hypothesen der Verfasserin aufgeschlüsselt und bewertet werden.

Gesine Schwan weist zunächst völlig zu Recht auf das Charakteristikum aller diktatorischen Regime, nicht nur des Stalinismus, die politische Unfreiheit bei der Wahl der Regierungen, die “Erpressung mit der einzigen Alternative”<sup>221</sup>, hin. Dann aber begeht die Verfasserin in ihrer Argumentation den zentralen historischen Fehler, indem sie suggeriert, der stalinistische Repressionsapparat habe erst 1961 begonnen, seine totalitäre Macht gegenüber den Bürgern in der DDR auszuüben. Das die Vita des Stalinismus in Ostdeutschland ihren Anfang jedoch sehr viel früher, sogar noch vor dem zweiten Weltkrieg, mit dem sogenannten willkürlichen “Social Engineering”<sup>222</sup>, dem in der Sowjetunion unter Stalin bereits 1937 über zwei Millionen Menschen, darunter viele Deutschstämmige, zum Opfer fielen<sup>223</sup>, nahm, übergeht die Verfasserin ebenso wie das Faktum, dass die Unrechtsdiktatur der DDR ihre Grundlage in dem politisch-ideologischen Missbrauch des “Antifaschismus”-Begriffes hatte.

“Antifaschismus” wurde zwar im Spiegel des Nationalsozialismus von den Kommunisten 1945 bis zum Ende der DDR gesellschaftswirksam kolportiert als die “[...] antiimperialistisch-demokratische und sozialistische Alternative zur nationalen und sozialen Versklavung [...] durch den in-und ausländischen Imperialismus.”<sup>224</sup> Die Entnazifizierung durch die Sowjets in der Ostzone erfolgte aber unter Zielsetzung, eine neue Diktatur in Deutschland zu errichten.

---

<sup>221</sup> Ebd.

<sup>222</sup> Werth, Nicolas: Der Stellenwert des <Großen Terror> innerhalb der stalinistischen Repressionen. Versuch einer Bilanz, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 269f.

<sup>223</sup> Das Jahr 1937 und die Gegenwart. Thesen von “Memorial”, in: Weber, Herman/ Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 281.

<sup>224</sup> Vgl. hierzu den Eintrag zur “Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes von 1930, in: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 791.

Der Hypothese Peter Steinbachs, die Bundesrepublik habe sehr viel mehr “[...] im Schatten des Dritten Reiches [...]”<sup>225</sup> gestanden als die DDR, kann ich in Kenntnis der vorgenannten Tatsachen nicht zustimmen.

### **5.2.1 Ein Vergleich der 68er Bewegung mit der politischen Liberal-Demokratischen Opposition in der SBZ und in der frühen DDR**

Antirevolutionäre Gesellschaften werden spätestens seit dem politisch-gesellschaftlichen Aufbegehren der sogenannten 68er-Bewegung in Deutschland wahrgenommen als gegen jeden Fortschritt gerichtete politische Restaurationsgesellschaften.<sup>226</sup> Mit dem Begriff “Restauration” wird in der neueren deutschen politischen Geschichte immer, ob man dieses Denkmodell anwenden mag oder nicht, die Theorie vom <Deutschen Sonderweg> verbunden. Der Hinwendung insbesondere der bürgerlichen deutschen Gesellschaftsschichten zu einem für “realpolitisch”<sup>227</sup> nützlicheren Obrigkeitsstaat und der damit verbundenen Abkehr Deutschlands von der Entwicklung zur Demokratie, wie sie sich in Europa im 19. und 20. Jahrhundert vollzogen hat, wird ein stärkerer Einfluss auf die politische Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands”<sup>228</sup> zugeschrieben als denjenigen politischen Versuchen, die Grundlagen für Freiheit und Demokratie im Angesicht eines bestehenden oder sich entwickelnden totalitären deutschen Staates politisch aufrechtzuerhalten oder neu aufzurichten.

Edgar Wolfrum weist in seiner Untersuchung daraufhin, dass das Jahr 1968 in der Forschung entweder “[...] als eine Art Scharnier”[...]”<sup>229</sup> zwischen dem Gründungsjahr der Bundesrepublik 1949 und dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung 1989 oder aber als politisches Unterscheidungskriterium zwischen einer rein äußerlichen bundesrepublikanischen Demokratie und einer durch die 68er Bewegung angeblich vollendeten zivilen Demokratie in der Bundesrepublik interpretiert werde.<sup>230</sup> Folgt man letzterer Argumentation, so hat erst die 68er-Bewegung bewirken können, dass die politische Struktur und Gesellschaft in der

---

<sup>225</sup> Steinbach, Peter: Im Schatten der Vergangenheit. Die Geschichte der Bundesrepublik, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 48. Jahrgang, Heft 189, 1. Quartal 2009, 90.

<sup>226</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: “1968” in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, in: APuZ, B 22-23/2001, 28.

<sup>227</sup> Vgl. Asendorf, Manfred, Flemming, Jens/u. a. (Hrsg.): Geschichte. Lexikon der wissenschaftlichen Grundbegriffe. Deutscher Sonderweg, Hamburg 1994, 146.

<sup>228</sup> Vgl. Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 -1955, Bremen 2003, 14f.

<sup>229</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: “1968” in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, in: APuZ, B 22-23/2001, 28.

<sup>230</sup> Ebd.

Bundesrepublik von ihrem autoritären inneren Wesen und Kern wahrhaft befreit worden ist. Der “Deutsche Sonderweg” hätte, folgt man dieser These noch einmal weiter, durch das politische Aufbegehren der Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition (APO) in den späten sechziger Jahren sein Ende gefunden. Unbeschadet, ob man den Anhängern der APO dies bewusste Zielsetzung unterstellen will oder nicht, mit der politischen Einstellung der APO-Bewegung ist auf jeden Fall die völlige Ignoranz gegenüber den Zielen und Aktivitäten derjenigen politischen Gegnern verknüpft, die seit 1945 in der SBZ gegen die Terrorherrschaft Stalins und für Freiheit und Demokratie kämpften und dies vielfach mit dem Leben bezahlten.

Die Perspektive der 68er Bewegung auf die Nachkriegsgeschichte ist eindimensional-kritisch auf die Entwicklung der Demokratie in Westdeutschland seit 1945 gerichtet. Die Schuldfrage ihrer Großeltern und Eltern an den Verbrechen des Nationalsozialismus wurde von den Meisten ohne differenzierte und kritische Überprüfung als bestätigt angesehen. Dies lieferte ihnen das Hauptargument für eine politische Verweigerungshaltung gegenüber dem seit 1949 etablierten demokratischen “konservativen” deutschen westlichen Staat. An dieser Stelle zeigt sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit der antifastisch-radikalen Erziehungspolitik der SED, die seit 1952 systematisch die Ausmerzungen jeglicher Erinnerung an die Liberal-Demokratische politische Gegnerschaft in der Bevölkerung betrieben hat, was Konsequenzen bis zur Wende 1989<sup>231</sup> und auch darüber hinaus gezeitigt hat. Der Antifaschismus kommunistischer Prägung erwies sich also sowohl für die SED als auch für die APO in den späten sechziger Jahren als Instrument, um die eigene Ideologie total und radikal, völlig jenseits demokratischer freiheitlicher Toleranz, durchzusetzen. Die 68er Bewegung in Deutschland wurde hauptsächlich von neomarxistisch orientierten *Studenten* getragen, von denen nicht Wenige sich der gewaltsamen Radikalisierung dieser *Proteste* gegen die seit 1949 in Westdeutschland *fest* etablierte *Form einer freiheitlichen* Demokratie anschlossen. In der Forschung wird daher häufig die These befürwortet, es habe sich 1968 um eine “demokratische Revolution”<sup>232</sup> für mehr Selbstbestimmung und politische Freiheit gehandelt. Aufgrund der Tatsache, dass ein radikaler Marxismus -Leninismus Grundlage für diese “Revolution” war, muss diese These jedoch sehr differenziert betrachtet und kritisch hinterfragt werden.

---

<sup>231</sup> Vgl. zu diesem Sachverhalt Jander, Martin: Opposition in einer totalitären (Um-)Erziehungsdiktatur, in: Neubert/ Eisenfeld /Hrsg.): Macht-Ohnmacht-Gegenmacht, Bremen 2001, 81f.

<sup>232</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: “1968” in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, in: APuZ, B 22-23/ 2001, 28.

In dem öffentlichen Aufbegehren dieser Außerparlamentarischen Bewegung spiegelt sich aber ein für Demokratien noch wesentlich wichtigeres Problem wider. Es handelt sich um die Frage, welche *Grenzen* sich die praktische Politik im Hinblick auf die Notwendigkeit, Freiheit, Recht und Menschenwürde sowohl zu schützen als auch deren Genese auf staatlicher Ebene voranzutreiben, setzen muss. Der Liberal-Demokrat Arno Esch hat diese Frage bereits 1949, die gewaltsame Zerstörung seiner politischen Freiheit vor Augen, an der auch Teile seiner eigenen Partei beteiligt waren, in aller Dringlichkeit gestellt.<sup>233</sup> Die Aktivitäten der 68er Bewegung können in diesem historischen Kontext betrachtet meines Erachtens weder mit einer “demokratischen Revolution” verglichen noch als “reine Gegnerschaft” bezeichnet werden.<sup>234</sup>

Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen Studenten wie Arno Esch und Hartwig Bernitt handelten, waren geprägt von der Doppelbödigkeit des Begriffes <Volksdemokratie>, mit dem einerseits auf der Grundlage des <Antifaschismus> eine erneute deutsche Diktatur ausgeschlossen werden sollte<sup>235</sup>. Andererseits war das Ziel, eine Staatsordnung zu errichten, die angeblich parlamentarisch ausgerichtet sein sollte, an deren Spitze aber die kommunistische Partei als alleinige Interessenvertretung der Arbeiter, die angeblich als Mehrheit des Volkes gesehen wurden, stand. Wolfgang Natonek<sup>236</sup> hat darauf hingewiesen, dass diese ideologische Zwiespältigkeit es den Liberaldemokraten seit dem Jahre 1948 erschwerte, akzeptiert zu werden:

“Denn hier wurde *diese Form der Demokratie* mit den ihr eigenen rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundvorstellungen nicht nur beargwöhnt, sondern von *lautstarken Vereinfachern* in die Nähe des <Faschismus> gerückt, dem -zu Recht -der Kampf angesagt war.”<sup>237</sup>

Eine genaue und differenzierte Analyse des Begriffes der politischen Gegnerschaft, der in den Jahren 1945 bis 1948 in der SBZ von den Sowjets angewandt wurde, zu erarbeiten, ist also auch deshalb notwendig, um die politischen Ziele, für die die

---

<sup>233</sup> Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, Universitätsbibliothek Rostock.

<sup>234</sup> Vgl. Schwan, Gesine: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen “Unrechtsstaat” nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

<sup>235</sup> Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945 -1949. Die Sowjetische Besatzungszone, 163.

<sup>236</sup> Wolfgang Natonek war 1948 Vorsitzender des Leipziger Studentenrates und Wortführer der studentischen Opposition an der Universität Leipzig.

<sup>237</sup> Vgl. Natonek, Wolfgang: Zur falschen Zeit am falschen Ort, in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990, 146ff.

liberal-demokratischen Schüler, Studenten und Akademiker 1949 bis 1953 eingetreten sind, historisch eingeordnet und gerecht bewertet werden können.

Hinterfragt man Wolfgang Natoneks Aussage näher, so stößt man auf das Problem, das sich die Begriffe Demokratie, Totalitarismus und Diktatur im Spiegel des Faktums politischer Gegenschafft nicht so eindeutig von einander unterscheiden lassen, wie es von Teilen der historischen Forschung bisher gerne vermittelt worden ist. Betrachtet man beispielsweise das Beziehungsgeflecht, das zwischen den von CDU und LDP politisch organisierten Jugendgruppen an Universitäten und Oberschulen und dem durch die beiden Kirchen unterstützten Aufbegehren der Jugendlichen in der “Jungen Gemeinde” gegen die Politik der SED<sup>238</sup> bestand, so scheinen die Ziele sich zu unterscheiden hinsichtlich der Fragestellung, ob gegenüber dem Kampf für existenzielle Bürgerrechte in einem autoritär geführten Staat der Kampf für die politische Freiheit jedes Einzelnen das Nachsehen haben darf oder ob beides nicht auf jeden Fall untrennbar miteinander verknüpft werden muss.<sup>239</sup>

Reinhard Henkys vertrat vor diesem Hintergrund zum Beispiel 1999 die These, dass die “Junge Gemeinde” in der SBZ und in der frühen DDR durchaus als Widerstandsorganisation bezeichnet werden könne, da ihre Mitglieder neben der Distanznahme zur FDJ vor allem auch danach gestrebt hätten, sich durch religiöse Abkapselung aus dem politischen Geschehen völlig herauszuhalten:

“Auch damit widerstand man ja dem umfassenden, dem totalitären Erziehungsanspruch der Partei.”<sup>240</sup>

### **5.3 Der Begriff “Widerstand “ in der Forschungsdiskussion**

Die soziale, wirtschaftliche und politisch-ideologische “Kollektivierung” bildete seit 1945 die unumstößliche Ausgangsbasis für Stalins Ziel, eine nach seinem Willen antifaschistisch-demokratische *Gesellschaft* in der frühen DDR zu errichten.<sup>241</sup> Max Weber hat die Meinung vertreten, der Staat gründe auf einer von Gewalt getragenen Herrschaftsbeziehung, bei der sich der Mensch über den Menschen deshalb erheben könne, weil Gewalt historisch-traditionell als berechtigte Methode zur Ausübung politischer Macht angesehen werde.<sup>242</sup> In der UdSSR bildete die Ausübung von

---

<sup>238</sup> Henkys, Reinhard, Die Opposition der “Jungen Gemeinde”, in: Henke/ Steinbach/Tuchel (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, 157.

<sup>239</sup> Vgl. ebd., 158.

<sup>240</sup> Ebd., 157.

<sup>241</sup> Vgl. Braun, Jutta/Klawitter, Nils/ Werkentin, Falco: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin 2006, 8.

<sup>242</sup> Weber, Max: Politik als Beruf (Vortrag), in: Gesammelte politische Schriften, Bd. 3. erweiterte Auflage, Tübingen 1971.

Gewalt vor allem seit der Bolschewistischen Revolution 1917 ein völlig willkürlich angewandtes Instrument zur politischen Machtausübung über die Gesellschaft.<sup>243</sup>

Der Stalinismus in der DDR gründete jedoch auf einer neuen, ahistorisch begründeten Form von Gewalt, die mit dem Gewaltregime des Nationalsozialismus in vielfältiger Beziehung gleich-gesetzt werden muss.

Michael Kubina sieht als das eigentliche Problem der aktuellen Widerstandsforschung, „daß der Blick auf die Ausdrucksformen widerständigen Verhaltens und nicht primär auf die sie tragenden Individuen und deren Selbstverständnis und -bewusstsein gerichtet wird.“<sup>244</sup>

Er begründet sein Plädoyer für eine solche individuell-kritische Herangehensweise an die Analyse des Begriffes „Widerstand“ damit, dass die Ursachen und Artikulationsformen von politischer Gegnerschaft immer abhängig seien von ständig wechselnden geschichtlichen Ausgangsvoraussetzungen.<sup>245</sup> Aus einer solchen Personen- und Situationszentrierten Perspektive, so schlussfolgert Michael Kubina, erweise sich „Widerstand“ dann als ein nonkonformistischer Teil gesellschaftlich-politischer Realität, dessen Merkmalstrukturen nur an den Zielen und Handlungen individueller Personen zu erkennen und festzulegen seien.<sup>246</sup> Eigenständige politische Aktivitäten, die unter einer autoritären oder totalitären Regierung praktiziert werden, um eine Auswechslung der bestehenden autoritären Systematik zu erreichen, bedürfen aber immer auch der kritischen Hinterfragung derjenigen ideologischen Kontexte, mit denen die politische Gegnerschaft ihre Gegenargumente begründet. So ist es zum Beispiel ein Problem der deutschen Diktaturforschung, dass der Begriff „Demokratie“ allein für sich genommen noch nicht die Frage beantwortet, welche Form staatlicher Freiheit an die Stelle der alten autoritären Systeme treten soll und wie sie sich auf die Gesellschaft auswirken würde.

Der Begriff „Widerstand“ umfasst also nicht nur ein vielgestaltiges Feld von Aktivitäten. Er ist inhaltlich für die historische Wissenschaft auch nicht genau berechenbar, da er nicht nur als ein Spiegelbild wirkt sondern vielmehr als ein historisches Kaleidoskop. An diesem Begriff lassen sich somit die politischen und sozialen Wege und Irrwege einer Gesellschaft aufzeigen, deren Entwicklung immer

---

<sup>243</sup> Petrov, Nikita: Die Todesstrafe in der UdSSR: Ideologie, Methoden, Praxis. 1917 -1953, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953(Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 37.

<sup>244</sup> Kubina, Michael: Widerstand als historisches Phänomen. Ein Schlüsselbegriff und seine Schwierigkeiten, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (ZdF), Nr. 15, 2004, 81f.

<sup>245</sup> Ebd., 81.

<sup>246</sup> Ebd.

in Abhängigkeit von bestimmten Personen voranschreiten muss. Als Problem für die Forschung erweist es sich, wenn politische Umbruchphasen zu untersuchen sind, bei denen Kontinuitäts- und Diskontinuitätslinien sich im Kontext von historischen Vorurteilsstrukturen nur noch schwer unterscheiden lassen.

In diesen Problembereich gehört auch ein weiterer Forschungsaspekt, der in der Debatte um Widerstand und Totalitarismus bisher weitgehend ausklammert wurde: Die Frage, inwieweit auch hinter der Verhaltensweise der alltäglichen, auf die eigene Person und Familie beschränkten gewaltlosen Ablehnung des SED-Staates Elemente des gesellschaftlichen und politischen Aufbegehrens verborgen liegen können. Michael Kubina hat 2004 unter Bezug auf Kowalczyks Argumentation, auch das „Widerstehen der Nichtwiderständler“ sei zu untersuchen, um ein wirklich differenziertes Bild der DDR-Gesellschaft zeichnen zu können<sup>247</sup>, die These vertreten, dass „Widerstand“ nur dann wirklich als solcher bezeichnet werden könne, wenn politische Gegenwehr die Kriterien der aktiven Entscheidung gegen ein autoritäres Regime und die von ihm verführte Gesellschaft<sup>248</sup>, der Öffentlichkeit und der Gemeinschaftsaktivität erfülle:

„Blieb diese, auch als `innere Emigration` bezeichnete Gegnerschaft auf sich beschränkt, gehört sie meines Erachtens aber nicht zum Phänomen „Widerstand“.“<sup>249</sup>

Da Michael Kubina aber vernachlässigt hat, dass oppositionelles beziehungsweise widerständiges Handeln in jedem Fall immer auch voraussetzt, dass beim Einzelnen das Bewusstsein für den persönlichen Kampf gegen die Verletzung seiner menschlichen Würde und Freiheit aktiviert ist, fehlt seiner These die entscheidende Argumentations- und Diskussionsgrundlage.

### **5.3.1 Der widersprüchliche Mechanismus totalitärer Machtausübung**

In Konsequenz der, vor allem durch die Philosophin Hannah Arendt bereits 1945 angeregten wissenschaftlichen Diskussion um eine möglichst stichhaltige Erklärung für die Ursachen und die ungeheuerlichen Auswüchse der gewaltsamen absoluten Machtausübung Hitlers und Stalins<sup>250</sup> wurde bisher meist darauf zurückgegriffen,

---

<sup>247</sup> Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR, in: Poppe/Eckert/Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung (Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 6), Berlin 1995, 14f.

<sup>248</sup> Kubina, Michael: Widerstand als historisches Phänomen. Ein Schlüsselbegriff und seine Schwierigkeiten, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (ZdF), Nr. 15, 2004, 84.

<sup>249</sup> Ebd., 85.

<sup>250</sup> Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 12. Auflage, Januar 2008, München 2008.

den Prozess der absoluten Machtaneignung dieser Diktatoren mit einer “permanenten Revolution”<sup>251</sup> gleichzusetzen. Dabei wurde aber außer Acht gelassen, dass diese totalitären Regime sich nur deshalb eine “revolutionäre Legitimation” zulegen konnten, weil sie meinten, durch die massive Propagierung ihrer *Ideologie* die Menschen und ihr natürliches Verlangen nach Wiederherstellung von Klarheit, Recht und Existenzsicherheit auf jeden Fall manipulieren und sie für ihre politischen Zwecke ausnutzen zu können. Der Begriff des Totalitarismus kann vor diesem Hintergrund nur beschrieben werden als eine widernatürliche Verunstaltung des natürlichen Rechtes auf die Empörung gegen existenzielle Unfreiheit und Ungerechtigkeit. Albert Camus hat mehrmals auf die Notwendigkeit dieser Unterscheidung zwischen den Begriffen “Revolte [franz.: Empörung]” und “Revolution” hingewiesen<sup>252</sup>, weil er um die Möglichkeit der politischen Manipulierung menschlicher Existenzängste wusste. Darin sah er den Widerspruch menschlichen Drängens nach Freiheit:

“Jede Revolte ist eine Sehnsucht nach Unschuld und ein Ruf nach dem Sein. Die Sehnsucht jedoch ergreift eines Tages die Waffen und nimmt die totale Schuld auf sich: den Mord und die Gewalttat.”<sup>253</sup>

Totalitäre Machthaber müssen also konsequenterweise die Mitglieder der von ihnen gelenkten Gesellschaften so “erziehen”, dass Jene, entgegen ihrem natürlichen, von gegenseitiger Humanität gelenkten Freiheitsstreben, zu widerspruchslosen Vasallen des ideologischen Gewalt- und Vernichtungsregimes werden. Aber gerade diese Anstrengungen, die ostdeutsche Gesellschaft ideologisch und politisch und mit Gewalt “gleichzuschalten” riefen seit den frühen vierziger Jahren das *gegenteilige* Phänomen eines, nicht nur von Universitäten und Schulen ausgehenden, breiten politischen Aufbegehrens in *allen* Schichten der ostdeutschen Gesellschaft hervor.<sup>254</sup> Ebenso wie die politische Gegenwehr in den Jahren 1945 bis 1952 in der SBZ und in der frühen DDR immer stärker zunahm<sup>255</sup>, verstärkte sich auch die gewaltsame

---

<sup>251</sup> Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert (Hrsg.): Die verdrängte Revolution, Bremen 2004, 77.

<sup>252</sup> Camus, Albert: Der Mensch in der Revolte. Essays, Hamburg 1993, 87.

<sup>253</sup> Ebd.

<sup>254</sup> Vgl. als Beleg hierfür insbesondere die von Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky gesammelten und ausgewerteten Biografien ostdeutscher politischer Häftlinge, die durch das SMT in der Zeit von 1950 bis 1953 in Moskau hingerichtet wurden. [Roginskij/Rudolph/Drauschke/ Kaminsky (Hrsg.): “Erschossen in Moskau...”. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950 -1953, Berlin 2006, 13.

<sup>255</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung der Examenskandidaten der juristischen Fakultät vom 5. August 1949, LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 529, Bl. 152.

politische Machtausübung der “SED-Schutzmacht SMAD” gegen die politischen Oppositionellen<sup>256</sup>.

Bei der Durchsicht der Akten, welche die SED-Landesleitung Mecklenburg im Zeitraum von 1946 bis 1950 über die Entwicklung politischer Gegnerschaft gegen die Politik der Führungspartei angelegt hat, zeigt sich der zunehmende Druck, unter den die SED aufgrund ihrer Unfähigkeit geraten war, Zugang zur deutschen Gesellschaft zu finden.

So zeugt eine “Strengvertrauliche Verschußsache”, an die Mitglieder der Kreis-Partei-Kontrollkommission gerichtet, vom 11. April 1950 davon, dass die Führungspartei SED 1950 machtpolitisch so im Niedergang begriffen war, dass nur noch durch eine groß angelegte Verfolgungs- und Säuberungsaktion innerhalb der Partei selbst und ihrer ostdeutschen “Satellitenparteien” ihr Führungsstatus aufrecht zu erhalten schien<sup>257</sup>. Dabei fällt die Undifferenziertheit auf, die der “Meldung” von Parteigefährdenden Personen zugrunde gelegt wurde:

“In erster Linie also politische Agenten des Klassenfeindes, Spione, Spitzel und Verräter, ferner Wirtschafts- u. andere Saboteure, schwere Fälle von Fragebogenfälschung, faschistische bezw. reaktionäre Elemente, sowie kriminelle, asoziale, korrupte Elemente und Hochstapler. Außerdem Personen, deren Eindringen in die Partei verhindert werden muß.”<sup>258</sup>

Die kommunistische Ideologie gründete auf dem Bestreben, die politischen Theorien des Marxismus-Leninismus im Bewusstsein der Gesamtgesellschaft bedingungslos verankern zu wollen. Dazu war in der Realität “[...] eine ständige ideologische Erziehung unerlässlich.”<sup>259</sup> Hermann Weber sieht als Grundursache des Stalinstischen Terrors den Realitätsverlust, dem die Kommunisten in der Sowjetunion infolge der Indoktrinierung durch Stalin und seine propagandistisch-simplifizierenden Leitsätze zum Marxismus-Leninismus erlegen seien:

“Die Kommunisten beanspruchten, im Besitz einer absoluten <historischen Wahrheit> zu sein, sie hatten dadurch <immer recht>. Diese elitäre Überheblichkeit verursachte Realitätsverlust. Es entstand ein durch primitives Freund-Feind-Denken sowie Intoleranz charakterisierter Typ des Parteifunktionärs.”<sup>260</sup>

---

<sup>256</sup> Vgl. ebd.

<sup>257</sup> Vgl. hierzu die strengvertrauliche Verschlussache für die Mitglieder der Kreis-Partei-Kontrollkommission, Merkblatt für Warnmeldung, LHAS,10. 34 -1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 104, Bl. 72.

<sup>258</sup> Ebd.

<sup>259</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7.vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 396.

<sup>260</sup> Weber, Herrman: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 16.

Hermann Webers, ganz offensichtlich an Hannah Arendts grundlegender gesellschaftstheoretischer Totalitarismustheorie angelehnter These<sup>261</sup>, lässt sich so verstehen, dass die Anhänger Stalins, als die Repräsentanten einer modernen Gesellschaft, die ihre Mythen und positiven Ideale verloren hatte<sup>262</sup>, ebenso Opfer der totalitären Verblendung gewesen sind wie die von ihnen *selbst* terrorisierten und getöteten *Gegner* der Machtpolitik Stalins.

Solch ein verallgemeinernder methodischer Ansatz bietet aber noch keine Erklärungen für die Unberechenbarkeit Stalinistischer Justizausübung und für die völlige Enttabuierung der Anwendung brutaler physischer und psychischer *Gewalt* bis hin zur Zerstörung des Menschen, deren Höhepunkt die Exekution bildete.<sup>263</sup> Ausgeklammert werden die komplexen historischen Hintergründe und die zeitübergreifend bestehenden gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der ambivalenten Antifaschismus-Doktrin Stalins sowie deren Einfluss auf die Handlungen der Justiz in der SBZ<sup>264</sup>.

Die Bedeutung der ideologischen Kraft, mit der die damaligen jungen *liberalen* politischen Gegner dem sowjetisch beeinflussten SED-Regime trotz aller Repressionen entgegen traten, wird in der gleichen Weise unterschätzt, wie die problematischen Zusammenhänge, die den Raum zwischen den Begriffen “Demokratie” und “Totalitarismus” kennzeichnen, ignoriert werden.

Der SED-Staat hat, unter der Führung der Sowjetunion, die Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Gegenwehr in der SBZ und in der frühen DDR bewusst vorangetrieben. Das von Hannah Arendt entwickelte Modell, auf dessen Grundlage sie das “Wesen totalitärer Herrschaft”,<sup>265</sup> untersucht hat, um es verständlich zu machen, lässt sich nur bedingt auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der SBZ und in der frühen DDR übertragen. Die Philosophin vertritt die These, der moderne Mensch habe keinen realistischen Freiheitsbegriff und drang mehr, sondern lediglich die unerfüllte “Idee” einer transzendenten Freiheit.<sup>266</sup>

---

<sup>261</sup> Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 12. Auflage, Januar 2008, München 2008, 965.

<sup>262</sup> Ebd., 970f.

<sup>263</sup> Hilger, Andreas: Einleitung: Smert’ Spionam! Tod den Spionen! Todesstrafe und sowjetischer Justizexport in die SBZ/DDR, 1945 -1955, in: Derselbe (Hrsg.): “Tod den Spionen!” Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 12.

<sup>264</sup> Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1997, 220.

<sup>265</sup> Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 12. Auflage, Januar 2008, München 2008, 970f.

<sup>266</sup> Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 12. Auflage, Januar 2008, München 2008, 970f.

Die politischen Totalitaristen befriedigten dieses Bedürfnis, indem sie ein Dogma vermittelten, in dem sich die politische Ideologie zur absoluten Wahrheit und die tatsächliche Wahrheit zum Feindbild *verkehren* würden:

“Der *Emanzipation* des Denkens von erfahrener und erfahrbarer Wirklichkeit dient auch die Propaganda der totalitären Bewegung, die immer darauf hinausläuft, jedem *offenbar* Geschehenden einen *geheimen* Sinn und jedem dem *offenbaren* politischen Handeln eine verschwörerische Absicht unterzulegen.”<sup>267</sup>

Wird Hannah Arendts philosophisch-theoretische Hypothese übersetzt im Kontext des real-politischen Kampfes zwischen Liberalen und Kommunisten, lässt sich damit verständlich die politisch-ideologische Absicht der SED-Führung, die Hauptforderung der Liberalen nach Anerkennung historisch verzerrt darzustellen<sup>268</sup>, aufzeigen.

Lässt ihre Totalitarismustheorie jedoch Raum für die weitergehende Untersuchung der “Funktion” einerseits und der tatsächlichen Zielsetzung der liberalen politischen Gegnerschaft gegen die SED andererseits? Allgemein sah Hannah Arendt keine Möglichkeit dafür gegeben, dass in totalitären Gesellschaften jemals eine irgendwie geartete politische Öffnung hätte herbeigeführt werden können, denn:

“Ideologisches Denken ist, hat es einmal seine Prämisse, seinen Ausgangspunkt, statuiert, prinzipiell von Erfahrungen unbeeinflussbar und von der Wirklichkeit unbelehrbar.”<sup>269</sup>

Der britische Historiker Ian Kershaw hat für seine Untersuchung der Begriffe “Faschismus” und “Totalitarismus”, die er am Beispiel des NS-Staates durchführte, nicht, wie Hannah Arendt, methodisch auf der speziellen Ebene des Verhältnisses, das die moderne Gesellschaft gegenüber Ideologien pflegt<sup>270</sup>, angesetzt. Statt dessen hat er die Basis aller gesellschaftlichen Wissensvermittlung, die historische und politische Forschung, einer grundlegenden Kritik im Umgang mit den Begriffen “Totalitarismus” und “Faschismus” unterzogen:

“<Totalitarismus> und <Faschismus> sind keine “sauberen” wissenschaftlichen Begriffe. Beide haben von Beginn ihres Gebrauchs an eine Doppelfunktion: einerseits als ideologisches Mittel für eine negative politische Kategorisierung, wobei sie im allgemeinen Sprachgebrauch eher pejorativ verwandt werden, und

---

<sup>267</sup> Ebd., 965.

<sup>268</sup> Vgl. den Gegenartikel der “Landeszeitung” der SED Nr.159, vom 09. 07. 1949, der sich gegen Arno Eschs Artikel “Freiheit und Eigentum” vom 07.07.49 wendet, abgedruckt in: Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Dannenberg 1994, 133.

<sup>269</sup> Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 12. Auflage, Januar 2008, München 2008, 966.

<sup>270</sup> Ebd., 970f.

andererseits als heuristisches wissenschaftliches Instrument, das dazu dienen soll, politische Systeme einzuteilen und zu klassifizieren.“<sup>271</sup>

Im Hinblick auf die Untersuchung des politischen Widerstandes gegen den von Stalin in der SBZ aufgerichteten “antifaschistisch-demokratischen Staat” erweist sich das von Ian Kershaw vorgestellte Model als das sinnvollste, weil es Raum für eine tiefere gesellschaftliche und politische Analyse lässt, die sich über das Problem der historischen Subjektivität hinwegsetzen kann.

#### **5. 4 Der 17. Juni und die innere Staatsgründung der DDR**

Das politische Aufbegehren vom 17. Juni 1953 gegen die Politik der SED wird in der Forschung meist als Grund für die verschärften Bemühungen der KPdSU, die Machtposition der SED innen- und außenpolitisch zu intensivieren angesehen.<sup>272</sup>

Dieser sogenannten “Inneren Staatsgründung”<sup>273</sup> war aber ein politischer Umbauprozess vorausgegangen, dessen Hintergründe und Zielsetzungen nur erhellt werden können, wenn geklärt ist, welchen politischen Spielraum Andersdenkende gegenüber der SED in der Phase der “antifaschistisch-demokratischen Ordnung” tatsächlich hatten. Bei der Beschäftigung mit der Frage der Wirkungsmöglichkeiten ideologischer Gegnerschaft in der SBZ sowie im frühen kommunistischen SED-Staat rücken zunächst zwei Forschungsprobleme ins Zentrum. Zum einen stellt sich die Frage, wie der Zeitraum von 1945 bis 1953 insgesamt in die politische Entwicklungsgeschichte des Staates DDR einzuordnen ist.

Weitgehender Konsens herrscht in der Wissenschaft darüber, dass die DDR seit 1946 eine Staatsform darstellte, die auf dem Prinzip der Einparteiенführung baute. Über die Fragen, ob deren politische Herrschaft auf einen unbegrenzten Zeitraum angelegt war und ob es sich in Gänze um eine totalitäre Staatsform gehandelt hat, gehen die Argumentationen jedoch auseinander<sup>274</sup>.

Ilko-Sascha Kowalczuk unterstützt die These, dass es sich im Falle der DDR um eine totalitäre Staats- und Gesellschaftsform gehandelt habe.<sup>275</sup> Er argumentiert dabei aus der Perspektive der Gesellschaft und kommt zu dem Schluss, dass ein Staat dann totalitär zu nennen ist, wenn sich als Hauptgrund für politische Gegnerschaft der

---

<sup>271</sup> Ebd.

<sup>272</sup> Vgl. hierzu: Kowalczuk, Sascha-Ilko: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 2003.

<sup>273</sup> Ebd.

<sup>274</sup> Kowalczuk, Ilko-Sascha: Verschiedene Welten. Zum Verhältnis von Opposition und <SED-Reformern> in den achtziger Jahren, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht-Ohnmacht-Gegenmacht, Bremen 2001, 57.

<sup>275</sup> Ebd.

ideologische Zwang der politischen Führung zu einer “[...] Kongruenz zwischen Herrschaftswillen und Volkswillen [...]”<sup>276</sup> analysieren lasse.

Als repräsentativ für politische Gegnerschaft in der DDR sieht er in diesem Zusammenhang vor allem diejenigen gesellschaftlichen Gruppen an, die “[...] gegen soziale Erscheinungen und Einrichtungen und für sozialpolitische oder innerbetriebliche Veränderungen [...]”<sup>277</sup> direkt an ihren Arbeitsstellen interveniert hätten:

“Dieser Protest war oftmals Ausdruck unerfüllter Lebens-und Arbeitsumstände.”<sup>278</sup> Aus Ilko-Sascha Kowalczyks Argumentation geht hervor, dass politische Gegnerschaft in nicht-demokratischen Staaten grundsätzlich als Widerstand bezeichnet werden kann, wenn sie von gesellschaftlichen Gruppierungen ausgeht, deren Engagement nicht von dem Willen zur Durchsetzung einer bestimmten politischen Ideologie gesteuert wird. Konsequenterweise gibt es nach seiner Meinung nach keinen politischen Widerstand gegen totalitäre Regierungen, wenn nicht eine von sozialen Missständen und gesellschaftlichem Unmut geprägte längere Zeitspanne vorausgegangen ist.

Diese These bereitet aus zwei Gründen Probleme: Erstens wird nicht danach gefragt, ob und wie andere ideologische Konzeptionen sich auch unter den Bedingungen eines politischen Zwangsregimes profilieren können. Zweitens wird die Frage ausgeklammert, welche Mechanismen die hierzu zwangsläufig notwendige politische Kooperation mit dem beherrschenden Regime bestimmen.

In der Konsequenz bleibt im Hinblick auf die Untersuchung der Wirkungsmöglichkeiten ideologischer Gegnerschaft in der SBZ die zentrale Frage nach der Entwicklung des zweiten “Körpers”<sup>279</sup>.

Es handelt sich zum anderen um die Frage, inwiefern die Parteien, die im sogenannten <antifaschistischen Block> waren, sich politisch assimiliert haben und in welchem Maße sie so zum Aufbau der Diktatur der SED beigetragen haben.

## **5.5 Der Begriff des Faschismus**

Unseren heutigen demokratischen Gesellschaften liegt ein Verständnis von Geschichte zugrunde, dass auf zwei “Säulen” gründet: Aus der Sicht der Wissenschaftstheorie ist Geschichte zu begreifen als ein mehrere Zeiträume

---

<sup>276</sup> Ebd.

<sup>277</sup> Ebd.

<sup>278</sup> Ebd, 58.

<sup>279</sup> Lefort, Claude: Fortdauer des Theologisch-Politischen? Wien 1999, 62.

umfassender, vielschichtiger Prozess. Es ist unter *diesem* Aspekt Aufgabe des Historikers, durch multiperspektivische Untersuchungen und Vergleiche immer neue Sichtweisen auf diesen Prozess zu eröffnen.

Aus *didaktischer* Sicht wird Geschichte verstanden als "... ein Zeitabschnitt zwischen Vergangenheit und Zukunft, aus dem die Fragen von heute an vergangenes menschliches Denken, Handeln und Leiden hervorgehen, um die Zukunft besser bestehen zu können."<sup>280</sup> Keine andere politische Vokabel ist so eng mit diesem modernen Geschichtsverständnis verbunden wie der Faschismus.

Methodische Ansätze der Forschung, den Faschismus unter den Kategorien "Phänomen" oder "Begriff" einzuordnen und jeweils von diesen Kategorien ausgehend zu definieren, belassen es bisher bei dem Ergebnis, Faschismus sei wenigstens definiert durch Gewalt, Verführung der Massen sowie durch eine enge Zusammenarbeit der diktatorischen Machthaber mit den konservativen Vertretern des industriellen bürgerlichen Großkapitals.<sup>281</sup> Exemplarisch belegt wird dieser Mindestkonsens vor allem am Beispiel des deutschen Nationalsozialismus, wobei besonders die tragende Rolle und Funktion, welche die sogenannten bürgerlichen "traditionellen Eliten" bei der Aufrichtung und Einrichtung des NS-Regimes in Deutschland hatten-, in der Regel im Zentrum der Untersuchungen stehen.<sup>282</sup>

Gleichzeitig wird, um für die ideologisch-repressive Politik der Sowjets gegenüber der sogenannten "Intelligenz" in der SBZ eine plausible Erklärung liefern zu können, darauf verwiesen, dass 1945 eine ungebrochene Kontinuität konservativ-liberalen Machtstrebens speziell an den Universitäten immer noch vorherrschend gewesen sei.<sup>283</sup> Als Forschungsproblem indes erweist sich indes die Frage nach der Funktion und Zielsetzung des bürgerlichen Liberalismus, dem politischen "Arm" der deutschen bürgerlichen Eliten, dann, wenn eine andere Perspektive und Faktenlage dazu zwingt, die tradierte Kontinuitätshypothese, die synonym für die Denkfigur des deutschen Sonderwegs steht, auf den historischen Prüfstand zu stellen.

Auch wer den Urgrund für die politisch-ideologische Gewaltherrschaft Stalins in Ostdeutschland zu allererst sieht in der Aufklärungs- und Demokratiefindlichkeit des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert muss sich die Frage stellen, warum es

---

<sup>280</sup> Vgl. Bergmann, Klaus u.a. (Hrsg.): Der Gegenwartsbezug im Geschichtsunterricht (Methoden Historischen Lernens), Schwalbach/Ts. 2002, 24.

<sup>281</sup> Reichhard, Sven: Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung, in: Mittelweg, 36, Jg. Februar/März 2007.

<sup>282</sup> Paxton, Robert O: Die fünf Stadien des Faschismus, in: Mittelweg 36 1/2007, 75ff.

<sup>283</sup> Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 1955, Bremen 2003, 14f.

gelingen konnte, den Marxismus-Leninismus so zu radikalisieren, dass er an Inhumanität und Gewalttätigkeit dem Nationalsozialismus ebenbürtig ist.

### **5.5.1 Der Zusammenhang von Revolution, Faschismus und Totalitarismus**

Der Begriff “Revolution” scheint konträr zu dieser Auffassung des Geschichtsbegriffes zu stehen, leitet er sich doch ab von dem lateinischen Verb “revolvo” (zurückwälzen, zurückkommen, zurückkehren). Der Begriff “Demokratie” stammt aus dem Griechischen und steht für die angestrebte Herrschaft des Volkes. Zieht man an dieser Stelle die Quintessenz, so ist Geschichte zu definieren als der andauernde Kampf des Menschen für die soziale und politische Rückversicherung seiner zukünftigen Existenz und Freiheit.

Diese Definition von Geschichte berücksichtigt scheinbar einen Aspekt im geschichtlichen Dasein des Menschen nicht: dass zeitliche geistige Vakuum, dass sich bildet, wenn man vor dem Hintergrund bereits erfahrener politischer Unterdrückung die Entstehung neuer ideologischer Unterdrückungsmechanismen heraufdämmern sieht.

Richard John Evans untersucht in seinem Essay eben diesen Zeitraum zwischen dem Ende und der Einstiegsphase in die zweite deutsche Diktatur. Einerseits stehen dabei die äußeren Konsequenzen, die der Krieg und der Zusammenbruch für die Existenz der Deutschen mit sich brachten im Zentrum. Andererseits wird der “[...] Einfluß der kollektiven Erinnerung an die nationalsozialistische Zeit auf die spätere (SED-) Diktatur [...]”<sup>284</sup> ins Zentrum gerückt. Dabei geht er davon aus, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung 1945 ihr “kollektives Gedächtnis”, das hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit immer noch existierte, nicht kritisch hinterfragen, sondern dieses geistige und gesellschaftliche Erbe des Nationalsozialismus und seine historischen Vorgeschichte konservieren wollte.<sup>285</sup>

Daher habe der DDR-Staat niemals eine wirkliche soziale und politische Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten:

“Auch die vielen Kontinuitäten - persönliche, institutionelle, kulturelle und soziale, die vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in die nationalsozialistische Zeit reichten - verliehen dem NS-Regime eine viel größere Legitimität, eine viel

---

<sup>284</sup> Evans, Richard J.: Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1 -2/ 2005, 3. Januar, 9.

<sup>285</sup> Ebd., 6.

tieferer Verwurzelung im politischen Bewusstsein der Bevölkerung, als es die DDR je erreichen konnte.”<sup>286</sup>

Der Grad der Totalität der beiden deutschen Diktaturen bemisst sich für Richard John Evans also schlussendlich danach, in welchem Maße es dem jeweiligen Regime gelungen ist, die Bevölkerung ideologisch zu überzeugen und zu motivieren:

“Das Fehlen fast jeglichen Widerstandes der Bevölkerung der DDR gegen den Untergang ihres Staates steht in bemerkenswertem Kontrast zur Beharrlichkeit des Weiterkämpfens der Bevölkerung des “Dritten Reiches” auch in den letzten, hoffnungslosen Monaten des Zweiten Weltkrieges.”<sup>287</sup>

Seine Thesen geben zum einen Anlass dazu, zu überprüfen, ob es tatsächlich sinnvoll ist, die Begriffe Faschismus und Totalitarismus als *erweiterbare* historische Kategorien zu verstehen, die methodisch als Schablone für die Gegenüberstellung unterschiedlicher nichtdemokratischer politischer System dienen könnten, wie es zum Beispiel Ian Kershaw vorgeschlagen hat:

“<Faschismus> und <Totalitarismus> sind Begriffe, die als <Gattungstypen> über einzelne Herrschaftssysteme hinausgehen. Als solche erfordern sie beide eine streng vergleichende Methode”.<sup>288</sup>

### 5.5.2 Der Begriff des stalinistischen “Antifaschismus”

Der Begriff des Stalinistischen “Antifaschismus” ist ein doppeldeutig-ideologischer Begriff, der dem Diktator dazu diente, die deutsche Gesellschaft in der Ostzone und in der frühen DDR strukturell zu zerrütten, um so ihren freiheitlich-demokratischen Wiederaufbau zu verhindern. Diese politische Taktik wurde begründet damit, dass durch der angeblich nach 1945 immer noch existierende Imperialismus seinen Widerpart finden sollte “[...] in einer breiten antiimperialistischen Bewegung für Frieden und Demokratie, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und sozialen Fortschritt.”<sup>289</sup> Durch die Suggestierung solcher Propaganda wurde die tatsächliche Zielsetzung Stalins, die Zerschlagung der deutschen Gesellschaft und die völlige ideologische Vereinnahmung Deutschlands<sup>290</sup>, verschleiert. Durch diesen machtpolitischen Schachzug wird letztendlich, so belegen aktuelle wissenschaftliche

---

<sup>286</sup> Ebd.

<sup>287</sup> Ebd., 9.

<sup>288</sup> Vgl. Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1999, 61f.

<sup>289</sup> Vgl. Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 269.

<sup>290</sup> Filitov, Aleksej: Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941-1945, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), Göttingen 2006, 27.

Veröffentlichungen, der Stalinismus im Vergleich mit der heutigen Demokratie in Deutschland relativiert und die historische Bedeutung des Liberal-Demokratischen Widerstandes gegen Stalin in Zweifel gezogen. Die reziproke politische Machtform, in dem die soziale und politische Manipulation durch den Antifaschismus unlösbar verbunden war mit einer häufig unberechenbaren Gewaltstrategie von Seiten der führenden SMAD und der herrschenden SED, erlaubt es nicht, die politische Gegnerschaft in der SBZ und in der frühen DDR schnell und eindeutig zu definieren und historisch zu bewerten. In der vorliegenden Arbeit will ich dazu beitragen, die Bedeutung des stalinistischen Dogmas des “Antifaschismus” zu entschlüsseln und seine negativen Konsequenzen, auch für die heutige Diskussion um die Demokratie in der Bundesrepublik, aufzeigen.

Die vorliegende Arbeit will sich daher grundsätzlich mit von der Politikwissenschaftlicher Gesine Schwan 2009 angestoßenen Diskussion über einen Rechts- oder Unrechtsstaat DDR und die damit verbundene Diskussion über Schuld oder Unschuld der ehemaligen Bürger der DDR<sup>291</sup>, auseinandersetzen, da sie einen, so meine ich, historisch nicht schlüssigen kritischen Vergleich der heutigen Demokratie im geeinten Deutschland mit dem Stalinismus zieht.<sup>292</sup>

Die vorliegende Arbeit setzt sich zentral mit den Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer politischen Phase auseinander, in der politischer Widerstand von den Stalinisten bewusst herbeigeführt worden ist, um ihren Machtanspruch die eigene Ideologie rechtfertigen zu können. An der Person und dem Wirken des Liberal-Demokratischen Politikers Arno Esch, der von den Sowjets 1951 in Moskau hingerichtet wurde, weil er dafür eintrat, freiheitliche Demokratie als “[...] Muster der Gerechtigkeit und Vernunft [...]”<sup>293</sup> in Ostdeutschland wieder aufleben zu lassen, soll diese Problematik untersucht und hinterfragt werden. Mit einer ersten Teilanalyse und der Erläuterung der politischen Motivation und Zielsetzung Arno Eschs soll daher diese Arbeit begründet werden.

In einem zweiten Teilbereich werden die ideologischen Rahmenbedingungen untersucht, welche die sowjetische Führung dazu befähigten, in den ersten drei Jahren nach dem Ende des Krieges die <antifaschistisch-demokratische Ordnung> an der Rostocker Universität und an den Schulen im Umland weitestgehend um- und durchzusetzen. Damit wird der in der Aufgabenstellung gesetzte Zeitrahmen, der die

---

<sup>291</sup> Vgl. Schwan, Gesine: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen “Unrechtsstaat” nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

<sup>292</sup> Ebd.

<sup>293</sup> Esch, Arno: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 5, Nr.

Jahre 1949 bis 1953 besonders in den Blick nimmt, ausgeweitet, um die ideologischen und innenpolitischen Hauptursachen für die Herausbildung politischer Gegnerschaft in den Reihen der Studenten, Akademiker und Schüler einordnen zu können, die letztlich die Manifestation der politisch-ideologischen Gegnerschaft in den Jahren 1948 und 1950 bewirkt haben.

In der Tat waren die nichtkommunistischen politischen Widerständler in der SBZ und in der frühen DDR nicht nur “Ausgelieferte”<sup>294</sup> oder “Gefangene”<sup>295</sup> des SED-Regimes, wie es Uwe Thaysen für die Oppositionellen in der späten DDR konstatiert hat. Insbesondere diejenigen Oppositionellen, die auf der Grundlage des Liberalismus politisch gegen die Politik der SED-Führungspartei argumentierten und für eine eigene neue liberale Weltanschauung warben, waren politische Kriegsgefangene unter Stalins Machtregime. Ausgehend von dieser These soll die Spezifik des Stalinismus herausgearbeitet werden, die an Gewalttätigkeit und Heimtücke dem Regime des Nationalsozialismus in kaum einer Hinsicht nach gestanden hat.

In einem weiteren Teilbereich setzte ich mich, auf der Basis der Ergebnisse des ersten Teils, mit der Rolle und Funktion der SED im Machtapparat Stalins auseinander, um am Beispiel der Sozialistischen Einheitspartei jene durch Stalin begründete gesellschaftlich-politische Schizophrenie aufzuzeigen, die letztlich dazu führte, dass 1989 eine, wie der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk meint, “[...] utopiefreie Revolution [...]”<sup>296</sup> die DDR zu Fall bringen konnte.

Die SED stand von 1946 bis 1989 vor dem Problem, zum einen, zunächst unter der Kontrolle der Militäradministration, das Ziel Stalin, gewaltsam den bürgerlichen “Klassenfeind” völlig auszumerzen, vorantreiben zu müssen.<sup>297</sup> Gleichzeitig musste der politisch-ideologische Umbau der Gesellschaft so vollzogen werden, dass die Basis des Volkes die Überzeugung gewinnen musste, dass die SED tatsächlich in der Lage war, die Gesellschaft zu einer idealen neuen demokratisch-sozialen und homogenen Gesellschaftsform zu führen. Die Universitäten bildeten vor diesem Hintergrund die Schauplätze des gesellschaftlichen Kampfes<sup>298</sup>.

---

<sup>294</sup> Vgl. Thaysen, Uwe: Die ausgelieferte Opposition, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht-Ohnmacht-Gegenmacht. Bremen 2001, 37.

<sup>295</sup> Ebd.

<sup>296</sup> Kowalczyk, Ilko-Sascha: Der lange Weg zur Freiheit, in: Zeit Geschichte 1989. Die glückliche Revolution, Nr. 2, 2009, 28.

<sup>297</sup> Petrov, Nikita: Die Todesstrafe in der UdSSR Ideologie, Methoden. Praxis. 1917 -1953, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 43.

<sup>298</sup> Vgl. dazu die vertrauliche Entschließung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen undatiert, vermutlich aber Anfang 1948, zum Ende des WS 1947/48 erstellt], LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 31.

Der letzte Teilbereich befasst sich mit der Untersuchung der Gründe, die die russische Besatzungsmacht dazu bewogen haben, ihr Vorgehen gegen die politische Gegnerschaft insbesondere an den Hochschulen so zu verschärfen, dass ideologischer Widerspruch als innenpolitisches Verbrechen gegen den Staat DDR angesehen und damit die Verhängung der Todesstrafe gerechtfertigt wurde. Die besondere Aufmerksamkeit der Verfasserin gilt an diesem Punkt der Frage, ob die sowjetische Führung ab 1950 eine bürgerliche Revolution, ausgehend von den Hochschulen, befürchtete.

Die Erhebung am 17. Juni 1953 gilt in der deutschen Nachkriegsgeschichte als der erste folgenreiche politische Wendepunkt.<sup>299</sup> Von der Forschung bisher weitgehend unbeachtet, markiert der 17. Juni 1953 aber auch den Endpunkt einer Phase, in der die Chancen für den Aufbau einer wirklichen Demokratie in Deutschland gerade aufgrund einer politisch noch weitgehend offenen Situation gegeben waren.

Auf die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 folgte kein Friedensvertrag mit den Alliierten, durch dessen Bedingungen der Aufbau politischer Strukturen hätte präjudiziert werden können. Deutschland war 1945 somit ein nach außen hin de facto besiegter Staat ohne feste innere politische Strukturen. Dies bildete den historischen Ausgangspunkt für die Errichtung des stalinistischen deutschen Staates und hier muss der unbedingte Ansatzpunkt jeder Analyse der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des politischen Widerstands in der SBZ und in der frühen DDR ansetzen.

### **5.6 Die Bedeutung der politischen Aufbauphase 1945 bis 1947**

Dem Zeitraum von 1945 bis Ende 1947 wurde bisher von der Forschung bei der Untersuchung der Entwicklung und Zielsetzung politischer Gegnerschaft in der frühen DDR leider so gut wie nicht einbezogen. Nur bei Ehrhart Neubert (2000) findet sich die These, dass in der Gesellschaft der SBZ und der frühen DDR die Bereitschaft zu einem längerfristigen Kampf gegen die Politik der Sowjets von Beginn an nicht ausgeprägt gewesen sei:

“Die kurze Periode der andeutungsweise demokratischen Ordnung hinterließ keine tiefen Spuren. Die wenigen Möglichkeiten, die es zunächst gab, sich gegen die kommunistische Politik auszusprechen, wurden zwar ergriffen, doch schon vor der

---

<sup>299</sup> Vgl. hierzu: Kowalczyk, Sascha-Ilko: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 2003, 525.

Gründung der DDR versanken große Teile der Gesellschaft wieder in politischer Passivität.”<sup>300</sup>

Er übersieht jedoch das auch in der SBZ die politische Herrschaft Stalins stark abhängig war von der unberechenbaren Verfasstheit einer Gesellschaft, die nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht völlig am Boden lag. Die deutsche Gesellschaft in der SBZ befand sich seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Einmarsch der Sowjets in einer schizophrenen Situation ideologischer Orientierungslosigkeit, die noch verstärkt wurde durch das Prinzip der Sowjets, ihre Gewaltpolitik mit der Schuld der Deutschen am Faschismus des Nationalsozialismus zu rechtfertigen.

Ehrhard Neubert berücksichtigt bei seiner Annahme somit auch nicht die politische und gesellschaftliche Widersprüchlichkeit, die sich mit dem Schlagwort von der “demokratischen Ordnung” besonders im Hinblick auf die Vorphase der Gründung des SED-Staates verbindet. Im Rahmen der Ideologie des Kommunismus wird unter Demokratie grundsätzlich eine, gewaltsam zu erzwingende, politische Form der Herrschaft eines staatlichen Gemeinwesens verstanden, die auf einer klassenlosen Gesellschaft gründet und alle Mitglieder zur kollektiven politischen und sozialen Mitwirkung aufruft:

“< Folglich ist sie [die Demokratie], wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. [...]. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten.>”<sup>301</sup>

Im Gegensatz zum bürgerlichen Demokratieverständnis stand im Zentrum der kommunistischen Auffassung von Demokratie also die These, *absoluter gesellschaftlicher Fortschritt* müsse, notwendigerweise auch mit Gewalt, durchgesetzt und vorangetrieben werden.

Diese Enthistorisierung und buchstäbliche “Vergewaltigung” des Demokratiebegriffs ermöglichte es der kommunistischen Führung, unter Hinweis auf die Verbrechen der Nationalsozialisten, die eigene Unterdrückungspolitik gegen ideologisch Andersdenkende zu rechtfertigen damit, es handele sich um politische Feinde des Staates, deren Ziel es sei “ [...] die demokratischen Umgestaltungen zu liquidieren und die bürgerliche Gesellschaftsordnung wiederherzustellen.”<sup>302</sup>

---

<sup>300</sup> Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 bis 1989, 2. durchgehende erweiterte sowie korrigierte Auflage [Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung], Bonn 2000, 48.

<sup>301</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 173.

<sup>302</sup> Vgl. hierzu die Kopie des Urteils der Sowjetunion gegen Friedrich-Franz Wiese vom 22/23. November 1950 in der Anlage dieser Arbeit.

Die Studenten, die als Befürworter des Liberalismus in politischer Gegnerschaft zur Ideologie der Kommunisten standen, bezahlten für ihren “illegal” artikulierten demokratischen Widerspruch gegen die Politik des SMAD/SED-Regimes und den Aufbau der “demokratischen Ordnung” seit Mitte 1947 meist mit quälender Haft und in letzter Konsequenz mit dem Leben.<sup>303</sup>

Der Zeitraum von 1945 bis Ende 1947 ist jedoch auch gekennzeichnet von der anfänglichen Strategie der sowjetischen Machthaber, eine, wenn auch eingeschränkte, politische Freiheit akademischer “Opposition” an den Universitäten in ihrer Zone zu gewähren:

“Der Studentenrat bot sich, ungeachtet der Tatsache, daß die SED dort seit Anfang 1948 über die Mehrheit der Sitze verfügte, als öffentliches Diskussionsforum an.“<sup>304</sup>

Wenn politischer Widerspruch an den Universitäten bis Ende 1947 noch möglich war, so ist es notwendig, zu untersuchen, welche Ziele die Sowjetische Besatzungsmacht bis Ende des Jahres 1947 mit dem dualistischen Prinzip der Duldung und der politischen Repression hinsichtlich der Funktion der angehenden Akademiker beim Aufbau der “demokratischen Ordnung” anstrebte. Dies schließt vor allem die Frage ein, warum die kontroverse politische Auseinandersetzung mit der SED zugelassen und so die Entstehung von politischer Gegnerschaft an den Hochschulen in Kauf genommen wurde.

### **5.6.1 Der politische Organisationsaufbau an den Universitäten**

Knapp drei Monate, nachdem die SMAD per Befehl Nr. 2 die Gründung antifaschistisch-demokratischer Parteien und Gewerkschaften genehmigt hatte, erfolgte am vierten September 1945 durch den Befehl Nr.50 des Obersten Chefs der SMAD unter Auflagen die Genehmigung für die Neueröffnung der Hochschulen in der SBZ.<sup>305</sup> Mit dem Befehl Nr. 50 wurde jedoch nicht präzise festgelegt, in welcher Form die Entnazifizierung der akademischen Lehrkräfte durchzuführen sei.<sup>306</sup> Welchen genauen Zweck die Sowjetische Militäradministration an den Universitäten und Hochschulen 1945 mit dieser unregelmäßigen Entnazifizierungspolitik verfolgte, unter welcher praktischen Zielsetzung sie die ihre politische Einflussnahme auf die

---

<sup>303</sup> Vgl. Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln 1969 (Reprint 1994), 47.

<sup>304</sup> Ebd., 44 ff.

<sup>305</sup> Vgl. den Befehl Nr. 50 des Obersten Chefs der SMAD vom 04.09.45, LHAS, 6.11-21, 2441, Bl. 11.

<sup>306</sup> Vgl. Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 -1955, Bremen 2003, 41.

Eliten an den Hochschulen innerhalb der SBZ betreiben wollte<sup>307</sup> und ob an den Universitäten unter der Sowjet-bzw. SED-Führung “[...] ein gewisses Eigenleben [...]”<sup>308</sup> stattfinden konnte, wie beispielsweise Ehrhart Neubert in Anlehnung an Ralph Jessen<sup>309</sup> meint, sind die an dieser Stelle zu diskutierenden offenen Fragen.

Letztlich sollte die Analyse

dieser Fragen auch zu einer These bezüglich der Frage führen, ob die Führung der Sowjets das Ziel der kommunistischen Beherrschung Gesamtdeutschlands bereits aufgegeben 1945 hatte beziehungsweise ob ihre Politik nur darauf abzielte, “[...] wenigstens einen Teil Deutschlands unter sowjetische Kontrolle zu bringen.”<sup>310</sup> Nach sowjetisch-ideologischem Verständnis stand die Intelligenz immer in Abhängigkeit von der sozialistischen Gesellschaft, die für die Existenz- und Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler sorgte.<sup>311</sup> Die Intelligenz wiederum sollte das Hauptinstrument sein auf dem Wege der kommunistisch-sozialistischen Entwicklung der Gesellschaft hin zur politisch-moralischen Einheit aller Schichten und Klassen<sup>312</sup> unter der Führung der Arbeiterklasse:

”In der sozialistischen Gesellschaft wächst die Rolle der Intelligenz bei der Entwicklung und der Verbreitung von Wissenschaft, Technik und Kultur.”<sup>313</sup>

Nach Meinung der Sowjets sollte theoretisch am Ende der althergebrachte ideologische Konflikt zwischen der bürgerlich-demokratischen Kultur und der Kultur der Arbeiter dadurch aufgehoben werden, dass “[...] im Bündnis mit der Intelligenz und allen an anderen Werktätigen”<sup>314</sup> [...] ein “[...] lebendiges Gefühl der Zusammengehörigkeit [...]”<sup>315</sup> aller Mitglieder in der Gesellschaft geschaffen würde. An den Universitäten als den traditionellen Institutionen für gesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Auseinandersetzungen konnte die SED unter Führung der SMAD von 1945 bis zum Jahr 1949 nur mit Hilfe von personal- und strukturpolitischen restriktiven Eingriffen, Kontrollen und durch die gewaltsame Ausschaltung unbequemer politischer “Gegner” ihre politische Machtposition

---

<sup>307</sup> Vgl. ebd., 45.

<sup>308</sup> Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert (Hrsg.): Die verdrängte Revolution, Bremen 2004, 77.

<sup>309</sup> Vgl. Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

<sup>310</sup> Vgl. Kowalczyk, Ilko, Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945 -1961, Berlin 2003, 106.

<sup>311</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7.vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 418.

<sup>312</sup> Ebd., 765.

<sup>313</sup> Ebd., 418.

<sup>314</sup> Ebd., 65.

<sup>315</sup> Ebd. 669.

festigen.<sup>316</sup> Zwar verfügte die SED dadurch, dass die Ende Juli 1945 von der SMAD ins Leben gerufene Zentralverwaltung für Volksbildung die alleinige Kontrolle über alle Hochschulpolitischen Entscheidungen an sich zog<sup>317</sup>, über die stärkeren politischen Machtinstrumente. Trotzdem gelang es der Partei nicht, zum Beispiel an der Universität Rostock, deren Sozialgefüge noch 1947, nach Meinung des antifaschistischen Studentenausschusses, “[...] bei weitem nicht der Zusammensetzung des Landes Mecklenburg-Vorpommern[...]”<sup>318</sup> glich, eine völlig homogene politische Machtbasis zu errichten.

### 5.6.2 Der Faschismus in Stalins Dogma des <Antifaschismus >

Der Begriff “Entnazifizierung” ist aus historischer Perspektive problematischer als bisher angenommen, weil er seine einzige, politisch wirklich unveränderbare, Bedeutung aus dem historischen Umstand bezieht, dass über die autokratisch-ideologische Herrschaftsform der Nationalsozialisten 1945 von den Alliierten gemeinsam ein Sieg davon getragen wurde.<sup>319</sup> Ist es aufgrund dieser historischen Tatsache aber gerechtfertigt, auch die politischen Ziele, die Stalin in Ostdeutschland verfolgte, mit einer “[...] Abkehr vom NS-Regime [...]”<sup>320</sup> zu begründen, wie es die Hypothese von Damian van Melis nahe legt?

“Die Abkehr vom NS-Regime bildete also eine zentrale politische und ideologische Größe bei der Errichtung, Legitimierung und Sicherung der Herrschaft in ganz Nachkriegsdeutschland.”<sup>321</sup>

Damian van Melis` These wirft vor dem Hintergrund der Hauptthese der historischen Forschung, der Nationalsozialismus sei aufgrund der gezielten Vernichtungsprogrammatik und der Unmenschlichkeit der Verbrechen, die das Hitler-Regime zu verantworten hatte, nicht mit dem Stalinismus vergleichbar<sup>322</sup>, schwierige Fragen auf, führt man sich auch das Ausmaß der unter Stalin begangenen Verbrechen gegen

---

<sup>316</sup> Vgl. Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln 1969 (Reprint 1994), 14.

<sup>317</sup> Vgl. Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 -1955, Bremen 2003, 80f.

<sup>318</sup> Vgl. den Vorschlag für eine Immatrikulationsordnung der Universität Rostock zum Sommersemester 1947, LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 21.

<sup>319</sup> Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945 1948 (Studien zur Zeitgeschichte, Band 56), München 1999, 1ff.

<sup>320</sup> Ebd., 1ff.

<sup>321</sup> Ebd.

<sup>322</sup> Vgl. Stefan Plaggenborg: Stalinismus als Gewaltgeschichte, in: Derselbe: Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, Berlin 1998, 54.; Heydemann/Oberreuter: Diktaturen in Deutschland, - Vergleichsaspekte, Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen (Schriftenreihe der bpb, Bd. 398), 10f.

die Menschlichkeit und die Hintergründe der Stalinistischen Gewaltexzesse vor Augen. So gehen Herrmann Weber und Ulrich Mählert in ihrer neuesten Untersuchung davon aus, dass die Gewalt- und Zwangsherrschaft Josef Stalins zwischen 1929 und 1956 insgesamt mehr als 11 Millionen Tote gefordert hat.<sup>323</sup> Zum anderen war der Stalinismus, so zeigt Bernd Bonwetsch am Beispiel des Widerstandes großer Teile der russischen Bevölkerung gegen die bolschewistisch-stalinistische Kulturrevolution, “[...] auch ein spezifisches System der Interaktion von Staat und Gesellschaft.”<sup>324</sup> Seine Schlussfolgerung lautet, dass der Stalinistische Staat zwar in der Lage gewesen sei, durch eine “Revolution von oben” das russische Gesellschaftssystem mit Gewalt umzuwälzen,<sup>325</sup> “[...] aber er konnte die ausgelösten Prozesse nicht wirklich steuern.”<sup>326</sup>

Die grundlegenden Voraussetzungen für eine “Revolution von oben” waren, wie bereits am Beispiel der Funktion der SED im kommunistischen Machtgefüge Stalins aufgezeigt wurde, aufgrund der fehlenden inneren und äußeren Geschlossenheit der Staatspartei nicht gegeben.

### 5.6.3 Der Begriff “Gruppe”

Der Begriff “Gruppe” bildet ein Grundelement in der Struktur des Aufbaus der Parteien- und Massenorganisationen in der SBZ und in der frühen DDR. Nach dem ideologisch-theoretischen Verständnis der Kommunisten beziehungsweise der Sozialisten war eine Gruppe positiv “durch relative Stabilität und Dynamik sowie durch eine innere Struktur gekennzeichnet.”<sup>327</sup>

Im Gegensatz zur gesellschaftsfeindlichen, kapitalistischen Ideologie definierte sich die Gruppe in der sozialistisch-demokratischen Gesellschaft im engeren Sinne weiterhin dadurch, “[...] daß sie die gesellschaftlichen Verhältnisse, Normen und Werte im konkreten Leben der Gruppe vermittelt und in der gemeinsamen gesellschaftlichen Tätigkeit eine leistungsmäßige Überlegenheit gegenüber den einzelnen Individuen erreicht [...]”<sup>328</sup> Diese ideologisch-gesellschaftliche

---

<sup>323</sup> Weber, Herrmann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 25.

<sup>324</sup> Bonwetsch, Bernd: Der Stalinismus in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Zur Deformation einer Gesellschaft, in: Weber/Mählert (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, 44.

<sup>325</sup> Ebd.

<sup>326</sup> Ebd.

<sup>327</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7.vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 382f.

<sup>328</sup> Ebd.

Normierung durch die SED-Staatsführung, führte dazu, dass ideologieuntreue Bürger von der übrigen Gesellschaft bis zum Ende der DDR 1989 mindestens ausgegrenzt und durch den Staat immer wieder drangsaliert wurden.<sup>329</sup>

Für die bürgerlichen Studenten und Akademiker an den Universitäten bedeutete diese neue Gesellschaftsauffassung, von Anfang an nicht Teil der von den Sowjets angestrebten neuen “antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft zu sein.

### **5.7 Zusammenhänge zwischen dem 17. Juni 1953 und der politischen Opposition der Jahre 1945 bis 1952**

Auf den ersten Blick scheint es, als könne man zwischen den opponierenden gesellschaftlichen Gruppen, den liberalen Studenten und Akademikern 1948/49 und den Arbeitern 1953, so gut wie keine politischen und sozialen Verbindungslinien erkennen. Tatsächlich ist es der Forschung nicht bisher nicht möglich gewesen, ein einheitliches soziales und politisches Profil von den Akademikern und Studenten zu erstellen, die sich zusammen mit den Arbeitern und Angestellten an den Protesten im Juni des Jahres 1953 beteiligt haben.<sup>330</sup>

Festzuhalten bleibt jedoch, dass sich diejenigen Studenten, Schüler und Akademiker, die teilnahmen, einig mit den Arbeitern und Angestellten waren in ihrer Forderung nach freien Wahlen und der sofortigen Absetzung der SED-Regierung unter Walter Ulbricht.<sup>331</sup> Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass sowohl die studentische akademische Opposition 1948<sup>332</sup> als auch die Arbeiter gemeinsam mit Studenten, Schülern und Akademikern 1953 nur gegen die Politik der Führungspartei SED opponierten.<sup>333</sup> Die sowjetische Besatzungsmacht und damit der *dominierende Machtapparat selbst*, wurde zu keinem Zeitpunkt offen angegriffen. Das dies auch für die Menschen in der DDR galt, die 1989 endgültig den Abtritt des diktatorischen SED-Regimes gewaltlos herbeiführten, ist längst ein unbestrittenes Faktum deutscher Geschichte.

Die *Auflösung* der autoritären Parteienherrschaft der SED wurde also von Menschen aus allen Schichten in der Bevölkerung zunächst *gewaltlos* im Juni 1953 der Partei

---

<sup>329</sup> Vgl. hierzu den Artikel von Gabi Novack-Oster: Zeitenwende. Erstveröffentlichung: Rhein-Zeitung, Nr. 4 vom 05.09.1999, dokumentiert in: Eppelmann/Meckel/Grünbaum (Hrsg.): Das ganze Deutschland. Reportagen zur Einheit, Berlin 2005, 124f.

<sup>330</sup> Vgl. hierzu Kowalczyk, Sascha-Ilko: Geist im Dienste der Macht, Berlin 2003, 531.

<sup>331</sup> Flemming, Thomas: Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953, Berlin-Brandenburg 2003, 154.

<sup>332</sup> Vgl. Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP, in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, Rostock 1997, 39.

<sup>333</sup> Flemming, Thomas: Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953, Berlin-Brandenburg 2003, 154.

abgefordert. Die Tatsache, dass dabei, wie auch später 1989<sup>334</sup>, die Forderung nach der Möglichkeit zu freien demokratischen Wahlen im Mittelpunkt stand, lässt eine Kontinuitätslinie zu den nichtkommunistischen politischen Oppositionellen der vierziger Jahre in der frühen DDR erkennen, die zudem auch als Erste auf eine völlig gewaltlose politische Durchsetzung ihrer Forderungen gegen die Politik der SED setzten.<sup>335</sup> Indes nimmt diese Frage nach bestimmten historischen *Kontinuitäten*, die zwischen der ersten politischen Opposition gegen das SED-Regime in der SBZ bis 1953 und allen nachfolgenden Oppositionsträgern bestehen könnten, in der historischen Forschung bisher keinen Platz ein<sup>336</sup>. Der 17. Juni 1953 wird vielmehr allgemein als die erste Zäsur in der Geschichte der DDR begriffen.<sup>337</sup>

Jedoch bestehen bei den einzelnen Historikern unterschiedliche Meinungen darüber, zu welchem Zeitpunkt die „innere Staatsgründung“<sup>338</sup> der DDR tatsächlich begonnen hat. So geht Armin Mitter davon aus, dass sich der soziale „Konsens“ zwischen dem SED-Regime und der Gesellschaft im Juni 1953 aufgelöst habe, weil insbesondere die Arbeiter um ihre Existenz fürchteten, da der ideologisch-wirtschaftliche Druck der Partei nicht einmal mehr mit den existenziellen Mindestbedürfnissen vereinbar gewesen sei:

“Während bis zum Juni 1953 soziale Forderungen politische implizierten bzw. nach sich zogen, war es nun umgekehrt. Einschneidende politische Veränderungen sollten erzwungen werden, um ökonomische und soziale Verbesserungen überhaupt erst ermöglichen zu können.”<sup>339</sup>

Die Hypothese Armin Mitters fordert zum einen zu der Annahme heraus, dass es *vor* 1953 in der SBZ und in der frühen DDR *keinen* gesellschaftlichen Widerstand gegen die Politik des SED-Regimes gegeben hat. Zum anderen beruht die „innere Staatsgründung“ der DDR 1953 aus *seiner* Perspektive hauptsächlich darauf, dass die SED durch den „sozialmotivierten Widerstand“ der Arbeiter im Juni 1953 zum ersten mal erkannt habe, dass in der Arbeiterschaft ein vernichtendes Gefahren-

---

<sup>334</sup> Vgl. Mrotzek, Fred: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte. Bd. 17), Hamburg 1996, 79.

<sup>335</sup> Vgl. hierzu insbesondere den Artikel von Arno Esch: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 5.

<sup>336</sup> Vgl. hierzu das Vorwort des Präsidenten des deutschen Hochschulverbandes, Dr. Hartmut Schiedermaier, in: Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte, Forum, Heft 67, März 1999, 7.

<sup>337</sup> Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR, Berlin 2003, 525.

<sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Mitter, Armin/ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Klassen und Schichten an der Schwelle zum Sozialismus, in: Dieselben (Hrsg.): Der Tag X. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54 Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 3], Berlin 1995, 35f.

potenzial für den Erhalt ihres politischen Regimes erwachsen könne.<sup>340</sup> Wenn die These zuträfe, dass die SED in dem politischen Widerstand, der sich in den nichtkommunistischen Blockparteien *vor 1953* formiert hat, *keine* maßgebliche *Bedrohung* hinsichtlich ihres Machterhalts gesehen hat, dann würde sich die Frage stellen, warum 1949 eine derartig weitgreifende “Säuberungsaktion” unter den politischen Liberal-Demokratischen Oppositionellen überhaupt durchgeführt wurde. Die Hypothese läge dann nahe, dass es im Herbst 1949 vor allem darum ging, Deutschland als antifaschistisches “Feindbild” darzustellen dass die Stalinistische Gewaltexpansion in Europa rechtfertigen sollte<sup>341</sup>. Gegen diese These ist einzuwenden, dass die Gerichtsverfahren gegen die politischen Gegner der SED streng vor der deutschen und der Weltöffentlichkeit geheim gehalten wurden.<sup>342</sup>

### **5.8 Stalinismus und Gesellschaft in der SBZ und in der frühen DDR**

Der DDR-Staat hat 1990 offiziell aufgehört zu existieren. Die Frage, ob Einheit und Freiheit unbedingt aufeinander zu beziehen seien, stellte sich 1990 angesichts der berechtigten allgemeinen Freude und Euphorie über ein “neu beginnendes Zeitalter”<sup>343</sup> nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur für die wiedervereinigte deutsche Gesellschaft überhaupt nicht. Heute, zwanzig Jahre danach, wird diese Frage angesichts einer angeblichen “neuen Mauer in den Köpfen”<sup>344</sup> in den Fokus öffentlicher und wissenschaftlicher Gesellschaftsanalysen gerückt<sup>345</sup>.

Es findet sich darin häufig die Grundannahme, dass sich die deutschen Bürger in West und Ost seit 1949 zu Mitgliedern unterschiedlicher politisch-ideologischer

---

<sup>340</sup> Mitter, Armin/ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Klassen und Schichten an der Schwelle zum Sozialismus, in: Dieselben (Hrsg.): Der Tag X. Die “Innere Staatsgründung” der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54 [Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 3], Berlin 1995, 57.

<sup>341</sup> Filitov, Aleksej: Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941 -1945, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 27.

<sup>342</sup> Hilger, Andreas: Strafjustiz im Verfolgungswahn. Todesurteile sowjetischer Gerichte in Deutschland, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 99f.

<sup>343</sup> Vgl. von Weizsäcker, Richard: Drei Mal Stunde Null? 1949. 1969. 1989. Deutschlands europäische Zukunft, Berlin 2003, 88.

<sup>344</sup> Vgl. Mangold, Ijoma: Seid stolz auf eure Vorurteile. Der Reichtum des vereinten Deutschland sind die Unterschiede zwischen West und Ost: Aus ihnen ist längst etwas Neues entstanden, in: Die Zeit, Nr. 29, 9. Juli 2009, 49.

<sup>345</sup> Vgl. Finger, Evelyn: Mehr Revolution wagen! Wenn schon Denkmal, dann für die friedlichen Revolutionäre. Doch der neue Wettbewerb zwingt leider wieder Einheit und Freiheit zusammen, in: Die Zeit, Nr. 29, 9. Juli 2009, 48.

Anpassungsgesellschaften hätten erziehen lassen<sup>346</sup>. Hinter dieser These verbirgt sich wie so oft der Hinweis auf das tradierte historisch-politische Denkmodell des “deutschen Sonderwegs”. Vor dem aktuellen Hintergrund der Angst vor dem Verlust der Akzeptanz der Demokratie in der deutschen Gesellschaft wird es herangezogen, um daran zu zeigen, dass sich diese Gesellschaft aufgrund der noch immer nicht überwundenen politischen Identitätsspaltung, die durch den Hitler-Faschismus und den “Antifaschismus” Stalins ideologisch zementiert worden sei<sup>347</sup>, niemals zu einer wirklich freien und einigen Gesellschaft werde entwickeln können:

“Ein heutiges Freiheitsdenkmal müsste konzedieren: Freiheit ist nicht Einheit. Denn Freiheit ist im Gegensatz zur Einheit ein Wert an sich.“<sup>348</sup>

Das wiedervereinigte Deutschland -also ein ideologisch gespaltener Staat ohne freie, homogene Gesellschaft? Diese aktuelle Frage fordert unumgänglich den geschichtlichen Rückbezug auf das Jahr 1949, das Jahr, in dem die Niederlage des Nationalsozialismus fünf Jahre zurücklag, die Stalinistische Diktatur im Osten Deutschlands auf dem Höhepunkt gewalttätiger Machtausübung angekommen und die Deutsche Demokratische Republik aus der Taufe gehoben wurde. Christoph Kleßmann hat die These vertreten, man könne die SED-Diktatur, im Vergleich mit der nationalen und internationalen Gewaltausübung des NS-Regimes, “zu Recht als ‘Fußnote der Weltgeschichte’ apostrophieren”.<sup>349</sup>

Die Gründung des Staates DDR war das *formale* Resultat der Zielsetzung Stalins, seinen eigenen diktatorischen Machtapparat in Ostdeutschland zu zementieren.<sup>350</sup>

Die SED war darin das “Rad”, durch das die deutsche Gesellschaft *praktisch* im Sinne der “antifaschistischen Demokratie” Stalins neu aufgebaut werden sollte.

Dafür spricht vor allem die belegte Kontinuität des Stalinistischen Ideologems der “feindlichen Einkreisung”<sup>351</sup>, das von der SED, als ideologischem Parteiwerkzeug

---

<sup>346</sup> Vgl. Steinbach, Peter: Im Schatten der Vergangenheit. Die Geschichte der Bundesrepublik, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 48. Jahrgang, Heft 189, 1. Quartal 2009, 90.

<sup>347</sup> Vgl. Finger, Evelyn: Mehr Revolution wagen! Wenn schon Denkmal, dann für die friedlichen Revolutionäre. Doch der neue Wettbewerb zwingt leider wieder Einheit und Freiheit zusammen, in: Die Zeit, Nr. 29, 9. Juli 2009, 48.

<sup>348</sup> Ebd.

<sup>349</sup> Kleßmann, Christoph: Überforscht? Verklärt? Vergessen? Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist der Umgang mit der DDR-Geschichte noch immer ein Streitthema, in: Die Zeit Geschichte. 1989. Die glückliche Revolution. Nr. 2, 2009, 86.

<sup>350</sup> Vgl. Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946 -1953, Paderborn/München/Wien/ Zürich 2000, 294.

<sup>351</sup> Vgl.: Das Jahr 1937 und die Gegenwart. Thesen von <Memorial>, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 285.

der Sowjetkommunisten, in Form der innerparteilichen “Säuberungen” zur Festigung der *ihr* übertragenen Macht kritiklos übernommen und praktiziert wurde<sup>352</sup>.

Dass der Fall der DDR 1989 auch zum Zusammenbruch “[...] des sozialistischen Weltsystems [...]” führte, belegt, dass die SED-Diktatur aufgrund ihrer Stalinistischen Geschichte nicht als “Fußnote der Weltgeschichte”<sup>353</sup> angesehen werden kann. In der Konsequenz der These von Evelyn Finger<sup>354</sup> stellt sich die Frage, ob die “friedliche Revolution” von 1989 überhaupt als Revolution bezeichnet werden kann.

Albert Camus hat in seinem politischen Essay über die Entwicklung und die Bekämpfung von Terror und Gewalt eine realistische Definition über die Ergebnisse von gesellschaftlichen Revolutionen gegeben:

“Im Idealfall ist die Revolution eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Systeme, um auf der Welt mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit herrschen zu lassen. In der Praxis ist es oft das unglückliche Zusammenspiel der historischen Ereignisse, das diese glückliche Veränderung herbeiführt.”<sup>355</sup>

Im Falle des Zusammenbruchs der DDR 1989 wird neben den durch Michael Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleiteten Reformen “Glasnost” und “Perestroika” vor allem auch der völlig desolate Zustand der sozialistisch geplanten Wirtschaft in der DDR genannt, welcher die letztendlich “geglückte Revolution” der unterdrückten Menschen in den achtziger Jahren in Gang gesetzt habe.<sup>356</sup> Ilko-Sascha Kowalczuk hat dementsprechend die Wende 1989 als eine “utopiefreie Revolution”<sup>357</sup> bezeichnet:

“Sie erstrebten nicht etwas prinzipiell Neues, sondern wollten offene Gesellschaften, wie sie in westlichen Demokratien bereits zu existieren schienen. Der Umbruch von 1989/90 war in dieser Perspektive eine utopiefreie Revolution.”<sup>358</sup>

Diesen Ansatz, den Ilko-Sascha Kowalczuk propagiert, wurde von ihm selbst 2001 als “nicht-dogmatisch”<sup>359</sup> bezeichnet. In der politischen DDR-Opposition der

---

<sup>352</sup> Vgl. Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946 -1953, Paderborn/ München/Wien/Zürich 2000, 294.

<sup>353</sup> Kleßmann, Christoph: Überforscht? Verklärt? Vergessen? Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist der Umgang mit der DDR-Geschichte noch immer ein Streitthema, in: Die Zeit Geschichte. 1989. Die geglückte Revolution. Nr. 2, 2009, 86.

<sup>354</sup> Vgl. Finger, Evelyn: Mehr Revolution wagen! Wenn schon Denkmal, dann für die friedlichen Revolutionäre. Doch der neue Wettbewerb zwingt leider wieder Einheit und Freiheit zusammen, in: Die Zeit, Nr. 29, 9. Juli 2009, 48.

<sup>355</sup> Camus, Albert: Weder Opfer noch Henker (Schriften des Libertären Forums Berlin 1), Berlin 1991, 31.

<sup>356</sup> Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Der lange Weg zur Freiheit, in: Zeit-Geschichte. Nr. 2/ 2009: 1989. Die geglückte Revolution, 18.

<sup>357</sup> Ebd., 28.

<sup>358</sup> Ebd.

achtziger Jahre habe eine “prinzipielle Staatskepsis”, vor allem auch gegenüber den westlichen Demokratien existiert. Daher habe man eine völlig neue freiheitliche Basisdemokratie aufbauen wollen<sup>360</sup>, um “[...] dem Staatsdogma undogmatische Grundprinzipien gegenüberzustellen.”<sup>361</sup> Es handelt sich indes um eine historisch sehr problematische Interpretation, da Ilko-Sascha Kowalczuk den Aspekt der “antifaschistischen” Dauerideologiesierung, begonnen 1945 durch die Stalinistische Machtübernahme in der SBZ, mit all seinen gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen übergeht, um seine These schärfen zu können, ein neuer dritter, von der bisherigen Geschichte Deutschlands völlig abgekoppelter, demokratischer Weg sei 1989 in einer reformierten, *neu geeinten* DDR-Gesellschaft eine mehr als denkbare Alternative gewesen<sup>362</sup>.

Dass Ilko-Sascha Kowalczuk daran festhält, die Gesellschaft und die Opposition in der späten DDR auf diese Weise gewissermaßen aus der deutschen Geschichte *herauszulösen*, schadet er seiner wissenschaftlichen Arbeit sehr, weil es zum einen dazu führt, dass Widerstand und Opposition in der DDR reduziert werden darauf, nicht mehr als eine innergesellschaftliche totalitäre Autonomiebewegung gegenüber einer äußerst reformunwilligen Staatsführung gewesen zu sein<sup>363</sup>. Ein differenzierender Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Entstehungsbedingungen des DDR-Staates legt jedoch die ganze Komplexität und Problematik der Untersuchung der “asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte<sup>364</sup>“ der ehemals geteilten beiden deutschen Staaten offen, die aufgrund der sehr engen Verwobenheit zwischen Hitler-Faschismus und Stalinistischem Antifaschismus eigentlich nie voneinander getrennt waren.

Folgt man dennoch dem methodischen Ansatz Ilko-Sascha Kowalczucs, erliegt man meiner Meinung nach genau derselben ideologischen Täuschung des “Antifaschismus”, die Stalin seit 1945 in der SBZ anwandte, um die deutsche Gesellschaft ideologisch gefügig zu machen und sie in “demokratische Antifaschisten” und “bürgerliche Faschisten” zu spalten. In der aktuellen Diskussion um den Zustand der

---

<sup>359</sup> Vgl. zum Begriff der “nicht-dogmatischen Opposition”: Kowalczuk, Ilko-Sascha: *Verschiedene Welten. Zum Verhältnis von Opposition und “SED-Reformern” in den achtziger Jahren*, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): *Macht-Ohnmacht-Gegenmacht*. Bremen 2001, 35f.

<sup>360</sup> Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: *Verschiedene Welten. Zum Verhältnis von Opposition und “SED-Reformern” in den achtziger Jahren*, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): *Macht-Ohnmacht-Gegenmacht*. Bremen 2001, 65.

<sup>361</sup> Ebd., 64.

<sup>362</sup> Ebd., 75.

<sup>363</sup> Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: *Der lange Weg zur Freiheit*, in: *Zeit-Geschichte*. Nr. 2/ 2009: 1989. Die geglückte Revolution, 28.

<sup>364</sup> Vgl. Wentker, Hermann: *Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945*, in: *APuZ*, 1-2/2005, 10ff.

deutschen Gesellschaft zeigt sich, dass das janusköpfige Dogma des Stalinistischen “Antifaschismus” seine gesellschaftsspaltende politische Wirkung selbst zwanzig Jahre nach dem Ende der von den Kommunisten “betreuten” sozialistischen DDR-Diktatur nicht verloren hat. Es wird, so scheint es, einfach nur, unter dem Vorwand, als Demokrat [in] kritisch für eine andere, angeblich *freierlichere* Demokratie streiten zu wollen<sup>365</sup>, modifiziert, um der sozialistischen zweiten deutschen Diktatur eine *spezielle*, wenn auch durch das SED-Regime willkürlich bestimmte<sup>366</sup>, rechtlich-demokratische Ordnung zusprechen zu können. Nur so sonst ist meines Erachtens Gesine Schwans These zu erklären, dass es unter dem diktatorischen SED-Unrechtsregime auch freie Rechtsspielräume gegeben habe, “[...] in denen es trotz des Damoklesschwert der SED-Willkür faktisch, wenn auch nie gesichert, auch rechtlich zugeht. In denen die Menschen sich um Rechtlichkeit bemühten.”<sup>367</sup>

War das diktatorische SED-Regime demnach also der notwendige politische <Mentor>, um in der Gesellschaft der DDR das freiheitlich-demokratische Bewusstsein so zu schulen, dass die Gesellschaft genau diesen politischen <Mentor> letztlich zu Fall bringen konnte? Dieses Forschungsproblem lässt die Notwendigkeit zu Tage treten, die Rolle, die Funktion und das Selbstverständnis der SED in der DDR genauer zu untersuchen. Als historisch gesichert kann einzig gelten, dass für die SED in jedem Zeitabschnitt ihrer politischen Machtausübung die Erhaltung ihrer Macht unbedingte Priorität hatte<sup>368</sup>.

### 5.8.1 Der Begriff “Einheit”

Einheit -dieser Begriff markiert offenbar wie ein Leitgedanke die gesamte deutsch-deutsche Geschichte, insbesondere in der Zeit von 1945 bis 1953.

Bei der Analyse des politischen Entwicklungsprozesses, der der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die am 21. und 22. April 1946 vollzogen wurde, vorausging, wird erkennbar, dass der Begriff der “Einheit” nur ein ideologisch-theoretischer Scheinbegriff war, in dessen *realem* Schatten aber vielfältige politische Konflikte *zwischen* den beiden linken Parteien

---

<sup>365</sup> Schwann, Gesine: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen “Unrechtsstaat” nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, 25. Juni 2009, 13.

<sup>366</sup> Ebd.

<sup>367</sup> Ebd.

<sup>368</sup> Vgl. Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998, 343.

ausgetragen wurden.<sup>369</sup> Sie führten auch nach der Vereinigung beider Parteien *innerhalb* der SED weiter zu Spannungen und damit auch zur politischen Angreifbarkeit der führenden deutschen “Einheitspartei”.<sup>370</sup> Es ist daher sinnvoll, den Begriff der “Einheit”, wie er im Sinne der kommunistischen Ideologie ausgelegt wurde, zu erklären.

Bei der Analyse des politischen Selbstverständnisses der SED wird deutlich, dass die Partei bis zum Ende der DDR eine schizophrene Beziehung zur deutschen Geschichte, zur Demokratie und somit auch zur möglichen Einheit der beiden deutschen Staaten hatte. Es ist daher notwendig, zunächst das historische Verständnis, in das die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich selbst stellte, näher zu erklären. Die SED verstand sich selbst als “[...] die Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes (Programm der SED, S. 5).”<sup>371</sup> Bei einer näheren Untersuchung der Aufgabenstellung, die der SED zukam<sup>372</sup>, ergeben sich einige Fragen, die im engen Zusammenhang mit der machtpolitischen Ausrichtung Stalins stehen.

Der SED sollte *theoretisch* im Konzept der sozialistischen Demokratie, die in der Sowjetischen Zone errichtet werden sollte, die Funktion eines Führungs- und Beschlussorgans zukommen, welches in Form einer “[...] geschlossenen, kampfgeprägten marxistisch-leninistischen Partei [...]”<sup>373</sup> die Einheit der führenden Arbeiterklasse mit allen anderen Schichten der Gesellschaft “[...] auf revolutionärer Grundlage [...]”<sup>374</sup> zu katalysieren hatte. In der *Realität* sah sich die SED jedoch zum einen einer Gesellschaft gegenüber, die insgesamt sich zerrüttet war<sup>375</sup> und keine nationale Zielsetzung hatte<sup>376</sup>, wie der Liberal-Demokratische Zeitzeuge Arno Esch in seiner Veröffentlichung “Nationalität und Weltanschauung” festgestellt hat. Zum anderen war die SED der ausführende “Arm” eines Machtapparates, dessen Führer

---

<sup>369</sup> Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946 -1953, Paderborn/ München/Wien/ Zürich 2000, 163ff.

<sup>370</sup> Vgl. ebd., 216f.

<sup>371</sup> Vgl. hierzu: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7.vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 879.

<sup>372</sup> Vgl. dazu insbesondere die Einträge zu den Begriffen “Massenpropaganda” und “Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ in: ebd., 611f und 878f.

<sup>373</sup> Vgl. hierzu: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7.vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 879.

<sup>374</sup> Ebd.

<sup>375</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkungen zur geistigen gen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/ Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 186.

<sup>376</sup> Ebd., 170.

kein Interesse an der freiheitlich-demokratischen Bildung und Einigung der Gesellschaft hatte<sup>377</sup>, sondern deren Zersetzung erstrebte.

Das Dilemma der SED bestand also darin, als radikal-sozialer organischer “Arm” des Stalinistischen autoritären Machtapparates die Gesellschaft politisch “demokratisieren” zu müssen. Bis 1949 gelang es der Partei aber lediglich, mit gewalttätiger Unterstützung der SMAD, ihre *äußere* politische Macht durch die Brechung der politischen “Eigenständigkeit”<sup>378</sup> der nichtkommunistischen Parteien zu festigen, wobei im Fokus dieses Machtkampfes 1949 insbesondere die ostdeutschen Liberal-Demokraten standen<sup>379</sup>. Der *innere* politische Widerstand gegen die ideologische, politische und militärische Unterdrückung der Freiheit in Ostdeutschland nahm jedoch, vor allem nach dem sogenannten “Eisenacher Parteitag” der Liberal-Demokraten, weiter zu<sup>380</sup>, obgleich die SED den Kampf gegen die oppositionellen Liberal-Demokraten offenbar bereits für gewonnen hielt, wie die liberale Zeitung “Die Welt” im Februar 1949 vermutete:

“Die SED, die in den vergangenen Tagen der Wortführer aller Aktionen gegen die “reaktionären Elemente” der Ost-LDP war, hat nunmehr, sichtlich befriedigt über ihren Erfolg, ihren Kampfruf abgeblasen.”<sup>381</sup>

## **5.9 Die Widersprüchlichkeit der Politik der SED im Vergleich zur LDP**

Die Liberal -Demokratische Partei in Mecklenburg wurde am vierten Februar 1946 als Teil des Zonenverbandes der Liberaldemokraten ins Leben gerufen.<sup>382</sup> Am Beispiel des politischen Verhältnisses zwischen der SED und der LDP in Mecklenburg wird die politische Widersprüchlichkeit des politischen Systems der SED, wie es in der SBZ funktionierte, deutlich. Einerseits versuchte die SED die

---

<sup>377</sup> Pravda vom 10. 01. 1953, in: I. V. Stalin, Socinenija, Band 13, Moskau 1951, 211, zit. nach: Petrov, Nikita: Die Todesstrafe in der UdSSR Ideologie, Methoden. Praxis. 1917 -1953, in: Hilger, Andreas (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 43.

<sup>378</sup> Vgl. hierzu den Artikel “Gang nach Eisenach” vom 22.02.49 in “Die Welt”, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 31.

<sup>379</sup> Ebd.

<sup>380</sup> Vgl. Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP, in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten -VERS), Rostock 1997, 43.

<sup>381</sup> Vgl. hierzu den Artikel “Gang nach Eisenach” vom 22.02.49 in “Die Welt”, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 31.

<sup>382</sup> Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP, in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz : “Mein Vaterland ist die die Freiheit ”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Auflage, Rostock 1997, 31.

politische Entwicklung der Partei von Beginn an ideologisch in ihrem Sinne zu lenken. Als einschlägiges Beispiel hierfür gilt in der Forschung die Absetzung des ersten Vorsitzenden des Zonenverbandes der LDP, Waldemar Koch, die von der SED noch vor der Gründung des mecklenburgischen LDP-Landesverbandes erzwungen wurde, weil Waldemar Koch die von der KPD im Sommer 1945 geforderte die von der KPD im Sommer 1945 geforderte “demokratische Bodenreform” auf keinen Fall mittragen wollte.<sup>383</sup> Andererseits besetzte die SMAD gerade das für die ideologische Umgestaltung in der SBZ zentrale Ressort des Justizwesens mit Vertretern der bürgerlichen Parteien wie etwa Herrmann Kastner oder Paul Friedrich Scheffer von der LDP.

### **5.9.1 Die Bedeutung des Eisenacher Parteitages der LDP 1949**

Der Parteitag der LDP Deutschlands, der vom 26. bis 28. Februar in Eisenach abgehalten wurde, wird häufig von der historischen Forschung als endgültiger Sieg der SMAD und der SED gegen den “reaktionären Flügel”<sup>384</sup> der Liberaldemokraten in der SBZ eingeschätzt.<sup>385</sup> Grundlage für diese Einschätzung ist die Fokussierung der Historiker auf die Untersuchung der Konsequenzen der gewaltsamen Repressionen, die insbesondere in den Monaten vor dem Eisenacher Parteitag von der SMAD und der SED gegen nicht ideologiekonforme Mitglieder der LDP verübt wurden.<sup>386</sup> Eine Analyse von Artikeln, die vor und während des Parteitages in der LDP nahe stehenden Zeitungen erschienen, eröffnet eine wesentlich differenzierte Sicht auf die politischen Verhältnisse, die in der SBZ einige Monate vor Gründung der DDR entwickelten. So finden sich in der nichtkommunistischen Zeitung “Die Welt” in dem Artikel “Gang nach Eisenach”<sup>387</sup> neben der Beschreibung der “Kampfaktion” der SED gegen die liberalen “Reaktionäre” auch einige deutliche Hinweise darauf, dass sich die Einheitspartei hinsichtlich der Auseinandersetzung mit den mutmaßlichen politischen “Feinden” in der LDP *gleichzeitig* in einer politischen Krise befand.

---

<sup>383</sup> Buschfort, Wolfgang: Parteien im kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000, 13.

<sup>384</sup> Vgl. hierzu den Artikel “Selbstauflösung der Ost-LDP? “aus dem “Telegraf”, vom 20.02.1949, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 32.

<sup>385</sup> Bode, Bernard: Liberal-Demokraten und die “deutsche Frage” (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften), Frankfurt/M. 1997, 124.

<sup>386</sup> Vgl. hierzu den Artikel “Gang nach Eisenach”, aus der Zeitung “Die Welt”, vom 22.02.49, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 31.

<sup>387</sup> Ebd.

Hatte die Partei es in der Anfangszeit ihrer politischen Führung versäumt, vor allem die Jugend, deren sozialer Hintergrund allgemein noch unvermeidlich geprägt war durch die Erfahrungen der Hitler-Diktatur, in den Prozess eines politischen und sozialen Neuanfangs in der SBZ zu integrieren und so eine neue freiheitlich-pluralistische Basis für die Gesellschaft zu schaffen,<sup>388</sup> versuchte sie 1949, mit drastischen Gewaltmaßnahmen ihre politisch-ideologischen Ansprüche durchzusetzen. Diese Partei, die von der Gesellschaft, die sie willkürlich anführte, forderte, sich bedingungslos unterzuordnen und jede Beziehung ihrer “Helfer” und zu dieser Gesellschaft, aus “Sicherheitsgründen” verhinderte und auslöschte,<sup>389</sup> musste um ihren politischen Einfluss fürchten, wenn sie Bestrebungen nach einem anderen, autonomeren Gesellschaftsmodell nicht immer wieder im Keim zu ersticken versuchte.

Die Ursache dieser politischen Krise ist also hauptsächlich darin zu sehen, dass die sowjetisch-deutsche Führung in der SBZ keine hinreichende Antwort auf die Frage zu geben bereit war, in welcher Weise ihre neue Regierungsform tatsächlich zu wirtschaftlicher und politischer Freiheit führen würde. Den “Keim des Untergangs”<sup>390</sup> trug das SED-Regime also auch bereits deshalb früh in sich, weil Regime und Gesellschaft über keine gemeinsame nationale oder ideologische Kommunikationsbasis verfügten. 1989 sollte dieser beständige Makel, der auch zur politischen Apathie in Teile der Gesellschaft führte, mit zum Niedergang der DDR beitragen<sup>391</sup>.

Die stalinistische Führung in Deutschland konnte einerseits zwar aus dem Triumph des Sieges politische Stärke schöpfen und *äußerlich* die politische Ebene in ihrer Besatzungszone von nicht *ideologiekonformen* Politikern “reinigen”<sup>392</sup> Aber sie war *andererseits* nicht in der Lage, tatsächlich ein funktionierendes politisches Modell ideologisch *innerhalb* der Gesellschaft sofort und auf längere Sicht zu verankern, ohne auf die Mitarbeit der anderen, nichtkommunistischen politischen Vertreter dieser Gesellschaft verzichten zu können. Die Schwierigkeit für die politische Führung in der SBZ und in der frühen DDR zeigte sich also darin, dass sie die

---

<sup>388</sup> Bericht der SED-Jugend des Studentenausschusses der Universität Rostock vom 19.12. 1946, LHAS, 10. 34-1, 501, Bl. 2.

<sup>389</sup> Ammer, Thomas/Memmler, Hans-Joachim (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, 156f.

<sup>390</sup> Vgl. Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert (Hrsg.): Die verdrängte Revolution, Bremen 2004, 87.

<sup>391</sup> Vgl. McFalls, Laurence: Alltag und Revolution. Vom Wertewandel zum Systemwandel, in: Lindner, Bernd (Hrsg.). Zum Herbst '89. Demokratische Bewegung in der DDR, Leipzig 1994, 149ff.

<sup>392</sup> Vgl. hierzu den Artikel “Gang nach Eisenach“, aus der Zeitung “Die Welt”, vom 22.02.49, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 31.

politischen Gegner sowohl mit Gewalt bekämpfen als auch ideologisch-argumentativ “überzeugen” musste, damit die machtpolitischen Netze in den wichtigen gesellschaftlichen Institutionen auf allen Ebenen gesponnen werden konnten. In einem Bericht der leitenden Funktionäre der Betriebsgruppe der Uni Rostock zur Entwicklung einer Nationalen Front an der Hochschule wird dies sehr deutlich:

“Es ist notwendig, die Gegner unserer Wirtschaftspolitik, der DWK-Verordnung und der nationalen Front zu erkennen und ihre falschen Argumentationen durch Beweise zu widerlegen. An Hand der begangenen Fehler ist aufzudecken, welche Wurzeln diese Fehler haben. [...]. Es kommt darauf an, in das Wesen einzudringen, dann werden in Zukunft keine derartigen Fehler mehr auftreten können.”<sup>393</sup>

### **5.9.2 Die Funktion der SED im kommunistischen Machtgefüge**

Hinsichtlich der Bedeutung der SED für den Prozess der politischen Umstrukturierung des Bildungswesens in der sowjetisch besetzten Zone herrscht in der Forschung insofern Übereinstimmung, als die Partei als deutscher Wegbereiter kommunistischen Strebens nach ideologischer Expansion Europa angesehen wird.<sup>394</sup>

Andreas Hilger weist jedoch am Beispiel der Strafverfolgung durch die SMAD in Ostdeutschland auch darauf hin, dass die SED, als führende Partei des sowjetischen Lagers<sup>395</sup> in der SBZ, trotzdem von allen politisch aufbegehrenden Kräften als die innenpolitisch hauptverantwortliche Kraft angesehen wurde, die es zu kritisieren galt:

“Dieser bewusste Widerstand richtete sich direkt gegen die SED, auch dann, wenn man ihre Politik als Umsetzung deutschlandpolitischer Wünsche der Besatzungsmacht ansah.”<sup>396</sup>

Dies deutet auf eine ambivalente Position hin, welche die SED in der der SBZ gegenüber der kommunistischen Führung in Moskau und der deutschen Bevölkerung in der SBZ eingenommen hat.

Betrachtet man die Entwicklung der SED seit dem Ende des Jahres 1947, so fällt auf, dass sie gekennzeichnet ist durch zwei ganz unterschiedliche politische Rollen. Die SED wurde in der sowjetisch besetzten Zone nicht nur wahrgenommen als eine

---

<sup>393</sup> Vgl. hierzu LHAS, 10. 34-1, 501, Bl. 60.

<sup>394</sup> Siehe hierzu u.a. Nikita Petrov: SMAD, deutsche Selbstverwaltung und Sowjetisierung Ostdeutschlands, in: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 -1955, Bremen, 2006, 365

<sup>395</sup> Hilger, Andreas: Strafjustiz im Verfolgungswahn. Todesurteile sowjetischer Gerichte in Deutschland, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 135.

<sup>396</sup> Ebd., 145ff.

politische Kraft, deren Vertretern man wenigstens bis Ende 1947 noch in einer kontroversen politischen Auseinandersetzung gegenüber treten konnte.<sup>397</sup> Parallel hierzu unterlag die Partei selbst seit 1946 einem politischen Umgestaltungsprozess, an dessen Ende sie nach dem Willen Stalins als eine sozialistische Kaderpartei funktionieren sollte.<sup>398</sup>

Der Hypothese Karl Wilhelm Fricke, die SMAD habe seit 1945 eine gesellschaftliche und staatliche Revolution vorbereitet<sup>399</sup>, ist somit entgegenzuhalten, dass zwei grundlegende Voraussetzungen für eine "Revolution von oben", die innere und äußere Geschlossenheit der ausführenden Staatspartei und die ideologische Gleichschaltung der politischen Gegner, noch nicht gegeben waren. Der russische Historiker Nikita Petrov hat zudem eine Quelle aufgefunden, aus der Stalins Absicht hervorgeht, den bürgerlichen "Feinden" gegenüber jeglichen ideologischen Allmachtsanspruch verbergen zu wollen.<sup>400</sup> Der SED sollte hierbei offensichtlich die Funktion des "demokratischen "Strohmanns" zukommen:

"Im Dezember 1948 belehrte Stalin die deutschen Parteiführer: "Die SED sollte besser ihre Eigenständigkeit gegenüber Moskau betonen," da, "man den Feinden keine neuen Argumente geben sollte [...]"<sup>401</sup>

Fürchtete Josef Stalin also, dem bürgerlichen gegnerischen Lager die Argumente für einen politischen Umsturz in die Hände zu spielen? Wenn dem so war, so liegt die Vermutung nahe, dass er den Aktivitäten der bürgerlichen politischen Gegnerschaft in der SBZ und in der frühen DDR eine weit höhere machtpolitische Bedeutung beigemessen hat, als von der Forschung heute angenommen wird.

### **5.9.3 Das innenpolitische Verhältnis zwischen der SED und der liberalen politischen Gegnerschaft**

Ein Hauptproblem für die historische Einordnung der Gegnerschaft liberaler Studenten an den Hochschulen besteht darin, dass die Frage nach dem innenpolitischen Verhältnis der liberalen Studenten zur sowjetischen Besatzungsmacht

---

<sup>397</sup> Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP, in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: "Mein Vaterland ist die Freiheit". Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Aufl., Rostock 1997, 39.

<sup>398</sup> Vgl. RGASPI (Russisches Staatliches Archiv für sozialpolitische Geschichte), f. 558, op. 11, d. 104, 1.77, zit. nach: Nikita Petrov: SMAD, deutsche Selbstverwaltung und Sowjetisierung Ostdeutschlands, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 365.

<sup>399</sup> Fricke, Karl Wilhelm: "Mit Hilfe reformistischer Kräfte..."? Opposition und Widerstand in der SBZ/ DDR 1945 -1960 zwischen Aufbegehren und Massenflucht, in: Lindner, Bernd (Hrsg.): Zum Herbst ` 89. Demokratische Bewegung in der DDR, Leipzig 1994, 11.

<sup>400</sup> Vgl. RGASPI (Russisches Staatliches Archiv für sozialpolitische Geschichte), f. 558, op. 11, d. 104, 1.77, zit. nach: Nikita Petrov: SMAD, deutsche Selbstverwaltung und Sowjetisierung Ostdeutschlands, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 365.

<sup>401</sup> Ebd.

und zur SED bisher nicht eingehend hinterfragt worden ist. Ein Grund hierfür ist sicherlich darin zu sehen, dass die “Sowjetisierung” bisher immer verstanden wurde als das Produkt der pseudodemokratischen Konsenspolitik der SMAD, zu deren Gelingen die bürgerlichen Blockparteien CDU und LDP wegen ihrer “[...] mangelnden Erfahrungen mit der Demokratie [...]”<sup>402</sup> seit 1945 ihren Beitrag geleistet hätten. Der Antrieb zum politischen Engagement vieler bürgerlich orientierter Studenten und Schüler entzündete sich aber gerade durch die persönliche Auseinandersetzung mit den schwerwiegenden Konsequenzen, welche die totalitäre Diktatur des Hitler-Regimes ihnen und der Welt aufgebürdet und hinterlassen hatte.<sup>403</sup> So begründet Friedrich-Franz Wiese in seiner Gedenkrede zum 55. Jahrestag der Hinrichtung Arno Eschs, Heinrich Puchsteins und Gerhard Blankenburgs durch die Sowjets in Moskau ihre politischen Intentionen folgendermaßen:

“Die von ihrem Vaterland verratene junge Generation der Nachkriegszeit hatte eine große Sehnsucht nach Freiheit, und zunächst schien es auch so, als würde in der sowjetischen Besatzungszone eine gewisse Freiheit einkehren.”<sup>404</sup>

Die Chancen für die Schaffung von politischen Rahmenbedingungen zur Errichtung einer freiheitlich-pazifistischen Demokratie schienen den bürgerlichen Studenten und Akademikern an den Universitäten gegeben aufgrund dessen, dass das demokratische Mehrheitsprinzip, anders als im Antifaschistisch-Demokratischen Block<sup>405</sup>, von der Besatzungsmacht wenigstens formal bis zum Herbst des Jahres 1948 nicht aufgegeben wurde<sup>406</sup>. Im Herbst 1948 folgte dann die erste repressive Zäsur in der politischen Entwicklung der SBZ, indem die regelmäßige Folge der Legislaturperioden, die für die bisher frei wählbaren Landesparlamente und Gemeindevertretungen Geltung gehabt hatte, abgeschafft und so eine politische Auswahl zwischen mehreren Parteien faktisch unmöglich gemacht wurde<sup>407</sup>.

Der unabdingbare Ausgangspunkt dieser akademischen Arbeit liegt somit in der Untersuchung der Frage, in welcher ideologisch-politischen Beziehung insbesondere

---

<sup>402</sup> Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 -1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 346), 2. erweiterte und korrigierte Auflage, Berlin 2000, 44.

<sup>403</sup> Vgl. Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, München 1997, 49f.

<sup>404</sup> Vgl. hierzu in der Anlage: Wiese, Friedrich-Franz: Gedenkrede zum 24.07. 06, 1.

<sup>405</sup> Vgl.: Grundsätze des demokratischen Blocks vom 19. August 1949. In: Tägliche Rundschau vom 20. August 1949, abgedruckt in: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnissen, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1998, 62.

<sup>406</sup> Wiese, Friedrich-Franz: Die NDP, Arno Esch und wir, in: Köpke/Wiese Mein “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Auflage, Rostock 1997, 76f.

<sup>407</sup> Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP, in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Aufl., Rostock 1997, 39.

die bürgerlichen Studenten zur Sowjetischen Militäradministration damit auch zur SED, im Zeitraum von 1945 bis 1948 gestanden haben.

## **6. Die politischen Voraussetzungen für die Umstrukturierung der Universität Rostock**

Bei vielen Studenten und Schülern im Osten rief die innenpolitisch noch weitgehend unpräjudizierte Ausgangslage in Deutschland 1945 das Bedürfnis hervor, auf politisch legalem Wege an der Entwicklung neuer freiheitlicher Gesellschaftsstrukturen in der sowjetischen Zone mitzuwirken.

Unter den politischen Voraussetzungen, die durch die SMAD seit 1945 an den Universitäten geschaffen wurden, politisch legal zu handeln, hieß, die politische Kontrolle durch die SED akzeptieren zu müssen. Am Beispiel des Aufbaus der am 3. 12. 1946 an der Universität in Rostock von der SED ins Leben gerufenen Betriebsgruppe Universität<sup>408</sup> wird der Anspruch der Partei, über den Kurs der ideologischen und politischen Umstrukturierung der Hochschule zu bestimmen, sehr als deutlich:

“Sie [die Betriebsgruppe] erfasst an der Universität 6 Fakultäten, den Vorstudienkursus und die Musikhochschule sowie die Angestellten und Dozenten der Universität. Es wurden weiterhin angegliedert, sämtliche zum Universitätsblock gehörenden Institute und Kliniken.[...]”<sup>409</sup>

Die SED strebte aber zunächst weder einen politischen Umsturz an der Universität an<sup>410</sup> noch wollte sie dort offenbar zu diesem Zeitpunkt die “[...] alleinige Entscheidungskompetenz [...]” haben.<sup>411</sup> Für diese Annahme spricht, dass in dem vorliegenden Schreiben an die für Kultur und Erziehung zuständige Abteilung des SED-Landesvorstandes in Schwerin die Betriebsgruppe Universität “[...] als selbstständige Ortsgruppe [...]”<sup>412</sup> des SED-Vorstandes des Kreises Rostock bezeichnet wird. Dies deutet auf die Priorität hin, welche die Partei der Delegation ideologischer Führungsaufgaben eingeräumt hat:

---

<sup>408</sup> Vgl. hierzu das Schreiben des SED-Kreisverbandes Rostock, Abt.: Kultur und Erziehung, an den Landesvorstand der SED, Abt. Kultur und Erziehung, in Schwerin vom 19.12.1946, LHAS, 10.34 -1, SED-Landesleitung Mecklenburg, Nr. 501, Bl. II.

<sup>409</sup> Ebd.

<sup>410</sup> Kowalczyk, Ilko, Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945 - 1961, Berlin 2003, 231.

<sup>411</sup> Ebd.

<sup>412</sup> Schreiben des SED-Kreisverbandes Rostock, Abt.: Kultur und Erziehung, an den Landesvorstand der SED, Abt. Kultur und Erziehung, in Schwerin vom 19.12.1946, LHAS, 10.34 -1, SED-Landesleitung Mecklenburg, Nr. 501, Bl. II.

“Nur so sind wir in der Lage, eine wirksame politische Bearbeitung und Kontrolle der Universität vorzunehmen.”<sup>413</sup>

Der Prozess der Umstrukturierung der Universität Rostock folgte also ein Jahr nach Ende des Krieges weder dem Prinzip einer totalitären <Verkörperung> der Bildungsinstitution<sup>414</sup> noch der Prämisse der Überparteilichkeit. Dieses Faktum gibt zunächst nicht Anlass zu der Frage, welches politische Ziel die SED 1946 an der Hochschule verfolgte, sondern es rückt zuallererst die Frage nach der Rolle der Partei innerhalb des von Stalin geführten radikal-kommunistischen Systems ins Zentrum.

### **6.1 Der Begriff der “Machtergreifung”**

Ehrhart Neubert benutzt den Begriff “Machtergreifung”<sup>415</sup> für die Übernahme der Kontrolle im Osten Deutschlands durch die Sowjets 1945 und stellt damit eine deutliche Parallele zur Machtübernahme Adolf Hitlers 1933 her. Bei diesem methodischen Ansatz berücksichtigt er jedoch nicht, dass das Jahr 1945 aus politisch-ideologischer Sicht für die Sowjetunion tatsächlich eine “Stunde Null” markierte. Die Führung in der SBZ fiel den Sowjets 1945 aufgrund der Einigung der vier Besatzungsmächte auf die völlige ideologische Säuberung und strukturelle Neuordnung des nach dem Sieg über die Hitler-Diktatur zusammengebrochenen deutschen Staatswesens zu, die noch vor 1945 auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam erzielt worden war.<sup>416</sup> Stalin konnte also nicht, wie Adolf Hitler vor 1933, auf bereits vorhandene demokratische Verfassungsstrukturen,<sup>417</sup> zugreifen, um auf diesem Weg schneller eine monokratisch-politische Entwicklung, die auf die Errichtung einer Diktatur zielte, einzuleiten.

Die Hypothese, eine grundlegende Parallele zwischen der Übernahme der Macht durch die NSDAP 1933 und der Machtübernahme der Kommunisten 1945 in der SBZ sei aufgrund der Tatsache zu ziehen, dass beide Regime von Anfang an die “[...] Zerstörung der parlamentarischen Demokratie und eines rechtsstaatlichen Systems

---

<sup>413</sup> Ebd.

<sup>414</sup> Vgl. Lefort, Claude: Fortdauer des Theologisch-Politischen? Wien 1999, 62.

<sup>415</sup> Neubert, Erhart: Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt, in: Derselbe/ be/Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001, 371.

<sup>416</sup> Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945 1948 (Studien zur Zeitgeschichte, Band 56), München 1999, 1ff.

<sup>417</sup> Bracher, Karl Dietrich: Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1993, 211.

[...] <sup>418</sup> angestrebt hätten, ist meines Erachtens schon aufgrund der unterschiedlichen historisch-politischen Rahmenbedingungen, von denen beide Regime jeweils profitiert haben, nicht zu vertreten. Das spezifische Charakteristikum der Politik der Sowjets in der SBZ und in der frühen DDR bestand vielmehr darin, mit Hilfe der Propagierung eines ideologisch verzerrten doppeldeutigen Dogma des “Antifaschismus” eine tatsächliche Demokratisierung der Gesellschaft verhindern zu wollen. So wurde die deutsche Bevölkerung zwar aktiv am Neuaufbau der sozialen *äußeren* Strukturen in der ostdeutschen Zone beteiligt. <sup>419</sup> Die wesentliche *innere* “Säuberung”, die Entnazifizierung, wurde jedoch seit Juli 1945 ausschließlich von der SMAD und den Verantwortlichen in den Landesverwaltungen durchgeführt, wobei in der Mehrheit Kommunisten deren Führung übernommen hatten. <sup>420</sup> Stalins Strategie bestand somit 1945 zunächst darin, den deutschen Gesellschaftschorus in der SBZ auch weiter, wenn auch unter kommunistischer Kontrolle, anfällig für die Ideologie des nationalsozialistischen Faschismus zu halten. Die ideologisch-rechtliche Grundstruktur der seit dem Ende des Krieges eingeleiteten Phase der “antifaschistisch-demokratischen Ordnung” in der SBZ wurde also gebildet durch die kontrollierte politische Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Macht- und Propagandaprinzips des Antidemokratismus, welcher die Geisteshaltung vieler Deutscher erfasst beziehungsweise die politischen Strukturen in Deutschland seit 1933 fast gänzlich durchdrungen hatte.

Die Machtpolitik Stalins in der SBZ war keineswegs mehr geprägt von der historisch bedingten *politischen* Konkurrenz des Kommunismus zum Liberalismus, die sich nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der negativen sozialpolitischen Auswirkungen des Kapitalismus positiv für die Ideologie der Kommunisten entwickelt hatte <sup>421</sup>. Gerade der *Sieg* über den Nationalsozialismus schien Stalin den Weg zu eröffnen, die von ihm bereits in der Sowjetunion unternommenen Anstrengungen, einen

---

<sup>418</sup> Schmeitzner, Mike/ Wagner, Andreas: Zweierlei <Machtergreifung>. Der diktatorische Zugriff von NSDAP und KPD/SED auf die sächsische Verwaltung, in: Heydemann, Günther/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Diktaturen in Deutschland -Vergleichsaspekte (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 398), Bonn 2003, 56.

<sup>419</sup> Ebd., 22.

<sup>420</sup> Vollnhals, Clemens: Internierung, Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen, in: Hilger/ Schmeitzner/ Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich(Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 32), Göttingen 2006, 230.

<sup>421</sup> Köhler, Wolfgang: Die Mission des Liberalismus, in: Die Zeit, Nr. 33, vom 7. August 2008, 74.

politisch und gesellschaftlich völlig geschlossenen deutschen Staatsapparat durchzusetzen<sup>422</sup>, endgültig in die Tat umzusetzen.

Die Methode der ideologischen Selbsttäuschung der Gesellschaft durch das Dogma des kommunistischen Antifaschismus schien Stalin für die Gesellschaft in der SBZ aufgrund der politischen Orientierungslosigkeit und Dishomogenität<sup>423</sup>, die der Zusammenbruch des Nationalsozialismus hinterlassen hatte, geeignet, vor allem den gesellschaftlichen Kern in der SBZ langsam ganz absterben zu lassen. Die Liberal-Demokratische politische Opposition deckte diesen Missbrauch der gesellschaftlichen Ohnmacht für die Öffentlichkeit auf und wurde gerade deshalb zum Hauptfeind für Stalin, weil ihre Vertreter gewaltlos und nur mit Hilfe ihrer politischen Argumente überzeugen wollten.<sup>424</sup> Sie strafte damit das traditionelle stalinistisch-ideologische Kampfmotiv vom allgegenwärtigen imperialistischen bürgerlich-faschistischen Feind<sup>425</sup> Lügen und entzogen so der ideologischen Machtgrundlage Stalins in der SBZ den Boden.

Wenn man also den Begriff "Machtergreifung" im Zusammenhang mit der Übernahme der Macht Stalins in der SBZ zu verwendet<sup>426</sup>, entstellt man zum einen völlig den tieferen historischen Zusammenhang, aus dem der Stalinismus in der SBZ und in der späteren DDR seine Wirkungsmächtigkeit bezogen hat.

Zum anderen Konsequenz erliegt man damit erneut der Zielsetzung Stalins, die in der ideologischen Täuschung und Spaltung der Gesellschaft und in der Verdeckung seines wirklichen Ziels, dem Erreichen einer absoluten willkürlichen Machtausübung, bestand.

## **6.2 Die Prämissen Stalinistischer Machtausübung in der SBZ**

Die Analyse der Bedeutung des politischen Apparats in der SBZ und in der frühen DDR bis 1953 stellt für die historische Forschung vor allem deshalb ein Problem dar, weil die Kernfrage nach den *politischen Zielen*, die Stalin in Ostdeutschland bis 1953

---

<sup>422</sup> Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 24.

<sup>423</sup> Vgl. Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/ Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 186.

<sup>424</sup> Wiese, Friedrich-Franz: Arno Esch 1928 -1951, in "liberal", Heft 1/1990, 91.

<sup>425</sup> Werth, Nicolas: Der Stellenwert des "Großen Terrors" innerhalb der stalinistischen Repressionen. Versuch einer Bilanz, in: Weber, Hermann/ Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 269.

<sup>426</sup> Neubert, Erhart: Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt, in: Derselbe/ Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001, 371.

verfolgte, bisher nicht eindeutig geklärt werden konnte. Einige Autoren, so fällt bei der Auswertung der neuen Forschungsliteratur zu dieser komplexen Themenstellung auf, verwenden durchgehend den Begriff des “Systems”, um die Form der Machtausübung Stalins klarer erfassen zu können.<sup>427</sup> Sie lassen dabei jedoch außer Acht, dass mit dem Begriff des “Systems” im Allgemeinen immer eine gewisse Ordnung verbunden wird, die auf bestimmten politischen, sozialen und rechtlichen Konstanten aufbaut.

Für die Prämissen der Machtausübung Stalins in der SBZ und in der frühen DDR lassen sich jedoch bei eingehenderer Analyse folgende, heterogene Fakten als prägend erkennen:

- es existierte in der SBZ und in der frühen DDR keine zuverlässige und geordnete Rechtsprechung;
- es gab keine eindeutig demokratisch-pluralistische Regierungsführung sondern es dominierte eine Mischform aus zentralistisch und oligarchisch aufgebauten Führungsstrukturen;
- Die Zielsetzung Stalins war es, die ständige Kontrolle über eine besiegte und niedergeschlagene deutsche Gesellschaft auszuüben; deshalb durfte sich die deutsche Gesellschaft nach seiner Auffassung nie wieder sozial und geistig erneuern und festigen.

Die Ausbildung autoritärer oder totalitärer Herrschaftsstrukturen wurzelt also *nicht* ausschließlich darin, dass Einzelne oder Wenige über die Fähigkeit und die Mittel verfügen, Bevölkerungsmassen politisch völlig ideologisch zu infiltrieren und gleichzuschalten.<sup>428</sup> Am Beispiel des Stalinismus in Ostdeutschland wird ersichtlich, dass die gewaltsame Zerstörung ideologischer und sozialer Kommunikationsstrukturen, sowohl auf politischer Parteebene<sup>429</sup> als auch auf der Ebene des Rechts und auf gesellschaftlicher Ebene ebenso ein grundlegendes Instrument zum Aufbau totalitärer Machtapparate ist wie die politisch-ideologische Systemlosigkeit. Aus der Radikalisierung des Marxismus-Leninismus erwuchs der Machtapparat

---

<sup>427</sup> Siehe hierzu Hilger/ Schmeizner/ Vollnhalt (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 -1955, Göttingen 2006, 13; Bonwetsch, Bernd: Der Stalinismus in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, in: Weber/ Mählert (Hrsg.). Verbrechen im Namen der Idee, Berlin 2007, 43ff.

<sup>428</sup> Lieber, Hans-Joachim: Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: Derselbe(Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 883ff.

<sup>429</sup> Vgl. hierzu die Kritik Arno Eschs am Opportunismus seiner Partei, der seiner Meinung nach mit ein Grund für die Ausbildung der totalitären Diktatur in Ostdeutschland gewesen ist: Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, Universitätsbibliothek Rostock.

Stalins, den er nur mit Hilfe der völligen Auflösung der “[...] reinsten Muster der Gerechtigkeit und Vernunft [...]” aufrechtzuerhalten vermochte<sup>430</sup>.

### **6.3 Der Begriff des “Systems”**

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk hat darauf verwiesen, dass die Verwendung des Systembegriffs deshalb problematisch sei, weil mit Hilfe der Systemtheorie zwar der Nachvollzug von sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen auf wissenschaftlicher Ebene durchführbar sei.<sup>431</sup> Die systemtheoretische Methode stoße aber an ihre Grenzen, wenn es darum ginge, sozialgesellschaftliche Ursachen zu erfassen, denn Systemtheoretiker hätten über *kein*,“...die *Gesellschaft* in ihrem historisch-dynamischen Aspekt begreifendes Instrumentarium.”<sup>432</sup> Betrachtet man die gesellschaftlichen Verhältnisse, welche in der SBZ und in der frühen DDR unter dem politischen Regime der Sowjets entstanden, so hat es den Anschein, als sei es durchaus berechtigt, von einer “stillgelegten Gesellschaft”<sup>433</sup> zu sprechen. Dafür spricht scheinbar die Tatsache, dass der Machtapparat Stalins hierarchisch funktionierte. Andererseits wurde der Machtaufbau der SED immer wieder gestört durch Abweichungen in der eigenen Organisation. Die Universität Rostock ist dafür ein prägnantes Beispiel. So heißt es im Bericht über das Sommersemester 1948 bezüglich der politischen Organisation an der Hochschule:

“Es herrscht eine allgemeine politische Indifferenz auch unter der organisierten Studentenschaft. Daraus resultiert ein beinah chronischer Funktionärsmangel. Nur zu oft waren Funktionärstellenbesetzungen Gelegenheitslösungen und die Erfolge waren auch danach [...]”<sup>434</sup>

Hinsichtlich der Untersuchung der gesellschaftlichen Entwicklungsvoraussetzungen politischer Gegnerschaft in der SBZ und in der frühen DDR scheint der Begriff des “Systems” also ebenso schwer anwendbar wie die von Jürgen Kocka entwickelte These von der “durchherrschten Gesellschaft” insgesamt<sup>435</sup>, wie im folgenden am Beispiel der “Entnazifizierung” in der SBZ erläutert werden soll.

---

<sup>430</sup> Vgl. hierzu insbesondere den Artikel von Arno Esch: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 5.

<sup>431</sup> Lenk, Kurt: Methodenfragen der politischen Theorie in: Lieber, Hans-Joachim(Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 1008ff.

<sup>432</sup> Ebd., 1007.

<sup>433</sup> Eisenfeld/Kowalczuk/Neubert (Hrsg.): Die verdrängte Revolution, Bremen 2004, 76.

<sup>434</sup> Vgl. dazu den Bericht über das Sommersemester 1948, LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 46.

<sup>435</sup> Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen, Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

## 6.4 Der Begriff der “Entnazifizierung” in der SBZ

Der Begriff der “Entnazifizierung” markiert wie kein anderer Begriff das Problem der historischen Kontinuität und Diskontinuität, die in besonderer Weise Grundlage der Gesamtdeutschen Geschichte ist.

Peter Steinbach hat in seinem Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik zu Recht auf die Multiperspektivität hingewiesen, mit der die Deutschen 1945 auf das historische Faktum des Zusammenbruchs des Nationalsozialismus reagiert hätten:

“Der eine dachte an Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft und Teilung, der andere an die Rettung seines Lebens, an seine Freisetzung aus der Haft oder aus dem KZ, an die Befreiung von nationalsozialistischer Willkür und dem Terror.”<sup>436</sup>

Alle von Peter Steinbach hier aufgezählten Fakten betrafen 1945 die Gesamtheit aller Deutschen in West *und* Ost. Peter Steinbach geht in seinem Artikel über diese Tatsache still hinweg. Dennoch ist es notwendig, diesen gemeinsamen historischen Kontext in die Analyse der Entstehungsbedingungen des Stalinismus in der SBZ und damit auch des Liberal-Demokratischen politischen Widerstands einzubeziehen, da sonst ein wesentliches Kriterium zur Klärung der Frage, wie der durch Stalinistischen “Antifaschismus” ausgelöste historische Widerspruch zwischen den beiden deutschen Gesellschaften aufgelöst werden kann, damit die deutsche Geschichte als die Geschichte eines Staates erzählt werden kann<sup>437</sup>.

Die Deutsche Gesellschaft besaß, über die in Folge der Vernichtung des Hitler-Regimes durch die Alliierten vollzogene territoriale Aufteilung des Staates hinaus, 1945 noch eine, wenn auch schwer angeschlagene und sehr ambivalente, gemeinsame Identität. Der von den Kommunisten 1945 in der SBZ propagierte politische Leitbegriff des “Antifaschismus” schien zunächst dem hieraus resultierenden Anspruch Rechnung zu tragen, die gesamte Ostdeutsche Gesellschaft an den Prozessen der Entnazifizierung und somit der Demokratisierung teilhaben zu lassen.<sup>438</sup>

Die Blockparteien sollten im Sinne dieser Zielsetzung “[...] die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung [...]”<sup>439</sup> durch

---

<sup>436</sup> Vgl. hier vor allem: Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand und Opposition in der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 9), Köln 1999.

<sup>437</sup> Wentker, Hermann: Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: APuZ, 1-2/2005, 11ff.

<sup>438</sup> Vgl. hierzu das Protokoll der Gründungssitzung der Deutschen Demokratischen Partei vom 16. Juni 1945, als Dokument 2 abgedruckt bei: Papke, Gerhard: Bislang unbekanntes Gründungsprotokoll der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, in: Deutschland Archiv, 27. Jahrgang Juli 1994, 1185.

<sup>439</sup> Ebd.

ihren politischen Einsatz befördern. Mit der Übernahme der Verpflichtung zur “[...] Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland [...]”<sup>440</sup> wurden die nichtkommunistischen deutschen Parteien des “Demokratischen Blocks” von der SMAD aber gleich-zeitig ebenso zu Verantwortlichen der *realgesellschaftlichen* Aufarbeitung des Hitler-Faschismus erklärt, wie sie sich dazu verpflichteten, den ideologischen Kampf der Kommunisten gegen die imperialistisch-faschistischen “[...] Überreste des Hitlerregimes [...]”<sup>441</sup> bedingungslos mitzutragen.

Aufgrund der eigenen, vor allem durch den Nationalliberalismus be-förderten Verstrickung in den Aufstieg des Nationalsozialismus<sup>442</sup> mussten vor allem die Liberal-Demokratien 1945 in den politischen Entscheidungszwiespalt zwischen deutscher Gesellschaft und kommunistischer Ideologie geraten.

In der Forschung wird die parteipolitische Entwicklung der LDP in der SBZ und in der frühen DDR zu Recht gedeutet im Kontext der tradierten These, dass der Freiheitsbegriff der Liberalen stets überlagert worden sei von einer antisozialen, einseitig wirtschaftskonservativen nationalen Haltung<sup>443</sup>. In der völligen Ablehnung einer sozialliberalen politischen Revolution<sup>444</sup> sei letztendlich die Ursache für die starke politische Mitverantwortung der Liberalkonservativen am Aufstieg und der Etablierung des Nationalsozialismus in Deutschland zu sehen.

Die kompromissreiche politische Haltung, die der vormalige Nationalliberale Wilhelm Külz gegenüber dem kommunistischen Sowjetregime bis zu seinem Tod 1948 an den Tag legte<sup>445</sup>, ist aus dieser historischen Perspektive als ein Versuch deutbar, diesen politischen Makel der Liberal-Demokraten auszumerzen.<sup>446</sup>

---

<sup>440</sup> Ebd.

<sup>441</sup> Vgl. Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, in: Benser, Günter: Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, Berlin (Ost), 23, zit. nach: Schmeitzner, Mike: Die Kommunistische Partei will nicht Oppositionspartei sein, in: Derselbe/Hilger/Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 275.

<sup>442</sup> Vgl. zum : Bracher, Karl Dietrich: Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1993, 31f.

<sup>443</sup> Vgl. ebd., 32.

<sup>444</sup> Wehler, Hans-Ulrich: Endlich im Westen. Kann der deutsche “Sonderweg” den Nationalsozialismus erklären? Eine Kontroverse, die das Selbstverständnis der Republik geprägt hat, in: Zeit-Punkte. Kanzler, Krisen, Kontroversen, Hamburg 1999, 64.

<sup>445</sup> Bode, Bernard: Liberal-Demokraten und die “deutsche Frage” (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften), Frankfurt/M. 1997, 103.

<sup>446</sup> Vgl. hierzu die Aufzeichnung von Wilhelm Külz vom 19.09. 47, in: Robel, Hergard (Hrsg.): Wilhelm Külz: Ein Liberaler zwischen Ost und West. Aufzeichnungen 1947 1948 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 7.), München 1989, 106.

## **6.5 Gewalt als wesentliches Element der Stalinistischen Machtausübung**

“Es war die in der Sowjetunion von Stalin seit Jahren praktizierte Gewalt, die hier auf den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands übertragen wurde.”<sup>447</sup> So die Begründung für die politische Gegenwehr, die Studenten, Schülern und Akademiker gegenüber dem Regime der SED geübt haben aus Sicht des ehemaligen politischen Oppositionellen Peter Moeller. Der damalige Oberschüler der John-Brinckman-Schule in Güstrow war in der Nacht vom 15. September auf den 16. September 1950 von der DDR-Volkspolizei mit zwei anderen Mitschülern verhaftet worden, weil er Flugschriften verteilte, in denen das Recht auf “Freiheit durch freie Wahlen in Ost und West” eingefordert wurde.<sup>448</sup> Peter Moeller wurde am 27. Mai 1950 zu fünfzehn Jahren Zuchthaus wegen “Boykotthetze” gegen die Deutsche Demokratische Republik verurteilt.

Das Beispiel Peter Moellers verweist zum einen auf die noch immer ungeklärte Frage nach der tatsächlichen Funktion und Bedeutung des mehrdimensionalen Begriffes “demokratischen Antifaschismus” für die Politik des Joseph Stalin in der deutschen Besatzungszone.<sup>449</sup> Dabei war Antifaschismus aus der Sicht der sowjetischen Führungsmacht nicht nur Teil des Abwehrkampfes gegen den Nationalsozialismus. Antifaschismus sowjetischer Prägung lässt sich grundsätzlich als Instrument zur Errichtung und Zementierung eines gesellschaftlichen, politischen und militärischen Gegenmodells zu den in den aus Sicht der Kommunisten staatsmonopolistisch-kapitalistischen Staaten im Westen begreifen.<sup>450</sup>

Hierbei erschöpfte sich das Ziel des stalinistischen “Antifaschismus” in der deutschen Besatzungszone von Beginn an aber nicht darin, den deutschen Nationalsozialismus als die “reaktionärste Form”<sup>451</sup> des kapitalistischen Faschismus mit allen seinen staatlichen Strukturen und Verantwortungsträgern im Krieg völlig zerstört zu haben. Michael Mann hat in seiner Untersuchung zum Faschismus die Hypothese vertreten, dass ein wesentliches Kriterium des Faschismus darin zu sehen sei, dass Gewalttaten unter dem Deckmantel des Schutzes der Ethik und Moral gerechtfertigt und begangen würden:

---

<sup>447</sup> Moeller, Peter: ...sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945 -1955 (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Rostock 1999, 9.

<sup>448</sup> Ebd., 26.

<sup>449</sup> Vgl. Mann, Michael: Der Faschismus und die Faschisten. Vorbereitende Überlegungen zur Soziologie faschistischer Bewegungen, in: Mittelweg 36, 1/2007, 58 und 61.

<sup>450</sup> Vgl. hierzu zu die Definition des Gegenbegriffes “Faschismus” in: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 268.

<sup>451</sup> Ebd.

“Das Vermögen, Böses zu tun, gehört zu den menschlichen Grundeigenschaften. Zu ihm gehört auch die Möglichkeit, Böses aus vermeintlich moralisch gebotenen Gründen zu tun. Zu dieser Art von Selbstbetrug neigten gerade die Faschisten, weshalb wir durch sie mehr über die Umstände erfahren können, unter denen Menschen sich so verhalten.”<sup>452</sup>

Die Stalinistische *Gewaltherrschaft* in Deutschland war jedoch gerade dadurch charakterisiert, dass jede Gewaltanwendung gegen politisch andersdenkende Deutsche seit 1945 *realpolitisch* gerechtfertigt wurde mit deren angeblicher “Feindfähigkeit gegen die von der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED durchgeführten demokratischen Umgestaltungen in der Ostzone Deutschlands.”<sup>453</sup>

Der Stalinistische Antifaschismus in der SBZ und in der frühen DDR war also nicht geprägt von einem bestimmten geistigen Idealismus, so dass es etwa angemessen wäre, von einem “Wesen” des Antifaschismus nach Stalinscher Prägung zu sprechen.<sup>454</sup>

Der frühe DDR-Staat stützte sich existenziell in aller erster Linie auf die praktische Ausübung von physischer und psychischer Gewalt gegen Personen, die vom Staat als “gefährliche Gegner” völlig willkürlich eingestuft wurden.<sup>455</sup> Charakteristisch für die politische Auseinandersetzung des Sowjetregimes mit seinen mutmaßlichen Feinden war weiterhin, dass die sowjetische Militärjustiz es vermied, die abweichenden politischen-ideologischen Anschauungen ihrer Gegner überhaupt zum Gegenstand der Anklage zu erheben.<sup>456</sup> So berichtet Friedrich-Franz Wiese in den “Erinnerungsresten”, dass die Anklage des obersten Sowjetischen Militärgerichts gegen ihn, Arno Esch und fünf weitere Mitglieder der damaligen LDP in Mecklenburg sich ausschließlich auf “Verbrechen” gestützt habe, die angeblich gegen die *territoriale* Sicherheit des DDR-Staates gerichtet waren:

“Kleinere Unstimmigkeiten werden vom Gericht im Sinne des Gerichts geglättet. Wieder nichts Ideologisches, Spionage, “Machtergreifung”, Agitation.”<sup>457</sup>

---

<sup>452</sup> Mann, Michael: Der Faschismus und die Faschisten. Vorbereitende Überlegungen zur Soziologie faschistischer Bewegungen, in: *Mittelweg* 36, 1/2007, 29.

<sup>453</sup> Vgl. hierzu die Urteile gegen Arno Esch und andere politische Oppositionelle, auf die bei Anne Kaminky und Frank Drauschke hingewiesen wird.

<sup>454</sup> Vgl. Paxton, Robert O: Die fünf Stadien des Faschismus, in: *Mittelweg* 36 1/2007, 58f.

<sup>455</sup> Vgl. Hilger/Schmeitzner/ Schmidt: Widerstand und Willkür. Studien zur sowjetischen Strafverfolgung parteiloser Zivilisten in der SBZ/DDR 1945 -1955, in: Dieselben (Hrsg.): *Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945 -1955* (Schriften des HAIT, Bd. 17/2), 195.

<sup>456</sup> Wiese, Friedrich-Franz: Aus den “Erinnerungsresten” an Arno Esch, in: *KONTINENT Ost-West-Forum*, Heft 2/1991, 90f.

<sup>457</sup> Ebd., 91.

## **6.6 Die instabile Gesellschaftsstruktur in der frühen DDR als Grundproblem der SED**

Das Bestreben der sowjetischen Militärjustiz, die 1949 gegründete DDR als territorialen Bestandteil des sowjetischen Systems darzustellen, ist bisher von der historischen Forschung aufgegriffen und leider nicht weitergehend hinterfragt worden.<sup>458</sup> Tatsächlich muss der Frage nach dem politischen Status des frühen DDR-Staates gegenüber dem kommunistischen System Stalins in der Sowjetunion jedoch ein hoher Stellenwert beigemessen werden, weil von dieser Analyse auch die Klärung der Frage abhängt, welche politische Bedeutung der politischen Opposition in der SBZ und in der frühen DDR zukommt.

Der neue DDR-Staat gründete sich auf ein von außen errichtetes politisch-soziales System, das gegenüber der Bevölkerung Autoritätszwang ausübte und diesen auch *unter* den Mitgliedern der Gesellschaft *selbst* mit Hilfe von sogenannten “informellen Mitarbeitern” verankern wollte. Dabei erzeugte die politische Führung jedoch auch bei diesen angeworbenen Mitarbeitern selbst ein permanentes Gefühl der Angst und gesellschaftlichen Isolierung<sup>459</sup>, so dass die SED vor dem Problem stand, diesen gesellschaftlichen “Nukleus” des von ihr geführten autoritären Staates dauernd auf seine Standfestigkeit hin *kontrollieren* und *verteidigen* zu müssen.<sup>460</sup> An dieser Stelle wird deutlich, dass die Machtausübung Stalins in der SBZ offenbar nicht auf einer festen gesellschaftspolitischen Ordnung gründete, wie es Hermann Weber anhand seiner These, der Stalinismus entspreche einem gesellschaftspolitischen System<sup>461</sup>, angenommen hat.

## **7. Grundlagen des stalinistischen Sicherheits- und Kontrollapparats**

Bei der Untersuchung der Strukturen des militärischen und politischen Sicherheitsapparates, dessen Grundlagen durch die Sowjets in der SBZ bis 1953 gelegt wurden, wird ersichtlich, dass die neuen Machthaber einer Rechtsauffassung

---

<sup>458</sup> Vgl. zur These des engen Zusammenhangs zwischen sowjetischer Strafjustiz und dem Status der DDR als Territorium der Sowjetunion vor allem den Aufsatz von Andreas Hilger “Strafjustiz im Verfolgungswahn”, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!>. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/ DDR und in der Sowjetunion bis 1953, Göttingen, 2006, 135ff.

<sup>459</sup> Studienmaterial zur Geschichte des MFS (VVS JHS 001 -132/80 bzw. 133/80, Potsdam 1980, zit. nach: Ammer, Thomas/Memmler, Hans-Joachim (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, 156f.

<sup>460</sup> Ebd.

<sup>461</sup> Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 24.

folgten, die in keiner Weise den Maßstäben einer demokratisch-freiheitlichen, unpolitischen und neutralen Rechtsprechung Genüge tat.

Somit waren Häftling, die von der SMT als "... gegenüber der Sowjetunion und der SED feindlich eingestellt..."<sup>462</sup> eingestuft und angeklagt wurden, während der Prozesse immer dem willkürlichen *Justizdiktat* ihrer Ankläger ausgeliefert.

Unter dem Eintrag zur Definition des Begriffes "Diktatur des Proletariats" findet sich im <Kleinen Politischen Wörterbuch> folgende Charakterisierung:

"Ihr entscheidender Wesenszug ist die positive, schöpferische Arbeit, die Schaffung neuer gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Menschen und den Klassen, die durch kameradschaftliche gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit gekennzeichnet sind."<sup>463</sup>

Diese ideal-sozialistische Gesellschaftsform konnte nach marxistischer Lesart selbstverständlich nur aufgebaut werden unter der Vorsetzung der völligen Ausmerzungen des Bürgertums als " herrschende Grundklasse der kapitalistischen Gesellschaft[...]".<sup>464</sup>

Folglich behaupteten die Kommunisten weiter, die von ihnen verfochtene "Diktatur des Proletariats" unterscheidet sich von allen kapitalistischen Herrschaftsformen dadurch, dass sie die Arbeiterklasse in die Lage versetze, sich aus der durch den bürgerlichen Imperialismus geschaffenen existenziellen Abhängigkeit zugunsten einer neuen sozialistischen Gesellschaftsform endgültig zu befreien:

"Die Arbeiterklasse benutzt ihre Diktatur, um die Hauptproduktionsmittel der Gesellschaft in gesellschaftliches Eigentum zu überführen und die ökonomische Macht des Kapitals zu brechen."<sup>465</sup>

Mittels dieser ideologischen Kampagne verunglimpfte die SED unter der Regie der sowjetischen Führung in Moskau die bürgerlich-liberale politische Gegnerschaft als Verfechter eines "monopolistischen Imperialismus"<sup>466</sup> und als ewige Kriegstreiber.

Die Verhaftungen und Prozesse gegen Mitglieder der bürgerlichen Oppositionsbewegungen in Mecklenburg, die seit Herbst 1949 von der SMAD unter Einbeziehung deutscher Sicherheitsorgane durchgeführt wurden, gehörten mit zu den ersten sowjetischen Strafverfahren gegen Deutsche, die auf der Grundlage der erst

---

<sup>462</sup> Vgl. hierzu die MfS-Übersetzung der Urteilsschrift vom 20.07.1950, BStU, RHE 44-89, Bd. 14, die den Vermerk "Streng geheim" trägt, Bl. 3.

<sup>463</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 205.

<sup>464</sup> Ebd., 144.

<sup>465</sup> Ebd., 204.

<sup>466</sup> Vgl. den Gegenartikel der "Landeszeitung" der SED Nr.159, vom 09. 07. 1949, der sich gegen Arno Eschs Artikel "Freiheit und Eigentum" vom 07.07.49 wendet, abgedruckt in: Wiese, Friedrich-Franz/ Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Dannenberg 1994, 133.

Anfang des Jahres 1950 im Ukaz (dem Strafgesetzbuch des Obersten Sowjets der UdSSR) wieder neu eingeführten Todesstrafe<sup>467</sup> ihren Lauf nahmen.

## **7.1 Der historische Hintergrund der Gewalt Stalins gegen Deutsche**

Die Unterdrückung und Verfolgung Deutscher durch sowjetische Sicherheitsorgane lässt sich zurück verfolgen bis in das Jahr 1937.

Mit dem operativen Befehl Nr. 00439 vom 20. Juli 1937 eröffnete Stalin seinen Kampf gegen deutsche Staatsbürger in Russland, die er “[...] der Basis für Diversion und Spionage, [...]” zurechnete und die angeblich vom kapitalistischen ausländischen “Hauptfeind” Deutschland eingeschleust worden waren.<sup>468</sup> Gerechtfertigt wurde die Verfolgung, Verhaftung und Verurteilung von allein bis zu 73000 deutschen Staatsbürgern durch Stalins Geheimdienst NKVD mit der Hypothese, es handele sich um eine feindliche <fünfte Kolonne>, die die kommunistische Gesellschaft infiltrieren, zerstören und letztlich deren Unterwerfung unter den imperialistisch-faschistischen Kriegsfeind erzwingen wollten.<sup>469</sup> Auch nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland wurde dieses Motiv einer angeblichen deutschen <fünften Kolonne> von der SED weiter benutzt, um vor allem die nichtkommunistischen bürgerlichen Parteien als die aktiven Erben der deutschen Faschisten weiterhin als gewaltbereite Feindbilder in und vor der Gesellschaft zu stigmatisieren.<sup>470</sup>

## **7.2 Der gesellschaftliche Mechanismus des Repressionsapparates**

Dass die besondere politisch-ideologische Indoktrinierung einzelner bestimmter Bürger von der SED und vom MfS hierfür systematisch betrieben wurde, um willfähige Helfer heranzuziehen, welche “[...] im Kampf gegen die Geheimdienste, Agentenzentralen, volksfeindliche Organisationen und andere feindliche

---

<sup>467</sup> Vgl. Petrov, Nikita: Der Ukaz vom 12. Januar 1950 und die Wiedereinführung der Todesstrafe, in: Hilger, Andreas:(Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 66ff.

<sup>468</sup> Vgl. Ochotin, Nikita/Roginskij, Arsenij: Zur Geschichte der <deutschen Operation> des NKVD 1937 -1938, in: Weber, Herrman/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 25.

<sup>469</sup> Ebd., 145.

<sup>470</sup> Vgl. den Gegenartikel der “Landeszeitung” der SED Nr.159, vom 09. 07. 1949, der sich gegen Arno Eschs Artikel “Freiheit und Eigentum” vom 07.07.49 wendet, dokumentiert in: Wiese, Friedrich-Franz/ Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Dannenberg 1994, 131.

Elemente[...]”<sup>471</sup> funktionieren sollten, ist ein historischer Tatbestand, der nicht zu bestreiten ist.

Die politische Funktionalisierung einzelner deutscher Bürger zu sogenannten konspirativen “Informellen Mitarbeitern” führte aber vor allem dazu, dass durch deren ungehemmte Verletzung der inneren Bürger- und Menschenrechte bei vielen Bürgern der Wille zur Auflehnung gegen das Machtsystem der Sowjets und der SED. Die so erzwungene Ablehnung der Bevölkerung, einen freiheitlichen “Gesellschaftsvertrag” untereinander zu schließen, ermöglichte es Stalin, die Gesellschaft in der SBZ und in der DDR zerrüttet zu halten. “Bei den <IM> ist das Bewußtsein der Sicherheit ständig zu vertiefen. Sie müssen erkennen, daß keine außenstehende Person von ihrer Zusammenarbeit mit dem MfS Kenntnis erhält...”<sup>472</sup>

Dieser kurze Auszug aus dem “Studienmaterial zur Geschichte des MfS” beschreibt klar ein Grundmerkmal, das über den Stalinismus hinaus die gesamte Herrschaft der Sowjets in der DDR prägte: Die Zerstörung der noch in der Gesellschaft vorhandenen Vertrauens- und Gemeinschaftsstrukturen. Die rigorose Missachtung der Freiheits- und Menschenrechte durch einzelne, speziell indoktrinierte “Mitbürger”, die sogenannten “Informellen Mitarbeiter”, diente den sowjetischen Machthabern einerseits als Mittel, um *in* der gesamten Bevölkerung eine Atmosphäre des gegenseitigen unablässigen Misstrauens und der Angst vor dem mutmaßlichen *inneren* Feind zu erzeugen und aufrecht zu erhalten. Parallel dazu diente die Ausbildung der informellen Mitarbeiter der Sozialistischen Einheitspartei dazu, Organe zur Verfügung zu haben, die, ohne großen politischen Kommunikationsaufwand mit der Führungspartei, *innerhalb* der *Gesellschaft* politische Entscheidungen nach Maßgabe der kommunistischen Ideologie eigenständig lenken konnten:

“Die IM waren somit gleichzeitig Werkzeuge der SED und Werkzeuge des MfS, um auch selbstständig auf die politische Entwicklung einzuwirken.”<sup>473</sup>

Anstatt die Gesellschaft als “Manövriermasse” zu benutzen, wie es in der Forschung als typisch für den Aufbau von totalitären Staaten angenommen wird,<sup>474</sup> setzte Stalin

---

<sup>471</sup> Studienmaterial zur Geschichte des MfS (VVS JHS 001 -132/80 bzw. 133/80, Potsdam 1980, zit. nach: Ammer, Thomas/Memmler, Hans-Joachim (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, 156f.

<sup>472</sup> Studienmaterial zur Geschichte des MfS (VVS JHS 001 -132/80 bzw. 133/80, Potsdam 1980, zit. nach: Ammer, Thomas/Memmler, Hans-Joachim (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, 156f.

<sup>473</sup> Ammer, Thomas/Memmler, Hans-Joachim (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, 156f.

SBZ also auf das Prinzip der *Aushöhlung* der deutschen Gesellschaft von *innen heraus*.

## 8. Der Oppositionsbegriff

Der Begriff "Opposition" wurde und wird, so es um seine Einordnung vor dem Hintergrund des DDR-Systems geht, diskutiert auf dem Hintergrund der Annahme, dass es sich bei dem System der DDR um ein totalitäres System gehandelt habe.<sup>475</sup>

So geht zum Beispiel Ilko-Sascha Kowalczyk auf der Grundlage dieser Annahme davon aus, dass Opposition und Widerstand eine Art von politischer Gegnerschaft darstellt, die "[...] die den allumfassenden Herrschaftsanspruch in Frage stellt, begrenzt eindämmt."<sup>476</sup> Opposition und Widerstand werden dabei synonym und als <Brennglas> definiert, an dem sich politische und somit gesellschaftliche Krisenherde in totalitären Staaten entzündet haben:

"Dieser Oppositionsbegriff verweist darauf, daß sich widerständiges Verhalten nur in der konkreten Situation bewerten läßt."<sup>477</sup>

Ilko-Sascha Kowalczyks Forschungsansatz weist jedoch doch drei Probleme auf. Zum einen impliziert die Gleichsetzung der Begriffe Opposition und Widerstand, dass für alle oppositionellen Gruppen in der DDR-Gesellschaft kontinuierlich gleiche und gleichbleibende politische und soziale Lebens-beziehungs Repressionsbedingungen geherrscht haben. Aus dieser Perspektive wären oppositionelle und widerständige Aktivitäten nicht nur austauschbar<sup>478</sup>, wie Rainer Eckert zu bedenken gegeben hat. Es wird als Konsequenz dieser These auch nicht unterschieden zwischen den politisch Aktiven, die für eine grundlegende innere Reformierung des DDR-Systems eintraten, die "systemimmanente Opposition", und den Gruppen, die, wenn auch keine gewaltsame politische Umwälzung, so doch mit Hilfe der Nutzung ihrer wenigen politischen Machtmittel, eine radikale Ablösung der repressiven Strukturen diktatorischer Regierungssystem unterstützen wollen.<sup>479</sup> Diese Form politischen Handelns, die sich ebenso wenig unter dem Begriff der politischen

---

<sup>474</sup> Eisenfeld/Neubert (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten. Bd. 21. Bremen 2001, 370.

<sup>475</sup> Vgl.

<sup>476</sup> Kowalczyk, Ilko-Sascha: Verschiedene Welten. Zum Verhältnis von Opposition und <SED - Reformern> in den achtziger Jahren, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht–Ohnmacht–Gegenmacht, Bremen 2001, 55.

<sup>477</sup> Ebd.

<sup>478</sup> Ebd., 33f.

<sup>479</sup> Vgl. Bernitt, Hartwig: Kriegsende und erste Nachkriegsjahre, in: Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte, Forum, Heft 67, März 1999, 43.

Anpassung wie unter dem Begriff des revolutionären Widerstands einordnen lässt, zeigt sich vor 1945 bei den Aktiven des “Kreisauer Kreises”.

Drittens kann gegen die These Ilko-Sascha Kowalczyks eingewandt werden, dass politischer Widerstand und Opposition, zumal in der DDR, als Gegenreaktion auf die von der machthabenden Führung vollzogene soziale und politische Steuerung, stets auch Katalysator einer spezifische Art der gesellschaftlichen Fortentwicklung waren. Der Zusammenbruch des DDR-Systems 1989, der zum großen Teil als Ergebnis der inneren Auflösung der Gesellschaft war, die sich in den starken Ausreisebewegungen Ende der 80er Jahre andeutete<sup>480</sup>, kann als ein Beleg hierfür gesehen werden.<sup>481</sup>

Am Beispiel des politischen Systems der DDR bis zu ihrem Zusammenbruch 1989 wird deutlich, dass der Begriff des Totalitarismus, als dessen fester Kern meist, wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven, die totale Durchsetzung einer Ideologie auf Kosten von Menschen- und Bürgerrechten genannt wird, notwendigerweise ergänzt werden muss durch die Analyse der Beziehungen des diktatorischen Regimes zur Gesellschaft und ihrer Oppositionellen.

### **8.1 Die Instrumentalisierung des bürgerlichen Widerstands durch die Stalinisten**

Die gewaltsame Vernichtung der politisch-oppositionellen Liberal-Demokraten in Ostdeutschland in den vierziger Jahren entsprach der vollkommenen ideologischen Radikalisierung des kommunistischen Selbstverständnisses als “Antiimperialisten“ durch den Diktator Stalin<sup>482</sup>. Die sowjetische Justiz hatte bereits lange vor 1945 die gewaltsame “Disziplinierung”<sup>483</sup> von sogenannten Feinden des Volkes mit Hilfe von Todesurteilen in hohem Maße praktiziert<sup>484</sup>. “Macht im echten und verlässlichen Sinne”, so die These Hannah Arendts, “kann die Tyrannis nicht erzeugen, weil sie die Pluralität des gemeinsamen Handelns in Einstimmigkeit, das “acting in concert”,

---

<sup>480</sup> Aufbruch 89`. Über den Beginn der Wende in Schwerin [Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik], Schwerin 1994, 13.

<sup>481</sup> Hilsberg, Stephan: Nützt Diktaturerfahrung der Demokratie? In: Poppe/Eckert/Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Berlin 1995, 340.

<sup>482</sup> Vgl. Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin 2007, 24.

<sup>483</sup> Petrov, Nikita: Die Todesstrafe in der UdSSR Ideologie, Methoden. Praxis 1917-1953, in: Hilger, Andreas (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 43.

<sup>484</sup> Ebd.

im Beherrschten abgeschafft hat.“<sup>485</sup> Diese Pluralität des gemeinsamen Handelns muss vor allem dann durch den Machtapparat vernichtet werden, wenn die Verfechter der freien politischen Meinungsäußerung nicht nur theoretisch Gegenwehr üben, sondern auch eine praktische freiheitliche Konkurrenz darstellen<sup>486</sup>.

Nach Meinung der Stalinisten an der Universität in Rostock strebten insbesondere die Liberal-Demokratischen politischen “Abweichler” den ideologischen Betrug des durch die SED geführten universitären Parteienblockes und die Spaltung der Studentenschaft an:

“Gefährlich ist der Einfluss der Studenten, die als Vertreter des bürgerlichen Liberalismus raffiniert verstehen, schwache Punkte in der Auswirkung unserer Politik durch geschickte Polemik ins Blickfeld breiterer studentischer Kreise zu rücken. Dazu gehören z. B. die noch mangelhafte Berufungs- = und Personalpolitik, das spurlose Verschwinden einiger Studenten, auch Genossen, und die unzulängliche Auswirkung der DWK-Kulturvereinigung.“<sup>487</sup>

Auf diese Art und Weise wurden Studenten, die sich, wie Arno Esch, für den Aufbau freier demokratischer Strukturen und den Erhalt *freier* demokratischer Verständigung an der Universität einsetzten als “agitorische Aktivisten”<sup>488</sup> bezeichnet und verurteilt als “[...] jene Kräfte, die der Demokratisierung der Universität hindernd im Wege stehen.”<sup>489</sup> Es ist an dieser Stelle unbedingt darauf hinzuweisen, dass die politische Gegenwehr, die junge Liberal-Demokraten wie Arno Esch gegen das Regime der SED übten, in keiner Weise gleichgesetzt werden kann mit den Widerstandsaktivitäten der sogenannten Ostbüros, denen von der Forschung häufig unterstellt wird, sie hätten für den Westen Spionagedienste gegen die DDR geleistet<sup>490</sup>. Die politische Auseinandersetzung wurde, so berichtet Horst Köpke<sup>491</sup>,

---

<sup>485</sup> Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 12. Auflage, Januar 2008, München 2008, 974.

<sup>486</sup> Vgl. die Gedenkrede Friedrich-Franz Wieses zum 55. Jahrestag der Hinrichtung Arno Eschs vom 24.07. 2006.

<sup>487</sup> Vgl. den Bericht über den Zustand in der FDJ-und FDGB-Hochschulgruppe im SS 1949, [undatiert, die ersten beiden Seiten des Berichtes sind nicht im Ordner auffindbar, so dass der Bericht nicht vollständig ausgewertet werden konnte], LHAS, 10. 34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 112f.

<sup>488</sup> Vgl. hierzu den vertraulichen Bericht über Ereignisse im politischen Leben der Studentenschaft der Universität Rostock an das Ministerium für Volksbildung vom 25.06. 1949, LHAS, SED-LL, 10.34-1, 501, Bl. 503, 326.

<sup>489</sup> Vgl. hierzu den Bericht über das SS 1948 an Universität Rostock, LHAS, SED-LL, 10.34-1, 501, Bl. 60.

<sup>490</sup> Vgl. hierzu Wolfgang Buschfort, der die historische Problematik der Widerstandstätigkeit der Ostbüros eingehend analysiert hat: Buschfort, Wolfgang: Parteien im kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP [Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik], Berlin 2000.

von den Liberal-Demokraten um Arno Esch in erster Linie mit dem SED-Regime gesucht, um, gemäß seinem eigenen demokratischen Anspruch, “[...] immer die reinsten Muster der Gerechtigkeit und Vernunft [...]”<sup>492</sup> zu verteidigen. Kontakte zu Oppositionellen des SED-Regimes im Westen oder westlichen Nachrichtendiensten zu aufzubauen und zu unterhalten, dies sei von Arno entschieden abgelehnt worden, so Horst Köpke.<sup>493</sup>

Besonderes Merkmal Stalinistischer Machtpolitik in der frühen DDR war die enge Zusammenarbeit der Justiz mit den sowjetischen Sicherheitsorganen. So hat Andreas Hilger darauf hingewiesen, dass die “[...] sogenannten operativen Organe von NKVD-MVD, Smërs und MGB [...]”<sup>494</sup> zusammen mit den deutschen Sicherheitsorganen der sowjetischen Militärjustiz als dem wirklichen “juristischen Vollzugsorgan zugearbeitet hätten”<sup>495</sup>.

Am Beispiel der Verhaftung und Verurteilung Arno Eschs wird die politische Dimension und die ideologische Tragweite des stalinistischen Machtapparates in Deutschland besonders deutlich.

Vierzig Jahre nach der letzten “Kampfaktion”<sup>496</sup> gegen die sogenannten Reaktionäre unter den Liberal-Demokraten im Osten wurde der erneuten Untersuchung vom Ministerium für Staatssicherheit 1989 noch immer eine schwerwiegende politisch-justizielle Bedeutung beigemessen. Anders ist nicht zu erklären, weshalb um die eilige Neubearbeitung der “Angelegenheit” bei der Hauptverwaltung Aufklärung der Staatssicherheit ersucht worden ist:

“Aufgrund der politischen und politisch-operativen Bedeutung der Angelegenheit wird um deren baldige Erledigung gebeten.”<sup>497</sup>

Der Sicherheitsapparat, den die sowjetische Führung 1945 in der SBZ errichtete, zeigt einige *Spezifika*, die sich ursprünglich aus den *Grundmotiven* der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion ableiten lassen. Die folgende Skizze macht deutlich, dass der Sicherheitsapparat sich *nicht*, wie der Partei- und Staatsapparat, “flexibel”

---

<sup>491</sup> Vgl. Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP, in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Auflage, Rostock 1997, 39.

<sup>492</sup> Vgl. hierzu insbesondere den Artikel von Arno Esch: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 5.

<sup>493</sup> Köpke, Horst: Die Prozesse, in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 1. Auflage, Rostock 1997, 116f.

<sup>494</sup> Hilger, Andreas: “Strafjustiz im Verfolgungswahn”, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!>. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953, Göttingen, 2006, 96.

<sup>495</sup> Ebd.

<sup>496</sup> Vgl. dazu den Artikel “Gang nach Eisenach” vom 22.02.49 in “Die Welt”, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 31.

<sup>497</sup> Vgl. das Auskunftersuchen im Rahmen der Bearbeitung eines Rechtshilfeersuchens des KfS der UdSSR vom 23.11.1989, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS -HA XX, Nr. 18321, Bl. 0001.

den politischen Strukturen der einzelnen Regionen in Ostdeutschland angeschlossen, um als politisches Kontrollorgan wirken zu können<sup>498</sup>, obwohl zum Beispiel die Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht als Kommissionsmitglieder die politisch-ideologische Auswahl der Kandidaten für die Examen an der juristischen Fakultät in Rostock unter ihrer Kontrolle hatten.<sup>499</sup>

Die sogenannten "Operativgruppen" NKVD-NKGB und Smërs arbeiteten für die SMAD als inner gesellschaftliche *untere Kontrollorgane* und setzten so die von Stalin ausgegebene Direktive von einer "Absonderung und Sowjetisierung Ostdeutschlands"<sup>500</sup> durch die "[...] Säuberung oder Entlassung von Deutschen [...]"<sup>501</sup> in die Tat um. Während aber Ordnung und Kontrolle das starre ideologisch-politische Grundgerüst bildeten, auf dem die neue Stalinistische deutsche *Gesellschaft* errichtet werden sollte<sup>502</sup>, galt diese Prämisse Stalins für die Sicherheitsorgane *selbst* nicht<sup>503</sup>. Nikita Petrow hat die These vertreten, dass bei Betrachtung der gesellschaftlichen Veränderungen, die sich zwischen 1945 und 1952 in der frühen DDR vollzogen, unzweifelhaft erkennen lasse, "[...] dass sie präzise geplant im Zuge der Sowjetisierung verliefen, die traditionelle Lebensweise veränderten, und im Grunde genommen revolutionär waren."<sup>504</sup>

Nikita Petrow sieht als Grund für das politische Handeln der Sowjets ab 1945 *nicht* das Ziel, die östliche Zone politisch zu einem selbstständigen staatlichen Vorposten des Kommunismus zu entwickeln.<sup>505</sup> Er vermutet vielmehr, dass Stalin nach der totalen Zerstörung der äußeren militärischen Machtstrukturen Deutschlands auch eine totale Vernichtung der gesellschaftlichen Eliten anstrebte, weil er davon

---

<sup>498</sup> Mrotzek, Fred: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte. Bd. 17), Hamburg 1996, 53.

<sup>499</sup> Vgl. hierzu das Ergebnis der Überprüfung der Examenkandidaten der juristischen Fakultäten der Zone sowie Untersuchung über das Referendar-Ausbildungswesen der Zone [ Bericht vom 5. August 1949], LHAS, SED-LL, 10.34-1, 529, Bl. 152f.

<sup>500</sup> Vgl.: Nikita Petrow: SMAD, deutsche Selbstverwaltung und Sowjetisierung Ostdeutschlands, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 361.

<sup>501</sup> Ebd.

<sup>502</sup> Vgl. Braun, Jutta: Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle 1948 -1953. Wirtschaftsrecht und Enteignungspolitik, in: Dieselbe/Klawitter, Nils/Werkentin, Falco: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin 2006, 10.

<sup>503</sup> Siehe hierzu Hilger, Andreas: Von Banden und Klassenfeinden: Stalins Tschekisten in Deutschland 1945 -1955, in: Derselbe/ Schmeitzner/Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 -1955, Bremen, 2006, 145.

<sup>504</sup> Vgl.: Nikita Petrow: SMAD, deutsche Selbstverwaltung und Sowjetisierung Ostdeutschlands, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 361.

<sup>505</sup> Petrow, Nikita: Die SMAD, die deutsche Selbstverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945 1949, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich (Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 32), Göttingen 2006, 365.

ausging, dass diese Eliten, als ein Teil des Macht-Apparates, auf den Hitler sich gestützt hatte, dessen Diktatur 1945 weiterhin am Leben erhielten:

“Ähnlich dachte Stalin möglicherweise auch über die in den Speziallagern dahinsterbenden Staatsbediensteten, Industriellen und Vertreter der Intelligenz die die “Macht” des Staates darstellten.<sup>506</sup>

Aus völkerrechtlicher Perspektive kämpfte also die Sowjetunion in der Sicht Stalins 1945 immer noch gegen das nationalsozialistische Deutschland. Die deutsche Intelligenz spielte also in der politischen Strategie Stalins sowohl die Rolle des politischen Feindes als auch die des politischen Werkzeuges.

## **8.2 Rechts-und Justizsystem in der SBZ/DDR 1945**

Der Begriff des Rechts wurde von der kommunistischen Führung in Moskau und somit von der politischen Führung der SED definiert als die “Gesamtheit sich wechselseitig bedingender und voneinander abhängiger, vom Staat gesetzter oder sanktionierter und geschützter allgemein verbindlicher Verhaltensregeln (Normen), die den letztlich durch die Produktionsverhältnisse bedingten Willen der herrschenden Klasse ausdrücken und staatlich erzwingbar sind.”<sup>507</sup> Diese ideologische Eingrenzung ermöglichte es der sowjetischen Führungsmacht und der SED, das Recht zum unantastbaren Steuerungsinstrument ihrer Machtpolitik in der SBZ und in der DDR weiter auszubauen.<sup>508</sup> Die Entwicklung der Strafjustiz im Zeitraum von 1945 bis 1950 indes zeigt, dass die sowjetische Führung in Moskau offenbar unsicher war, ob die Propagierung und Oktroyierung der neuen kommunistischen Rechtsordnung allein hinreichen würde, um ihren politischen Machtanspruch in der Bevölkerung zu festigen.

Besonders die Tatsache, dass im Zeitraum von 1945 bis 1947 ein Großteil aller durch die sowjetischen Justizorgane auf ostdeutschem Boden verhängten Todesstrafen auch *genau dort*, für die deutsche Öffentlichkeit aber unsichtbar, vollzogen wurden,<sup>509</sup> verweist darauf, dass die Frage der politischen Macht in der SBZ für die sowjetische

---

<sup>506</sup> Ebd.

<sup>507</sup> Gertrud Schütz u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1988, 813.

<sup>508</sup> Hilger, Andreas, / Petrow, Nikita: “Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken”. Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR von 1945 bis 1955, in: Poginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky (Hrsg.): “Erschossen in Moskaus...”. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950 -1953, Berlin 2006, 19.

<sup>509</sup> Hilger, Andreas: Einleitung: Smert´ Spionam! Tod den Spionen! Todesstrafe und sowjetischer Justizexport in die SBZ/DDR, 1945 -1955, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953(Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 21.

Führung in diesem Zeitraum noch nicht so eindeutig geklärt war, wie es zum Beispiel der Historiker Andreas Hilger vermutet:

“Da der gesamte Sicherheitssektor unter strikter -direkter oder indirekter -Kontrolle Moskaus stand, lassen sich ihre Aktivitäten in der SBZ und DDR im Kern als unverfälschter Ausdruck der Besatzungs- und Deutschlandpolitik der UDSSR und damit Stalins ansehen.”<sup>510</sup>

Liberaler politische Gegner wie Arno Esch verkörperten für das Regime der SED das Feindbild des *neuen* imperialistischen und faschistisch orientierten Bürgers.<sup>511</sup> Charakteristisch für dieses neue bürgerliche Feindbild war aus Sicht der SED, und damit aus Sicht Stalins, das Ziel “[...], nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen die Macht in Ostdeutschland zu ergreifen, die demokratischen Umgestaltungen zu liquidieren und die bürgerliche Gesellschaftsordnung wiederherzustellen.”<sup>512</sup> Das Ziel der liberalen studentischen Gegnerschaft richtete sich aber nicht darauf, das SED-Regime durch einen revolutionären Akt zu beseitigen. Auf die Frage, wie er rückblickend ihre politischen Aktivitäten gegenüber der SED, als Mitglieder der Blockpartei LDP, im Jahre 1947 begrifflich einordnen würde, antwortete Dr. Friedrich-Franz Wiese:

“Wir waren eine legale politische Oppositionsgruppe, die sich gegen die Politik Stalins wandte.”<sup>513</sup>

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich das Misstrauen der sowjetischen Führungsmacht und der SED gegen eine politische “Gruppierung” wandte, deren Anhänger auf der Grundlage des durch die SMAD eingeführten politischen “Rechts” opponierten, ist es notwendig zu untersuchen, wie sich das politische Denken und Handeln der liberalen Studenten auf der Basis eines so entwickeln konnte, dass sie zum *neuen* bürgerlichen Feindbild der antifaschistisch-demokratischen Machthaber in der SBZ wurden.

### **8.3. Die Zielsetzung der Sowjets und der SED an den Hochschulen**

Im Spätherbst 1948 erhielt die SED-Landesleitung in Schwerin einen beunruhigenden Bericht über die allgemeine Lage an der Universität Rostock. Der namentlich nicht genannte Verfasser riet entschieden dazu, die Befugnisse des Personalpolitischen Ausschusses an der Universität durch den Betriebsgruppen -

---

<sup>510</sup> Ebd.

<sup>511</sup> Vgl. Wiese/Bernitt: Arno Esch. Eine Dokumentation [Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)], 1994, 132.

<sup>512</sup> Vgl. hierzu den Auszug aus dem Urteil gegen Friedrich-Franz Wiese vom 10.08. 1950.

<sup>513</sup> Interview Dr. Friedrich-Franz Wiese, 10.10.2007.

Vorstand beschließen und festschreiben zu lassen, um die Erfassung von Daten, die in Personalakten gesammelt wurden, endlich abschließen zu können.<sup>514</sup>

Der politische und organisatorische Neuaufbau an der Universität sei ins Stocken geraten, denn es bestehe [...] ein starkes Misstrauen der sowjetischen, wie der deutschen administrativen Stellen hinsichtlich der politischen Reife der Studentenschaft.“<sup>515</sup> Diese mangelhafte Vermittlungsfähigkeit, welche die SED hinsichtlich der ideologischen Grundlagen der neuen <antifaschistisch-demokratischen Ordnung>, insbesondere gegenüber den Studienbewerbern aus Arbeiter- und Bauernfamilien an der Universität Rostock offensichtlich an den Tag legte<sup>516</sup>, lag sicher begründet in der defizitären parteipolitischen Ausbildung und Organisation ihrer politischen Funktions- und Vermittlungsträger an der Universität.<sup>517</sup> Als eigentliches Problem der SED zur Jahreswende 1948/49 erwies sich jedoch die hieraus resultierende ideologische Spaltung der Studenten der Vorstudienanstalten in sogenannte SED-Studenten<sup>518</sup> und Vorstudienstudenten, die sich den politischen Argumenten der bürgerlichen politisch organisierten Studenten nicht verschlossen:

“Die reaktionären Kräfte üben noch einen weitgehenden Einfluss auf die Masse der parteilosen Studentenschaft, sogar auf einen Teil der Studenten aus der Arbeiter- und Bauernschaft und selbst auf eine Anzahl unserer SED-Mitglieder aus.“<sup>519</sup>

Die Grundlagen politischer Gegnerschaft der bürgerlichen Studenten an der Universität Rostock wurden also gelegt aufgrund eines ideologischen Interessenkonflikt der kommunistischen Führung, der sich einerseits speiste aus der Zielsetzung, kontrolliert die politische Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Macht- und Propagandaprinzips des Antidemokratismus zu betreiben und andererseits die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Aufbau eines, wenn auch pseudodemokratischen Staates zu schaffen.

Die frühe Entscheidung vor allem vieler Studenten, sich in den von der SED aufgebauten Organisationen wie der Freien Deutschen Jugend gesellschaftspolitisch

---

<sup>514</sup> LHAS, LL SED, 10.34-1, 501, Bl. 62.

<sup>515</sup> Ebd., Bl. 46.

<sup>516</sup> Ebd., Bl. 24.

<sup>517</sup> Vgl. hierzu den Bericht der Leitung der SED-Betriebsgruppe Universität über die politische Situation an der Universität im Wintersemester 1948/49, in dem bezüglich der Festigung der führenden Position der SED-Betriebsgruppe die Verbesserung der Kommunikation zwischen Hochschulreferat und Kommandantur sowie die Verstärkung der ideologischen Lehre und die Aufstockung der hierzu nötigen finanziellen Mittel angeraten wird [LHAS, LL-SED, 10. 34-1, 501, Bl. 79.]

<sup>518</sup> Vgl. LHAS, LL SED, 10.34-1, 501, Bl. 24.

<sup>519</sup> Ebd., Bl. 29.

einzubringen<sup>520</sup> und die Bereitschaft zur Mitarbeit in den von den Blockparteien LDPD und CDU an den Universitäten unterstützten politischen Betriebsgruppen, legen, bewertet man nur die Oberfläche, die Schlussfolgerung nahe, dass jene bürgerliche Elite freiwillig einen nicht unerheblichen Beitrag zum Bau des ideologischen Gerüsts des kommunistischen Staates DDR geleistet hat. Bei der Analyse der Frage, in welchem Verhältnis die Studenten zu herrschenden Staatsmacht SED gestanden haben, stößt man aber auf Ergebnisse, welches die Annahme in Frage stellen, Anpassung und Widerstand seien politische Phänomene, die grundsätzlich nicht in der gleichen Kategorie zu untersuchen seien<sup>521</sup>. Anpassung war im politischen System der frühen DDR nur eine konsequente Folge, die sich aus dem sozialistischen Streben nach der Machtsicherung ergab, in der es für politischen Widerspruch und Opposition keine Berechtigung gab:

“In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition keine objektive, soziale und politische Grundlage, denn die Arbeiterklasse -im Bündnis mit allen anderen Werktätigen -ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft.”<sup>522</sup>

Den Universitäten kam bei diesem ideologisch-gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozess die Funktion eines Katalysators zu, der aber zunächst von den bürgerlich-faschistischen Altlasten gesäubert werden sollte. Das repressive Vorgehen der SED gegen diejenigen Studenten, bei denen eine bürgerlich-politische Gesinnung aufgrund ihrer Mitarbeit in den Betriebsgruppen der LDP und der CDU deutlich erkennbar war<sup>523</sup>, ließ politischen Gegnern nur die Wahl zwischen Anpassung, Flucht oder Gefängnis.

#### **8.4 Die Bedeutung der Freien Deutschen Jugend an der Universität und Arno Eschs Ziel**

Die Universität in Rostock bildete den Knotenpunkt des sowjetischen Führungssystems, dass die SMAD seit 1945 in Mecklenburg installierte und seit 1946 zusammen mit der SED ausübte. Politisch verantwortlich für die Umsetzung der

---

<sup>520</sup> Bernitt, Hartwig: Kriegsende und erste Nachkriegsjahre, in: Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte, Forum, Heft 67, März 1999, 38.

<sup>521</sup> Vgl. Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht, Bremen 2001, 35.

<sup>522</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 707.

<sup>523</sup> Müller, Marianne/Müller, Egon-Erwin: “... stürmt die Festung Wissenschaft!” Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1953, Reprint 1994, 109f.

ideologischen und politischen Vorgaben der Staatsführung war an der Universität in erster Linie die SED-Betriebsgruppe.<sup>524</sup>

Ihre zentrale Aufgabe sollte darin bestehen, die FDJ-Studentengruppe als politisch-ideoideologischem Organisationsfaktor und den Studentenrat in der ihm zgedachten Aufgabe als Vertreter der sozialen Interessen der Studenten und ideologischem Kommunikator im Sinne der politischen Ziele der SED miteinander zu koordinieren:

“Die SED-Betriebsgruppe ist das Bindeglied zwischen diesen beiden überparteilichen Gruppen. Sie sorgt dafür, dass in ihnen die Interessen der SED in genügendem Maße vertreten sind.“<sup>525</sup>

Im Kleinen Politischen Wörterbuch wird die Jugendpolitik bezeichnet als ein “fester Bestandteil der Gesamtpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.”<sup>526</sup>

Diesem formalen Ziel entsprechend sollte mit der “Freien Deutschen Jugend”, die im März 1946 von der SMAD zugelassen wurde<sup>527</sup>, eine Massenorganisation geschaffen werden, deren Zielsetzung darin bestehen sollte, die Jugendlichen im Sinne der “[...] Ideen des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus [...]”<sup>528</sup> zu erziehen. Dabei unterlag die FDJ von Beginn an dem führenden politischen Willen der führenden Staatspartei SED.<sup>529</sup>

Gleichzeitig war die FDJ bis Mitte 1948 aber auch, von der politischen Führung noch geduldet, ein Anziehungs- und Sammelpunkt für alle unparteilichen Jugendlichen, die nach dem Zusammenbruch Deutschlands nach Perspektiven für einen demokratischen und freiheitlichen Neuanfang suchten.<sup>530</sup> Sie war also durchaus kein “Ferment der Desintegration.”<sup>531</sup> Ihre Mitglieder, wie Arno Esch, Hartwig Bernitt und Friedrich-Franz Wiese, wollten vielmehr konstruktiv-politisch am gesellschaftlichen Neuaufbau und Wandel in der SBZ mitwirken. Arno Esch setzte sich noch 1949, als die SED bereits auf dem Wege war, auf dem Boden der FDJ die sogenannten “Jungen Pioniere” als sozialistische Jugendkaderschmiede der Partei

---

<sup>524</sup> Ebd.

<sup>525</sup> Undatierter Bericht über eine Entschliessung vom 26.02.1947, LHAS, 10.34-1, 501, Bl. 14.

<sup>526</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 460.

<sup>527</sup> Stephan, Gerd-Rüdiger/ Herbst, Andreas u.a. (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, 485.

<sup>528</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 279.

<sup>529</sup> Herms, Michael: Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: Stephan, Gerd-Rüdiger u.a. (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, 491.

<sup>530</sup> Bernitt, Hartwig: Kriegsende und erste Nachkriegsjahre, in: Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte, Forum, Heft 67, März 1999, 32.

<sup>531</sup> Lenk, Kurt: Methodenfragen der politischen Theorie in: Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 977ff.

aufzubauen<sup>532</sup>, dafür ein, auf der Basis des Liberalismus als integrierender Kraft eine pluralistisch orientierte Jugendbewegung gemeinsam mit der *ursprünglichen* Freien Deutschen Jugend als Jugendring ins Leben zu rufen.<sup>533</sup> Sein übergeordnetes Ziel war es dabei, mit dem Mittel der freien demokratisch-vermittelnden Zusammenarbeit das Grundprinzip der kommunistisch-sozialen Revolution, die sich nach Rosa Luxemburg “[...]nur im beständigen *Kampf* mit der bestehenden Ordnung [...]”<sup>534</sup> entfalten konnte, politisch zu überwinden.<sup>535</sup>

Zweiundvierzig Jahre später sollte dieser Versuch der gemeinsamen demokratisch-realistischen Reform in Gestalt des sogenannten “Runden Tisches” als politische Basis für den freiheitlich-demokratischen Neuanfang in der sich immer mehr dem Ende neigenden SED-Diktatur dienen.<sup>536</sup>

Die SED erkannte Anfang des Jahres 1947, dass ihr Vorhaben, die sogenannten Volksstudenten, die alle Arbeiter- und Bauernfamilien entstammten, an der Universität Rostock als feste ideologische Größe und Rückhalt der Partei zu etablieren, zu scheitern drohte, dass zwischen den “Volksstudenten” und den anderen bürgerlichen Studenten ein sehr angespanntes Verhältnis herrschte.<sup>537</sup> Der Kreisleitung der FDJ Rostock wurde von der SED-Gruppe eine nicht geringe Verantwortung an diesem Dilemma zugewiesen:

“Der Meinung der SED-Gruppe nach trägt die Kreisleitung der FDJ Rostock ein erhebliches Maß Schuld an diesem Mißverhältnis. Die Vorstudenschüler, die fast ausnahmslos sämtlich Mitglieder der FDJ sind, werden von die sehr stark beeinflusst und leider, wie das in vielen Fällen geschehen ist, gegen die übrige Studentenschaft ausgespielt.”<sup>538</sup>

Der Vorwurf der SED-Gruppe an die FDJ deutet darauf hin, dass 1947 bereits offenbar ein politischer Riss zwischen einer kompromisslosen FDJ-Bewegung

---

<sup>532</sup> Vgl. hierzu den Artikel “LDP und der Verband Junge Pioniere” vom 15.03.49 in “Sächsisches Tagblatt”, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 72.

<sup>533</sup> Esch, Arno: Auf falschem Wege! Eine Antwort an Herrn Waldemar Borde. Von Arno Esch - Rostock. Landesjugendreferent der LDP, dokumentiert in: Köpke/Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 232.

<sup>534</sup> Vgl. Luxemburg, Rosa: Sozialreform und Revisionismus, in: Schriften zur Theorie der Spontaneität, hrg. von Susanne Hillmann, Reinbeck 1970, 65, zit. nach: Lenk, Kurt: Probleme der Demokratie, in: Lieber, Hans J. (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 978.

<sup>535</sup> Esch, Arno: Auf falschem Wege! Eine Antwort an Herrn Waldemar Borde. Von Arno Esch Rostock. Landesjugendreferent der LDP, dokumentiert in: Köpke/Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 233.

<sup>536</sup> Vgl. de Maiziere, Lothar: Der Wille zu einer gemeinsamen Zukunft, in: Appel, Reinhard (Hrsg.): Einheit die ich meine. 1990 -2000, Köln 2000, 148.

<sup>537</sup> Vgl. dazu den Bericht über die gegenwärtige Situation der Rostocker Universität [undatiert, vermutlich aber Anfang 1947 erstellt], LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 22.

<sup>538</sup> Ebd., 23.

einerseits und der an der Universität führen-den SED-Gruppe andererseits klaffte. Während einige leitende politische Aktive in der FDJ offensichtlich danach strebten, die Spaltung innerhalb der Studentenschaft möglichst rasch zugunsten der kommunistischen *Ideologie* voranzutreiben, beharrten die Vertreter der Partei SED darauf, zugunsten ihres langsamen sukzessiven *Machtausbaus* Stillschweigen zu bewahren, was die Offenlegung der ideologischen und politischen Ziele in der SBZ anbetraf.

Stellt man vor diesem Hintergrund die Frage nach den Besonderheiten der gewaltsamen Diktatur Stalins in der SBZ und in der frühen DDR, so ist sicherlich die starke Indifferenz zwischen den Sicherheitsorganen Stalins und der SED einerseits und andererseits die Indifferenz zwischen der SED und der von ihr gelenkten Organisationen zu nennen.

## **9. Die Bedeutung des Begriffs des “Klassenkampfes”**

Die ideologischen Gegner der SED, die sich seit 1948 an den Universitäten, in den Schulen und in den kirchlichen Organisationen im Osten Deutschlands zusammenfanden, wurden von den Sowjets und der SED hineingezwungen in einen äußeren Kreislauf politischer und sozialer Gewalt, den sie auch durch Flucht und Widerstand nicht zu durchbrechen vermochten. Flucht und offener Widerstand gegen das Regime hatten aller Regel seit 1946 Zuchthaus, Deportation, Tod und Sippenhaft zur Folge. Hatte die sowjetische Führung mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands einen *äußeren* Sieg über Hitler-Deutschland errungen, so wollte sie in der östlichen Besatzungszone also *seit* 1945 den Kampf auf der inneren politischen Ebene in der SBZ fortsetzen.<sup>539</sup> Andreas Hilger übernimmt in seiner Untersuchung zu Motiven, Zielen und Aktivitäten der Stalinistischen Sicherheitsorgane, die diesen Folgekampf in der SBZ durchführten, von Falco Werkentin grundlegend den Begriff “Repressionsapparate” sowie die von ihm getroffene Definition:

“Der in der neueren Forschung bevorzugte Begriff “Repressionsapparate” markiert die inhaltliche Gegenposition zu sowjetischen (und manchen postsowjetischen) Selbstdarstellungen: Er impliziert den Einsatz sowjetischer Organe zur Unterdrückung politischer Gegner der UdSSR und der KPD/SED, der indirekt oder

---

<sup>539</sup> Hilger, Andreas: Einleitung: Smert’ Spionam! Tod den Spionen! Todesstrafe und sowjetischer Justizexport in die SBZ/DDR, 1945 -1955, in: Hilger, Andreas (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung.) Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 17f.

gezielt dem Herrschaftsinteresse der neuen ostdeutschen Eliten bei Aufbau und Konsolidierung der DDR diene.“<sup>540</sup>

Für die Analyse und Einordnung der Motivationen, Aktivitäten und Ziele der nichtkommunistischen politischen Gegnerschaft in der SBZ und in der frühen DDR [und im Besonderen für die politische Zielsetzung der Liberalen um Arno Esch] erweist sich diese Definition jedoch aber aufgrund mehrerer Aspekte als nicht sinnvoll. Im Weiteren soll diese Hypothese näher ausgeführt und begründet werden. Das Vorgehen der sowjetischen Sicherheitsorgane in der SBZ seit Kriegsende war grundlegend bestimmt durch die von Joseph Stalin bereits im Januar 1933 ausgegebene Direktive, die Beseitigung des “Klassenfeindes” müsse durch die *Verschärfung* des Klassenkampfes und nicht etwa auf friedlichem Wege durchgeführt werden.<sup>541</sup>

Der Begriff des “Klassenkampfes” spielt für die Untersuchung der Beziehung zwischen den Schergen des Stalinistischen Macht- und Gewaltapparates und den Gegnern der Politik Stalins in der SBZ eine spezifische Rolle. Nach Lesart des Marxismus-Leninismus war der Klassenkampf die “entscheidende unmittelbare Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung in allen antagonistischen Klassengesellschaften.”<sup>542</sup> Selbstredend konnte und musste dieser Kampf der Klassen nur von der Arbeiterklasse als “revolutionärste Klasse in der Geschichte der Menschheit”<sup>543</sup> ausgehen, die durch das kapitalistische System der “Sklavenhaltergesellschaft”<sup>544</sup> ausgebeutet wurde. Um ihr System der Ausbeutung zu tarnen, so die kommunistische Auslegung weiter, würden die Kapitalisten den Begriff der Freiheit enthistorisieren, “[...] um ihm reaktionäre, imperialistische Inhalte unterschieben zu können.”<sup>545</sup> Durch diese politisch-ideologische Umdeutung wurden insbesondere die politische Aktivitäten von liberalen Politikern wie Arno Esch, die dieses Dogma des revolutionären Klassenkampfes mit dem liberal-demokratischen Mittel eines geistig-

---

<sup>540</sup> Siehe hierzu Hilger/Schmeizner/Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 -1955, Göttingen 2006, 150.

<sup>541</sup> Pravda vom 10. 01. 19153, in: I. V. Stalin, Socinenija, Band 13, Moskau 1951, 211, zit. nach: Petrov, Nikita: Die Todesstrafe in der UdSSR Ideologie, Methoden. Praxis. 1917 -1953, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953(Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 43.

<sup>542</sup> Vgl. zum Begriff des“ Klassenkampfes”: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 486ff.

<sup>543</sup> Vgl. ebd., 62.

<sup>544</sup> Vgl. ebd., 860.

<sup>545</sup> Vgl. ebd., 282f.

politischen Disputs<sup>546</sup>, zu überwinden suchten, durch die SED und die sowjetische Führung in das Zwielficht neofaschistisch-nationalsozialistischer, gegen den Kommunistischen Staat der UdSSR und die DDR gerichteten Propaganda, gerückt.<sup>547</sup>

Kommunismus wurde definiert als “[...] die volle und endgültige Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse und damit das Ziel der kommunistischen Bewegung.”<sup>548</sup> Joseph Stalins Politik zielte jedoch die ideologische und politische Loslösung von dieser Bewegung und Gesellschaftsformation des Kommunismus<sup>549</sup>.

Es war daher für die politischen Häftlinge wie Arno Esch, Hartwig Bernitt und Friedrich-Franz Wiese unmöglich, in den Prozessen zu beweisen, dass sich ihre Aktivitäten nicht gegen den Staat der Sowjetunion und die DDR, sondern einzig gegen die Abschaffung der Grundlagen einer freien, demokratisch verfassten Gesellschaft<sup>550</sup> und den ideologischen Missbrauch des Rechts<sup>551</sup> richteten. Hinweise auf die Pflicht der Justiz, das Recht dürfe doch weder ideologisch noch politisch instrumentalisiert werden, wurden vor dem Sowjetischen Militärgericht in Schwerin als unlogischer bürgerlicher “Spruch”<sup>552</sup> zurückgewiesen, so Friedrich-Franz Wiese in den “Erinnerungsresten.”

Die inhaltliche Entwicklung, die sich während der Vernehmungen der politischen Gefangenen im Schweriner Untersuchungsgefängnis vollzog<sup>553</sup>, zeigt, dass die politischen Gefangenen wie Arno Esch und Friedrich-Franz Wiese gleichermaßen Vorwand und Opfer im Kontext der Zielumsetzung Stalins waren. Stalin wollte das Leninsche Prinzip eines “demokratischen Zentralismus”, dessen Kerngedanke ursprünglich die Überwachung der Einhaltung demokratischer Prinzipien in einer oligarchischen Herrschaftssystem durch die Plattform der Partei [die

---

<sup>546</sup> Esch, Arno: Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus, dokumentiert in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit, 2. Auflage, Rostock 1997, 172.

<sup>547</sup> Vgl. den Gegenartikel der “Landeszeitung” der SED Nr.159, vom 09. 07. 1949, der sich gegen Arno Eschs Artikel “Freiheit und Eigentum” vom 07.07.49 wendet, dokumentiert in: Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Dannenberg 1994, 131.

<sup>548</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 500.

<sup>549</sup> Ebd.

<sup>550</sup> Vgl. Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12.04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, 1.

<sup>551</sup> Vgl. Wiese, Friedrich-Franz: Aus den “Erinnerungsresten” an Arno Esch, in: KONTINENT, Ost-West-Forum, Heft 2/1991, 91.

<sup>552</sup> Ebd., 90f.

<sup>553</sup> Vgl. hierzu das Schreiben Friedrich-Franz Wieses an den damaligen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow vom 04.12.1988, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS -HA XX, Nr. 18321, 4.

Kommunistische Bewegung] gewesen war<sup>554</sup>, aus autokratischem Machtkalkül heraus außer Kraft setzen. Friedrich-Franz Wiese hat auf dieses Faktum in seinem Schreiben an Michael Gorbatschow 1988 hingewiesen, als er um die Rehabilitation Arno Eschs und seiner Mitgefangenen gebeten hat:

“Zu meinem größten Erstaunen spielten unsere politischen Aktivitäten in den Verhören nur zu Beginn der Untersuchung eine Rolle, später wurden sie überhaupt nicht mehr erwähnt. Meine Hinweise auf unsere rein politische Aktivität wurden als “Ablenkungsmanöver” vom Tisch gewischt. Dagegen wurde versucht, aus uns eine Spionage- und Sabotagegruppe zu machen, die es nie gegeben hat.”<sup>555</sup>

Dadurch, dass die sowjetische Militärführung die jungen politischen Gefangenen, die alle Mitglieder der LDP-Mecklenburg waren, mit dem Mittel der Verleumdung herabstufte auf das Niveau einer primitiven anarchistisch-revolutionären Bewegung, die außerhalb der politischen “Ordnung” gegen den Staat agierte und der übrigen “freien” Gesellschaft angeblich feindlich gegenüber stand, sollte den letzten Fürsprechern für einen tatsächlich freien bürgerlich-demokratischen Staat ihre völlige politische Niederlage gegenüber der Kommunistischen Führungsmacht vor Augen geführt werden. Parallel zu den schweren psychologischen und physiologischen Misshandlungen, denen die Häftlinge<sup>556</sup> ständig ausgesetzt waren, um letztendlich im Geheimen nach ihrem gewaltsamen Tod “[...] buchstäblich zu Abfall fall herabgewürdigt und entsorgt [...]”<sup>557</sup> zu werden, sollte durch ihre Herabwürdigung zu gewaltsamen Anarchistengruppen und zu Feinden des Staates vor allem die völlige Zerstörung der Persönlichkeit der Gefangenen erreicht werden. Die Justiz setzte somit die bereits vor 1945 eindeutig von Stalin getroffene Entscheidung für die völlige Auslöschung aller angeblichen “Führungseliten” des NS-Regimes<sup>558</sup> exemplarisch auch an den jungen politischen Gefangenen aus der deutschen Besatzungszone um. Der von Hermann Weber vertretenen These, als grundsätzliches Merkmal der Gewaltpolitik Stalins sei “[...] die Ambivalenz

---

<sup>554</sup> Lieber, Hans-Joachim: Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: Derselbe (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 920f.

<sup>555</sup> Vgl. hierzu das Schreiben Friedrich-Franz Wieses an den damaligen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow vom 04.12.1988, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS -HA XX, Nr. 18321, 4.

<sup>556</sup> Hilger, Andreas: Strafjustiz im Verfolgungswahn. Todesurteile sowjetischer Gerichte in Deutschland, in : Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 96f.

<sup>557</sup> Vgl. ebd., 99f.

<sup>558</sup> Vgl. V.A. Nevezin, Zastol' nye reci Stalina. Dokumenty i materialy, Moskau 2003, 354, zitiert nach: Hilger/Schmeizner/Vollnhalt (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 -1955, Göttingen 2006, 365.

zwischen Theorie und Praxis [...]”<sup>559</sup>, anzusehen möchte ich also an dieser Stelle widersprechen.

### **9.1 Faschismus und Stalinistischer “Antifaschismus”: Gleiche oder ungleiche “Brüder” ?**

In der Forschung wird der Vergleich des historischen Phänomens des “Faschismus” mit dem stalinistischen “Antifaschismus” nur sehr selten angestellt. Oft wird deshalb der stalinistische Stalinistische “Antifaschismus”, im Spiegel des Nationalsozialistischen Faschismus, reduziert auf die These, Stalins “Antifaschismus” entspreche einer Autokratie, weil er die Gesellschaften, die er unterjocht habe, einerseits ihrer innergesellschaftlichen Freiheit beraubt habe.<sup>560</sup> Andererseits habe er aber, wie alle Autokraten, eine “[...] reale Begrenzung staatlicher Macht zugunsten bestimmter Privaträume für Individuen und “organische” Vermittler [...]”<sup>561</sup> zugelassen.

Die Schwierigkeit, die Politik der Sowjets in der SBZ und der SED in der frühen DDR dem Totalitarismus zuzuordnen oder aber vom Totalitarismus abzugrenzen, liegt *einerseits* gerade darin, dass der politische Schlüsselbegriff des Antifaschismus historisch und formal unlösbar mit dem gewaltsamen Unterdrückungsmechanismus der Politik Adolf Hitlers verknüpft ist. Friedrich Franz Wiese hat am 24. Juli 2006 in seiner Rede zum Gedenken an die Hinrichtung von Arno Esch und seinen Freunden in Moskau auf eindeutige äußere Parallelen zwischen beiden Regimen hingewiesen:

“Die neu entstehende Diktatur weckte fatale Erinnerungen an die gerade untergegangene. Zwar hatte sie andere Zielvorstellungen, aber die zu deren Durchsetzung angewandten Methoden waren zumindest vergleichbar: Vergottung der Führungsperson, Pressezensur, Rede- und Schreibverbote, Einschüchterung, Verhaftungen bei Nacht und Nebel, Weiterbetrieb ehemaliger Nazi-KZs als <Sonderlager>, um nur einige Beispiele zu nennen.”<sup>562</sup>

Andererseits versuchte die SED ihre Ideologie immer wieder zu legitimieren, indem sie versuchte nachzuweisen, dass besonders einzelne Vertreter der nicht-kommunistischen bürgerlichen Parteien die durch die “sowjetische Brudernation” eingeleitete neue demokratische Öffnung nur ausnützen würden, um die zerstörten ideologischen Machtgrundlagen des Nationalsozialismus politisch zu erneuern:

---

<sup>559</sup> Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 26f.

<sup>560</sup> Vgl. Paxton, Robert O: Die fünf Stadien des Faschismus, in: Mittelweg 36 1/2007, 76.

<sup>561</sup> Ebd.

<sup>562</sup> Vgl. die Gedenkrede Friedrich-Franz Wieses zum 55. Jahrestag der Hinrichtung Arno Eschs vom 24.07. 2006.

“In der ersten Zeit nach dem furchtbaren Kriege wagte es niemand in der Ostzone, dieses blut-und schmachbedeckte monopolistische System zu verteidigen, wenigstens nicht öffentlich. In den letzten Monaten mehrten sich jedoch die Versuche, dieses System nicht nur zu rechtfertigen, sondern es gewissermaßen zu dem idealen und allein richtigen zu erklären.”<sup>563</sup>

Falco Werkentin hat 1997 die These vertreten, dass das Dogma des Stalinistischen Antifaschismus seine Wurzeln in der Zielsetzung der Kommunisten gehabt habe, eine “Nahezu“-Synonymität” des bürgerlichen Kapitalismus mit dem Nationalsozialismus zu vermitteln.<sup>564</sup> Hierdurch sei in der Konsequenz auch der nachfolgende sogenannte “sozialistische Aufbau” ideologisch gerechtfertigt worden:

“In der Nahezu-Gleichsetzung von bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft nationalsozialistischer Diktatur lag die Schnittstelle, über die Antifaschismus und sozialistischer Aufbau ideologisch verbunden waren.”<sup>565</sup>

Solch eine Argumentation berücksichtigte aber nur die vordergründigen historischen Tatsachen und trägt so nicht zur Klärung der Frage bei, welche spezielle Rolle *Faschismus* und *Terror* für die Politik des Kommunisten Stalin in der SBZ und in der frühen DDR spielten. Und so erfüllte sich, unbeabsichtigt, im Nachhinein noch einmal das propagandistische Ziel der SED, die seit ihrer Gründung 1946 bestrebt war, eine lückenlose negative historische Kontinuität und ideologische Übereinstimmung zwischen der faschistischen Politik Hitlers und der Politik der Liberal-Demokratien zu ziehen. Ausgeklammert wurden von Falco Werkentin auch die allgemeinen historischen Entstehungsbedingungen des Antifaschismus, deren Analyse jedoch bereits weit vor der Entstehung des Nationalsozialismus einsetzen muss.<sup>566</sup>

Die Hinterfragung der widersprüchlichen politischen Handlungen und Methoden der Stalinisten insbesondere in SBZ erübrigte sich aufgrund dieses verkürzten methodischen Ansatzes. Andererseits wurden die Aktivitäten der liberalen politischen Gegnerschaft hinsichtlich des Aufbaus einer auf tatsächlicher Freiheit gründenden demokratischen Staatsordnung nicht nur verkannt, sondern im negativen Sinne gänzlich missinterpretiert. So geht etwa der Historiker Roger Engelmann von der Grundannahme aus, dass “[...] Aktivitäten zur militärischen Schwächung der

---

<sup>563</sup> Vgl. den Gegenartikel der “Landeszeitung” der SED Nr.159, vom 09. 07. 1949, der sich gegen Arno Eschs Artikel “Freiheit und Eigentum” vom 07.07.49 wendet, dokumentiert in: Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig: Arno Esch. Eine Dokumentation (Verband Ehemaliger Rostocker Studenten), Dannenberg 1994.

<sup>564</sup> Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1997, 157ff.

<sup>565</sup> Ebd., 158.

<sup>566</sup> Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 12.

Sowjetunion und der DDR damals von Regimegegnern häufig noch als selbstverständlicher Teil ihres Widerstandshandelns begriffen wurden.”<sup>567</sup> Der sogenannten bürgerlichen politischen Gegnerschaft in der SBZ und in der frühen DDR wird also unterstellt, dass ihre Anhänger ebenso nur aus *äußeren* machtpolitisch-ideologischen Erwägungen gehandelt hätten wie das kommunistisch-sozialistische Regime von SMAD und SED, das sie bekämpfte. Es ging für Teile der bürgerlichen Blockparteien in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten Stalins jedoch um etwas wesentlich bedeutsameres als einen reinen äußeren machtpolitischen Gewinn. Teile der neuen Liberalen zielten vielmehr darauf ab, die politische und soziale Dynamik des Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess des 19. Jahrhunderts, den die Nationalsozialisten auf den schrecklichen Höhepunkt der Inhumanität getrieben hatten, zu ersetzen durch einen freiheitlich-sozialen Wandel innerhalb der Gesellschaft, den jeder Bürger seiner Individualität entsprechend mit gestalten können sollte:

“Weil der Liberale alles vom Zentrum der Welt, vom Menschen, und nicht wie der reine Demokrat vom Zentrum der Volksgemeinschaft (man bedient sich hier unwillkürlich eines aus früherer Zeit in fataler Weise bekannten Begriffes) betrachtet, begegnet er mit gespanntem Mißtrauen dem Dogma, daß sich das ganze menschliche Leben nach dem Vorbilde der Technik und der Maschine organisieren lassen müsse.”<sup>568</sup>

## **9.2 Die Widerlegung des Begriffs der Transformation**

Grundlegend für die Forschungsdiskussion über das Problem der Bedeutung und Funktion der sogenannten Blockparteien in der SBZ und in der frühen DDR ist vor allem die Hypothese Hermann Webers, der für die Etablierung der politischen Herrschaft der Sowjets und der SED bis 1953 den Begriff des “Transformationsprozesses”<sup>569</sup> benutzt hat. Hermann Weber definiert diese Transformation als einen schrittweise vollzogenen politischen Entwicklungsvorgang, an dessen Ende die wenigen freien Handlungsmöglichkeiten der nichtkommunistischen Parteien von der SED völlig aufgerieben und die bürgerlichen Parteien zu ideologischen “Transmissionstriemen”<sup>570</sup> geworden seien. Dieser von Hermann Weber angenommene

---

<sup>567</sup> Engelmann, Roger: Ost-West-Bezüge von Widerstand und Opposition in der DDR der fünfziger Jahre, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht -Ohnmacht -Gegenmacht, Bremen 2001, 172.

<sup>568</sup> Vgl. hierzu den Artikel “ Der politische Liberalismus “aus dem politischen Hauptinformationsblatt der LDP, dem “Morgen”, vom 06.01.1949, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792.

<sup>569</sup> Vgl. Weber, Hermann: Zur Rolle des Terror im Kommunismus, in: Weber/Mählert: Verbrechen im Namen der Idee, Berlin 2007, 11ff.

<sup>570</sup> Ebd.

Hypothese einer geradlinigen Entwicklung, die sich, nicht nur nach seiner Meinung, vom politisch-ideologischen Umbau bis zur totalitären Vereinnahmung der DDR-Gesellschaft vollzogen haben soll, verliert bei einer tiefergehenden Analyse der von den Sowjets zu verantwortenden politischen Vorgänge in der SBZ an Schlüssigkeit. Ausgerechnet Hermann Weber selbst hat, im Hinblick auf die Bedeutung des Begriffes "Terror" im Stalinismus, den wissenschaftlichen Ansatz geliefert, auf dessen Grundlage die kritische Überprüfung seiner "Transformationsthese" möglich wird:

"Terror war kommunistischen Diktaturen, insbesondere dem Stalinismus, immanent. Allerdings ist Kommunismus nicht auf Terror zu reduzieren. Er war sowohl eine radikale Bewegung als auch ein gewaltsames Herrschaftssystem."<sup>571</sup>

Der Kommunismus als radikale Bewegung<sup>572</sup> geriet in der SBZ an seine Grenzen, weil er völlig unter dem Diktat der Radikalisierung durch Stalin stand.

### **9.3 Der innere Widerspruch des radikalen Kommunismus unter Stalin**

In einem Aufsatz über die Geschichte der Bundesrepublik stellt der Historiker Peter Steinbach fest, dass das politische Identitätsbild der Deutschen in West und Ost 1945 gespalten gewesen sei in ein konservativ-nationales und ein antikonservatives Staatsverständnis:

"War für die westdeutsche Seite die Betonung der staatlichen Kontinuität wichtig, so verkörperte die DDR im Bewußtsein ihrer Bürger nicht selten einen grundlegenden Neubeginn."<sup>573</sup>

Für große Teile der Jugendlichen und Studenten in der SBZ indes kann diese These keine Geltung finden. Die Besetzung der Ostzone durch die Sowjet-Armee und das Verhalten der Besatzer desillusionierte viele junge Menschen, die sich einen staatlichen Neubeginn unter völliger Freiheit von ideologisch-politischen Zwängen erhofft hatten<sup>574</sup>.

---

<sup>571</sup> Weber, Ulrich/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin 2007, 12.

<sup>572</sup> Vgl. ebd.

<sup>573</sup> Steinbach, Peter: Im Schatten der Vergangenheit. Die Geschichte der Bundesrepublik, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 49. Jahrgang, Heft 189, 1. Quartal 2009, 88.

<sup>574</sup> Moeller, Peter: ...sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945 -1955 [Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)], Rostock 1999, 11.

Die Sowjets strebten jedoch 1945 langfristig politisch die Errichtung eines kommunistischen Staates Stalinistischer Prägung auf deutschem Boden an<sup>575</sup>. Kennzeichen dieser autoritären Ergreifung der politischen Macht über die Gesellschaft waren in den Jahren insbesondere in den Jahren 1945 und 1946 die unberechenbaren Gewaltmaßnahmen, mit denen die sowjetische Besatzungsarmee willkürlich gegen *Kinder* und *Jugendliche* an den Schulen in der SBZ vorging<sup>576</sup>. Durch die “Inszenierung” von angeblich faschistisch motivierten Straftatbeständen wollten die Sowjets von Beginn an “von unten” die gesellschaftlichen Grundlagen für die Durchsetzung ihres antifaschistisch-demokratischen Aufbaus<sup>577</sup> manifestieren. An dieser Stelle sei an Hannah Arendt erinnert, die die Hypothese vertreten hat, dass totalitäre Machthaber vor nichts mehr Respekt hätten, “[...] als daß *Terror* sich eines Tages als überflüssig erweisen könnte[...]<sup>578</sup>”

Aber gerade die Taktik der sowjetischen Besatzungsmacht, ideologische Straftaten selbst willkürlich vorzutäuschen, um beständig “verurteilen”<sup>579</sup> zu können, trug nicht nur dazu bei, die “Interaktion von Staat und Gesellschaft”<sup>580</sup>, also den Widerstand gegen die eigene Politik, *anzustacheln* und zu *lenken*. Es führte auch dazu, dass die politischen Widersprüche innerhalb der Gesellschaft zwar *äußerlich* unterdrückt<sup>581</sup> wurden; gleichzeitig setzte aber auch die *innere* kritische Reflexion über den handelnden Machtapparat auch bei der *eigenen* deutschen kommunistischen Parteijugend ein<sup>582</sup>.

---

<sup>575</sup> Vgl. hierzu die Einleitung von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Clemens Vollnhals in: Dieselben (Hrsg.) *Sowjetisierung oder Neutralität?*, Göttingen 2006, 18.

<sup>576</sup> Moeller, Peter: ...sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945 -1955 [Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)], Rostock 1999, 13.

<sup>577</sup> Ebd.

<sup>578</sup> Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, 12. Auflage, Januar 2008, München 2008, 825.

<sup>579</sup> Vgl. hierzu den Zeitzeugenbericht des ehemaligen Schülers der John-Brinckman-Schule, Joachim Rebs, über seine Einvernahme im Untersuchungsgefängnis in Güstrow wegen des Vorwurfs der “Werwolf”-Aktivität, in: Moeller, Peter: ...sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckmann-Schule in Güstrow 1945 -1955 [Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)], Rostock 1999, 13.

<sup>580</sup> Bonwetsch, Bernd: *Der Stalinismus in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Zur Deformation einer Gesellschaft*, in: Weber, Herrmann/Mählert, Ulrich (Hrsg.): *Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938*, Berlin, 2007, 44.

<sup>581</sup> Esch, Arno: *Nationalität und Weltanschauung. Kritische Bemerkung zur geistigen Situation des deutschen Liberalismus*, dokumentiert in: Köpke, Horst/ Wiese, Friedrich-Franz: *Mein Vaterland ist die Freiheit*, 2. Auflage, Rostock 1997, 186.

<sup>582</sup> Vgl. zur Kritik an der Parteipolitik der SED das Schreiben des SED dominierten Studentenausschusses der Uni Rostock vom 19. Dezember 1946, LHAS, 10. 34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 2.

Das Problem der sowjetischen Besatzungsmacht und damit der Sozialistischen Einheitspartei lag also darin, dass sie einerseits zwar in der Lage waren, Anarchie<sup>583</sup> in der Gesellschaft *bewusst* auszulösen, also den Widerstand zu instrumentalisieren. Auf der anderen Seite konnten sie gerade durch Gewalt nicht verhindern, dass sich aus dem Drang der Gesellschaft, am Aufbau eines neuen, tatsächlichen anti-faschistischen freien Staatswesens mitzuwirken<sup>584</sup>, über alle ideologischen Grenzen hinweg, eine politisch-freiheitliche Gegenbewegung entwickelte<sup>585</sup>. Der innergesellschaftliche politisch-freiheitliche Widerstand gerade der Jugend in der SBZ und in der frühen DDR hat somit nicht nur das ideologische “[...]Phantasma der angeblichen Aufhebung antagonistischer Widersprüche entlarvt, [...]”<sup>586</sup> Er hat vor allem das Defizit des Stalinismus offengelegt, keine *reale innerstaatliche* grundfreiheitliche<sup>587</sup> Gesellschaftsordnung schaffen zu wollen, deren Mitglieder selbsttätig an der Gestaltung eines freien und gerechten Staates hätten mitwirken können.

Der Widerspruch des radikalisierten Kommunismus Stalins lag also darin, die Gesellschaft einerseits zwar mit Gewalt *ideologisch* lenken zu wollen, andererseits aber keinerlei Interesse daran hatte, wenigstens “[...] eine begrenzte Macht des Volkes [...]”<sup>588</sup> zuzulassen, um seinen Machtanspruch den realen sozial und gesellschaftlich vorherrschenden Bedingungen anzupassen. Hermann Weber bezeichnete den Stalinismus innerhalb der UdSSR einmal als eine “[...] allumfassende Diktatur mit Absolutheitsanspruch.”<sup>589</sup> Im Vergleich mit dem Stalinismus in der SBZ möchte ich diese These aufgreifen. Die sowjetische Militäradministration protektionierte in der SBZ und in der frühen DDR eine schrankenlos-gewaltsame, von ideologischem Fanatismus bestimmte egozentrische

---

<sup>583</sup> Der Begriff der “Anarchie” soll an dieser Stelle positiv verwendet werden im Sinne der gerechtfertigten Auflehnung gegen die Unterdrückung und Ungerechtigkeit der SMAD und der SED und nicht im Sinne eines rechtswidrigen Vorgehens gegen den Staat der DDR, der nachweislich ein Unrechtsstaat war.

<sup>584</sup> Vgl. das Schreiben des SED dominierten Studentenausschusses der Uni Rostock vom 19. Dezember 1946, LHAS, 10. 34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 2.

<sup>585</sup> Vgl. dazu die vertrauliche Entschließung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen [undatiert, vermutlich aber Anfang 1948, zum Ende des WS 1947/48 erstellt], LHAS, 10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 29.

<sup>586</sup> Neubert, Erhart: Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt, in: Derselbe/Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht-Ohnmacht-Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001, 372.

<sup>587</sup> Mit dem Begriff der “Grundfreiheit” beziehe ich mich an dieser Stelle auf Charles de Montesquieu, der politische Freiheit definiert hat als die Pflicht der Regierungen, Beziehungen der gegenseitigen Akzeptanz der Freiheit in einer Gesellschaft zu gewährleisten.

<sup>588</sup> Paxton, Robert O: Die fünf Stadien des Faschismus, in: Mittelweg 36 1/2007, 75ff.

<sup>589</sup> Vgl. Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Derselbe/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin 2007, 24.

Diktatur ohne festes politisches Ziel und ohne festen Gesellschaftskern. Für die Sozialistische Einheitspartei in Mecklenburg bedeutete dies zum Beispiel, von Anfang an ständig um die politische Macht in einer traditionell konservativ gewachsenen Realgesellschaft kämpfen zu müssen<sup>590</sup>.

### 9.3.1 Der Begriff "Totalitarismus"

Betrachtet man die wissenschaftliche Diskussion um eine adäquate geschichtliche Einordnung und Bewertung des Totalitarismusbegriffes, wie sie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Deutschland und Europa geführt worden ist, so lässt sich eine augenscheinlich paradoxe Entwicklung feststellen. Wurde der Totalitarismusbegriff unter dem Eindruck der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus zunächst zu Recht klar identifiziert als Inbegriff der systematischen Vernichtung politischer und menschlicher Freiheit,<sup>591</sup> und der Auslöschung aller Ideale menschlicher Humanität<sup>592</sup>, so verlagerte sich der Schwerpunkt des wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses seit Mitte der fünfziger Jahre immer mehr auf die Frage, welche freien Handlungsmöglichkeiten politisch Andersdenkende in autoritären geschlossenen Herrschaftssystemen eigentlich tatsächlich gehabt hatten.<sup>593</sup>

Der Totalitarismusbegriff erfuhr ausgerechnet im Kontext der kommunistischen *Machtverfestigung*, die beispielweise auch die SED im Zuge der Gründung der DDR seit 1949 betraf, eine gewisse Relativierung, als von Seiten europäischer Intellektueller politische Aufstandsversuche gegen den Kommunismus bereits als Hinweise auf den möglichen ideologisch-politischen Niedergang des kommunistischen Systems angesehen wurden.<sup>594</sup>

Für das Problem der Definition und Einordnung politischer Gegnerschaft bedeutete dies, dass politische Gegnerschaft jetzt als system-immanenter Bestandteil von Diktaturen eingeordnet wurden. Eine differenzierte Sicht auf das Problem politischer Gegnerschaft unter Diktaturen war so nicht mehr möglich.

---

<sup>590</sup> Vgl. hierzu den Artikel des Sächsischen Tageblatts vom 26.03. 49: "Unser Anspruch auf einen dauerhaften Frieden" bezüglich einer Rede des sächsischen Justizministers Johannes Dieckmann auf einer Versammlung der LDP in Berlin, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS -ZAIG 21792, Bl. 78.

<sup>591</sup> Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, 12. Auflage, München 2008, 695ff.

<sup>592</sup> Ebd., 944ff.

<sup>593</sup> Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert (Hrsg.): Die verdrängte Revolution, Bremen 2004, 77.

<sup>594</sup> Ackermann, Ulrike: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, Stuttgart 2000.

Bernd Eisenfeld hat die These vertreten, totalitäre Regime bereiteten sich selbst ihr Ende, indem sie dem Trugschluss erlügen, jede Kritik und Opposition aus der Gesellschaft sei gegen ihr Ziel gerichtet, die “absolute Einheit”<sup>595</sup> der Gesellschaft zu erreichen. Gewalt diene somit als einziges Mittel, die Gesellschaft zusammenzuhalten:

“Und weil eben jene absolute Verfügbarkeit [der Gesellschaft], sieht man von Tötung und Massenmord ab, nicht zu verwirklichen war, installierte der Totalitarismus den Widerspruch gegen sich selbst.”<sup>596</sup>

*Terror* wird also aus dieser Perspektive definiert als das gemeinsame innergesellschaftliche “Band” zwischen dem Regime und den Oppositionellen, durch das in sich *nicht gefestigte* politische Machtgebilde aufrecht erhalten wird. Er lehnt sich mit dieser Hypothese ganz offensichtlich an eine Grundthese der *Totalitarismustheorie* an, die besagt, dass in totalitären Staaten die Übereinstimmung von politischer Ordnung und *Gesellschaft* das alles entscheidende Charakteristikum darstelle:

“Der Begriff totalitär meint also in diesem Sinne sowohl die Ausschließlichkeit des Herrschaftsanspruchs als auch die Unbegrenztheit des Herrschaftsbereiches.”<sup>597</sup>

Aus historischer Perspektive, so meine ich, ist aber dieser politisch-gesellschaftliche Kausalzusammenhang, den Bernd Eisenfeld hintergründig zwischen den totalitären Regimen und den politischen Widerständlern knüpft, sehr wert, kritisch hinterfragt zu werden. Es werden mit der Grundthese Hans Liebers zwar präzise die beiden äußeren, wechselwirkenden radikalisierten Antipole des Demokratiebegriffes, politische Freiheit = Despotie und gesetzlich notwendig begrenzte individuelle Freiheit = Unterdrückung des Bürgers<sup>598</sup>, beschrieben. Hans Liebers grundlegende Totalitarismusdefinition<sup>599</sup> vermittelt aber den Eindruck des Plakativen und vereinfacht meines Erachtens das historisch sehr komplexe Problemfeld damit zu sehr. Auch stellt sich bezüglich des von Bernd Eisenfeld hergestellten Kausal-

---

<sup>595</sup> Vgl. Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert (Hrsg.): Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni in der deutschen Geschichte [Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik], Bremen 2004, 87.

<sup>596</sup> Ebd.

<sup>597</sup> Vgl. Lieber, Hans-Joachim: Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: Derselbe (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 883.

<sup>598</sup> Vgl. hierzu die Untersuchung Alexander Schwans zum Verhältnis von Gewaltenteilung und Freiheit am Beispiel von Montesquieus Freiheits- und Gewaltenteilungslehre, in seinem Aufsatz “Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung”, in: Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 217.

<sup>599</sup> Vgl. Lieber, Hans-Joachim: Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: Derselbe (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 883.

zusammenhangs zwischen Regime und Gesellschaft<sup>600</sup> die Frage, ob die Totalitarismusforschung den vor ihr untersuchten Begriff nicht selbst der Kritik der Widersprüchlichkeit ausliefert, wenn sie zur Norm erhebt, dass Widerstand nur dann als adäquater Widerstand gilt, wenn er *systemimmanent* ausgeübt und daher durch das Regime als bedrohliche Identitätskritik aufgefasst werden kann.

Das Beispiel der notwendig systemexternen<sup>601</sup> politischen Opposition der jungen Liberal-Demokraten um Arno Esch, die gegen die “sozialistische Demokratie” der SED und für eine freiheitliche Demokratie, gezwungenermaßen auf dem Boden der machtpolitischen Rahmenbedingungen des SED-Staates, eintraten<sup>602</sup> zeigt die Problematik der Anwendung der Hypothese Bernd Eisenfelds<sup>603</sup>.

#### **9.4 Stalins neue Form der politischen Kriegsführung in der SBZ**

Ebenso wichtig erscheint mir im Hinblick auf die Untersuchung des Stalinismus aber auch zu sein, dass Bernd Eisenfeld seiner abgeleiteten Totalitarismushypothese<sup>604</sup> ebenfalls den Begriff “Herrschaft”<sup>605</sup> zugrundegelegt. Zweifellos strebte Stalin in der SBZ die politisch-ideologische *Herrschaft* über diesen Teil der deutschen Gesellschaft an. Am Beispiel der, wenn auch mühevollen, wissenschaftlichen “Demokratisierung” der Hochschulpolitik durch die SED an der Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952 wird dies besonders deutlich.<sup>606</sup>

Andererseits ist von Stalin eine Aussage gegenüber Marshall Tito überliefert, in der er den Zweiten Weltkrieg als militärisch-politische *Zäsur* beschreibt, die ihm die Möglichkeit zur Verabsolutierung seines gewaltsamen Anspruchs auf die *Macht* in Europa eröffnen werde:

---

<sup>600</sup> Vgl. Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert (Hrsg.): Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni in der deutschen Geschichte [Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik], Bremen 2004, 87.

<sup>601</sup> Ich verwende an dieser Stelle den Begriff “systemextern” in Anlehnung an Dr. Hartwig Bernitt, der darauf verwiesen hat, dass sie “[...] keine systeminterne Opposition [...]” gewesen seien. Sie hätten keinen “besseren Sozialismus” gewollt, sondern die Abschaffung.

<sup>602</sup> Vgl. hierzu den vertraulichen Bericht über Ereignisse im politischen Leben der Studentenschaft der Universität Rostock an das Ministerium für Volksbildung vom 25.06. 1949, LHAS, SED-LL, 10.34-1, 501, Bl. 503, 326.

<sup>603</sup> Vgl. Lieber, Hans-Joachim: Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: Derselbe (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, 883.

<sup>604</sup> Ebd.

<sup>605</sup> Vgl. zum Begriff “Herrschaft”: Weber-Fas, Rudolf: Das kleine Staatslexikon, Stuttgart 2000, 191.

<sup>606</sup> Vgl. dazu die vertrauliche Entschliessung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen [undatiert, vermutlich aber Anfang 1948, zum Ende des WS 1947/48 erstellt], LHAS, 10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 31.

“Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.”<sup>607</sup>

In der historischen Forschung wird darüber diskutiert<sup>608</sup>, ob Stalin mit dieser Aussage seine wirklichen Zielsetzungen für Deutschland [...] klar und eindeutig [...]“<sup>609</sup> artikuliert hat. Eine eindeutige Antwort auf dieses Forschungsproblem lässt sich naturgemäß anhand zeitlich begrenzter Quellenstudien nicht geben. Die Instrumentalisierung der *Sprache*, mit der Stalin und seine Anhänger ihren diktatorischen Machtanspruch begründeten, führt zu unendlich vielen, bewusst intendierten, verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten im komplexen Kontext der deutschen Geschichte. So waren Sprachverwirrungen durch die Sowjetische Militärgerichtsbarkeit wesentliche Instrumente, um den <politischen Feind> in die Falle der ideologischen Propaganda des stalinistischen Antifaschismus zu locken, indem Widerspruch von den Angeklagten“ durch “die Ankläger selbst direkt herausgefordert wurde.<sup>610</sup>

Das die von Stalin gegenüber Tito angekündigte neue Form der politischen Kriegsführung<sup>611</sup> in Deutschland *nach* dem Zweiten Weltkrieg darauf abzielte, gewissermaßen eine gesellschaftliche <Revolution von hinten> auszulösen, die zwar in seinem Sinne, aber *allein* von einer gespaltenen deutschen Bevölkerung verantwortet werden sollte, dafür spricht, dass ausgerechnet die Hochschulen als traditionelle Zentren der Bildung der bürgerlichen deutschen Elite “[...] zu festen Stützpunkten innerhalb der allgemeinen demokratischen Volksbewegung [...]”<sup>612</sup> und auf diese Weise zu Zentren des ideologischen Klassenkrieges<sup>613</sup> umstrukturiert werden sollten.

---

<sup>607</sup> Vgl. Milovan Djilas, Gespräch mit Stalin, Frankfurt/M 1962, 146, zit. nach: Filitov, Aleksej: Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941 -1945, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 27.

<sup>608</sup> Vgl. dazu ebenfalls Filitov, Aleksej: Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941 -1945, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 27ff.

<sup>609</sup> Milovan Djilas, Gespräch mit Stalin, Frankfurt/M 1962, 146, zit. nach: Filitov, Aleksej: Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941 -1945, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 27.

<sup>610</sup> Wiese, Friedrich-Franz: Aus den “Erinnerungsresten” an Arno Esch mit einer Einführung von Thomas Ammer, in: KONTINENT, Ost-West-Forum, Heft 2/1991, 87ff.

<sup>611</sup> Vgl. Milovan Djilas, Gespräch mit Stalin, Frankfurt/M 1962, 146, zit. nach: Filitov, Aleksej: Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941 -1945, in: Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 27.

<sup>612</sup> Vgl. die vertrauliche Entschliessung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen [undatiert, vermutlich aber Anfang 1948 erstellt], LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 501, Bl. 31.

<sup>613</sup> Vgl. ebd.

Ilko Sascha Kowalczyk hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Verfolgung von Oppositionellen und Widerständigen auch in der DDR zu den Grundbausteinen “[...] des inneren Staatsaufbaus [...]”<sup>614</sup> gehörte. Offiziell, so hat auch Ilko Sascha Kowalczyk festgestellt, gab es aber für eine Opposition in der DDR “[...] keine objektive soziale und politische Grundlage [...]”.<sup>615</sup> Nicht zuzustimmen ist mit Blick auf die ideologische Umstrukturierung der Hochschulen 1945 aber seiner These, es habe sich dabei von Seiten der Sowjets von Beginn an um “[...] eine soziale und politische Revolutionierung [...]”<sup>616</sup> der Gesellschaft gehandelt.

#### **9.4.1 Wie ein “dritter Weg” der Liberal-Demokraten hätte aussehen sollen**

An dieser Stelle möchte ich die Frage untersuchen, wie ein “dritter Weg” der jungen liberalen politischen Oppositionellen gegen das SED-Regime in der SBZ und in der frühen DDR hätte aussehen sollen, ob Liberale wie Arno Esch und Friedrich-Franz Wiese vielleicht sogar eine politische Lösung anstrebten, die nicht nur totalitäre politische Machtausübung ausschloss, sondern sich auch gegen die westliche Form der <direkten Demokratie> abgrenzte.

Manche Historiker werfen gerade der liberalen politischen Opposition in der frühen DDR vor, ihre Anhänger hätten, ohne eine eigenständige politische Programmatik, lediglich die Restauration eines geeinten deutschen Staates unter westlich-demokratischer Regierungsführung”<sup>617</sup> angestrebt. Andere folgern sogar weiter, dass die politischen Gegner der SED in der SBZ vor allem als die “Kampforgane”<sup>618</sup> der Ostbüros der westlichen Parteien tätig gewesen seien.

Es kann davon ausgegangen werden, dass eine wesentliche Ursache für diese pauschale Verurteilung darin liegt, dass die heutigen Parteien offensichtlich kein

---

<sup>614</sup> Poppe/Eckert/Kowalczyk: Opposition, Widerstand und widerständiges Verhalten in der DDR. Forschungsstand -Grundlinien -Probleme, in: Dieselben. (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Berlin 1995, 9.

<sup>615</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 706f.

<sup>616</sup> Kowalczyk, Ilko, Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/ DDR 1945 - 1961, Berlin 2003, 9.

<sup>617</sup> Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR, in: Poppe/Eckert/Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, 111.

<sup>618</sup> Engelmann, Roger: Ost-West-Bezüge von Widerstand und Opposition in der DDR der fünfziger Jahre, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegen macht. Bremen 2001, 169f.

Interesse daran haben, die von ihnen ausgeübte und etablierte Form der Demokratie kritisch durch den Blick auf die eigene Parteiengeschichte zu hinterfragen<sup>619</sup>.

Eine solche neutrale historische Analyse und eine offene Auseinandersetzung mit den politischen Umständen, unter denen die politischen Oppositionellen in der SBZ lebten und den Zielen, für die sie eintraten, müsste aber erfolgen, um dem heutigen, oft durch politische Verdrossenheit gekennzeichnete Demokratieverständnis einen neuen, greifbaren Sinn zu geben.

Das historische Geflecht, durch das die beiden deutschen Diktaturen nach 1945 auf der Grundlage der von Stalin herbeigeführten ideologischen Kausalität von Hitler-Faschismus und kommunistischem "Antifaschismus"<sup>620</sup> über das Ende der DDR hinaus miteinander verwoben worden sind<sup>621</sup>, bildet den problematischen historischen Kontext für das politische Handeln der nichtkommunistischen deutschen bürgerlichen Blockparteien in der SBZ und in der frühen DDR. Die Hypothese von Clemens Vollnhals, Entnazifizierung und Demokratisierung hätten "[...] in der politischen und gesellschaftlichen Realität der sowjetischen Besatzungszone zwei verschiedene Ziele [...]"<sup>622</sup> dargestellt, muss und soll vor diesem schwierigen historischen Hintergrund in einem gesonderten Kapitel untersucht werden.

Die politischen Grenzen der Blockparteien, deren Bedeutung Fred Mrotzek hervorhebt<sup>623</sup>, wurden teilweise von den Politikern der Blockparteien 1945 *selbst* in Stand gesetzt, indem sie ihre Mitarbeit in dem von der SED geführten Block rechtfertigten mit der Notwendigkeit, eine "[...] überspitzte Formaldemokratie [...]"<sup>624</sup> abwenden zu müssen. Die jungen liberalen politischen Oppositionellen innerhalb der

---

<sup>619</sup> Vgl. hierzu die Kritik Friedrich-Franz Wieses an der Geschichtsvergessenheit der heutigen demokratischen Parteien in seiner Gedenkrede vom 24.07. 2006, 5.

<sup>620</sup> Vgl. Petrov, Nikita: Die SMAD, die deutsche Selbstverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945 -1949, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (Hrsg.) Sowjetisierung oder Neutralität?, Göttingen 2006, 365.

<sup>621</sup> Vgl. hierzu Martin Jander, der auf die Langzeitfolgen der Stalinistischen "Antifaschismusindoktrination" für die späte DDR-Gesellschaft hingewiesen hat, die vor allem auch das gesellschaftliche Verhältnis zu den SED-Gegnern der vierziger und fünfziger Jahre belastet hätten, die als Hitler-Faschisten und Sozialismusgegner angesehen wurden. [Jander, Martin: Opposition in einer totalitären (Um-) Erziehungsdiktatur, in: Neubert/Eisenfeld /Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht, Bremen 2001, 80f.]

<sup>622</sup> Vollnhals, Clemens: Internierung, Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen, in: Hilger/Schmeitzner/Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität. Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955 [Schriften des HAIT, Bd. 32], Göttingen 2006, 247.

<sup>623</sup> Mrotzek, Fred: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte. Bd. 17), Hamburg 1996, 79.

<sup>624</sup> Vgl. hierzu den Artikel des Sächsischen Tageblatts vom 26.03. 49: "Unser Anspruch auf einen dauerhaften Frieden" bezüglich einer Rede des sächsischen Justizministers Johannes Dieckmann auf einer Versammlung der LDP in Berlin, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS -ZAIG 21792, Bl. 78.

Blockparteien wurden dagegen seit 1946 in eine "Grauzone" zwischen Diktatur und Demokratie gedrängt, weil sie durch das Sowjetregime und die SED immer wieder mit der propagandistischen Anklage konfrontiert wurden, den faschistischen "deutschen Sonderweg" fortsetzen zu wollen<sup>625</sup>. Ihr Ziel war es aber, sowohl die totalitäre Diktatur zu überwinden als auch die negativen Aspekte der Demokratie auszuschalten, welche die Entstehung von Diktaturen begünstigen.<sup>626</sup>

Wenn Fred Mrotzek ausführt, die unverrückbaren politischen Barrieren für die Blockparteien seien schon 1945 errichtet worden<sup>627</sup>, so übersieht er, dass Stalin 1945 in der SBZ genau wie in der UDSSR eine "allumfassende Diktatur mit Absolutheitsanspruch"<sup>628</sup>, wie es Hermann Weber formuliert hat, aufzubauen gedachte. Dies zeigt, dass der politische Raum, in dem sich die liberale Opposition bewegte, einem schmalen Grad zwischen Demokratie und Diktatur glich.

#### **9.4.2 Ursachen und Entwicklung des Terrors in der SBZ**

Über die Berechenbarkeit der Politik, die Stalin mit Hilfe seines Machtapparates in Europa verfolgte, herrschte im Westen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges völlige Unklarheit.<sup>629</sup> Die Hauptfrage nach den Motiven, die Stalin dazu bewegten, in der SBZ zunächst eine für seine Verhältnisse "gemäßigt autoritäre" Staats- und Gesellschaftspolitik zu betreiben, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Vordergrundig und theoretisch verfolgte Stalin mit seiner Justiz- und Sicherheitspolitik nach 1945 in der SBZ und in der frühen DDR zwei Absichten. Vor dem Hintergrund des auch weiterhin andauernden antifaschistischen Kampfes für Demokratie und Frieden<sup>630</sup> sollte über den Weg der Festigung der "Antifaschistisch-Demokratischen Ordnung" in der ostdeutschen Besatzungszone die sogenannte "revolutionäre Diktatur des Proletariats"<sup>631</sup> ins Werk gesetzt werden. Im Rahmen dieses ideologischen Prozesses wurde mit der Durchsetzung einer "demokratisch-

---

<sup>625</sup> Vgl. Natonek, Wolfgang: Am falschen Ort zur falschen Zeit, in: Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: "Mein Vaterland ist die Freiheit". Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990, 146ff.

<sup>626</sup> Vgl. Esch, Arno: Politik der Kompromisse? in: Norddeutsche Zeitung, 12. 04.1949, Jahrgang 4, Nr. 80, 1f.

<sup>627</sup> Vgl. Mrotzek, Fred: Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte. Bd. 17), Hamburg 1996, 79.

<sup>628</sup> Vgl. Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Weber/ Mählert (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee, Berlin 2007, 24.

<sup>629</sup> Vgl. zu dem problematischen politischen Verhältnis, das die westlichen Alliierten zu Stalin hatten: Kreisky, Bruno: Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers, Berlin 1988, 78ff.

<sup>630</sup> Vgl. Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 43.

<sup>631</sup> Ebd., 203.

zentralistisch“ geführten Planwirtschaft die feste Verankerung der anti-imperialistischen Struktur des zukünftigen sozialistischen deutschen Staates angestrebt.<sup>632</sup>

Die Vergesellschaftung der Wirtschaft sowie der Industrie und die Sozialisierung der Landwirtschaft mit Hilfe der angeblich so gerechten<sup>633</sup> radikalen Umverteilung bäuerlichen Eigentums konnte also nicht Spiegelbild der politischen Zielsetzung sein, die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der Arbeiter und Bauern in einer pluralistischen Gesellschaft voranzutreiben. Ziel war die massive sozialrechtliche Bevorteilung von Arbeitern und Bauern gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Klassen, um diese letztendlich gesellschaftlich und politisch überflüssig zu machen.<sup>634</sup> Es ist eine Notwendigkeit, diesen ideologischen Hintergrund mit einzubeziehen, um zu verstehen, in welchem Sinne die SED die politische Enteignung von Böden und anderem wirtschaftlichen Eigentum als “Reform” begriffen hat. An dieser Stelle zeigt sich der gesellschaftszerstörende Charakter der sozialistischen Industrialisierung<sup>635</sup>, der das theoretisch-ideologische Versprechen der Verfechter einer angestrebten “Diktatur des Proletariats, nämlich “[...] die Schaffung neuer gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Menschen und den Klassen [...]”<sup>636</sup>, in der Praxis Lügen strafte.

Die *äußere* politische Situation in der SBZ 1948 war gekennzeichnet von der zunehmend stärkeren Herrschaftsdominanz der SMAD. Seit 1945 regulierte und kontrollierte sie mit Hilfe ihrer Propagandaverwaltung<sup>637</sup> und durch die gezielte politische Einflussnahme der Militärkommandanten auf Orts-, Stadt- und Landesebene auf die politische Arbeit der nichtkommunistischen Parteien mit dem Ziel ihrer

---

<sup>632</sup> Braun, Jutta/Klawitter, Nils/ Werkentin, Falco: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin 2006, 8.

<sup>633</sup> Vgl. Marquardt, Susanne: Die Bodenreformkommissionen in Mecklenburg-Vorpommern als Vehikel der politischen Transformation, in: van Melis, Damian: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945 -1952, Schwerin 1999, 239.

<sup>634</sup> Arbeiterklasse: “Die historische Mission der Arbeiterklasse ist die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen [...]” [Gertrud Schütz u. a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, Berlin, 7. Aufl., 1988, 62.

<sup>635</sup> Vgl. Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 409.

<sup>636</sup> Vgl. Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 205.

<sup>637</sup> Vgl. hierzu Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949 [ Aus dem Amerikanischen von Hans-Ulrich Seebohm und Hans-Joachim Maass ], Berlin 1997, 409.

politischen Niederhaltung<sup>638</sup>, wodurch sie in letzter Konsequenz zur Aufgabe ihrer ideologischen und politischen Identität gebracht werden sollten. Aufgabe der ideologischen und politischen Identität bedeutete im Sinne der ideologisch-theoretischen Grundsätze der Kommunisten, als politischer Teil des Antifaschistisch-demokratischen Blocksystems “den Kampf für die Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Zone und für die Festigung der demokratischen Reformen zu führen.”<sup>639</sup>

Auf der *inneren* pragmatisch-politischen Ebene erwies sich die Umsetzung dieser theoretischen Zielsetzung, was die ideologische Einbindung der beiden bürgerlichen Blockparteien in das politische System des Sozialismus als “... vielfältig gegliederter und verzweigter, seiner sozialpolitischen Zielstellung nach aber einheitlich wirkender, von der marxistisch-leninistischen Partei geführter politischer Organismus ...”,<sup>640</sup> anging, jedoch als Problem.

So beteiligten sich zum Beispiel die bürgerlichen Blockparteien CDU und LDP entweder nicht an der Anfertigung von Artikeln, die nach dem Willen der SED der Vermittlung der sowjetischen Ideologie an die Bevölkerung dienen sollten oder sie kamen ihrem Auftrag als Zulieferer solcher Artikel nicht nach.<sup>641</sup> Eine Aktennotiz des Genossen Friedmann an den Genossen Bürger bezüglich der “Arbeit der Redaktionskommission des sozialistischen <Ruf>“<sup>642</sup> in Mecklenburg belegt dieses:

“Meinem Vorschlag durch eigene Gedanken und Vorschläge an der Gestaltung des “Ruf” mitzuwirken, ist bisher noch keine Partei nachgekommen.”<sup>643</sup>

Dieses Werben des SED-Genossen um die Mitarbeit der beiden bürgerlichen Blockparteien bei der Vermittlung der sozialistischen Ideologie an die Bevölkerung in Mecklenburg kann als ein Indiz gewertet werden, dass die Partei im Frühjahr 1949 danach strebte, sich aus dem Kontrollsystem der SMAD zu lösen, um als eigenständiger Machtaktor in der SBZ aufzutreten und zu handeln.<sup>644</sup>

---

<sup>638</sup> Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP, in: Derselbe/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Aufl., Rostock 1997, 35f.

<sup>639</sup> Entwurf. Grundsätze des antifaschistisch-demokratischen Blocks in der sowjetischen Besatzungszone (Demokratischer Block), LHAS, 10. 34-1, 583, Bl. 35.

<sup>640</sup> Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 764.

<sup>641</sup> Vgl.: Aktennotiz für den Genossen Bürger, LHAS, 10.34-1, Bl. 43.

<sup>642</sup> Ebd.

<sup>643</sup> Ebd.

<sup>644</sup> Hilger, Andreas, / Petrow, Nikita: “Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken”. Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR von 1945 bis 1955, in: Poginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky (Hrsg.): “Erschossen in Moskau...”. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950 -1953, Berlin 2006, 24.

Eine andere Sicht auf die Machtverhältnisse zwischen der SED, den bürgerlichen Blockparteien und der SMAD zeigt wiederum der Bericht über die Mitgliederversammlung der CDU Zarrendorf, welche sechzehn Tage nach der Staatsgründung der DDR abgehalten wurde. Darin wird darauf hingewiesen, dass die SED einer demokratischen Öffnung innerhalb des Blocksystems habe zustimmen müssen, weil die Partei keine Führungskraft mehr habe:

“Warum die SED als derzeit größte Ostzonenpartei zu solchen Zugeständnissen gegenüber den anderen Parteien bereit gewesen ist, das könne sich jeder ausreichend selbst beantworten. Gemeint war damit, dass die SED nicht mehr die Majorität besitze.”<sup>645</sup>

Auch auf der Ebene der Kreis- und Gemeindepolitik nutzten die politischen Vertreter der bürgerlichen Parteien in Mecklenburg den ihnen zugestandenen politischen Spielraum, um den Ablauf der Entwicklung des Aufbaus der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Ordnung” in wirtschaftspolitischer Hinsicht durch ihr Veto beziehungsweise ihren Einspruch zumindest zu verzögern.<sup>646</sup>

Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der SBZ war seit 1945 gekennzeichnet von der *Beziehungslosigkeit*, welche zwischen der ostdeutschen Bevölkerung und den neuen sowjetischen Machthabern bestand. Die Kommunistische Führung in Moskau hatte zwar 1945 erkannt, dass es, um kommunistische Verwaltungsstrukturen in der SBZ errichten zu können, notwendig war, das Bild der Russen als ideologische Feinde aus dem Gedächtnis der ostdeutschen Gesellschaft verschwinden zu lassen.<sup>647</sup> Die Anweisung aus Moskau lautete daher, so berichtet zum Beispiel das Mitglied der KPD, Herbert Hentschke, Vertreter der Bezirksleitung in Schwerin, in seinem umfassenden Bericht über die Situation im damaligen Mecklenburg im Frühjahr 1945, “[...], alles zu vermeiden, was uns in den Augen der Selbstverwaltung und der Bevölkerung als “Agenten Moskaus”, Angestellte oder Verbindungsleute der betreffenden russischen Militärkommandanturen erscheinen liesse.”<sup>648</sup> Gleichzeitig jedoch strebte die KPD

---

<sup>645</sup> Vgl. hierzu den Bericht des parteilosen Paries über eine öffentliche Mitgliederversammlung der CDU Zarrendorf am 23. 10. 1949 [undatiert], LHAS, 10. 34-1, 583, Bl. 168.

<sup>646</sup> Vgl. hierzu das Schreiben der Justizabteilung des Landesvorstandes der SED-Mecklenburg an den Genossen Kurt Bürger vom 25. Mai 1949, LHAS, 10.34-1, 583, Bl. 58.

<sup>647</sup> Vgl. den zusammenfassenden Bericht der KPD-Landesleitung (undatiert), LHAS, KPD-LL, 1031-1, 1, Bl. 64.

<sup>648</sup> Zusammenfassender Bericht der KPD-Landesleitung (undatiert), LHAS, KPD-LL, 1031-1, 1, Bl. 64.

seit 1945 zum Beispiel in Rostock durch die gewaltsame Ausschaltung nichtparteiikonformer Politiker danach, ihre alleinige politische Macht auszubauen.<sup>649</sup>

Diese merkwürdige Parallelität der Vorspiegelung von demokratischem Erneuerungswillen und ideologischer Unabhängigkeit einerseits und einer rigorosen Durchkämpfung der eigenen politischen Machtansprüche andererseits war ein traditionelles Merkmal des Stalinismus, das 1945 auf die SBZ übertragen wurde.

Die Auseinandersetzung mit den deutschen Jugendlichen in der Ostzone spielte für die Gesellschaftspolitik der SED eine besondere Rolle, weil für die Jugend als einzige Gruppierung der besiegten deutschen Gesellschaft eine gewisse politische und ideologische "Opferrolle" bezüglich des faschistischen Krieges der Nationalsozialisten geltend gemacht werden konnte.<sup>650</sup> Freilich folgte die SED hier von Beginn an dem Prinzip der ideologischen Zweckmäßigkeit. In einem Bericht des Presse- und Außenreferenten des Studentenausschusses der Universität Rostock, Heinz Müller, vom 17. Dezember 1946 zur "Einstellung der aktiven SED-Jugend zu der Politik der SED" wird dies sehr deutlich:

"Das Einzige, was der heutigen Jugend an positiven Gütern [in Folge des Krieges] erhalten blieb, sind ihr ungeheurer Arbeitswille und ihre geistigen Güter, ihre Fähigkeiten als Techniker, Ingenieur und Wissenschaftler. [...] Nach beider Ansichten ist ein Aufstieg Deutschlands nur dann möglich, wenn diese Fähigkeiten voll zur Entfaltung gebracht werden können [...]"<sup>651</sup>

### **9.5 Die SED am Scheideweg zwischen Demokratie und Diktatur**

Betrachtet man die Entwicklung des politischen Machtapparates in der SBZ, die von den Sowjets in Ostdeutschland seit 1945 vorangetrieben wurde, so fällt auf, dass der 1945 ins Leben gerufene antifaschistisch-demokratische Parteiblock zwar das wesentliche politisch-ideologische *äußere* Grundgerüst darstellte. Eine tiefergreifende Untersuchung macht jedoch deutlich, dass das politische "Zusammenspiel" der nichtkommunistischen Parteien mit der SED in erster Linie bestimmt war durch den Dualismus von politischen Notwendigkeiten, auf die sehr bald auch gewaltsame Machtdurchsetzungen folgten. Zuerst ergab sich die *politische Notwendigkeit* aus dem Anspruch der SED, die sozialen Strukturen der ostdeutschen Gesellschaft

---

<sup>649</sup> Keipke, Bodo: Die Stadt in der Nachkriegszeit, in: Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, 260.

<sup>650</sup> Vgl. LHAS, LL SED, 10.34-1, 501, Bl. 2.

<sup>651</sup> Ebd.

grundlegend durch “ideologische Aufklärungsarbeit” in ihren Grundfesten *verändern* zu wollen.<sup>652</sup>

Das Problem für die Partei und ihre sowjetische Brudermacht bestand jedoch vor allem darin, dass große Teile der Gesellschaft in der SBZ, allem voran viele Jugendliche<sup>653</sup>, gerade aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem diktatorischen Hitler-Regime, dem erneuten ideologisch organisierten *gesellschaftlichen Narzissmus* zweifelnd oder ablehnend gegenüber standen. So forderte beispielsweise selbst die *SED-Jugend* des Studentenausschusses der Universität Rostock in einem Bericht über die politische Lage an der Universität Rostock vom 19. Dezember 1946, mit Blick auf die Leiden und die schweren Folgen der Unterdrückung durch die Nazi-Diktatur, “[...], der *Jugend* eine Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Gedanken und Pläne an entscheidender Stelle vortragen zu können.”<sup>654</sup> Aus der Sicht des Verfassers dieses Berichtes, dem Presse- und Außenreferenten des Studentenausschusses, Heinz Müller, hat sich die SED Ende 1946 also offenbar am Scheideweg zwischen einer neuen, freien Gesellschaftsform und einer neuen Diktatur befunden. Dafür spricht vor allem auch sein indirekter Hinweis darauf, dass die politische Vereinigung der beiden Parteien KPD und SPD im Mai des gleichen Jahres nur auf den machtvollen Druck der Sowjetischen Militäradministration hin zustande gekommen sei:

“Allgemein wurde angenommen, dass diese Vereinigung befohlen war und nicht den tatsächlichen Wünschen beider Parteien entsprach. Merkwürdigerweise wurde trotzdem in beiden Parteien ein Zusammenschluss gewünscht, sodass die Vereinigung zu einem späteren Zeitpunkt vermutlich ganz organisch erfolgt wäre.”<sup>655</sup>

### **9.5.1 Der Widerstand der an der juristischen Fakultät:**

Das Jahr 1949 markiert eine Zäsur in der Justizpolitik der Sowjets in der in der frühen DDR. Die Neustrukturierung der ideologischen Ausbildung der Juristen war deshalb dringend geboten, weil die personalpolitische Ausbildung 1949 nicht in Einklang stand mit dem Entwicklungsstand, den die Parteipolitische Arbeit der SED

---

<sup>652</sup> Vgl. hierzu LHAS, 10. 34-1, 501, Bl. 60.

<sup>653</sup> Vgl. hierzu den Bericht der *SED-Jugend* des Studentenausschusses der Universität Rostock vom 19.12. 1946, LHAS, 10. 34-1, 501, Bl. 2.

<sup>654</sup> Vgl. hierzu LHAS, 10. 34-1, 501, Bl. 60.

<sup>655</sup> Ebd., Bl. 2.

zu diesem Zeitpunkt angeblich erreicht hatte<sup>656</sup>. Doch die Zusammensetzung der Gremien, die für die Erneuerung der Justizausbildung verantwortlich zeichnen sollten, legt die verschärfte ideologisch-diktatorische Funktion, die der Justizausbildung jetzt beige-messen wurde, offen:

“Die Ausschüsse setzen sich zusammen aus unseren Genossen der Justiz, aber auch aus anderen, wie Polizei usw. Hier sollen bestimmte Probleme durchgesprochen und geklärt werden, während die Parteigruppe bestimmte Parteiaufgaben durchzuführen hat.”<sup>657</sup>

Die Juristische Fakultät an der Universität Rostock bildete den wesentlichen Kern, aus dem heraus der Justizapparat der Sowjets in Mecklenburg theoretisch neu wachsen sollte<sup>658</sup>. Die Anstrengungen, die universitäre Justizausbildung zu ideologisieren und zu politisieren, scheiterte aber an der Taktik insbesondere vieler bürgerlicher Studenten, sich durch reines oberflächliches Anlernen der Fakten der stalinistischen Ideologie und der damit einhergehenden neuen politischen Forderungen zu entziehen, wie im Ergebnisbericht der Überprüfung der juristischen Examenskandidaten vom 5. August 1949 beklagt wurde:

“So wurde durchweg der Standpunkt vertreten, dass die Bodenreform, das Volkseigentum, die Wirtschaftsplanung rein sozialistische Massnahmen seien und dass sich die Ostzone einem sozialistischen Staate bereits weitgehend angenähert habe. Aus der Tatsache, dass die Studenten derartige Antworten weniger als ihre persönliche Meinung, sondern als etwas auf der Universität oder in den Parteiversammlungen Gelerntes gaben, ist zu entnehmen, dass der Unterricht der Universitäten, aber auch die politische Schulung bei den bürgerlichen Parteien falsche Vorstellungen enthält.”<sup>659</sup>

An dieser Stelle wird deutlich, dass der Widerstand der Studenten an der juristischen Fakultät 1949 sich mit dem Begriff “Resistenz” im Sinne eines “[...] nicht der Norm entsprechenden Verhaltens im Alltag [...]”<sup>660</sup>, wie es Rainer Eckert in Anlehnung an Karl Wilhelm Fricke definiert hat, nur schwer charakterisieren lässt. Als Widerstand galt es in der SBZ und in der frühen DDR bereits, wenn die Organe des politischen

---

<sup>656</sup> Vgl. hierzu das Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abt. Justiz des Landesvorstandes mit Genossen von der Justizabteilung des Parteivorstandes Berlin am 19. Juli 1949, LHAS, 10.34 -1, SED-Landesleitung Mecklenburg, Nr. 529, Bl. 131.

<sup>657</sup> Ebd., Bl. 133.

<sup>658</sup> Vgl. hierzu das Protokoll der Arbeitsbesprechung der Abt. Justiz des Landesvorstandes mit Genossen von der Justizabteilung des Parteivorstandes Berlin am 19. Juli 1949, LHAS, 10.34 -1, SED-Landesleitung Mecklenburg, Nr. 529, Bl. 131.

<sup>659</sup> Vgl. hierzu das Ergebnis der Überprüfung der Examenskandidaten der juristischen Fakultäten der Zone sowie Untersuchung über das Referendars-Ausbildungswesen der Zone vom 5. August 1949, LHAS, 10.34 -1, SED-Landesleitung Mecklenburg, Nr. 529, Bl. 152.

<sup>660</sup> Vgl. zum Begriff der “Resistenz”: Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht. Bremen 2001, 35f.

Kontrollapparates eine, wie sie meinten, berechnete Ahnung von verstecktem politisch-ideologischen Nonkonformismus hegten. Dass den *Widerstand* an der Juristischen Fakultät Rostock so gut wie keine Quellen vorliegen, ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass der Widerstand sich ganz grundsätzlich gegen den Prozess des Neuaufbau einer deutschen Diktatur und nicht gegen das sowjetische Volk an sich richtete<sup>661</sup>.

Arno Esch, selbst Student der Rechtswissenschaften, hat in seinem Artikel "Abschaffung der Todesstrafe"<sup>662</sup> eindrücklich den Prozess der Errichtung einer Diktatur am Beispiel der sich aus dem Freiheitswillen gegen den Absolutismus entwickelnden Gewaltdiktatur des Robespierre beschrieben und den Sowjetischen Machthabern signalisiert, dass er zu einer Zusammenarbeit im Sinne der gegenseitigen sittlichen Akzeptanz bereit war. So ist sein Beispiel eines Zitates es Liberal-Demokratischen Abgeordneten Lasker aus dem Jahre 1870 als Appell an die Sowjets zu interpretieren, sicher einer wirklich freiheitlich orientierten Demokratisierung nicht länger aus radikalideologischen Gründen zu verschließen:

"Geben Sie ein tüchtiges, starkes moralisches Zeugnis ab, verkünden Sie der Welt: Unser Staat ist gesichert, unser Sittlichkeitszustand ist soweit vorgerückt, daß von einer Notwehr für den Staat nicht mehr die Rede sein kann, daß die Todesstrafe nicht mehr am Platz ist."<sup>663</sup>

In der SBZ war der politische Handlungsspielraum Anfang 1949 für die linksliberale Opposition in der LDP fast ganz durch die gewaltsamen "Säuberungsaktionen", die die SED seit Monaten durchführen ließ, eingeschränkt worden, wie ein Bericht im linksliberalen "Telegraf" vom 20.02.1949 bestätigt:

"Die Zahl der während dieser Zeit oftmals unter nichtigen Vorwänden verhafteten LDP-Mitglieder, besonders der jungen Parteifunktionäre, geht in die Hunderte. Die jüngsten Vorfälle in Görlitz sind ebenso beschämend für die SED wie die in Schwerin und Leipzig, wo der Politoffizier Hauptman Bravermann deshalb abgesetzt wurde, weil er den den bürgerlichen Parteien angeblich zuviel nachgegeben hatte."<sup>664</sup>

Der Autor des Leitartikels berichtete weiter darüber, dass "[...] verschiedene Kreisfraktionen der LDP und SED über den Rahmen ihrer Blockpolitik hinaus Vereinbarungen getroffen haben, die Parteien in absehbarer Zeit zu vereinigen."<sup>665</sup>

---

<sup>661</sup> Vgl. hierzu insbesondere den Artikel von Arno Esch: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 5.

<sup>662</sup> Ebd.

<sup>663</sup> Arno Esch: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 5. Universitätsbibliothek Rostock.

<sup>664</sup> Vgl. den Artikel "Selbstauflösung der Ost-LDP?" vom 20.02.49 im "Telegraf", BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS-ZAIG 21792, Bl. 32.

<sup>665</sup> Ebd.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte Arno Esch in der Norddeutschen Zeitung am 5. Mai 1949, fast auf den Tag genau vier Jahre nach Kriegsende, seinen Leitartikel mit dem Titel „Abschaffung der Todesstrafe.“<sup>666</sup> Er selbst hatte auf dem Parteitag der LDP in Eisenach Ende Februar 1949 erfolgreich die Aufnahme eines programmatischen Passus zur politischen Ächtung der Todesstrafe durchgesetzt, der letztlich folgendermaßen lautete:

„Strafrecht und Strafvollzug sollen die Würde des Menschen wahren, der Verletzung der Gesetze entgegenwirken und erziehen. Für die Todesstrafe darf in einer neuen demokratischen Gesellschaft kein Raum sein.“<sup>667</sup>

Offiziell verbot das Russische Strafgesetzbuch aus dem Jahre 1927, Nr.61, Artikel 613, die Todesstrafe weiterhin strafrechtlich anzuwenden.<sup>668</sup>

Tatsächlich wurde die Todesstrafe aber in der SBZ und in der frühen DDR seit 1945 kontinuierlich vom Sowjetischen Geheimdienst und den ihm zuarbeitenden deutschen Sicherheitsorganen gegen deutsche Bürger angewandt.<sup>669</sup> Es ist anzunehmen, dass Arno Esch um diesen massiven Rechtsmissbrauch der sowjetischen Besatzungsmacht gewusst hat. Das damalige Mitglied des Jugendbeirates in Mecklenburg, Hans-Jürgen Lenzerjahn, hat in seiner Erinnerungen an Arno Esch zum Beispiel davon berichtet, dass die Folterungen politisch Andersdenkender durch die Besatzungsmacht im Schweriner Untersuchungsgefängnis am Demmlerplatz Arno Esch bekannt waren.<sup>670</sup> Er zitiert den damaligen Landesjugendreferenten, der mit ihm die Schreie aus dem Untersuchungsgefängnis gehört habe, mit den folgenden Worten:

„Wenn wir dort sein werden, werden andere für uns weitermachen.“<sup>671</sup>

Trotz dieser Wahrnehmung der völlig inhumanen, unrechtmäßigen strafrechtlichen Methoden der Besatzungsmacht führt Arno Esch in seinem Plädoyer zur „Abschaffung der Todesstrafe“<sup>672</sup> keinen frontalen medialen Angriff gegen die Sowjetische Besatzungsmacht aus. Auf dem Hintergrund der Rekapitulation des

---

<sup>666</sup> Esch, Arno: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 4.

<sup>667</sup> Vgl. hierzu: Das Programm der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen durch den Parteitag 1949 in Eisenach, Passus II: Staat und Recht, in: LDP-Informationen, 3 (1949) 3/ 4 , 27, ADL, N 95-9, 35, [Bestand: Horst Köpcke].

<sup>668</sup> Vgl. dazu: Petrov, Nikita: Die Todesstrafe in der UdSSR, in: Hilger, Andreas (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 41.

<sup>669</sup> Vgl. ebd., 96ff.

<sup>670</sup> Lenzerjahn, Hans-Jürgen: Erinnerungen an die LDP und Arno Esch, ADL, N 95-3 [Bestand: Horst Köpcke: Beiträge von Zeitzeugen; Nicht verwendete Artikel].

<sup>671</sup> Lenzerjahn, Hans-Jürgen: Erinnerungen an die LDP und Arno Esch, ADL, N 95-3 [Bestand: Horst Köpcke: Beiträge von Zeitzeugen; Nicht verwendete Artikel].

<sup>672</sup> Esch, Arno: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 05.05.1949, Jahrgang 4.

historisch-politischen Disputes um das Für-und Wider der Todesstrafe seit der französischen Revolution appelliert er vielmehr indirekt, mit Hilfe eines historischen Zitates des liberalen Abgeordneten Lasker aus dem Jahre 1870, an die Machthaber, ihren ideologisch motivierten Konflikt mit der deutschen Gesellschaft, als dessen Wurzel er den durch den Krieg entfesselten Kreislauf von Gewalt und Vergeltung ansieht,<sup>673</sup> durch die Rückkehr zu den ethischen und humanitären Grundsätzen politischen und rechtlichen Handelns endgültig zu beenden.<sup>674</sup>

Die Hypothese von Richard John Evans, die DDR habe ihre Daseinsberechtigung hauptsächlich der Angst der damaligen Sowjetunion vor einer “[...] Wiederholung des nationalsozialistischen Krieges [...]”<sup>675</sup> zu verdanken, verliert, nimmt man die Perspektive des Zeitzeugen Arno Esch zur Grundlage, an Stichhaltigkeit.

### **9.5.2 Das Problem der liberalen politischen Gegnerschaft unter der Pseudodemokratie der SED**

Andreas Hilger kommt in seiner Untersuchung über die russische Strafverfolgung in der SBZ zu dem Schluss, dass den ideologisch und politisch Andersdenkenden seit 1948 aufgrund der verschärften politischen Drangsal nur die Wahl geblieben sei, sich politisch anzupassen oder aber direkt gegen die Unterdrückungspolitik der Einheitspartei zu agitieren.<sup>676</sup>

Seine Hypothese weist auf ein spezifisches Problem im Zusammenhang mit der politischen und ideologischen Einordnung und Bewertung der liberal-politischen Gegnerschaft in der SBZ hin, dass von der Forschung bisher weitgehend ausgeklammert worden ist. Es handelt sich um die Frage, ob politische Gegnerschaft noch mit Recht als eine Solche bezeichnet werden kann, wenn die politischen Gegner sich derselben Machtstrukturen bedienen wie ihre politischen Zwangsherren, um überhaupt politisch handlungsfähig zu sein beziehungsweise bleiben zu können. Rainer Eckert hat sich diesem Problem zumindest von außen versucht anzunähern, indem er bei seiner vergleichenden Untersuchung der zwei deutschen Diktaturen

---

<sup>673</sup> Ebd.

<sup>674</sup> Ebd.

<sup>675</sup> Evans, Richard John.: Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1 -2/2005, 3. Januar, 9.

<sup>676</sup> Hilger, Andreas: Strafjustiz im Verfolgungswahn. Todesurteile sowjetischer Gerichte in Deutschland, in: Derselbe (Hrsg.): <Tod den Spionen!> Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 149.

konsequent die Voraussetzung eingehalten hat, "[...] politische Gegnerschaft als systemprägend zu akzeptieren."<sup>677</sup>

Dieser methodische Ansatz birgt zweifellos die Gefahr in sich, entweder die Politik der Despoten zu relativieren, gar schön zureden, oder aber das politische Handeln und die Aktivitäten ihrer Widerstreiter ins ideologische Zwielficht zu rücken. So findet sich beispielsweise bei Ilko-Sascha Kowalczuk indirekt immer wieder die Grundannahme, dass die bürgerlichen politischen Widersacher in der durch die Sowjets besetzten Zone und im frühen SED-Staat keinen konstruktiven politischen Widerstand geleistet hätten, sondern mit den Mitteln der offenen staatlichen Herausforderung und durch verdeckte gewaltsame Aktionen die "[...] Wiederherstellung der deutschen Einheit mit westdeutscher Demokratie erstrebten."<sup>678</sup>

Betrachtet man diese These näher, so fällt auf, dass der Autor aus einem geschichtlichen Blickwinkel heraus argumentiert, der sich be-gründet durch den Verdacht, die bürgerlichen politischen Gegner der SED seien, wie im Nationalsozialismus, nur opportunistische und willfährige politische Helfer, diesmal für die Ziele der westlichen Alliierten, gewesen. In engen Zusammenhang hiermit werden auch die Aktivitäten der sogenannten Ostbüros von CDU, SPD und LDP gebracht, die als "Agentenzentralen" im Westen galten.<sup>679</sup> Versucht man nicht, diesen Hypothesen stichhaltige Argumente entgegen zusetzen, so wird man unvermeidlich zwischen den bürgerlichen politischen Gegnern in der SBZ und in der frühen DDR und den "friedlichen Revolutionären" der Wendezeit keine historischen Parallelen ziehen können.

## **9.6 Der Begriff der "induktiven politischen Gegnerschaft"**

Das Charakteristikum der liberaler politischen Gegnerschaft, die sich in ersten Jahren nach dem Krieg vor allem an den Universitäten in der SBZ herausgebildet hat, liegt in dem Phänomen, dass sich ihr politischer Kampf auf zwei polaren Ebenen vollzogen hat. Einerseits konnte man die von der SMAD gewährten wenigen noch tatsächlich demokratischen Handlungsräume dazu nutzen, aktiv gegen die Politik der

---

<sup>677</sup> Vgl. Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht, Bremen 2001, 28.

<sup>678</sup> Kowalczuk, Ilko-Sascha: Verschiedene Welten. Zum Verhältnis von Opposition und <SED - Reformern> in den achtziger Jahren, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): Macht, Ohnmacht. Gegenmacht, Bremen 2001, 61.

<sup>679</sup> Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP (Analysen und Dokumente, Band. 19. Wissenschaftliche Reihe des BStU der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), Berlin 2000, 242.

Sozialistischen Einheitspartei zuopponieren.<sup>680</sup> Andererseits zwangen die von der Besatzungsmacht festgesetzten ideologischen Rahmenbedingungen dazu, einen politischen Kurs zu verfolgen, der wenigstens zum Teil die Akzeptanz der politischen Thesen und Strukturen der kommunistischen gegnerischen Partei erforderte, um überhaupt einige wenige eigenständige politische Arbeitsstrukturen aufbauen zu können.<sup>681</sup>

Als Exempel hierfür kann das von Dr. Hartwig Bernitt angeführte Beispiel der Bemühungen des späteren LDP-Landesjugendreferenten Arno Esch gelten, der durch seinen starken Einsatz in der Freien Deutschen Jugend den Aufbau einer zweiten Jugendorganisation zu erreichen versuchte:

“Wollte er in den politischen Raum vor den Parteien eindringen -und dies stand gar nicht in Frage -, so mußte er innerhalb der FDJ liberales Gedanken gut verbreiten.”<sup>682</sup>

Im Rahmen der Diskussion der Forschung um eine möglichst genaue Klärung der politischen Begriffe “Opposition” und “Widerstand” wurde es bisher vermieden, diese Form politischer Gegnerschaftsaktivität in der SBZ und in der frühen DDR in den Kanon der vielen Definitionsansätze aufzunehmen, zu untersuchen und einzuordnen.<sup>683</sup> Als ein möglicher Grund dafür erscheint, dass insbesondere diese von den liberalen Studenten ausgeübte Art politischer Gegnerschaft nicht in das von der Forschung erstellte Raster zu passen scheint, bei dem ausgeschlossen wird, dass in nicht freiheitlich begründeten politischen Systemen die Wirkung politischen Aufbegehrens immer auch abhängig ist davon, inwieweit es gelingt, die nach *außen* hin als unangreifbar propagierten inneren ideologisch-politischen Strukturen in ihren Grundfesten durch Argumente zu erschüttern.

Diese Form der induktiven politischen Gegnerschaft weist zudem Merkmale auf, die nicht unbedingt den Merkmalen entsprechen, die hinsichtlich der Bewertung des Widerstands gegen die Nationalsozialisten als Basischarakteristika widerständigen Verhaltens angesehen werden. So gehen Peter Steinbach und Rainer Eckert grundsätzlich von der These aus, dass eine moralische und politische Nichtanpassung an undemokratische Staatensysteme sowie eine Bereitschaft zum aktiven und notfalls

---

<sup>680</sup> Köpke, Horst: Die mecklenburgische LDP in: Derselbe/ Wiese, Friedrich-Franz.: “Mein Vaterland ist die Freiheit”, 2. Auflage, Rostock 1997, 39.

<sup>681</sup> Bernitt, Hartwig: Ein Liberal-Demokrat in der FDJ, in: Köpke/Wiese: “Mein Vaterland ist die Freiheit”, 2., Auflage, Rostock 1997, 48.

<sup>682</sup> Ebd., 49.

<sup>683</sup> Vgl. hierzu insbesondere: Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte, in: Neubert, Ehrhart/ Eisenfeld Bernd (Hrsg.): Macht. Ohnmacht. Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001, 28.

auch gewaltsamen Umsturz als Hauptcharakteristika für politischen Widerstand und gesellschaftliche Oppositionsaktivitäten angesehen werden sollten.<sup>684</sup>

Die Bereitschaft zum gewaltsamen politischen Umsturz kann jedoch für die politische Zielsetzung der liberalen politischen Studenten an den Hochschulen in der SBZ und im frühen Staatssystem der DDR nicht eindeutig nachgewiesen werden. So hat Friedrich-Franz Wiese im Gespräch sogar verneint, dass eine solche Form der Beseitigung des SED-Regimes von den Mitgliedern der studentisch-politischen Gegnerschaft um den Liberalen Arno Esch an der Universität Rostock jemals erwogen worden sei.<sup>685</sup>

### **9.6.1 Die Bedeutung des “Antifaschismus” für die Schizophrenie der liberalen Gegner**

Die Frage nach der Rechtfertigung *moralischer* Anpassung beziehungsweise Nicht-Anpassung an das Regime stellt sich vor dem Hintergrund der von den Sowjets seit 1945 nach dem kommunistischen Vorbild durchgeführten ideologisch-politischen Umstrukturierung des Gesellschaftssystems im Osten Deutschlands aus einer mit dem Nationalsozialismus nicht vergleichbaren Perspektive. Der Terminus <Antifaschismus> erweist sich dabei als ein Schlüsselbegriff, dessen Problematik sich ergibt aus seiner ideologischen Zweidimensionalität. Diente er einerseits den Sowjets als Rechtfertigung ihrer gesellschaftlichen Repressionsmaßnahmen gegen ideologische Kritiker,<sup>686</sup> so wurde er andererseits von eben jenen politischen Kritikern angesehen als Auftrag für die Zukunft, welcher sich für sie aus den Verbrechen der Nationalsozialisten ergab.<sup>687</sup> Aus dieser Verpflichtung entstand gleichzeitig die Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang in der sowjetischen Zone, wie von es Peter Moeller am Beispiel des Neubeginns an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945 darlegt wird:

---

<sup>684</sup> Vgl. Steinbach, Peter: Widerstand -aus sozialphilosophischer und historisch-politologischer Perspektive, in: Poppe/Eckert/Kowalczuk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, 64 und Eckert, Rainer: Die Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren, in: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, 81.

<sup>685</sup> Interview mit Dr. Friedrich-Franz Wiese, 10.10.2007.

<sup>686</sup> Vgl. hierzu die von Andreas Hilger und Nikita Petrow durchgeführte Untersuchung bezüglich der Funktion der sowjetischen Militärjustiz, die als Stalins “[...] unmittelbares Herrschaftsinstrument [...]” alle politischen Gegner der stalinistischen Ideologie als Faschisten aburteilte und meist hinrichtete. [Hilger/Petrow: Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR von 1945 -1955, in: Roginsky/Rudolph u.a. (Hrsg): “Erschossen in Moskau...”, Berlin 2005, 21.]

<sup>687</sup> Natonek, Wolfgang: Am falschen Ort zur falschen Zeit, in: Köpke/Wiese: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch (Verband ehemaliger Rostocker Studenten), 2. Auflage, Rostock 1997, 145.

“Wir begriffen rasch, welcher Diktatur wir soeben noch mit heiler Haut entkommen waren. Demokratische, humanistische und pluralistische Vorstellungen des Lebens, geistige Freiheit und Menschenwürde wurden Begriffe, die uns neue Wertvorstellungen gaben.”<sup>688</sup>

Die Einstellung insbesondere der politischen Gegner der SED, die sich in der LDP an den Universitäten formiert hatten, war also einerseits charakterisiert dadurch, dass sie dem moralischen inneren Grundtenor des Antifaschismus, den die neuen Machthaber propagierten, unbedingt zustimmen konnten.<sup>689</sup> Andererseits stand die Vorgehensweise, mit der die Sowjets und die SED ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele durchsetzen wollten,<sup>690</sup> bald in völligem Gegensatz zu den Hoffnungen auf die Entwicklung realer politischer und gesellschaftlicher Freiheit. Die in der LDP organisierten Studenten befanden sich somit in einem historischen Zwiespalt zwischen dem Zwang, die von den sowjetischen Machthaber eingerichteten politischen und gesellschaftlichen Ordnungsbedingungen nicht missachten zu können und nicht missachten zu dürfen und dem Bestreben, sich andererseits politisch für ein so freiheitliches Staatssystem wie nur möglich in der Ostzone einsetzen zu wollen. So ist auch erklärbar, warum sie die Form der induktiven politischen Gegnerschaft wählten, bei der die Auseinandersetzung mit dem gegnerischen Regime nicht gezielt herausgefordert und für einen längeren Zeitraum politisch geplant wurde<sup>691</sup> und warum sie für ihre politischen Zielsetzungen nicht aktiv und zahlreich in der breiten Öffentlichkeit mit Protesten auf- und eingetreten sind.

### 9.6.2 Der “Fall” Esch im Spiegel der Gewaltpolitik Stalins

Ein spezifisches Charakteristikum der gewaltsamen Handlungen, mit der in der SBZ und in der frühen DDR gegen die bürgerliche politische Gegnerschaft von den Stalinisten vorgegangen wurde, liegt darin, dass das Ziel dieser Aktionen” einzig und allein in der kompletten Auslöschung jeglicher freiheitlich orientierter politischer Opposition gegen die Politik der Machthaber lag.

---

<sup>688</sup> Vgl. hierzu: Moeller, Peter: ...sie waren noch Schüler. Repressalien -Widerstand -Verfolgung an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945 -1955 (Verband ehemaliger Rostocker Studenten), Rostock 1999, 22f.

<sup>689</sup> Vgl. hierzu Genscher, Hans-Dietrich: Jahre der Orientierung. In der SBZ und in der DDR, in: Derselbe: Erinnerungen, München 1997, 55.

<sup>690</sup> Vgl. Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: “Mein Vaterland ist die Freiheit”. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2. Auflage, Rostock 1997, 95f.

<sup>691</sup> Vgl. hierzu die These Erhart Neuberts, der die Ansicht vertritt, dass bewußte politische Provokation und geplanter Aktivismus die Hauptkennzeichen der politischen Gegnerschaft in der SBZ und in der DDR bis zu ihrem Ende 1989 gewesen sind. [Vgl. Neubert (2000), 27 -33. ]

Friedrich-Franz Wiese berichtet auch darüber, dass ihm, Arno Esch und seinen politischen Mitgefangenen 1949 während der Haft im Untersuchungsgefängnis in Schwerin ausgerechnet ihre pazifistische Grundeinstellung als gegen die Sowjetunion gerichtete Agitation ausgelegt worden sei:

“Interessanterweise wurde uns später in sowjetischer Untersuchungshaft das Eintreten für die Kriegsdienstverweigerung als besonders verwerfliche, antisowjetische Aktivität angekreidet. Esch und wir anderen mußten beim Wachpersonal als <Pazifisten> förmlich Spießrutenlaufen.”<sup>692</sup>

Diese Praxis steht im krassen Gegensatz zu den späten dreißiger Jahren, in denen, wie Nicolas Werth herausgearbeitet hat,<sup>693</sup> unter Stalin in der Sowjetunion die gewaltsame Unterdrückung politisch *Andersdenkender* in öffentlichen Gerichtsverfahren benutzt wurde, um der Bevölkerung die angeblich Schuldigen am mangelhaften Fortschritt bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft vorzuführen.

Bei der Analyse des Ablaufs der beiden Prozesse, die gegen Arno Esch, Heinrich Puchstein, Gerhard Blankenburg und Hans-Georg Neujahr vor dem SMT 4820 in Schwerin und vor dem Militärkollegium in Moskau geführt wurden, ergeben sich einige Auffälligkeiten. Obgleich beide Prozesse unter strengster Geheimhaltung vor der Öffentlichkeit stattfanden<sup>694</sup>, sahen sich die Sowjets offenbar dazu genötigt, den ersten, in der DDR gefällten Urteilsspruch über die Vollstreckung der Todesstrafe mittels seiner kurzfristigen Aufhebung<sup>695</sup> noch einmal in der Sowjetunion vom Obersten Gericht *bestätigen* zu lassen. Der “Fall” Esch verweist hier beispielhaft darauf, dass die Todesstrafe in der Sowjetunion und den von ihr “integrierten Staaten” keineswegs lediglich “als generelles Spiegelbild gesellschaftlich und politisch herrschender Weltbilder [...]”<sup>696</sup> begriffen werden darf. Solch eine grundsätzliche Sichtweise würde dazu führen, dass ein wesentlicher Teilaspekt, der die Stalinistische Machtausübung gekennzeichnet hat, übersehen würde: Die

---

<sup>692</sup> Wiese, Friedrich-Franz: Arno Esch 1928 -1951, in “liberal”, Heft 1/1990, 91.

<sup>693</sup> Werth, Nicolas: Der Stellenwert des “Großen Terrors” innerhalb der stalinistischen Repressionen. Versuch einer Bilanz, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936 -1938, Berlin, 2007, 273.

<sup>694</sup> Vgl. hierzu die MfS-Übersetzung der Urteilschrift vom 20j.07.1950, BStU, RHE 44-89, Bd. 14, die den Vermerk “Streng geheim” trägt.

<sup>695</sup> Vgl. hierzu: Roginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky (Hrsg.): “Erschossen in Moskau.....”. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950 -1953, Berlin 2006, 149.

<sup>696</sup> Hilger, Andreas: Einleitung: Smert´ Spionam! Tod den Spionen! Todesstrafe und sowjetischer Justizexport in die SBZ/DDR, 1945 -1955, in: Derselbe (Hrsg.): “Tod den Spionen!” Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien Nr. 51), Göttingen 2006, 9.

Notwendigkeit, sein gesellschaftsfernes, auf Gewalt und Terror gründendes Regime dennoch vor der Gesellschaft “legitimieren” zu müssen.

Das von Sigrid Meuschel erarbeitete im Hinblick auf die politische Struktur des SED-Staates erarbeitete “Paradox von Stabilität und Revolution”<sup>697</sup> kann daher meines Erachtens für den Stalinismus in der SBZ keine Geltung finden, da das Regime in sich zu widersprüchlich war, um ohne die Utopie von “Feindbildern” existieren zu können.

## 10. Schlussbetrachtung

Die Herausbildung des politischen, vor allem des Liberal-Demokratischen Widerstands der Studenten an der Universität Rostock war geprägt von den beiden Stalinistischen Dogmen des “Klassenkampfes” und des “Antifaschismus”. Die Grundlegung der neuen Strukturen im Sinne des kommunistischen Bildungswesens durch die SED und die Sowjetischen Sicherheitsorgane verlief allerdings an der Universität Rostock nicht so reibungslos, wie es in der Forschung häufig für den Bereich der Universitäten in der SBZ und in der frühen DDR angenommen wird.<sup>698</sup> So vertritt Ilko-Sascha Kowalczuk die These, dass die SED es erreicht hätte, “[...] die alleinige Entscheidungskompetenz [...]”<sup>699</sup> an der Universität zu übernehmen. Die Analyse der Akten des Landeshauptarchivs in Schwerin, die den Prozeß der ideologischen Umstrukturierung der Universität widerspiegeln, zeigen ein anderes Bild. Am Beispiel der Kontrolle der Juristischen Fakultät durch die SED und die SMAD an der Universität Rostock im Sommer 1949<sup>700</sup> wird deutlich, dass sich die machtpolitische Situation der SED an der Universität in zunehmendem Maße verschlechtert hatte:

“Das allgemeine Ergebnis der Überprüfungen ist als recht traurig zu bezeichnen. Von 96 erschienen Studenten konnten -ungeachtet ihrer politischen Belastung -32 (33 %) als für leitende Stellen in der Justiz oder Verwaltung vorbehaltlos tragbar erkannt werden.”<sup>701</sup>

---

<sup>697</sup> Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 -1989, Frankfurt/M. 1992, 307.

<sup>698</sup> Vgl. hierzu: Kowalczuk, Sascha-Ilko: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 2003, 231.

<sup>699</sup> Ebd.

<sup>700</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung der Examenskandidaten der juristischen Fakultät vom 5. August 1949, LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 529, Bl. 152.

<sup>701</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung der Examenskandidaten der Juristischen Fakultät vom 5. August 1949, LHAS,10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 529, Bl. 152.

Von einer “Revolution”.<sup>702</sup> durch die SED konnte also, gerade im Hinblick auf den für die ideologische Umgestaltung so wichtigen Sektor des Justizwesens zumindest an der Universität Rostock im Sommer 1949 nicht gesprochen werden. Spätestens seit 1948, als an der Universität in Berlin die erste Massendemonstration von Studenten gegen die sowjetische Besatzungsmacht abgehalten wurde<sup>703</sup>, war für die SED das Problem der Gegenwehr der politisch liberal engagierten Studenten nicht mehr zu ignorieren. Um diese Entwicklung steuern zu können, verschärfte die SMAD ihre Kontrollen bezüglich der Suche nach “Schädlingen” der Partei. In einer vertraulichen Mitteilung der Landespartei-Kontrollkommission Mecklenburg an die KPKK Hagenow heißt es dazu:

“Die Massnahmen zur Sicherung der Partei müssen so ausgebaut werden, dass es Schädlingen unserer Partei nicht mehr gelingt, durch ihre Machenschaften die Partei zu gefährden.”<sup>704</sup>

Im Mittelpunkt der Überwachungen an der Juristischen Fakultät stand vor allem Arno Esch, der hinsichtlich der Überprüfung der Examenskandidaten im Sommer 1949 als für die *Justiz* ungeeignet charakterisiert wurde aufgrund seiner Ablehnung der SED-Politik.<sup>705</sup>

Politische Gegnerschaft gegen die Politik der SMAD beziehungsweise der SED gründete in den Augen der sowjetischen Justiz vor allem auf dem Bestreben, die Ausübung der politischen Macht durch die sowjetische Führung mit Hilfe von “[...] Propaganda oder Agitation [...]”<sup>706</sup> anzugreifen beziehungsweise die Strukturen des durch die kommunistische Führung errichteten Staatssystems zu Gunsten des weltweiten Sieges der faschistisch-imperialistischen Gegner der Sowjetunion zu zerstören.<sup>707</sup> Arno Esch wurde sehr wahrscheinlich am 24. Juli 1951 in Moskau zusammen mit seinen politischen Freunden nach den Artikeln 58.2, 58.10 Teil 2, 58.6, Teil 1 und 58.11 des sowjetischen Strafgesetzbuches unter anderem wegen angeblicher antisowjetischer Tätigkeit hingerichtet<sup>708</sup>. Die Stalinisten wollten mit der

---

<sup>702</sup> Vgl. hierzu: Kowalczyk, Sascha-Ilko: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 2003, 231.

<sup>703</sup> Krönig, Waldemar/ Müller, Klaus-Dieter: Anpassung. Widerstand. Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und in der DDR, Köln 1994, 258.

<sup>704</sup> Vgl. das vertrauliche Schreiben an die KPKK Hagenow, 10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 104, Bl. 16.

<sup>705</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung der Examenskandidaten der juristischen Fakultät vom 5. August 1949, LHAS, 10.34-1, SED-Landesleitung Mecklenburg, 529, Bl. 152.

<sup>706</sup> Vgl. hierzu den Artikel 58-10 des Strafgesetzbuches der RSFSR im Anhang dieser Arbeit.

<sup>707</sup> Vgl. den Artikel zum Begriff der “Konterrevolution” in: Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 1988, 529f.

<sup>708</sup> Vgl. die Übersetzung der Urteilschrift vom 20.07.1950, BStU, Zentralarchiv, MfS, RHE 44-89, Bd. 14, Bl. 1 -14.

Verurteilung und Hinrichtung der Liberal-Demokratischen Oppositionellen ein Fanal setzen. Das sowohl die Prozesse als auch die Hinrichtungen im Geheimen stattfanden, lässt vermuten, dass vor allem ein Zeichen an die innerparteilichen Gegner des Regimes gesetzt werden sollte, die sich auch in der SED selber befanden. Obgleich die Stalinisten 1949 fast die ganze Liberal-Demokratische Opposition in der DDR getöteten oder zur Flucht in den Westen getrieben hatten, hat sich die politische Botschaft Arno Eschs, für Frieden, Freiheit, Vernunft und Gerechtigkeit mit allen Mitteln der freiheitlichen Demokratie zu streiten, historisch verselbstständigt.

Die Forderung nach freien Wahlen, Gerechtigkeit und individueller Freiheit zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte aller nach 1949 folgenden Demonstrationen und Aufstände in der DDR bis zu ihrem gewaltlosen Niedergang 1989.

Ilko-Sascha Kowalczyks These, die Wende von 1989/90 sei “[...] in dieser Perspektive eine utopiefreie Revolution [...]” gewesen, ist im Kontext der Verwurzelung des SED-Regimes im Stalinismus und der Bedeutung des Liberal-Demokratischen Widerstands in der SBZ und in der frühen DDR als Beleg für die These zu werten, dass zwischen dem gewaltlosen Ringen der Liberal-Demokraten 1949 und dem Fall des SED-Regimes 1989 eine, wenn auch niemals direkt aufgezeigte, feste Verknüpfung gesehen werden muss.

# Anhang

## I. Quellenverzeichnis:

### 1. Ungedruckte Quellen:

Archivalien:

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU):

- Akte Bestand: BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-ZAIG 21791
- Akte Bestand: BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-ZAIG 21792
- Akte Bestand: BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-AS 1251/67
- Akte Bestand: BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-HA IX 20737
- Akte Bestand: BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-HA IX 21480
- Akte Bestand: BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-HA IX 21 562
- Akte Bestand: BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-HA IX 21 986

Bundesarchiv -Abteilung DDR (BArch), Berlin:

-Signatur B 285/ 5246

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Archiv des Liberalismus:

-Bestand: LDPD-Landesverbände: Signatur L 5 -168; :

-Bestand: Horst Köpke. Quellensammlung) Presseausschnitte

1949 -1990: Signatur N 95 -9; Blatt: LDP-Informationen Parteitag 1949, 3. Jg., Nr. 9, Februar 1949

-Bestand: Horst Köpke. Quellensammlung) Presseausschnitte

1949 -1990: Signatur N 95 -9; Blatt: LDP-Informationen Parteitag 1949, 3. Jg., Nr 9, Mai 1949

-Bestand: Horst Köpke: Beiträge von Zeitzeugen; Nicht verwendete Artikel; Signatur:

N 95 -3; Blatt: Erinnerungen an die LDP und Arno Esch

-Bestand: FDP-Ostbüro; Signatur: A 45 -1094, Blatt: Bericht über die Verhandlungen mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR über die Freigabe von Arno Esch u. a.

Facts-& Files -Historisches Forschungsinstitut Berlin (in Zusammenarbeit mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin):

-Akte BStU Zentralarchiv RHE 44/89 SU, Bd. 14.

Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS):

Bestand: Landesleitung SED Mecklenburg (10.34 -1)

-39, 57, 104, 501, 503, 529, 530, 531, 583,

-503: Bl. 326; 503: Bl. 322

Universitätsarchiv Rostock:

Studentenakte Arno Esch

Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der deutschen Diktaturen:

Esch, Arno: Abschaffung der Todesstrafe, in: Norddeutsche Zeitung, 5.5. 1949 [in  
Kopie zur Verfügung gestellt]

Universitätsbibliothek Rostock:

Esch, Arno: Politik der Kompromisse?, in: Nordeutsche Zeitung, 12.04 1949.

Privatarchiv von Dr. Friedrich-Franz Wiese

## **2. Gedruckte Quellen:**

Zeitungen, Zeitschriften und Artikel:

Aus Politik und Zeitgeschichte, 1 -2/2005, Zeitgeschichtsforschung.

Forum. Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte (Deutscher Hochschulverband, Heft 67), Bonn 1999.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 48. Jahrgang, Heft 189, 1. Quartal 2009.

Mittelweg. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 1 Jahrgang Februar/März 2007, 9 -80

Die Zeit. Geschichte. 1989. Die geglückte Revolution, Nr. 2, 2009

Drauschke, Frank: "Erschossen in Moskau...", in: Liberal, Heft 12/07, 61 -64.

Finger, Evelyn: Mehr Revolution wagen!, in: Die Zeit, Nr. 29, Juli 2009, 49.

Kubina, Michael: Widerstand als historisches Phänomen. Ein Schlüsselbegriff und seine Schwierigkeiten, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Ausgabe Nr. 15, 2004, 73 -92.

Schwan, Gesine: In der Falle des Totalitarismus. Wer die DDR einen "Unrechtsstaat" nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht, in: Die Zeit, Nr. 27, Juni 09/13

Wiese, Friedrich-Franz: Arno Esch 1928 -1951, in: Liberal, Vierteljahreshefte für Politik und Kultur, Heft 1, Februar 1990, COM-DOK-Verlagsabteilung, St. Augustin, 89ff.

Derselbe: Aus den Erinnerungsresten an Arno Esch mit einer Einführung von Thomas Ammer, in: KONTINENT, Ost-West-Forum, Heft 2/1991, 87ff. 157

„Die Wasser der Weltgeschichte fließen alle zum Meer,  
das Freiheit heißt. Überlange Stauung bricht die Dämme“.

Die politische Botschaft von Arno Esch hat sich mit dem Fall  
des Eisernen Vorhangs 1989 historisch verselbstständigt.

**ISBN 978-3-89958-972-6**